



Arbeiterkampf



Die Nato zwischen Manöver und Krieg



Mittelamerika, Tschad, Libanon... — Die Nato führt Krieg rund um den Erdball. Alles keine großen Kriege, versteht sich. Mehr Drohaufmarsch als Gefecht. Mehr Probe als Ernstfall. Nur daß an jedem dieser Punkte von einem Tag auf den anderen aus Drohungen und Scharmützeln ein „richtiger“ Krieg werden könnte. Die Grenzen zwischen Manöver und Kriegsführung sind durchlässig geworden. Das Manöver kann zum Krieg werden, und die Kriegsführung kann zum Manöver werden. Der Anspruch der NATO-Mächte, an jedem Krisenpunkt der Erde militärisch aufzumarschieren und bei geeigneten Umständen auch zu intervenieren, ist kaum noch zu übersehen. Daß daraus überall „richtige“ Kriege entstehen können, sobald die Gegenseite nicht einfach nachgibt, wird in der westlichen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Stell dir vor, es ist Krieg — und keiner guckt hin. In vielen Zügen erinnert die Situation an die Kanonenboot-Politik, die dem Ersten Weltkrieg vorausging. Am Ende wird es irgendein bescheidener, zufälliger Anlaß sein, der als Auslöser für die totale Konfrontation dient.

Aufmarsch gegen Nicaragua

In Mittelamerika, vor beiden Küsten Nicaraguas und in Honduras, finden die längsten Manöver statt, die überhaupt jemals von den USA durchgeführt wurden. Diese Manöver begannen Anfang August und sind zum Ende hin nicht genau befristet. Bis Februar oder März 1984 sollen sie dauern, heißt es bisher. Als ein Höhepunkt der Manöver März 1984 sollen sie dauern, heißt es bisher. Als ein Höhepunkt der Manöver steht schon fest, daß Mitte November eine Landungsübung mit 5000 US-Soldaten an der Küste von Honduras stattfinden soll. Daß sich diese Übung als Drohung direkt gegen Nicaragua richtet, wird überhaupt nicht verheimlicht, sondern gehört zum politischen Zweck des als Langzeit-Manöver getarnten Drohaufmarsches. Zu diesem Aufmarsch gehört die Massierung zweier starker Kriegsflotten vor beiden Küsten Nicaraguas, also im Pazifik und in der Karibik. Insgesamt sollen an diesen Aufmärschen 19 Kriegsschiffe mit 16.000 Soldaten teilnehmen. In der Zahl 19 sind allerdings sicher nur die großen Schiffe enthalten, die Gesamtzahl dürfte höher sein. Zu dem Flottenaufmarsch gehören Flugzeugträger mit Atom-Jagdbombern und Schlachtschiffe mit Cruise Missiles. Teile der um Nicaragua operierenden Kriegsflotten sind inzwischen vor die libanesischen Küste verlegt worden. So das über eine enorme Feuerkraft und Reichweite verfügende Schlachtschiff „New Jersey“, das zunächst eine Flotte vor der Pazifik-Küste Nicaraguas angeführt wurde. Wie gesagt, Grenzen zwischen Manöver und Krieg lösen sich auf.

Fortsetzung S. 5

- Die Schnelle Eingreiftruppe — Seite 5-8
- US-Interventionen in der 3. Welt — Seite 10
- Zentralamerika/Karibik —
- Revolutionäre Zeitbombe im Hinterhof — Seite 9
- Das war der Vietnam-Krieg — Seite 9
- Libanon unter amerikanischem Diktat — Seite 11

Kampf auf den Werften

Ein für die norddeutsche Küstenregion wichtiger Industriezweig, die Werftindustrie, zieht Massenkündigungen nach: 4000 Arbeiter bei HDW (Salzgitter-Konzern) in Hamburg und Kiel sollen gehen, das Hamburger HDW-Werk wird auf die Schließung zugestimmt. 2.200 Beschäftigte der AG Weser (Krupp-Konzern) sollen der Fusion zur „Weser-Vulkan AG“ mit der Vulkan-Werft geopfert, ihr Bremer Werk geschlossen werden. 1000 der 3.600 Arbeiter der Thyssen-Nordsee-Werke in Emden (Thyssen-Konzern) sollen gehen. Die hinter der Werftindustrie stehenden Banken und Stahlkonzerne schrumpfen „gesund“. Nach den Jahren stürmischen Schiffbaubooms sollen aufgetaute Schiffbaukapazitäten reduziert werden zugunsten weniger Standorte für Schiffneubau und Spezialschiffbau. Mehr Arbeitslose für mehr Profite heißt die Devise, die durch eine rabiaten ökonomischen Kurs seitens der Regierungen in Bund und Ländern gestützt wird.

Doch es regt sich Widerstand: Neun Tage Betriebsbesetzung bei HDW Hamburg, acht Tage bei AG Weser Bremen. Diskussion um Besetzung in Emden. Warnstreiks auf fast allen norddeutschen Werften und 130.000 Stahl- und Werftarbeiter auf der Demonstration der IG Metall am 29.9. in Emden.

Ist dies eine neue Qualität im Kampf gegen die bundesdeutsche Variante des „Thatcherismus“ oder sind dies die letzten Gefechte vor dem Untergang?

Fortsetzung S. 25

Von Loccum nach Bloccum

—Dialog geklaut—

Am 23. September um 18.25 Uhr war es soweit: Der Direktor der Ev. Akademie Loccum, Pastor May, erklärte die Absetzung des Klausurgesprächs „Konfliktstrag und innerer Friede“, zu dem sich bekannte, gemäßigte Friedensfunktionäre und hochkaristische Vertreter der Polizei und Innenministerien eingefunden hatten. Auch eingefunden hatten sich etwa 150 Mitglieder „unabhängiger“ Friedensgruppen und linker Organisationen, die mit einer strikt gewaltfreien Blockade ihre Ablehnung derartiger „Deeskalationsgespräche“ mit Betreibern und Befürwortern der Eskalation sinnlicher Gewalt deutlich machten. Daß es bei dieser gut sechsstündigen Blockade nicht nur tierisch ernst zuging, versteht sich. Nachdem „Loccum“ Anstoß in der Friedensbewegung erregt hatte, war die Veranstaltungsleitung um eine „Öffnung“ bemüht gewesen: ausgewählte Pressevertreter waren eingeladen, der Klausurcharakter war faktisch aufgehoben; im Vordergrund stand nunmehr das Bemühen, der fast grenzenlosen Dialogbereitschaft der „gemäßigten“ Friedensvertreter die erwünschte Publizität zu verschaffen. Die Blockade sorgte für eine andere.

Starklar zum Dialog

„Je zugespitzter die Situation, desto notwendiger das Gespräch.“ Nach dieser Verhaltensregel des Tagungsleiters Dr. Calließ bereitete sich die Akademie auf den erwarteten Protest vor. Die Mitarbeiter sind von Kopf bis Fuß auf Dialog eingestellt, die Blockierer werden zuvorkommend mit Einopf und Kaffee versorgt, die Atmosphäre ist angenehm zwanglos. Ein Flugblatt „An alle Teilnehmer der Demonstration“ kündigt eine Diskussion an. Gewitzt durch die Erfahrungen mit einer Tagung mit Innenminister Lummer zum Demokratie im November 1981 durch „Häuserkämpfer“, setzt die Akademie alles daran, die Blockierer in Diskussionen zu verwickeln, den Protest aufzuweichen, um die Tagung mit stillicher Verzögerung wie geplant durchzuführen. Erkennbare Absicht war, die Blockierer so einzuklinken, daß sie entweder in den „Dialog“ mit allen Teilnehmern der Tagung eintreten — oder aber faktisch provoziert werden, die Veranstaltung schlicht zu sprengen. So geschehen im November '81.

Fortsetzung auf Seite 17





Nach der zunächst erfolgreichen Abwehr der geplanten Volkszählung planen aus verschiedenen Volkszählungsboykottinitiativen einen Kongress, auf dem über weitere Schritte gegen das „Computerisierte Sozialsystem“ diskutiert werden soll. Wir dokumentieren im folgenden den Aufruf:

Die Bewegung gegen die Volkszählung 83 und die Diskussion um den maschinenlesbaren Ausweis haben schlagartig die Gefahren deutlich gemacht, die uns mit der Einführung der sog. neuen Informationstechnologien ins Haus stehen:

- das Meldewesen droht zu einer Einwohnerdatenbank ausgebaut zu werden, die auch ohne Volkszählung auskommt,
- mit der für 1984 geplanten Einwohnerdatenbank...

— die Führung des maschinenlesbaren Ausweises soll ein neues polizeiliches Überwachungssystem auf elektronischer Basis errichtet werden,

- in zahlreichen Personalinformationssystemen sind auch die intimsten Daten der Betriebsangehörigen gespeichert,
- die zahlreichen Sozialdatenbanken geben heute schon Auskunft über Krankengeschichten, Arbeitslose, Wohngeldempfänger und andere „Sozialfälle“,
- mit der beginnenden Verkabelung der Republik durch die Bundespost soll eine neue Infrastruktur für staatliche Kontrolle und eine andere Form gesellschaftlicher Produktion gelegt werden.

Diese Aufzählung ließe sich noch verlängern. Allen beispiele ist gemein, daß Computer und Telekommunikationssysteme in Sekundenfrist den totalen Zugriff auf jeden Einzelnen ermöglichen. Die Auswirkungen zielen dabei nicht nur auf den von vielen beschworbenen Überwachungsstaat ab, sondern auf die Schaffung eines neuen Systems, einer Lebens- und Maschinenwelt, in deren Mittelpunkt nicht mehr lebendige Menschen, sondern nur noch Zeichenkombinationen stehen.

Arbeitszusammenhänge werden aufgelöst durch die gezielte Vereinzelung derer, die zur Telearbeit

(insbes. Heimarbeit für Frauen) unter noch brutaleren Arbeits- und Sozialverhältnissen gezwungen werden.

Die Wahrnehmung und Durchschaubarkeit von sozialen Abläufen wird durch die Zentralisierung von Einzeldaten in anonymen Computerzentren verhindert.

Die Vieldeutigkeit der Realität und der menschlichen Kommunikation werden in computergezeichnete Schema einer angeblich neutralen Eindeutigkeit gepreßt.

Der heruntergerechnete, jederzeit verschubbare Bürger, verfügbar für Produktion und Büro, verplanbar für Freizeit und Fortpflanzung, entsteht. DIE VORDATENZEIT IST VORBEI!!!!

Bisher sind die Auswirkungen der neuen Informationstechnologien meist nur unter Einzelaspekten

die meist nur unter Einzelaspekten (Datenschutz, Rationalisierungsprobleme, Medienfrage ...) behandelt worden. Effektive Gegenwehr hingegen erfordert die übergreifende Diskussion und Analyse aller Bausteine des neuen COMPUTERISIERTEN SOZIALSYSTEMS!

„RATSCHLAG gegen die SCHÖNE NEUE WELT“

vom 28.-30. Oktober in Köln, in den Räumen der Pädagogischen Hochschule, Gronewaldstr.

Neben einer Großveranstaltung zum Thema „Nach dem Volkszählungsboykott — weiter gegen Bildschirmtext und den maschinenlesbaren Personalausweis“ bestehen bis jetzt folgende Arbeitsgruppen:

- Neue Technologien im Produktionsbereich:
- Personalinformationssysteme (AK Rationalisierungen Bonn)
- „Im Büro“ (Prof. Herbert Kubick)
- „Im Betrieb“ (Ulrich Briefs)
- Bildschirmtext, Fernsehen — Arbeit, Freizeit (Prof. Claus Eulich)
- Die Rolle der Bundespost bei der Entstehung von Babylon (Toni Weber)
- Auszug aus Technopatria — Aufbruch ins neue Atlantis (Gruppe autonomer und grüner Frauen, Köln)
- Die Vertreibung der Frau aus Verwaltung und Dienstleistungen steht an (Barbara Böttger)
- Welche Daten will der Staat (Prof. Wilhelm Steinhilber)
- Verfassungsstaat und Neue Medien (Prof. Ulrich Mückenberger)
- Computer in Alternativbetrieben
- Neue Medien als Produkt der Militärtechnologie.

Ein Reader mit Materialien zu den einzelnen Arbeitsthemen wird bei der Anmeldung bis zum 15.10.83 zugeschickt. Den Unkostenbeitrag von 12,- DM für den Kongress bitte auf das Postscheckkonto Köln 169648-503, Rolf Spitzler, Sonderkonto, einzahlen (Anzahl der benötigten Schlafplätze vermerken!).

Veranstalter: Vorbereitungsgruppe Köln, Asta Uni Köln, Asta PH Köln, KV der Grünen, Köln, Humanistische Union NRW, I.V.m. Grünes Bildungswerk NRW e.V.

Weitere Informationen und Kontakt: Vorbereitungsgruppe c/o STADT-REVUE, Zugweg 10, 5000 Köln 1, ☎ 0221/314011

NPD-Parteitag in Fallingbostal Große Koalition gegen Antifaschisten

Niederrheinischer Innenminister Möcklinghoff hielt sein den Faschisten gegebenes Versprechen, den NPD-Parteitag unter allen Umständen stattfinden zu lassen: Etwa 2.000 Polizisten aus allen Teilen Niedersachsens und aus Hamburg waren aufgeboten worden, um eine Verhinderung des NPD-Parteitags zu unterbinden. Schon bei der Anfahrt nach Fallingbostal wurden die Antifaschisten gefoltert — teilweise sogar mehrfach —, nach „Kalkar-Manier“ wurden Helme, Werkzeug und alles, was nach Zimmermanns Definition als Waffe gelten könnte, beschlagnahmt. Fallingbostal wurde durch Polizeisperren und Nato-Draht völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Erst am Vortag war die lang angemeldete Demonstration zum Ort des Geschehens verboten worden (als „Ersatz“ war eine völlig unakzeptable Alternative angeboten worden), mit der denkwürdigen Begründung, die Polizei brauche den Sammelplatz der Demonstration als Einsatzzentrale und die Nazis den Kundgebungsplatz als Parkplatz.

Dennoch versuchten am Samstagvormittag bis zu 2.000 Demonstranten über Stunden hinweg mit zum Teil sehr militanten Aktionen eine Blockade der Heidmarkhalle. Mit mehreren Wasserwerfern und einigen Hundertschaften wurde der Haupteingang der Heidmarkhalle für die Nazis immer wieder freigemacht. An einem Nebeneingang kam es zu regelrechten Schlächen mit der Polizei, die Tränengas, Hundstafeln und Wasserwerfer einsetzte. Damit allerdings war sie noch lange nicht zufrieden: Ein ganzer Trupp militanter Antifaschisten wurde aus Fallingbostal hinaus gedrückt und durch

Möcklinghoff durch die Politik des DGB. Hatte es noch im Frühjahr so ausgesehen, als ob SPD und/oder DGB Träger einer Demonstration in Fallingbostal sein würden, entschloß sich der DGB schließlich zu einer Kundgebung am selben Tag im 20 km entfernten Bergen-Belsen. Damit setzte er die an den Fallingbostaler Vorbereitungen beteiligten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gruppierungen (OJA Hannover, DGB Celle, DruPa-Jugend, IGM Fallingbostal) erheblich unter Druck und verhinderte

eine umfassendere Mobilisierung. Auch die VVN hatte ihre Schwierigkeiten, gegen den DGB an einer Demo in Fallingbostal festzuhalten und führte wahre Eierlätze auf, bis sie sich dazu entschloß, doch noch eine Mahnwache und Kundgebung in Fallingbostal anzumelden. So war es das altbekannte Spiel, eine Aktion am Veranstaltungsort zu isolieren und zu dezimieren. Das ist aber erfreulich schlecht gelungen.

Antifa-Kommision, Hamburg/Hannover



Polizei und Nazi-Ordner sichern gemeinsam das Gelände



Tränengaseinsatz

Polizeikräfte werden auf das Gelände zurückgetrieben



Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel.: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.

Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 5000. Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Abonnenten, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Stationen einer Legende

Am 1. September verschwand eine südkoreanische Boeing 747 (Jumbo) auf der Route New York — Seoul nach dem Zwischenstopp in Anchorage (Alaska) in Alaska. Noch am selben Tag teilte Außenminister Shultz mit, die US-Regierung habe „Informationen, daß die südkoreanische Maschine von sowjetischen Jagdflugzeugen abgeschossen“ worden sei. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, das Verteidigungsministerium „habe den sowjetischen Funkverkehr überwacht und gehört, wie sowjetisches Personal die Erlaubnis zum Abschuss des Passagierflugzeuges gegeben habe“ („FAZ“, 2.9.). Die japanische Nachrichtenagentur Jiji behauptete am selben Tag, ihre Luftwaffe habe einen sowjetischen Funkspruch aufgefangen: „Ziele auf südkoreanisches Flugzeug. Feuers Rakete ab.“ (ebd.). Mit diesen Meldungen begann die Kampagne, wobei anzumerken ist, daß der von den Japanern angeblich aufgefangene Funkspruch später nicht wieder auftauchte, obwohl er wichtig für die Beweisführung gewesen wäre: ginge aus ihm doch immerhin hervor, daß die Sowjets das Flugzeug als südkoreanisches behandelten. Dazu später.

In dieser Phase, dem Anfang der Kampagne, schien es so, als könne es gar keinen Zweifel geben, daß die Sowjets ein vollbesetztes Passagierflugzeug abgeschossen hätten, nur weil es sich im Kuri Irrte. „Das Pentagon lieferte denn auch die Übersetzung des abgefangenen Sprechfunkverkehrs zwischen dem sowjetischen Einsatzflugzeug und der Jagdgruppe, welche die Boeing fast zwei Stunden verfolgte.“ („FAZ“, 3.9.). Veröffentlicht wurden allerdings nur die Funksprüche der sowjetischen Piloten (und auch von diesen nur ein ganz kleiner Teil), also nicht die angeblich kompromittierenden Aussagen der Bodenstation.

Bereits einen Tag nach dem Abschuss der Boeing rief die USA den Weltchamberlats der UN an, wurde bereits über Sanktionen öffentlich nachgedacht, stand die Linie der Kampagne fest: größtes Kaliber auf der ideologischen Ebene, „Besonnenheit“ auf der praktischen. Daß die Genfer Verhandlungen von dem Vorfall unberührt bleiben sollten, wurde von Anfang an klar gemacht. Dieser Blitzstart der NATO-Koryphäen war bitter notwendig, denn schon begannen Widersprüche und, sagen wir, Merkwürdigkeiten, die Kampagne zu gefährden. Die „Washington Post“, eine der einflussreichsten Zeitungen in den USA, berichtete nach Nachrichtendienstquellen, „daß die Sowjets die Boeing vielleicht mit einer KC 130 verwechselten“, d.h. einem US-amerikanischen Aufklärer; und: „Der „Sukhoi“-Pilot (der sowjetische Schütze — Anm. AK) habe seine Rakete aus rund zwei Kilometer Entfernung abgefeuert, wobei ihm visueller Kontakt zum Ziel in der Dunkelheit nicht gelang.“

Bereits einen Tag nach dem Abschuss der Boeing rief die USA den Weltchamberlats der UN an, wurde bereits über Sanktionen öffentlich nachgedacht, stand die Linie der Kampagne fest: größtes Kaliber auf der ideologischen Ebene, „Besonnenheit“ auf der praktischen. Daß die Genfer Verhandlungen von dem Vorfall unberührt bleiben sollten, wurde von Anfang an klar gemacht. Dieser Blitzstart der NATO-Koryphäen war bitter notwendig, denn schon begannen Widersprüche und, sagen wir, Merkwürdigkeiten, die Kampagne zu gefährden. Die „Washington Post“, eine der einflussreichsten Zeitungen in den USA, berichtete nach Nachrichtendienstquellen, „daß die Sowjets die Boeing vielleicht mit einer KC 130 verwechselten“, d.h. einem US-amerikanischen Aufklärer; und: „Der „Sukhoi“-Pilot (der sowjetische Schütze — Anm. AK) habe seine Rakete aus rund zwei Kilometer Entfernung abgefeuert, wobei ihm visueller Kontakt zum Ziel in der Dunkelheit nicht gelang.“

Verwundern mußte auch die FAZ-Mitteilung: „Die Zeitung (Asahi Shinbun) berichtete, über die Hälfte der von Shultz mitgeteilten Informationen über den Angriff seien von den japanischen Selbstverteidigungsstreitkräften gekommen. Dazu gehörten auch die Daten, durch die die Sowjets wegen des Raketenangriffs belastet würden. Die japanische Regierung habe zunächst einer Veröffentlichung über den Vorfall zugestimmt.“ (ebenfalls 5.9.). Diese Zögern ist unseres Wissens nie begründet worden. Warum zögerte die japanische Regierung, wenn die Daten derart eindeutig waren, wie behauptet wird? Es ist zumindest merkwürdig, daß die japanische Regierung den Fall den USA überließ. Interessanterweise wurde nie behauptet, daß die Hauptbetroffene, nämlich die südkoreanische Regierung, als erste konsultiert worden wäre. Die Sowjets schwiegen zu dem Vorfall zunächst ganz.

Dieses Schweigen half der Kampagne, sich trotz schreiender Ungereimtheiten festzusetzen.

Die Legende beginnt zu bröckeln ...

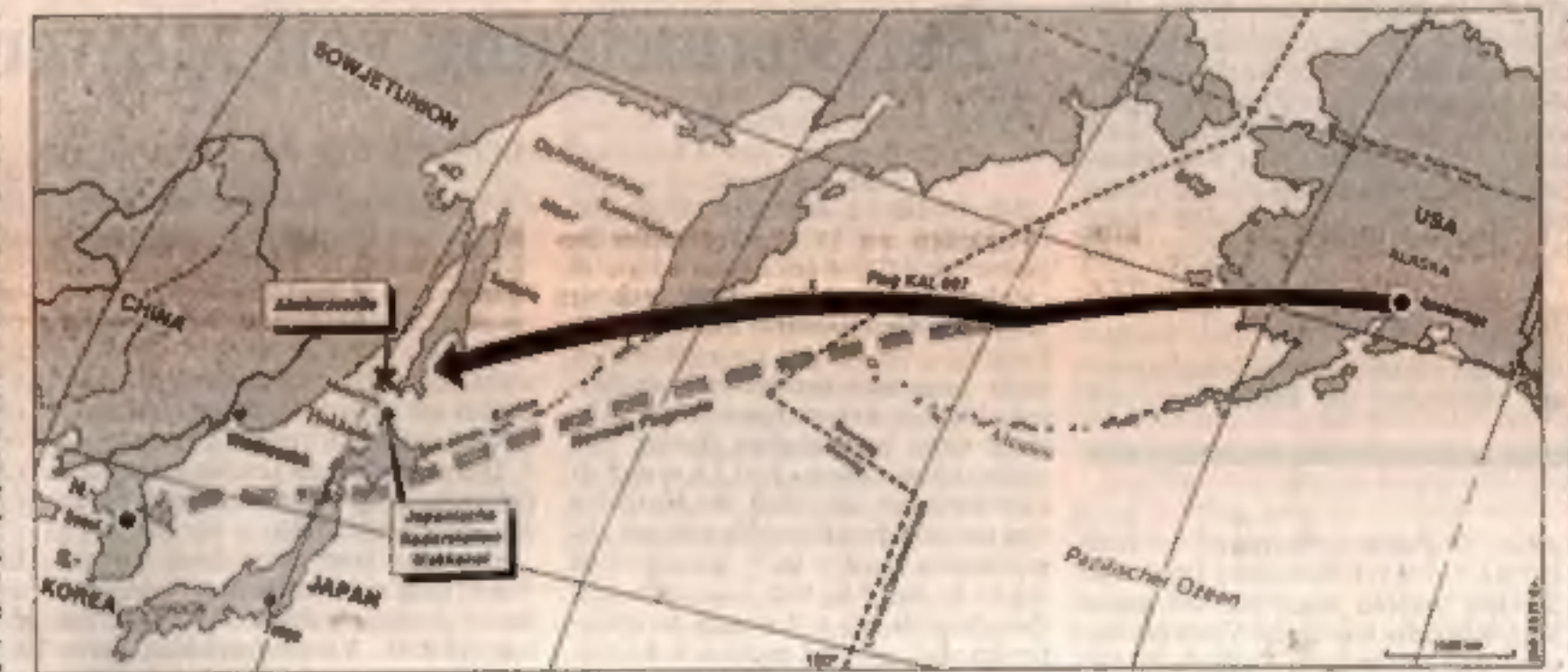
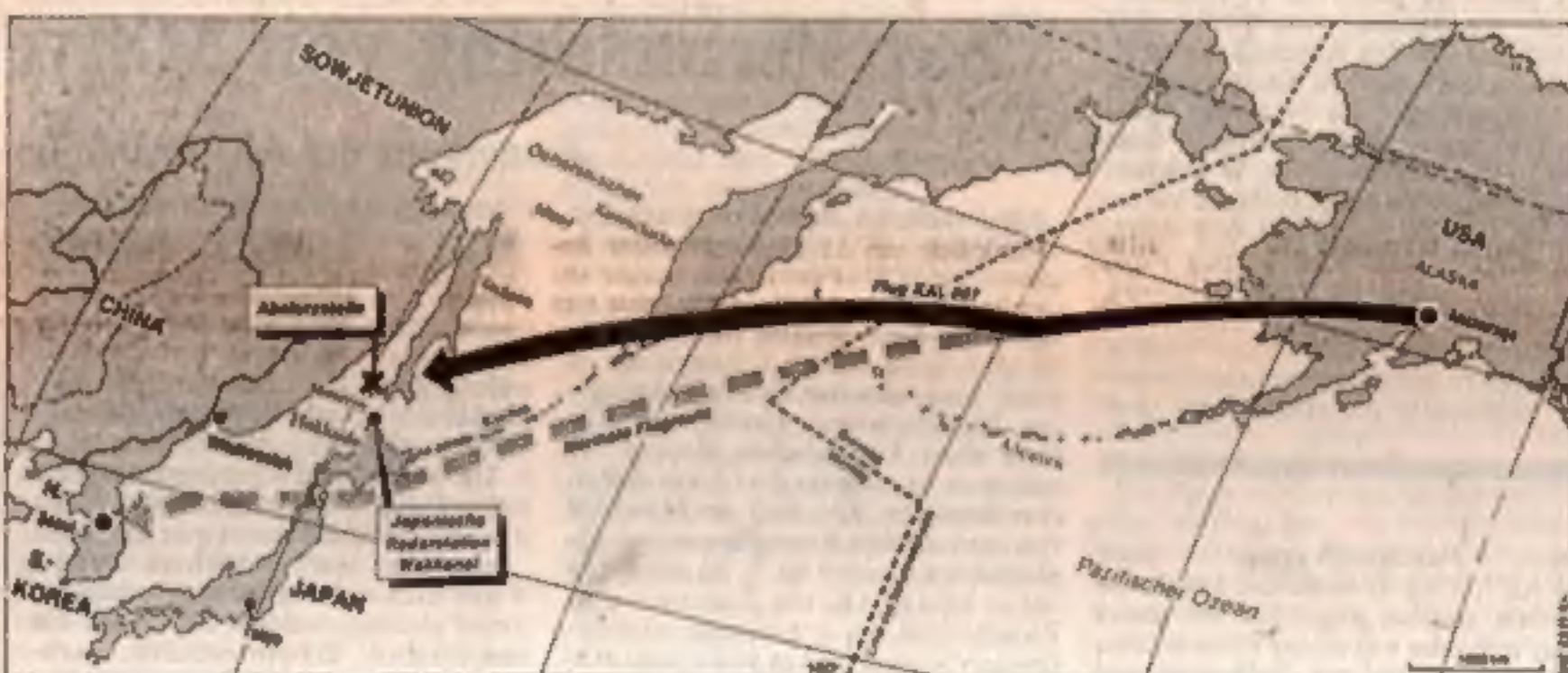
Die südkoreanische KAL-Maschine drang am 1. September zweimal in den sowjetischen Luftraum ein, zunächst über der Halbinsel Kamtschatka und dann über der Insel Sachalin. Dieser Raum ist einer der sensibelsten der UdSSR, was auch allgemein bekannt ist. In den Flugkarten wird ausdrücklich gewarnt, daß bei Luftraumverletzungen in diesem Gebiet abgeschossen werden könnte. „Warning: Aircraft infringing upon Non-Free Flying Territory may be fired on without warning.“ („time“, 31/83). In diesem Gebiet liegen militärische Flughäfen und Atom-Jumbos. Außerdem testet dort die SU

Der Jumbo-Abschuß

Ein Hauch von Sarajewo

„Wegen etlicher Toter will niemand mehr einen Weltkrieg riskieren“, stellte die „Frankfurter Allgemeine“ (be-dauernd?) am 7. September fest. Dennoch, die Kampagne nach dem Abschuss der südkoreanischen Boeing, die vor allem von den USA und der BRD forciert wurde, hat deutlich den Charakter, Maßnahmen aller Art gegen die Sowjetunion zu legitimieren. Gleichgültig, ob und inwieweit die USA selbst in diese Geschichte verstrickt sind: Allein die Tatsache, daß sie den Tod von 269 Passagieren zur propagandistischen Vorbereitung eines Weltkrieges nutzen, verweist ihren lautstarken Humanismus in den Bereich der Demagogie. Zunehmend stellt sich heraus, daß die sowjetische Behauptung, es habe sich bei der angeblichen Irrfahrt der südkoreanischen Boeing um eine gezielte Provokation gehandelt, den Tatsachen zumindest sehr nahe kommt. Während sich der Westen lautstark darüber mokiert, daß die Sowjets nur stückeweise mit der Wahrheit herausrücken würden, stellt die westliche Darstellung des Vorgangs ein Konglomerat an Halbwahrheiten und Lügen dar; täglich wird die Version geändert, verbessert, korrigiert. Dabei wird kaum verheimlicht, daß man in der NATO heilfroh ist über den Abschuss, weil er erstklassige Mordtaten liefert gegen die Defätisten im eigenen Lager und die Friedensbewegung. Einer dieser Gralshüter des Humanismus, der US-Senator Jesse Helms, frohlockte: „This is the best chance we ever had to paint these bastards into a corner“; gemeint ist die Sowjetunion („time“, 37/83). Tatsächlich verlor diese Kampagne besser als der Versuch anlässlich des polnischen Kriegsrechtes.

Die zur Schau gestellte „Mäßigung“ bei den Sanktionen, die demonstrative „Besonnenheit“ Reagans stehen nicht im Gegensatz zu den aggressiven Zielen der Kampagne. Umgekehrt! Weil die NATO-Zentralen wissen, daß das Massenbewußtsein im Moment äußerst sensibel auf die Kriegsgefahr reagiert, weil sie wissen, daß sie erheblich an Vertrauen verloren haben, darum muß diese Kampagne in dem Doppelsinne geführt werden, daß einerseits gegen die Sowjetunion mobilisiert, ein militanter Antisowjetismus gestärkt, und andererseits herausgestellt wird, daß man aus Interesse am Frieden nicht so handelt, wie man eigentlich müßte. Diese Kampagne zeigt, daß die Propagandisten der NATO sich auf die veränderten Bedingungen einstellen und nach einem Konzept suchen, mit dem die ihre ideologische Dominanz erhalten und ausbauen können, nachdem die Friedensbewegung einen Einbruch auf Massenebene erzielte. Diese Kampagne hat daher Premiercharakter und verdient besonderes Interesse.



angeblich eine Rakete, die zur Vernichtung der neuen US-Raketen vom Typ MX in den Silos gedacht sein soll. Auf Sachalin befindet sich das Leitkommando der sowjetischen Pazifikflotte.

Die Flugroute „Red 20“, auf der die KAL mit Flugnummer KE 007 hätte bleiben sollen, führt direkt an sowjetischen Territorium vorbei. Trotz dreifacher Routensicherung durch Trägheitsnavigationssysteme (INS), und obwohl die KAL-Maschine laut Reglement alle halbe Stunde die eigene Position mit Angaben der Koordinaten zu melden hat“ („FAZ“, 7.9.), verließ die Boeing die Flugroute. Den US-Streitkräften war das von Anfang an bekannt, weil ein Aufklärer vom Typ RC 135 zu diesem Zeitpunkt zugegen war in der Nähe der südkoreanischen Maschine war.

Es ist viel gerätselt worden, ob vielleicht, was für sehr unwahrscheinlich gehalten wird, die INS versagt hätte. Aber fast zwei Wochen nach dem Abschuss fand sich — auf der letzten Seite! — folgende Meldung:

„Die koreanische Luftverkehrsgesellschaft KAL hat inzwischen bestätigt, daß der von den Sowjets abgeschossene Jumbo-Jet auf dem ersten Abschnitt seines Fluges — von New York nach Anchorage in Alaska — so wohl Schwierigkeiten mit dem Funkverkehr als auch mit der sogenannten Trägheitsnavigationssysteme hatte. Allerdings heißt es bei der Korean Air Lines ausdrücklich, beide Defekte seien während der Zwischenlandung in Anchorage behoben worden“ („FAZ“, 13.9.83).

Auf dem US-Flughafen in Anchorage wurden die Geräte also gewartet und repariert. Erstaunlich genug, die funktionierten dennoch nicht. Ein anderer Flugkapitän erklärte, er habe versucht, die später abgeschossene KAL-KE 007 wegen einem Austausch der Wetterberichte zu erreichen, und zwar auf dem Stück Anchorage-Seoul: „Aber diesmal, sagte Yang, konnte er keinen

Kontakt zu Flug 007 herstellen. Yang sagte weiterhin, daß er mitteilte, daß der Flughafen Anchorage Kommunikations-schwierigkeiten mit dem Flugzeug hatte“ („newsweek“, 37/83). Das ist natürlich reine Zeitfäule. Daß Navigationsgeräte, die für fast narrenschier gelten und noch dazu in dreifacher Ausführung an Bord waren, um sich gegenseitig zu bewachen („FAZ“, 7.9.), auf dem ersten Flugabschnitt Störungen aufwiesen und nach einer Reparatur auf einem US-Flughafen dann erst nicht mehr funktionieren — Schicksal?

In Anchorage wurde außerdem routinemäßig die Mannschaft gewechselt. Der Kapitän Chun Byung in war kein Anfänger, sondern laut „time“ verfügte er über weit mehr als 10.000 Flugstunden Erfahrung.

Die Sowjetische Version

Das Verhalten der Sowjetunion nach dem Abschuss der KAL-Boeing war, gelinde gesagt, sehr ungeschickt. Vom „Wie wissen nicht“ über „Wir haben den Jumbo mal gesehen“ bis schließlich zum Eingeständnis, ihn abgeschossen zu haben. Am Tag des Abschusses selbst erklärte die Sowjetunion zunächst, sie wisse von nichts. Einen Tag später ließ es in der PRAWDA, ein „Flugzeug unbekannter Herkunft“ sei in den Luftraum der SU eingedrungen. Man habe versucht, es zur Landung zu zwingen, doch es „setzte seinen Weg in Richtung der Japanischen Meeres fort“. Von Schüssen kein Wort! In der Tass-Erklärung vom 4. September wurde der Abschuss immer noch verschwiegen. Es hieß nur lapidar: „Erwa zehn Minuten lang war es (die KAL-Boeing) noch innerhalb der Beobachtungszone der Ortungsgeräte. Danach wurde es nicht mehr wahrgenommen.“ In dieser Tass-Erklärung war wie zuvor die Rede von einem „nicht identifizierten Flugzeug“. Tass erläuterte, sowjetische Ab-

fangjäger hätten versucht, Funkkontakt herzustellen, hätten Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgegeben, aber das Flugzeug habe alle Versuche der Kommunikation ignoriert. Tass schloß folgend, daß es sich um eine „im Voraus geplante Aktion“ handelte. „Es gibt Grund zu der Annahme, daß diejenigen, die diese Provokation organisierten, vorsätzlich eine weitere Verschärfung der internationalen Lage wünschten...“ Diese Darstellung wurde einen Tag später von Generaloberst Romanov, dem Kommandierenden des Hauptstabes der Luftwaffe, bestätigt.

Romanov ergänzte den Tass-Bericht eigentlich nur in zwei Punkten: die sowjetischen Piloten hätten versucht, „Sichtkontakt“ zu dem eingedrungenen Flugzeug herzustellen; und: „Das Flugzeug flog ohne Lichter, und seine Umrisse erinnerten an amerikanische Aufklärer RS-135. Der Pilot konnte nicht feststellen, welche Funktionen der Luftraumverletzer erfüllte.“ (nach „FAZ“, 6.9.). Erst am 6. September, also fast eine Woche nach dem Vorfall, gab die Sowjetunion öffentlich bekannt, daß sie den Flug der Boeing 747 „unterbunden“ habe.

Diese Informationspolitik hat natürlich nicht dazu beigetragen, die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion zu stärken. Es hat wenig Sinn darüber zu spekulieren, warum die SU so lange schwieg. Die Thesen, es habe sich um Spannungen zwischen der „Andropow-Fraktion“ und „Falken“ des Militärapparates gehandelt und dergleichen, lassen sich — zumindest bislang — überhaupt nicht durch Fakten decken.

Die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 7. September schüdt zunächst den Flug der KAL-Boeing und hält fest, daß sich „ein anderes, dem Luftraumverletzer ähnliches Spionageflugzeug der Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten vom Typ RC-135“ im selben Luftraum aufhielt. Nachdem alle Versuche, mit dem Flugzeug Kontakt

aufzunehmen, gescheitert seien, und dieses „zu entkommen versuchte, führte der Abfangjäger der Luftverteidigung den Befehl der Kommandostelle zur Unterbindung des Fluges aus“. Man habe nicht wissen können, „daß es sich um ein ziviles Flugzeug handelte.“ — Die sowjetische Regierung warf den USA vor, für diese „großangelegte Spionageoperation unter Benutzung eines Zivilflugzeuges“ verantwortlich zu sein. „Die Kalkulation lief daraus hinaus, daß es gelingen werde, die erwähnte Spionageoperation ungehindert zu erfüllen, sollte sie aber beendet werden, sie dann in eine großangelegte politische Provokation gegen die Sowjetunion umzuwandeln. (...) Sie erfolgte gerade jetzt, da die Frage entschieden wird, ob das Weintrinken zum Stehen gebracht ... wird. (...) Opfer des neuen Verbores (der USA) sind Menschen geworden, die sich in dem Flugzeug befanden, das von den amerikanischen Geheimdiensten für ihre schmutzigen Zwecke benutzt wurde.“ (nach „FAZ“ vom 8.9.).

Die Sowjetunion ließ etwas später den Generalstabschef Ogarkov auf einer Pressekonferenz den gesamten Vorfall ausführlich schildern, und kurz darauf wurde auch der Pilot mit seinem Bericht vorgestellt. Ogarkov zeigte noch einmal die Flugroute der KAL-Boeing, wies darauf hin, daß sie systematisch die militärisch interessanten Bereiche der SU überflog und dabei auf ihrer „Irrfahrt“ den Stellungen der Boden-Luft-Raketen auswich. Der sowjetische Pilot, der die Boeing abschoss, schilderte den Hergang sehr detailliert. Das Flugverhalten der Boeing sei typisch für amerikanische Aufklärer gewesen: „Sie hat genau wie eine RC 135 reagiert, die Querruder ausgefahren und gebremst. Doch ich bin nicht in die Falle gegangen.“

Der Pilot erläuterte das Verhalten amerikanischer Aufklärer in ähnlichen Situationen: „Sobald ich mich auf seiner Höhe befinde, macht er eine Pirte. Diese besteht darin, daß er sämtliche Querruder ausfährt und plötzlich bremst, sodaß ich ihn überhole, da mein Flugzeug erheblich schneller ist als sein.“ (nach „FAZ“, 14.9.). Die SU-15 ist zwar ein älteres Modell, macht aber immerhin Mach 2,3, d.h. mehr als zweifache Schallgeschwindigkeit.

Fast alle sowjetischen Angaben zu dem Vorgang lassen sich mittlerweile durch die von den USA vorgelegten Beweise decken.

1. Mittlerweile haben die USA anerkannt, daß die Sowjets Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgaben.
2. Das von dem Piloten angegebene Manöver der Boeing wird durch das von den USA publizierte Funkprotokoll bestätigt. „805: Das Ziel verlangsamte seine Geschwindigkeit. — Ich flog um es herum, ich bin schon dabei, mich vor das Ziel zu setzen. — Ich habe die Geschwindigkeit vermindert.“

Situationen: „Sobald ich mich auf seiner Höhe befinde, macht er eine Pirte. Diese besteht darin, daß er sämtliche Querruder ausfährt und plötzlich bremst, sodaß ich ihn überhole, da mein Flugzeug erheblich schneller ist als sein.“ (nach „FAZ“, 14.9.). Die SU-15 ist zwar ein älteres Modell, macht aber immerhin Mach 2,3, d.h. mehr als zweifache Schallgeschwindigkeit.

Fast alle sowjetischen Angaben zu dem Vorgang lassen sich mittlerweile durch die von den USA vorgelegten Beweise decken.

1. Mittlerweile haben die USA anerkannt, daß die Sowjets Warnschüsse mit Leuchtspurmunition abgaben.
2. Das von dem Piloten angegebene Manöver der Boeing wird durch das von den USA publizierte Funkprotokoll bestätigt. „805: Das Ziel verlangsamte seine Geschwindigkeit. — Ich flog um es herum, ich bin schon dabei, mich vor das Ziel zu setzen. — Ich habe die Geschwindigkeit vermindert.“
3. Die Behauptung der Sowjets, sie hätten den Abschussbefehl erst erteilt, als die Boeing zu fliehen versuchte, ist glaubwürdig, denn von den Amerikanern wird der Abschusspunkt mehr oder weniger an der Grenze der Sowjetunion „über internationalem Gewässer“ angegeben („FAZ“, 7.9.).
4. Die Behauptung, die Sowjets hätten nicht versucht, mit der Boeing in Funkkontakt zu kommen (über die Notfrequenz I.F.F.), wird selbst von dem US-amerikanischen Funkprotokoll widerlegt. Da funkt der sowjetische Pilot 805, der später auch schoß, an die Bodenstation: „Das Ziel antwortet nicht auf I.F.F.“

Es spricht bislang nichts gegen die sowjetische Behauptung, sie hätten zwei Stunden lang mit den verschiedenen Methoden versucht, Kontakt zu dem Flugzeug herzustellen; sie hätten versucht, es zum Landen zu zwingen, und erst geschossen, als es floh. Was man den Sowjets vorwerfen könnte, wäre eigentlich nur, daß sie ein Flugzeug abgeschossen, das zivile Passagiere an Bord hatte. Aber wußten die Sowjets das überhaupt? Die SU bestreitet dies, und es gibt bislang keinen Beweis, daß sie es wußten. Und die Sowjets können durchaus zurecht dem zivilen Aussehen von Flugzeugen über ihrem Territorium mißtrauen. Während des Vietnam-Krieges fingen sie eine zivile Maschine über dem sowjetischen Territorium ab, zwangen sie zur Landung — und fanden 200 amerikanische Soldaten („FAZ“, 13.9. — allerletzte Seite). Nun kann man natürlich so argumentieren, daß doch die Sowjets in der aktuellen internationalen Lage vermeiden müßten, was irgendwelche Atomkriegsprotagonisten Munition verschafft. Und die Konsequenz heißt:

Fortsetzung nächste Seite

Statt der erfahrungsgemäß wenig wirksamen Wirtschaftsanktionen setzt die Kampagne nach dem Abschluß der südkoreanischen Boeing auf die moralische Isolierung der Sowjetunion:

„Der Zwischenfall war kein Zusammenstoß der beiden Supermächte, sondern international. Er betrifft die gesamte Völkergemeinschaft oder in Reagans Worten »die Sowjetunion gegen die ganze Welt« (FAZ, 7.9.83). Was die USA von Anfang an zu vermeiden suchten, war ein Gerangel mit den EG-Staaten um die Sanktionen, wie es schon mehrmals antisowjetische Kampagnen lahmgelegt.

Das diesmal eingeschlagene Konzept führte erwartungsgemäß zu massiver Kritik seitens der „Ultrakonservativen“. In den USA forderte Senator Jesse Helms die Revidierung der gesamten amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Andere propagierten glatt den Abbruch der Genser Verhandlungen. In der FAZ wurde der Vorschlag ausgebreitet, „als Antwort auf den sowjetischen Abschluß im Fernen Osten den afghanischen Widerstandskämpfern mehr und bessere Waffen zukommen zu lassen“ (20.9.). Während das Gerangel anläßlich früherer Sanktionskampagnen der ideologischen Durchschlagskraft beraubt wurde, unterstützt die Kritik von rechts die Wirkung der Kampagne.

Nach einer Meinungsumfrage der „newsweek“ (no. 38) empfinden 52 Prozent der US-Bürger Reagans Reaktion als zu lasch. Für Wirtschaftsank-

Kampf im Zwielficht

tionen gibt es nach der Umfrage in den USA eine Zweidrittelmehrheit, aber nur 24 Prozent sind für den Abbruch der Rüstungskontrollgespräche. Seite 86 % sind überzeugt, daß die Sowjets vorher wußten, daß sie ein Passagierflugzeug abschossen.

Konkret wurde lediglich die zweiwöchige Aussetzung des Flugverkehrs in die UdSSR als Sanktion beschlossen, was gewährleistet, daß sich mit wenigen Ausnahmen „die ganze Welt“, d.h. die NATO und ihre Verbündeten, daran beteiligen. Die entscheidende Seite der Kampagne liegt nicht auf dieser praktischen Ebene, sondern auf der ideologischen. Einstimmig beschloß das amerikanische Repräsentantenhaus: „Dieser kaltblütige, barbarische Angriff auf ein vom Kurs abgekommenes Verkehrsflugzeug ist einer der schändlichsten und verwerflichsten Akte der Geschichte“ (FAZ, 16.9.). Das Europa-Parlament verabschiedete mit 128 zu 19 Stimmen, die „kaltblütige Zerstörung“ zeige „die völlige Mißachtung aller von der Völkergemeinschaft anerkannten und respektierten Grundsätze“ (ebd.). Zugleich wird mit der praktischen „Begegnung“ und „Mäßigung“ zweigleisige Politik gemacht. Zum einen wird herausgestellt, wie berechenbar und verantwortungsbewußt der nachrückende Westen sei; zum anderen wird diese „Mäßigung“ selbst wieder zur Begründung weiterer Aufrüstung genutzt: „Doch der Ideologe Reagan paart sich mit dem kühlen Pragmatiker ... Daraus ergibt sich sein Kurs: ein sein militärischer Stärke wieder bewußtes Amerika durch das strategische Modernisierungsprogramm in die Lage zu bringen, mit der anderen Supermacht von gleich zu gleich zu verhandeln“ (FAZ, Kommentar vom 10.9.). Die Kampagne um den Abschluß wurde so zu einem ideologischen Kampfplatz um die Aufrüstung. Eine Front der „ganzen Welt gegen die Sowjetunion“ kam dabei nicht zustande. Im Weltweiterheitrat, der eine amerikanische Verurteilung der SU verabschieden sollte, was aufgrund des sowjetischen Vetos ohnehin nur ein symbolischer Akt war, enthielten sich Nicaragua, Simbabwe, Guyana und die VR China. Tschou Nan vom chinesischen Außenministerium begründete die Enthaltung „mit

der Zugehörigkeit Chinas zur Dritten Welt, die nach Meinung Pekings in einer Kontroverse der beiden Supermächte nicht Partei ergreifen sollte“ (FAZ 15.9.). Das linkssozialdemokratisch regierte Griechenland blockierte eine gemeinsame Stellungnahme der EG-Staaten, was vor allem seitens der BRD zu heftigen Beschwerden führte, die man nur als unterschwellige Drohungen auffassen kann. Da ist die Rede von Vertrauensverlusten, von Griechenlands Verlassen der gemeinsamen Grundlage und dergleichen mehr.

„Wir können ferner mit den Vorbereitungen für den — wie Präsident Ken-

edy sagte — langen Kampf im Zwielficht beginnen.“ (Reagan)

Wie weit die USA in dieser Kampagne zu gehen bereit sind, zeigt sich an ihrer Weigerung, „der Aeroflot-Maschine Gromyko eine Sondergenehmigung zur Landung auf dem New Yorker Flughafen zu erteilen“ (FAZ 20.9.). Stattdessen bot man Gromyko an, auf irgendeinem Militärflughafen zu landen. Eine derartige Demütigung würde keine Bananenrepublik der Welt hinnehmen. Für die Sowjetunion war das Maß voll: Gromyko sagte seine Teilnahme an der UN-Vollversammlung in New York ab. Völlig zurecht warf die SU in diesem Zusammenhang die Frage

auf, ob die USA der geeignete Sitz für die UN sind. Die ganze Kampagne wird von den USA und den Kernländern der NATO in einer Art vorangetrieben, die darauf hinausläuft, ein internationales Klima zu schaffen, das jede Verständigung mit der Sowjetunion als aberwitzig erscheinen lassen soll. Die bürgerlich-liberale Kritik an dieser Politik als einem Wiederaufleben des Kalten Krieges ist eine schamlose Untertreibung. Hier geht es um Vorbereitungen für einen heißen Krieg, den die USA in Mittelamerika und im Nahen Osten bereits begonnen haben.

Nachtrag:

Der sowjetische Luftmarschall Kirsanow hat am 19. September eine wesentlich erweiterte Darstellung des Vorfalles gegeben. Nach dieser Darstellung handelte es sich um eine abenteuerlich klingende Grobaktion der USA:

1. Sei der Jumbo mit dem US-Spionagesatelliten Ferret-D synchronisiert worden.
2. Hätten mehrere RC-135-Aufklärer sowie AWACS-Aufklärer und die US-Fregatte „Badger“ an der Aktion teilgenommen.
3. Seien an Bord der Boeing statt der üblichen 19 Besatzungsmitglieder 29 gewesen, deren Funktion nicht geklärt sei.

Kirsanow führte dazu aus: „Die Verletzung der Luftgrenze veranlaßte die sowjetischen Funksysteme dazu, die Intensität ihrer Tätigkeit nahezu zu verdoppeln. (...) Zu diesem Zeitpunkt nahm er (der Satellit Ferret-D) ... die Tätigkeit aller zusätzlich eingeschalteten elektronischen Geräte unserer Luftwaffenverteilungsanlagen auf Sachalin, auf den Kurileninseln und im Seegebiet auf.“ (FR und FAZ, 21.9.). Belege für diese Behauptungen nannte Kirsanow nicht.

Die Regeln des Spiels

„Seit letztem Januar haben 77 sowjetische Flugzeuge die American Air Defense Identification Zones (ADIZ, amer. Luftverteidigungszonen) auf ihrem Direktflug von der UdSSR nach Kuba verletzt. Ihr Ziel war es, US-amerikanische Radarfrequenzen aufzunehmen und zu testen, wie lange es dauert, bis US-Jagdflugzeuge (Fighters) antworten. Aufklärungsflugzeuge der USA taten dasselbe nahe der UdSSR-Grenze und lösten dadurch mehr als 900 Abschüsse von sowjetischen Boden-Luft-Raketen aus, bisher ohne einen Treffer.“

aus: The Rules of the Game, „time“ 37/83

rem Direktflug von der UdSSR nach Kuba verletzt. Ihr Ziel war es, US-amerikanische Radarfrequenzen aufzunehmen und zu testen, wie lange es dauert, bis US-Jagdflugzeuge (Fighters) antworten. Aufklärungsflugzeuge der USA taten dasselbe nahe der UdSSR-Grenze und lösten dadurch mehr als 900 Abschüsse von sowjetischen Boden-Luft-Raketen aus, bisher ohne einen Treffer.“

aus: The Rules of the Game, „time“ 37/83

Fortsetzung von vorheriger Seite

dann oben, jede amerikanische Provokation hinnnehmen, weil sie sonst im Westen ausgenutzt wird.

Die sowjetische Regierung dürfte völlig recht haben mit ihrer Annahme, daß genau dies das Kalkül der USA war. Daß also die Sowjetunion vor die Wahl gestellt werden sollte, entweder einen militärischen Preis zu bezahlen, indem sie der Spionage freien Lauf ließ, oder einen propagandistischen, indem sie Reagan und Konsorten willkommenen Argumente für die Kriegshetze lieferte. Das Argument, sie habe nun dem Antikommunismus und der Kriegshysterie Vorschub geleistet, übersieht einfach die Tatsachen. Die NATO-Kampagne wegen des Abschusses steht auf so schwachen Beinen, daß es unmöglich an diesen „Fakten“ liegen kann, wenn ihre Versionen von den westlichen Medien einfach geschluckt und verbreitet werden. Daß so widersprüchliche Storys den NATO-Strategen geglaubt worden, liegt einmal in einem irrationalen Antikommunismus, der den Sowjets sowieso alles antraut, und zum anderen an dem nicht minder irrationalen Glauben, daß doch die amerikanische Demokratie nicht einfach dreihundert Leute für einen Propagandacoup opfert.

In diesem Klima merken Journalisten nicht einmal mehr, wie peinlich ihre Argumente sind; wenn da gesagt wird, die USA hätten doch solche Spionage nicht nötig, weil sie das mit ihren Satelliten viel besser könnten! Das spricht doch erst recht dafür, daß es sich bei der Irreleitung der Boeing um eine Provokation handelte, die auf den Tod der Passagiere bewußt setzte. Die „newsweek“ fragt sich dann ganz objektiv, „warum die US-Behörden nicht versuchten, das verirrte koreanische Flugzeug zu warnen“ (37/83). An anderer Stelle fragt sich die „newsweek“ ebenso zu Recht, warum auch die Japaner die KAL-Maschine nicht warnten. Aber keinem dieser Journalisten kommt es in den Sinn, deshalb etwa die offizielle Version des Vorgangs anzuzweifeln. Man erklärt einfach, die Sowjets hätten doch sofort sehen müssen, daß es sich um eine mit Menschen vollgestopfte, harmlose Passagiermaschine handelte; aber man findet es völlig normal, daß die japanische Luftwaffe die koreanische Boeing für „ein sowjeti-

sches Passagierflugzeug“ hielt (FAZ, 7.9.). Eine bizarre Logik: die Sowjets wußten angeblich die ganze Zeit, wen oder was sie im Visier hatten, aber der zuständigen Bodenkontrolle „könnte auch seine Identität unerkannt geblieben sein, bis er sich schließlich Tokyo Control zu erkennen“ gab (FAZ, 7.9.). KE 007 gab sich Tokyo Control um 20.15 MESZ zu erkennen, elf Minuten vor dem Abschuß.

Mehrere Wochen nach dem Abschuß kommen „Geheimdienstkreise in den USA ... zu einer neuen Einschätzung“, nämlich daß „die sowjetischen Piloten tatsächlich während der ganzen zweieinhalb Stunden dauernden Verfolgung geglaubt haben, ein US-Spionageflugzeug vom Typ RC-135 vor sich zu haben“ („FR“, 19.9.). Dem Pentagon war angeblich davon nichts bekannt. Eine ähnliche Meldung brachte auch die „newsweek“ vom 19. September. Da wird sogar erläutert: „In einer Kommunikation, kurz bevor Flug 007 abgeschossen wurde, informierten sowjetische Luftverteidigungs-offiziere die lokalen SAM-2 Anti-Flugkörper-Raketen Batterien, daß eine RC-135 in sowjetischen Luftraum eindringen sei“ („newsweek“, 38/83). Dort spekuliert man nun, ob nicht immerhin der Pilot wußte, was er abschob, aber er es der Basis verschwie.

Je länger diese Kampagne anhält, umso wackeliger wird die US-Version. Tatsächlich wird eigentlich die Version der UdSSR peu à peu bestätigt. Es sieht ganz so aus, als wenn die UdSSR tatsächlich davon ausgehen mußte, einen Aufklärer vor sich zu haben, der systematisch Kamtschatka und Sachalin abflieg. Diese Seite des Vorfalles ist mittlerweile recht klar. Was dagegen nicht klar ist, sind die Vorgänge an Bord der südkoreanischen Boeing, deren Mannschaft angeblich über zwei Stunden lang nicht auffiel, daß sie auf falschem Kurs war, daß sie mit Leuchtspurmunition gewarnt und von mehreren Abfangjägern beschattet wurde.

Die Forderung, diese Mysterien lückenlos aufzuklären, ist sicher richtig, nur ist dafür die Sowjetunion die falsche Adresse.

J./Hamburg

„Death of a Hard-Liner“

Nach Einschätzung der „time“ stärkte der Abschluß der Boeing die Hardliner in den USA und „gab Reagan eine bessere Chance, die abschließende Kongreßdebatte über die Entwicklung der MX-Rakete zu gewinnen“. Von den militantesten Kräften der US-Politik wurde ganz besonders der Tod des Senators L.P. McDonald ausgeschrieben. Er war ein „Führer der ultrakonservativen John Birch Gesellschaft und wahrscheinlich der radikalste Antikommunist im Kongreß“ („newsweek“). Einer seiner Mitstreiter erläuterte pietätvoll: „Vielleicht wird sein Tod mehr Leute erschauern, als er es im Leben vermochte“ (ebd.). McDonald war zufällig in der abgeschossenen Boeing; eigentlich wollte

er eine andre Maschine nehmen. In jener anderen Boeing reiste eine Delegation unter Leitung von Jesse Helms nach Korea, die die USA „auf einer Konferenz aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Gegenseitigen Verteidigungspaktes zwischen Südkorea und den USA“ in Seoul repräsentieren sollten („time“). Diese Leute machten sich die Situation sofort zunutze. Wie das in den USA so üblich ist, bekommen Ehefrauen in solchen Fällen politischen Gewicht. (Auch die BILD-Zeitung liebt es, Welches Frau Danuta zu allen Aspekten der Politik zu zitieren). Kathy McDonald brachte es in der „newsweek“ auf den Punkt: „Das war eine typische Aktion der Kommunisten und der Sowjetunion. Genau gegen solches Verhalten hat mein Mann so laut und so lange sich ausgesprochen.“ (doch, das steht da wörtlich: „so loudly and for so long“).

Zur Vermeidung von Mißverständnissen

Anmerkung der AK-Redaktion

„Als israelische Kampfflugzeuge am 21. Februar 1973 eine libyische Passagiermaschine über der Sinai-Halbinsel abschossen (es gab 106 Tote), nannten wir das in dieser Zeitung Massenmord. Es gibt, trotz einiger Unterschiede in nicht ganz unwesentlichen Einzelheiten, letztlich keinen Grund, den Absturz einer koreanischen Boeing 747 anders zu beurteilen - FALLS es sich nicht beweisen läßt, daß die Maschine von sowjetischen Kampfflugzeugen abgeschossen worden ist.“ So schrieben wir im letzten AK, vier Tage nach dem Zwischenfall, als erst wenige Informationen vorlagen und es noch nicht einmal eine sowjetische Bestätigung des Abschusses gab. Manchem erschien und erscheint diese Beurteilung als allzu hart und ungerecht. Durch die inzwischen bekanntgewordenen Tatsachen über den Vorgang sehen sie sich in dieser Kritik noch bestärkt. Das klingt auch in dem Artikel von J. in diesem AK an. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist es vermutlich nicht überflüssig, unseren Standpunkt noch einmal kurz darzustellen.

1. Wenn die verantwortlichen sowjetischen Stellen die ganze Zeit im festen Glauben operiert haben, das eingedrungene Flugzeug habe irgendeinen Spionage- oder Provokationsauftrag, so bleibt unerklärlich, warum es nicht sofort am folgenden Tag eine scharfe Protesterklärung der sowjetischen Regierung gegeben hat.

2. Wenn die vor Ort agierenden sowjetischen Militärs sich sicher waren, es mit einem Aufklärungsflugzeug zu tun zu haben (das ist die offizielle sowjetische Version), so bleibt unerklärlich, warum in den ersten sowjetischen Meldungen von einem „nicht identifizierten“ Flugzeug die Rede war.

Diese offensichtlichsten Widersprüche legen den Verdacht nahe, daß sich die agierenden und kommandierenden sowjetischen Militärs ihrer Sache eben keineswegs 100%ig sicher waren. In dem Ablauf der Ereignisse drückt sich auch ein militärisch-technologisches Defizit der Sowjetunion aus: sich in der Identifizierung eines mehr als zwei Stunden lang beobachteten und verfolgten Flugzeugs unsicher zu sein oder gar zu irren, ist keine Glanztat.

3. Spionage-Unternehmen der Großmächte gegeneinander gehören zum politischen Alltag. Daß auch die Sowjetunion manche derartige Aktionen zivil abtut, darf man ruhig voraussetzen. Es würde eine Keite von Massakern geben, wenn im internationalen Umgang miteinander jedesmal verdachtsweise auf „abgetriebene“ Flugzeuge oder Schiffe geschossen würde. Die Western-Moral — „im Zweifelsfall lieber erst schießen und

dann fragen“ — bleibt verbrecherisch, auch wenn diejenigen nicht weniger verbrecherisch handelten, die einer Provokation zuliebe 269 Menschen einem tödlichen Risiko aussetzten. Und auch wenn, was inzwischen wohl als wahr unterstellt werden darf, die Boeing 747 mit irgendwelchen militärischen Geheimaufträgen unterwegs war.

4. Die publizistisch-propagandistische Behandlung des Zwischenfalls durch die Sowjetunion kann nur noch als „unter aller Sau“ bezeichnet werden. Wenn man sich mit dem Abschluß im Recht glaubte, welcher Teufel hat die sowjetischen Verantwortlichen geritten, in den ersten Meldungen den Abschluß völlig zu verschweigen und ihn erst nach mehreren Tagen zuzugeben? Wie kann die Regierung einer Großmacht so albern agieren wie ein 10-jähriger, der seinen Eltern verschweigen möchte, daß er mit dem Fußball eine Schweinestertische zertrümmert hat? Was hat die sowjetische Führung dazu veranlaßt, wichtige Pluspunkte in der nach dem Abschluß einsetzenden Propaganda-Schlacht einfach zu verschütten? Beispiel: Daß in den von der

US-Regierung publizierten Funkaufzeichnungen der sowjetischen Piloten, wichtige Übersetzungs- bzw. Interpretationsfehler enthalten waren, wurde erst einige Tage später von den US-Stellen selbst korrigiert. Die sowjetischen Verantwortlichen hatten es offensichtlich nicht für nötig befunden, ihrerseits sofort darauf hinzuweisen. Und was hätte die Sowjetunion dabei zu verlieren gehabt, den gesamten Funkverkehr - der der US-Regierung ohnehin vorlag, aber von dieser nur ganz selektiv publiziert wurde - einfach zu veröffentlichen? Sowohl die sichtbar gewordenen militär-technologischen Unzulänglichkeiten wie auch das erschreckend schwache Bild der Sowjetunion auf der publizistisch-propagandistischen Ebene lassen für die Zukunft weitere unangenehme Überraschungen befürchten. Und das hat Folgen auch für uns, weil wir in der Konfrontation mit den USA und der NATO gewissermaßen in einem Boot mit der Sowjetunion sitzen.

AK-Redaktion
(in Absprache mit J.)

Kontaktadressen

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Braunschweig
K8 c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
Tel.: 0531/47597
Bremen

6. Möller
Postfach 102141
20 Bremen 1

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 u. 11, K8
34 Göttingen
Hannover
V. Compas
Postfach 1262
3 Hannover 1

Lüneburg
Postfachkarte A 017 800
314 Lüneburg

Braunschweig
Postfachkarte 081 378
32 Braunschweig

Stettin
Postfachkarte A 088011
463 Stettin
Dortmund
K8 c/o Buchreihe
Große Heisterstraße 82
46 Dortmund 1

Frankfurt
Postfachkarte
032 776 8
6000 Frankfurt 1

Freiburg
schriftlich über Buchladen Am Fries
c/o Kommunistischer Bund
Mittelstraße 18

Stuttgart
Postfachkarte 034 8
7000 Stuttgart 1
Münster
A. Trüdel
Postfach 180 472
46 Münster

Die Nato zwischen Manövern und Krieg

Fortsetzung von S. 1

Zu den Aufgaben der Langzeit-Manöver in Mittelamerika gehört auch die kriegsmäßige Herrichtung von Honduras als Basis für einen Überfall von US-Truppen auf Nicaragua. Offiziell ist dazu bekannt, daß in Puerto Castillo an der Ostküste von Honduras ein großes Material- und Ausbildungslager angelegt worden ist, das mit den Notwendigkeiten der Manöver begründet wird, aber ebenso auch Teil der Strukturen für eine Militärintervention sein könnte. Zugleich soll im Dreieck zwischen Honduras, El Salvador und Nicaragua eine neue Radarstation errichtet werden, und die Landepisten in Honduras werden für große Militärtransporter ausgebaut und instandgesetzt. Nach einem Bericht der „Washington Post“ befaßt sich die US-Regierung darüber hinaus mit Plänen, ein ganzes Netz von US-Stützpunkten in Honduras anzulegen. Das „würde ein sofortiges Eingreifen der Amerikaner in 'dringenden Situationen' ermöglichen“ („Frankfurter Rundschau“, 8.8.).

Nicht zuletzt bieten die Langzeit-Manöver auch Möglichkeiten, völlig unauffällig und unkontrollierbar große Mengen an Waffen und Material nach Honduras zu schaffen und dort den gegen Nicaragua operierenden „Contras“ zu übergeben. Zudem wird damit gerechnet, daß die Amerikaner nach dem Abschluß der Manöver einen großen Teil ihrer Ausrüstung zur Weiterverwendung in Honduras lassen werden.

Probe für den Krieg am Golf

Es ist die Zeit der Rekorde. In Mittelamerika das bisher längste US-Manöver. Und im Mittleren Osten und Nordafrika immerhin das bisher größte US-Manöver in dieser Region. Das Manöver fand im August und September statt und war überhaupt das erste Manöver der USA, das dort in der heißesten Jahreszeit durchgeführt wurde; bisher hatten US-Truppen dort nur im November und Dezember geübt. Schauplätze des regionalen Großmanövers waren Ägypten, Somalia und der Sudan — sowie ein bißchen klanheimlich auch Oman auf der arabischen Halbinsel.

— In Ägypten waren nach offiziellen Angaben 5.500 Soldaten der USA an dem Manöver beteiligt. Ferner unter anderem strategische Bomber des Typs B-52, Kampfflugzeuge und Jagdbomber sowie AWACS-Aufklärungsflugzeuge. Geübt wurde dem Manöver betrug. Ferner unter anderem strategische Bomber des Typs B-52, Kampfflugzeuge und Jagdbomber sowie AWACS-Aufklärungsflugzeuge. Geübt wurde

unter anderem das Einfliegen einer kriegsfähigen Interventionstruppe (Einheiten der „Schnellen Eingreiftruppe“ RDF waren beteiligt). Außerdem gab es Panzermanöver in demonstrativer Nähe zur libyschen Grenze. — In Somalia fand ein Landungsmanöver statt, bei dem 2.800 US-Marineinfanteristen eingesetzt wurden. — Im Zusammenhang mit den Manövern im Sudan wurde vor allem auf die Bedeutung dieses Landes als Frontstaat gegen Libyen hingewiesen. Beteiligt waren 450 Mann der RDF und 800 Marineinfanteristen.

— Das Manövergeschehen in Oman, wo die USA sich schon einen Stützpunkt gesichert haben, wurde sehr diskret abgewickelt, da die Staaten der arabischen Halbinsel Wert darauf legen, sich nicht allzu offen an die Supermacht USA anzubinden. Laut Presseberichten sollten in Oman im Rahmen des US-Regionalmanövers eine Übung für die Luftverteidigung sowie Anti-Guerilla-Übungen stattfinden. Außerdem begann fast direkt nach Abschluß der US-Manöver dreiwöchige Manöver des Staatenbundes der arabischen Halbinsel (dem Oman, Saudi Arabien, Kuwait, Bahrain (wo es gleichfalls einen US-Stützpunkt gibt), Qatar und die Vereinigten Emirate angehören). Das Manöver soll angeblich die a u t o n o m e Rolle dieser Staaten auch gegenüber den USA unterstreichen, bildet aber in Wirklichkeit eher einen verpackten Teil der US-Manöver. Als Teil des Regionalmanövers wurden Flottenaufmärsche der USA im Mittelmeer und im Indischen Ozean deklariert, beide unter Anführung von großen Flugzeugträgern. Es soll sich — noch so ein Rekord! — um das bisher größte Flottenaufmarsch der USA im Indischen Ozean gehandelt haben.

Daß auch hier die Grenzen zwischen Manöver und Krieg fließend sind, zeigt der Blick auf die NATO-Intervention im Tschad und auf die direkte Einmischung von US-Kriegsschiffen im Libanon. Als Hintergrund des Manövers ist außerdem die Drohung der USA erkennbar, „am jeden Preis“ die „Sicherung der freien Schifffahrt“ (= Öl-Transport) im Persisch-Arabischen Golf militärisch sicherstellen zu wollen. Eine Drohung, die sich, wie alle Welt weiß, direkt gegen den Iran richtet.

Kalte Intervention im Tschad

Am Rande des Regionalmanövers im Mittleren Osten bot sich Gelegenheit zur Einmischung der USA im Tschad. Schnell waren zwei AWACS-Aufklärungsflugzeuge, begleitet von einem Verband Kampfflugzeugen, Tankflugzeugen und einigen weiteren Spionageflugzeugen im Sudan, in nächster Nähe zum Kriegsschauplatz, stationiert. Daß die USA die meisten dieser Maschinen sowieso schon zum Manöver in der Region konzentriert hatten, bot sich als günstiger Zufall dar. Zugleich konnte die als Manöverteil im Mittelmeer operierende Kriegsflotte mit dem Flugzeugträger „Eisenhower“ als Drohung gegen Libyen eingesetzt werden. Verstärkt wurde diese Flottenmassierung noch durch den Flugzeugträger „Coral Sea“, der vom Langzeit-Manöver aus der Karibik abgezogen wurde.

Der Sinn der amerikanischen Flugzeugkonzentration im Sudan, speziell der beiden AWACS, konnte nur in einer technischen Unterstützung für Frankreich bestehen, falls dieses im Tschad direkt militärisch aktiv werden wollte. Daran war der französische Regierung anscheinend — im Gegensatz zur amerikanischen — wenig gelegen, und es erwies sich vorerst auch gar nicht als notwendig. Die bloße Anwesenheit einer kriegsfähigen französischen Truppe im Tschad, inklusive Kampfflugzeuge, hat bisher ausgereicht, die Bürgerkriegsfront im Tschad zu stabilisieren. In der Provokation eines Krieges gegen Libyen scheint zwischen den NATO-Mächten bisher keine volle Übereinstimmung zu bestehen.

Von der „Friedenstruppe“ zur Interventionsarmee

Von der „Friedenstruppe“ zur Interventionsarmee

Im Libanon ist die NATO seit der israelischen Aggression im Vorjahr unter dem Titel einer „Friedenstruppe“ präsent. Die NATO-Truppe (MNF) ist offiziell 5.400 Mann stark. Davon 1.200 1.600 US-Soldaten, ferner Franzosen, Briten (mit einem allerdings eher symbolischen Kontingent von 100 Mann) und Italiener.

Seit Ende August/Anfang September wird über die NATO-MNF eine direkte Militärintervention im Libanon entwickelt. Als Begründung mußte anfangs der Schutz der MNF vor Feuerüberfällen herhalten; inzwischen haben vor allem die amerikanischen Militäraktionen sich von diesem engen Zusammenhang völlig gelöst.

Die direkte Intervention wurde Ende August eingeleitet mit der Verlegung des Flugzeugträgers „Eisenhower“ vor die libanesischen Küste. Das Schiff war ursprünglich als Teil des großen US-Regionalmanövers in der Mittelmeer deklariert worden und war anschließend der Kern einer Flottenkonzentration gegen Libyen. Insgesamt wurden schließlich 14 US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste massiert, zum Teil gerade vom Manöver im Indischen Ozean kommend, zum Teil vom Langzeit-Manöver in Mittelamerika abgezogen. Aufgabe der Kriegsflotte: Eingreifen in die Kämpfe im Libanon mit weitreichenden Bordgeschützen (maximal 30 km) und trägergestützten Jagdbombern. Darüber hinaus wird eine Landeinheit mit mindestens 2.000 Marineinfanteristen und einem großen Waffenarsenal (Panzer, Geschütze, Panzerabwehraketen, Hubschrauber u.a.) bereitgehalten.

Neben den USA beteiligt sich auch Frankreich an dieser Eskalation der In-

tervention. Es wurde der Flugzeugträger „Foch“ vor der libanesischen Küste stationiert, von dem aus französische Kampfflugzeuge („Superetendard“) auch schon zu Angriffen gegen den Libanon starteten, jedoch in deutlich geringerem Umfang als die USA.

Großbritannien hat inzwischen seine Flugzeugträger „Hermes“ und „Illustrious“ mit 1.000 Marineinfanteristen ins östliche Mittelmeer geschickt. Sie sollen dort an einem 18tägigen NATO-Manöver vor Zypern teilnehmen. Mit

dem Libanon-Krieg habe das nichts zu tun, wird beteuert. Tatsächlich ist die Neigung Großbritanniens, sich in eine Libanon-Intervention an der Seite der USA (und Frankreichs) zu begeben, wohl nicht sehr stark.

Im Libanon scheint bisher, ähnlich wie im Tschad, der bloße Drohaufmarsch im wesentlichen auszureichen, um ein politisches Diktat im Sinne westlicher Großmachtsinteressen auszuüben.

Aus der Sicht der NATO ist gleichfalls als wichtiger Phaspunkt zu ver-

chen, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu früheren internationalen Krisen kaum noch Anstalten macht, durch eigene militärische Aufmärsche und Drohgebärden die Aktionen der NATO zumindest dem äußeren Anschein nach zu kontern. Für keinen ihrer Verbündeten — weder für Nicaragua und Cuba, noch für Libyen, noch für Syrien — scheint die Sowjetunion derzeit einen Kräftepoker mit dem Westen riskieren zu wollen. Die Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten der NATO zeigt Wirkung.

Zur Geschichte der Schnellen Eingreiftruppe

Nach dem 2. Weltkrieg haben die USA in verschiedensten Konflikten mit eigenen Truppen interveniert, die überall in der Welt stationiert sind. Gleichzeitig positionierten sie aufgrund ihrer Stärkeposition vom abbröckelnden Einfluß Frankreichs und Großbritanniens in deren ehemaligen Kolonien.

Bereits Ende der 50er Jahre wurden mobile Interventionstruppen gefordert. General Taylor erklärte 1959, daß die Strategie der „massiven Vergehung“ nicht „örtlich begrenzte Kriege, wie z.B. den chinesischen Bürgerkrieg, den Guerilla-Krieg in Griechenland und Malaysia, in Vietnam, Taiwan, Ungarn, im Nahen Osten und Laos“ verhindern habe. Unter Kennedy (1961) wurde eine neue Strategie zum Programm. Mit 6 Mrd. Dollar wurde mit dem Aufbau einer „mobilen Feuerwehr“ begonnen, die überall und schnell (mittels Transportflugzeugen und Schiffen) einsetzbar sein sollte.

Es wurde die Theorie einer „1/2-Kriegs“-fähigkeit entwickelt. Die beiden großen Kriege waren für Europa und Ostasien reserviert, der „halbe“ sonst irgendwo auf der Welt. Tatsächlich führten die USA dann insbesondere den „halben“ Krieg in Vietnam.

Seit Beendigung des Vietnam-Krieges galt die Nixon-Doktrin der „1/2 Kriege“. Aufgrund der Annäherung zwischen den USA und China galt Ostasien nicht mehr als „ganzer“ Kriegsschauplatz. Im Mittleren Osten sollten insbesondere der Iran und Saudi-Arabien Stellvertreter-Funktionen übernehmen.

Diese „begrenzte“ Kriegsstrategie gilt heute als Zeit des „Vietnam-Syndroms“. Bereits 1974 (nach dem Öl-Embargo) trat erneut General Maxwell Taylor mit einem Artikel auf den Plan (in „Foreign Affairs“), in dem es hieß: „Als führende Macht der reichen Länder müssen wir damit rechnen, unsere nationalen Reichtümer gegen arme Länder verteidigen zu müssen. ... Wir werden mobile, einsetzbare Truppen brauchen, um in den unruhigen Gegenden Konflikte zu verhindern oder zu unterdrücken, bevor sie sich zu einer größeren Gefahr ausweiten.“ Ein Bericht der RAND-Corporation machte ein ähnliches Szenario einer Konfrontation zwischen 3. Welt und Industriestaaten, die die bisherige „Weltordnung“ bedrohen würde. Kissinger schloß 1975 einen Einsatz der US-Militärmacht nicht aus, „wenn es tatsächlich um die Erdrosselung der Industriestaaten“ gehe. Präsident Ford stützte am 23.1.75 trotz weltweiter Proteste diese Haltung. Es folgte eine Erdörterung aller möglichen militärischen Interventionspläne im Nahen Osten, um die Ölversorgung von Kuwait bis Katar, wo 50% der Ölreserven liegen, unter direkte US-Kontrolle zu bringen.

In einer Untersuchung schrieb der Chefredakteur von „Newsweek“ 1975 dazu, daß es ein großer Irrtum sei, daß die Ölfelder „relativ einfach von den USA erobert werden können“. 700 Bohrbohrer seien auf einem Gebiet von

der Größe Westeuropas verstreut und durch 7000 Meilen (größenteils überirdischer) Pipelines verbunden; hinzu kämen 150 Verarbeitungsanlagen und Pumpstationen. Zerstörungen durch Sabotage könnten nicht verhindert werden. Allein dadurch würde es „Jahre — nicht Monate — dauern, sie wieder herzustellen“. „Eine Intervention würde genau das heraufbeschwören, was sie verhindern soll: die ökonomische Strangulation der westlichen Industriegesellschaft“. Diese Ansicht wurde durch offizielle Untersuchungen bestätigt. Zudem müßten mehr als 100.000 Mann Truppen stationiert werden.

Die Pläne mußten erst einmal auf Eis gelegt werden, bzw. die ökonomischen Voraussetzungen, über eine längere Periode vom OPEC-Öl unabhängig sein zu können, erst geschaffen werden. Insbesondere seit 1979 („2. Ölkrise“) sind solche Pläne in großem Umfang in Gang gesetzt worden.

Der RDF (Schnelle Eingreiftruppe) wurde schließlich von Carter der Durchbruch verschafft. 1977 beauftragt er den Nationalen Sicherheitsrat mit einer entsprechenden Studie. Es folgte die geheime Carter-Direktive (Nr.18), ein „spezielles Kontingent einzuweisen, um Unterholzbrandkriege in der 3. Welt zu führen“.

Als mit dem Schah Anfang 1979 die „Stellvertreter“-Theorie der Nixon-Doktrin einstürzte, wurden diese Pläne der Öffentlichkeit präsentiert. Brezinski erklärte dazu: „Dieses Land ist infolge des Krieges in Vietnam durch eine tiefe philosophisch-kulturelle Krise gegangen ... Es taucht jetzt aus dieser Krise auf.“

Anfangs wurden 6 Mrd. Dollar für 50 Transportflugzeuge vom Typ CX und 3 Mrd. Dollar für 13 Marine-Vorsuchslagerische (die Menition und Waffen für 3 Marine-Corps à 16.000 Mann einlagern) angefordert. 100.000 Mann waren für die Truppe vorgesehen. Angesichts der Öldeklaffaire in Teheran und der Intervention von sowjetischen Truppen in Afghanistan (Ende 1979) wurden der Umfang und der Auftrag der RDF erheblich ausgeweitet. Im Januar 1980 wurde die Carter-Doktrin verkündet, die die Ölversorgung aus dem Golf zu den „vitalen Interessen“ der USA zählt, deren Beeinträchtigung mit militärischen Mitteln beantwortet würde.

Neben „leichten“ Verbänden wurden auch „schwere“ Ausrüstungen ins Programm genommen und sogar der Einsatz von Atomwaffen geplant, um einen solchen Krieg auch in direkter Konfrontation mit der SU führen zu können. Die Truppenstärke wurde auf 200.000 Mann plus 100.000 Reservisten aufgestockt (inzwischen sind 400.000 in der Debatte). Der Ende 79 zum Oberkommandierenden ernannte General Kelley verkündete stolz am 10.10.80: „Es wäre mir recht, morgen einen Krieg anzufangen.“ In knapp 3 Jahren war der RDF von der Reißbrettplanung zu einer kriegsfähigen Truppe aufge-

baut worden, die auf ihren ersten großen Einsatz drängt.

Nachdem unter Carter die mangelnde Interventionsbereitschaft der USA von Politikern wie Schlesinger, Haig, Zumwalt und Kissinger angegriffen worden war, wurde unter Reagan die „2 1/2-Kriege“-Theorie wieder eingesetzt. Neben den „großen“ Kriegsschauplätzen Europa und Mittelost sollen alle Konflikte im globalen Militärinteresse der USA betrachtet werden. Die Counterinsurgency der Kennedy-Ära erlebt einen neuen Aufschwung. „Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann“, erklärte der Stabschef aller Waffengattungen, David C. Jones, Anfang 82 vor dem Kongreß. Die USA bräuchten „eine umfassende strategische Vorstellung ... die regionalen Auseinandersetzungen in einem größeren globalen Rahmen sieht“. „Feindliches sowjetisches Vorgehen“ müsse auch in anderen Gegenden beantwortet werden, forderte Weinberger: „Wir müssen darauf vorbereitet sein, Gegenoffensiven in anderen Regionen in Gang zu setzen“, erklärte er am 3.5.81, „und darauf, die Schwächen des Angreifers auszunutzen, wo immer wir sie finden.“

Literaturhinweise:

1. Militärpolitik-Dokumentation Nr.26, Haag + Herchen, Frankfurt, „Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA“
 2. Blätter des Iz3w Nr.105, Nov.82 „Bereit zum Krieg um die Ölquellen“
- AK-Artikel zum Thema:
 AK 36, S. 1: Periklische ums Öl, was steckt dahinter?
 AK 39, S. 1: Krieg gegen die 3. Welt — zur Ölkampagne der Bourgeoisie
 AK 39, S. 3: Der Schah und Feisal: Die Gendarmen des Mittleren Ostens
 AK 176, S.48: Rapid Deployment Force: US-Invasionstruppe
 AK 185, S.10: 500.000.000 Dollar für die Umrüstung der imperialistischen Energieversorgung
 AK 197, S.40: Kriegs- und Krisenvorbereitung des Imperialismus — Energie- und Rohstoffbevorratung in der BRD und den USA
 AK 203, S.13: USA horten Rohstoffe für den Krieg
 AK 210, S. 6: Was hat die Startbahn mit dem 3. Weltkrieg zu tun? Teil 1
 AK 211, S. 6: Teil 2
 AK 212, S. 6: Teil 3



Kriegsvorbereitung der RDF in Ägypten beim Manöver „Operation Bright Star“, November 1981

Christopher Paine

Die Eingreiftruppe — Eckpfeiler im Atomkriegsplan Washingtons

In der amerikanischen Verteidigungskonzeption gibt es zwei Arten von Strände. Die erste ist die der Küstenlinie, die die US-Marines bei einer wirklichen oder geübten militärischen Intervention tatsächlich stürmen. Die zweite gehört in den Bereich der Atomstrategen. Wenn ihre Spiele eines „begrenzten“ Atomkriegs schieflaufen und eine Eskalation zu einem alles zerstörenden Krieg simulieren, dann nennen die Strategen dieses Ergebnis unter sich einen „Strand“, nach dem Titel des populären Romans Nevil Shutes über den atomaren Weltuntergang „Am Strand“.

In diesem Zeitalter, in dem zwei militärische Supermächte mit der Reichweite ihrer Kernwaffen die gesamte Welt umspannen, stellt sich jedoch unausweichlich die Frage: Ist es möglich, daß die Schnelle Eingreiftruppe die Strände am Persischen Golf stürmt, ohne daß wir alle am Strand der atomaren Vernichtung zurückbleiben?

Diese Metapher vom Strand beinhaltet die beiden Hauptdimensionen der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung der USA — die Fähigkeit zu „schneller“ Intervention, hauptsächlich mit dem Ziel Naher und Mittlerer Osten, und das sowjetisch-amerikanische atomare Wettlaufen. Die Verbindungen zwischen diesen beiden Größen sind beträchtlich, doch werden sie im allgemeinen von den Gegnern der gegenwärtigen militärischen Aufrüstung der USA — die Fähigkeit zu „schneller“ Intervention, hauptsächlich mit dem Ziel Naher und Mittlerer Osten, und das sowjetisch-amerikanische atomare Wettlaufen. Die Verbindungen zwischen diesen beiden Größen sind beträchtlich, doch werden sie im allgemeinen von den Gegnern der gegenwärtigen US-Politik nicht erkannt. Die meisten US-Bürger schauen auf das atomare „Gleichgewicht“ und sehen nur das wachsende Potential moralisch unbegreiflicher Zerstörung. In den Augen derjenigen aber, die auf hoher Ebene Politik machen, fällt die seit den späten 60er Jahren eingetretene Verlagerung von der eindeutigen amerikanischen Überlegenheit hin zu einem ungefähren atomaren Gleichgewicht (Parität) zusammen mit der zunehmenden Instabilität in den strategischen Schlüsselregionen der Welt.

„Westeuropa, unsere asiatischen Verbündeten und die Vereinigten Staaten haben ihre Abhängigkeit von den anderen Teilen der Welt gerade in der Zeit erhöht, als diese Gebiete in zunehmendem Maße durch feindlichen Einfluß verwundbar wurden“, schrieb Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 1983 an den Kongreß.¹

„Einen Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen“

Diese erkannte Bedrohung bildet den Hintergrund für die Entscheidungen der Carter- und Reagan-Administration eine Schnelle Eingreiftruppe für Interventionen aufzubauen. Die strategischen Überlegungen im Umfeld der amerikanischen Pläne für militärische Interventionen sind ihrerseits eine Haupttriebkraft für die Anhäufung von Atomwaffen. Der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General David C. Jones, befürwortete 1979 die MX-Raketen (interkontinentale Atomraketen; d. Red.) mit folgender Begründung: „Da die Aufgabe unserer strategischen Streitkräfte über die bloße Abschreckung eines Angriffs auf unsere Städte hinaus auch die amerikanischen Interessen und alliierten Streitkräfte in Übersee einschließt“, sagte er gegenüber dem Air-Force Magazin, „könnte es eine Umkehrung der kubanischen Situation (der Raketenkrise von 1962) geben, in der (die Sowjets) einen strategischen Vorteil verbun-

den mit einem lokalen Vorteil konventioneller Streitkräfte haben könnten.“

In einer derartigen Situation könnten die USA gezwungen sein, sich ohne Rücksicht auf das, was auf dem Spiel steht, zurückzuziehen. Um dieser Möglichkeit vorzubauen, befürwortete D.C. Jones eine verstärkte „Modernisierung der strategischen Streitkräfte“, wobei die „störende“ MX äußerste Priorität haben sollte.

Die Überlegenheit der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion in Schlüsselgebieten wie dem Nahen und Mittleren Osten (Südwestasien oder SWA im Sprachgebrauch des Pentagon), könnte nur durch eine Steigerung der sowjetischen Angst vor einer amerikanischen atomaren Eskalation ausgeglichen werden. „Der Schwerpunkt muß darauf liegen, daß diese Nation die Fähigkeit besitzt, einen länger andauernden Atomkrieg auch tatsächlich zu führen“, schloß General Jones, „mit allen damit verbundenen Konsequenzen.“²

Erst vor kurzem haben Spitzenpolitiker der Reagan-Administration die amerikanische Atomkriegsstrategie ausdrücklich mit der auf den Nahen und Mittleren Osten ausgerichteten Fähigkeit zur Intervention in Verbindung gebracht. „Unsere Programme für die Haushaltsjahre 1985-87 legen ein verstärktes Gewicht auf unsere Fähigkeit, Truppen schnellstens

Erst vor kurzem haben Spitzenpolitiker der Reagan-Administration die amerikanische Atomkriegsstrategie ausdrücklich mit der auf den Nahen und Mittleren Osten ausgerichteten Fähigkeit zur Intervention in Verbindung gebracht. „Unsere Programme für die Haushaltsjahre 1985-87 legen ein verstärktes Gewicht auf unsere Fähigkeit, Truppen schnellstens nach Südwestasien transportieren zu können“, stellte C.W. Weinberger in seinem Jahresbericht fest.³

Doktrin des atomaren Erstschlages

An anderer Stelle im gleichen Bericht schrieb er: „Insbesondere für die Region am Persischen Golf basiert unsere Strategie auf dem Konzept, daß die Aussicht auf einen Kampf mit amerikanischen und befreundeten Streitkräften, verbunden mit der Aussicht, daß wir den Krieg auf andere Schauplätze ausdehnen könnten, die effektivste Abschreckung gegenüber einer sowjetischen Aggression darstellt.“⁴

Die strategische „Parität“ mit der Sowjetunion und die daraus resultierende Abschwächung der Wirksamkeit amerikanischer Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, war ein Grund für den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe (RDF).

In gewisser Hinsicht stellt die RDF eine Reorganisation der bestehenden konventionellen Streitkräfte dar, indem diese für einen „Machtvorsprung“ im Nahen und Mittleren Osten einsetzbar gemacht werden.

Es wäre jedoch ein Fehler, den Aufbau der RDF als Alternative zu einer Strategie zu sehen, die auf atomarer Eskala-

tion basiert. Ihr kommt vielmehr eine Schlüsselposition in einer Gesamtstrategie zu, die mehr als jemals zuvor auf einer Doktrin des Ersteinsatzes von Atomwaffen beruht. Dies gilt für verschiedene Ebenen:

Erstens wird das Vorhandensein einer Schnellen Eingreiftruppe es den USA wesentlich erleichtern, in eine Situation militärisch einzugreifen, die sie sonst mit politischen und diplomatischen Mitteln hätten lösen müssen. Somit nimmt die Wahrscheinlichkeit, daß sich Washingtons Drang zur Intervention in bewaffnetes Eingreifen umsetzen wird, eher zu als ab. Solche Interventionen sind die wahrscheinlichsten ersten Schritte zu einer Konfrontation, die schnell eine atomare Dimension annehmen könnte.

Zweitens besteht die RDF aus bereits vorhandenen bewaffneten Einheiten, die selbst schon „integriert“ und „doppelt einsetzbar“ sind: d.h. sie sind sowohl mit taktischen Atomwaffen als auch mit nichtatomaren Waffen ausgerüstet.

Drittens ist die RDF als „Stolperdraht“ angelegt — sie soll die Entschlossenheit der USA signalisieren, sowohl Atomwaffen einzusetzen als auch es mit konventionellen gegnerischen Streitkräften direkt aufzunehmen. Die RDF kann als eine Art „Auslöser für den Weltuntergang“ dienen, die ein Gegner nur unter dem Risiko anzugreifen vermag, einen gegenseitigen Vernichtungskrieg auszulösen.

Drittens ist die RDF als „Stolperdraht“ angelegt — sie soll die Entschlossenheit der USA signalisieren, sowohl Atomwaffen einzusetzen als auch es mit konventionellen gegnerischen Streitkräften direkt aufzunehmen. Die RDF kann als eine Art „Auslöser für den Weltuntergang“ dienen, die ein Gegner nur unter dem Risiko anzugreifen vermag, einen gegenseitigen Vernichtungskrieg auszulösen. Vor allem aber ist die Schnelle Eingreiftruppe eine Geisteshaltung, ein Stück ideologischen Hintergrundes, der den Ein-



Kriegsrat mit dem RDF-Überkommandierenden, Generalleutnant Robert Kingston (l.)

satz amerikanischer Streitkräfte im Ausland ermutigt, sei es in Form kleiner Gruppen von Militärberatern, die mit Gewehren und Granatwerfern bewaffnet sind, oder in Form von B-52-Bombern, die mehr Explosivkraft an Bord haben, als im ganzen 2. Weltkrieg eingesetzt wurde. Neben „vorgeschobenen Stützpunkten“ in Europa und anderswo, einer Marine von mehr als einem Dutzend Flugzeugträger-Kampfverbänden und Luftbrücken über weite Strecken trägt die Schnelle Eingreiftruppe zu der Fähigkeit bei, militärische Stärke auf globaler Ebene einzusetzen, um das, was Eugene Rostow (inzwischen abgelöster Abrüstungsdirektor R. Reagans; d. Red.) „öffentliche Weltordnung“ (Erhalt „einer progressiven und einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft“) nennt, aufrechtzuerhalten. (...)

In einige Teile der Welt können US-Streitkräfte jedoch nicht
Fortsetzung nächste Seite

(Erstveröffentlichung in: „Merip Reports, Middle East Research & Information Project“, No. 111, Jan. 83
Deutsche Übersetzung durch: „Antimperialistisches Informationsbulletin“)

problemlos „transportiert“ werden. Insbesondere in Europa und im Nahen und Mittleren Osten ist die Sowjetunion in der Lage, aufgrund ihrer konventionellen militärischen Stärke und ihrer geographischen Nähe ein Gegengewicht zu schaffen.

Einige US-Strategen erkennen an, daß die Sowjetunion vielleicht gar nicht die größte Bedrohung für die US-Interessen in der Dritten Welt darstellt. Der frühere Verteidigungsminister Harold Brown warnte in seinem „Lagebericht“ für das Finanzjahr 1981 davor, daß Unruhen, die ihre Wurzeln in „der explosiven Ungleichheit zwischen Reichtum und Hunger“ haben, „der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion an Schärfe fast gleichkommen“ könnten.⁵

Für die Reagan-Administration hingegen scheint dies ein und dasselbe zu sein. (...) In einem Wahlkampfinterview im Juni 1980 sagte Ronald Reagan, daß „die Sowjetunion hinter der ganzen herrschenden Unruhe steht. Wären sie nicht in dieses Dominospiel verwickelt, gäbe es keine Krisenherde auf der Welt.“⁶ (...)

Wie auch immer die Frage der angemessenen Größe und Zusammensetzung der konventionellen US-Streitkräfte diskutiert wurde, sie stand immer im Zusammenhang einer „integrierten“ Anordnung von konventionellen und atomaren Streitkräften.

Die RDF – ein „tragbares Dienpionphu“

Das wesentliche Element dieser Strategie ist, daß die Initiative zur atomaren Eskalation jeglichen Konflikts, falls sie notwendig ist, bei den Vereinigten Staaten bleibt – um, wenn möglich, Bedrohungen abzuschrecken und mit den Bedrohungen, die dennoch auftreten, fertigzuwerden. (...) Auf seiner ersten Pressekonferenz als Oberster Befehlshaber des US-Militärapparats wurde R. Reagan gefragt, ob die USA Schritte der Sowjetunion, den Ölhahn am Persischen Golf zuzudrehen, militärisch verhindern könnten.

„Nein“, antwortete er, fuhr aber fort, seinen Ruf nach US-Militärpräsenz in der Region zu wiederholen: „Präsenz bedeutet, daß wir dort stark genug vertreten sind, um zu wissen und die Sowjets wissen zu lassen, daß sie, unternähmen sie einen leichtsinnigen Schritt, eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten riskieren.“

Wäre dies nicht eine leere Drohung? fragte ein Reporter.

„Nein, das wäre es nicht. Man hört ja nicht nur eine Fahne, geht weg und läßt es dabei bewenden. Es würden Amerika-“

Wäre dies nicht eine leere Drohung? fragte ein Reporter.

„Nein, das wäre es nicht. Man hört ja nicht nur eine Fahne, geht weg und läßt es dabei bewenden. Es würden Amerikaner dort sein ... so wie das gerade jetzt mit der Marine im Indischen Ozean der Fall ist. Aber ich denke, daß wir auch eine Präsenz zu Lande brauchen... Dies beruht auf der Annahme – und wie ich glaube richtigen Annahme –, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, sich auf eine solche Konfronta-



Die Superwaffe der USA: MX-Interkontinentalrakete

tion, aus der ein 3. Weltkrieg werden könnte, einzulassen... Sie werden das in ihre Berechnungen einbeziehen müssen.“⁷ Mit anderen Worten, jeder sowjetische Angriff auf eine amerikanische Expeditionstruppe würde für Washington Anlaß genug sein für den Ersteinsatz von Atomwaffen.

Es ist genau diese Möglichkeit, die Daniel Ellsberg veranlaßt hat, die RDF als „tragbares Dienpionphu“ zu bezeichnen. Er stellt damit den Bezug zu der im Jahre 1954 belagerten französischen Festung in Vietnam her, die nur durch die Androhung oder den tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen hätte „gerettet“ werden können. (US-Außenminister John Foster Dulles hat – wie bekannt wurde – dem französischen Premierminister George Bidault drei taktische Atomwaffen angeboten, um die Belagerung zu beenden. Frankreich lehnte das Angebot jedoch ab.)

„Ihre Hauptfunktion bestünde vielleicht darin, Beweis für die reale und sichtbare Entschlossenheit zum möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen durch die Vereinigten Staaten zu sein.“⁸

Die RDF ist keine neue oder konventionelle Spezialtruppe. Sie ist eine Zusammenfassung von Elementen, die in den vier Waffengattungen bereits vorhanden sind.

Als solche ist sie mit ihrem Anteil an Waffensystemen ausgerüstet, die „doppelt einsetzbar“ sind, d.h. sie ist in der Lage, sowohl atomare als auch konventionelle Gefechtsköpfe abzufeuern. Der RDF steht ein bestimmtes Quantum der ca. 17.000 taktischen atomaren Gefechtsköpfe zur Verfügung, die Teil der Gesamtstruktur der US-Streitkräfte sind.

Eine solche Austauschbarkeit ist, laut Armeegeneralmajor Louis Wagner, wesentlich im Hinblick sowohl auf die Kosten als auch auf die verfügbaren Soldaten. „Wir setzen die gleichen Truppen ein und verwenden die gleichen Kanonen, um den atomaren wie den konventionellen 'Job' zu erledigen“, sagte er vor dem Streitkräfteausschuß des Re-

präsentantenhauses im März 1980. „Wir möchten Truppen für unvorhergesehene Fälle in Bereitschaft haben. Dies ist heute sehr wichtig, und wenn wir 'doppelt einsetzbare' Truppen haben, insbesondere bei unseren 155-mm- und 203,2-mm-Geschützen, können alle Einheiten, die in Schnellen Eingreiftruppen sind, über diese Dinge verfügen, so daß sie eine doppelte Einsetzbarkeit haben.“⁹

Präsident Reagan hat in dieser Hinsicht keine Vorbehalte. „Für mich ist der Neutronensprengkopf konventionell“, sagte er während der Wahlkampagne von 1980. „Ich befürworte die Entwicklung und den Einsatz des Neutronengefechtskopfes für US-Einsatztruppen, einschließlich ballistischer Raketen, Marschflugkörper, Artillerie und Bomben.“¹⁰

Der Präsident glaubt, daß die Eskalation zu einem umfassenden Atomkrieg vermieden werden kann. „Ich könnte mir vorstellen, daß es zu einem Einsatz von taktischen Atomwaffen gegen Fronttruppen kommen könnte, ohne daß deswegen eine der Großmächte auf den Knopf drückt“, bemerkte er im Oktober 1981.¹¹

Verteidigungsminister C.W. Weinberger verließ der Bereitschaft Ausdruck, Atomwaffen sogar gegen Gegner einzusetzen, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Auf die ihm während seines Bestätigungsverfahrens gestellte Frage, ob er „den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam empfohlen“ hätte, antwortete C.W. Weinberger: „Ich glaube, es ist immer noch möglich, gewisse Kriege mit konventionellen Streitkräften, ohne Einbeziehung von Atomwaffen, zu führen... Aber ich bin der Ansicht, daß, wenn man potentiellen Gegnern von vornherein zu verstehen gibt, man beabsichtige nicht, gewisse Grenzen zu überschreiten, man fast sicher ein neues Vietnam haben wird... Immer, wenn man in einen Krieg eintritt, muß die Möglichkeit des Einsatzes aller verfügbaren Waffen offengelassen werden.“¹²

Als ob damit die atomare Dimension der Schnellen Eingreiftruppe hervorgehoben werden sollte, bildet ein Geschwader von 28 strategischen Bombern B-52H, mit Aufklärungs- und Aufklärungsflugzeugen vom Strategischen Luftkommando, einen ihrer charakteristischen Bestandteile. Als Strategische Stoßtruppe bezeichnet, stellt sie – so der Leiter des Strategischen Luftkommandos, Richard Ellis, im Jahre 1980 – „eine billige, kurzfristige Lösung eines nationalen Problems“ dar.¹³

Im Arsenal: B-52, Cruise Missiles, Neutronenwaffen

Im Arsenal: B-52, Cruise Missiles, Neutronenwaffen

„Die Flugzeuge des Strategischen Luftkommandos gewährleisten auch über weite Entfernungen einen schnellen Truppentransport zu konventionellen und atomaren Kriegsschauplätzen“, bezeugte R. Ellis. Und an anderer Stelle führte er aus, daß die Strategische Stoßtruppe sowohl „bis zu 200 Tonnen an konventionellen Sprengstoffen pro Tag“ als auch eine Reihe von thermonuklearen Sprengköpfen abfeuern kann. „Die Truppe kann innerhalb von 24 Stunden Gefechtsstellung beziehen und innerhalb von 12 Stunden nach der Landung auf einem vorgeschobenen Stützpunkt Kampfeinsätze fliegen“, behauptete R. Ellis.

Das schwache Glied in diesem Plan waren die „vorgeschobenen Stützpunkte“. (...) Während der Kriegsmannöver „Heller Stern“ (im Oktober 1980; d. Red.), die auf die Ermordung Anwar Sadats folgten, inszenierte das Pentagon ein B-52-Bomber-Rennen von Luftkommando-Stützpunkten in Norddakota in die ägyptische Wüste.

In dieser Region und ihrem Einzugsbereich werden Flughäfen für die Unterbringung von B-52-Bombern errichtet oder ausgebaut. Dazu gehören Diego Garcia im Indischen Ozean und Ras Banas an der ägyptischen Küste des Roten Meeres. Thamrit in der omanischen Provinz Dhofar „verfügt über eine der längsten Startbahnen der Welt“.¹⁴

Die B-52-Bomber gehören praktisch zu den Atomwaffen, die sich bereits in unmittelbarer Reichweite der Golfregion befinden. Die drei Flugzeugträger-Kampfverbände, die im Indischen Ozean und im östlichen Mittelmeer stationiert sind, haben Hunderte der folgenden Waffen an Bord:

Leichte Atombomben B-61 mit vier Gefechtsköpfen von 100-500 Kilotonnen (kt) Sprengkraft; leichte atomare Wasserstoffbomben B-57 mit vier Gefechtsköpfen von bis zu 20 kt Sprengkraft; mittelschwere Atombomben B-43 mit wenigstens fünf Gefechtsköpfen; W-44-Gefechtsköpfe von ca. 1 kt Sprengkraft für Anti-U-Boot-Raketen, die von Schiffen abgefeuert werden; W-55-Gefechtsköpfe von mehreren kt Sprengkraft für U-Boot-gestützte Anti-U-Boot-Raketen; und W-45-1-Gefechtsköpfe von 1 kt Sprengkraft für Boden-Luft-Luftabwehrraketen.¹⁵

Die Anti-U-Boot-Aufklärungsflugzeuge P-3 von Lockheed, die heute von Diego Garcia und der zu Oman gehörenden Masirah-Insel starten, sind mit der leichten atomaren Wasserstoffbombe B-57 ausgerüstet. Eine neue mittelschwere Atombombe mit hoher Sprengkraft, die B-83, wird die gegenwärtig auf Flugzeugträgern eingesetzte B-43 ersetzen. Landgestützte Flugzeugabwehrraketen werden mit neuen W-81-Gefechtsköpfen mit geringerer Sprengkraft bestückt. 1984 könnten möglicherweise die im Indischen Ozean patrouillierenden Schiffe und U-Boote die seegestützte Cruise Missile mit W-80-Gefechtsköpfen von 200 kt Sprengkraft an Bord haben. Auch die auf Sizilien stationierten Cruise Missiles werden den Nahen und Mittleren Osten erreichen können.

Das Marineinfanteriekorps hat seine atomare Schlagkraft enorm erhöht. Die Luft-Boden-Einsatztruppe der Marine bildet einen weiteren wichtigen Bestandteil der Schnellen Eingreiftruppe.

Alte Kriegsflugzeuge Phantom F-4, die für das Abfeuern von Atomwaffen nicht „zugelassen“ waren, werden durch atomar „zugelassene“ F/A-18 Hornets ersetzt. Die nichtatomaren senkrecht startenden und landenden Nahversorgungsflugzeuge AV8-A Harrier werden durch atomar einsetzbare AV8-B ersetzt. Die nichtatomare einsetzbare 105-mm-Artillerie wird durch die doppelt einsetzbaren 155-mm-Geschütze ersetzt, wodurch sich das atomare Artilleriepotential der Marineinfanterie fast verdoppelt.¹⁶

Es gibt ungefähr acht Typen atomar einsetzbarer 155-mm-Geschütze, die die ungefähr 3.300 taktischen Atomgeschosse des Typs W-48 abfeuern können, welche die USA gelagert haben. Eine typische Wasser-Land-Truppe der Marine ist auch mit ca. einem Dutzend 203,2-mm-Haubitzen ausgerüstet, die sowohl die älteren W-33-Atomgeschosse als auch die neueren W-79-Neutronengefechtsköpfe abfeuern. Ursprünglich für den Einsatz in Europa konzipiert, werden 800 dieser Neutronenwaffen zunächst für einen möglichen Kriseneinsatz auf Vorrat in den USA produziert.

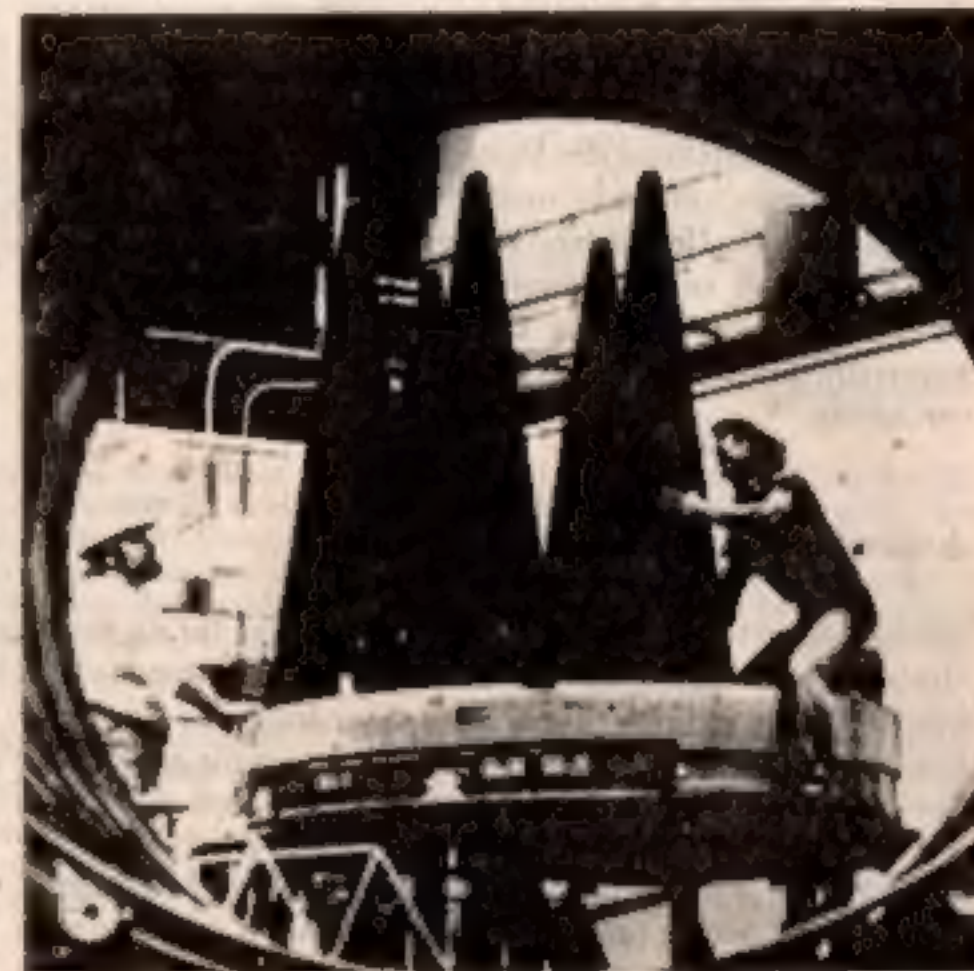
Ein strategisches Gleichgewicht, das für eine bloße Abschreckung atomarer Angriffe auf die Territorien der USA und der Sowjetunion genügen würde, wurde nach den Worten des Exdirektors der Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde, Eugene Rostow, „immer als völlig ungenügende Richtlinie für Verhandlungen auf atomarem Gebiet zurückgewiesen“.¹⁷ (...)

Henry Kissinger, dessen erstes Buch den Titel „Atomwaffen und Außenpolitik“ trug und der nach wie vor als inoffizieller Berater der Reagan-Administration für die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten tätig ist, verkündete vor kurzem, daß „die Golfstaaten erkennen müssen, daß wir bereit sind, sowohl ihre Binnenstruktur als auch ihre Grenzen zu schützen. Und man muß bei ihnen Vertrauen schaffen in die Mittel, die wir einsetzen werden.“¹⁸ H. Kissinger fuhr fort: „Wir müssen eine glaubwürdige Fähigkeit zur schnellen Unterstützung bei inneren Unruhen entwickeln.“ Amerikanische Lebensinteressen schließen unter diesem Blickwinkel den Schutz der herrschenden Familien der Golfstaaten und der Arabischen Halbinsel ein.

Dies unterstrich auch Präsident Reagan im Oktober 1981, als er erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß aus Saudi Arabien ein Iran wird.“¹⁹ Die meisten US-Militärberater der Arabischen Halbinsel ein.

Dies unterstrich auch Präsident Reagan im Oktober 1981, als er erklärte, daß „wir nicht zulassen werden, daß aus Saudi Arabien ein Iran wird.“¹⁹ Die meisten US-Militärberater halten nicht eine sowjetische militärische Intervention für die wahrscheinlich ernsteste Bedrohung, die einem langen Leben der herrschenden Familien am Golf entgegensteht.

Die Neigung, hinter jeder lokalen Erhebung „eine sowjetische Subversion“ und „sowjetische Stellvertreter“ zu sehen, macht es jedoch schwer, militärische Maßnahmen gegen lokale sowjetische Verbündete und Interessen auszuschließen. (...) Es besteht, mit anderen Worten, die sehr große Gefahr einer US-Militärintervention, die zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion führen könnte, welche schnell atomar zu werden droht. Die vorherrschende militärische Logik gebietet, daß eine Drohung, die den Prozeß der atomaren Eskalation einleiten soll, durch die regionale und letztlich interkontinentale Fähigkeit, das gegnerische Atomwaffenarsenal präventiv zu zerstören, „glaubwürdig“ gemacht werden muß. Abgesehen davon ist es das Ziel, einem Gegner alle Möglichkeiten zu einer Antwort zu nehmen, die auch nur im entferntesten der Ausgangsprovokation angemessen wäre.



Atomare Gefechtsköpfe der MX-Raketen

Das zwingt den Gegner, zwischen potentieller selbstmörderischer Eskalation oder Rückzug zu wählen. Das Bauen der USA auf eine Strategie des atomaren Erstschlages führt in Washington unausweichlich zu einer intensiven Sorge um das gesamte Gleichgewicht von atomaren Präventivkapazitä-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

ten auf der strategischen interkontinentalen Ebene und um das atomare Gleichgewicht auf verschiedenen Schauplätzen mit unterschiedlicher Intensität.

Diese bizarre und apokalyptische Vision bildet eine nur zu einleuchtende Verbindung zwischen der künftigen Stabilität des Nahen Ostes und der Entscheidung der Reagan-Administration, MX-Raketen zu produzieren und einzusetzen. Dies ist die reale Konsequenz von Verteidigungsminister Weinbergers Mahnung, daß „die Möglichkeit des Einsatzes jeder zur Verfügung stehenden Waffe offen gelassen werden muß“.

Bei einer Überprüfung des militärischen Gleichgewichts in Südwestasien kann ein amerikanischer Militärplaner erkennen, daß die US-Bedrohung der sowjetischen Panzer- und Luftlanddivisionen, die in der Golfregion intervenieren könnten — z.B. der atomar bestückten A-6-Kampfflugzeuge auf Trägern im Arabischen Meer — durch die Drohung eines sowjetischen Präventivschlags auf diese Flugzeugträger mit atomar bestückten Backfire-Bombern und U-Booten aufgehoben wird.

„Begrenzter“ Atomkrieg von Südwestasien her?

Um die ursprüngliche Drohung glaubhaft zu machen, müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Sowjetunion von Angriffen auf das Gebiet konzentrierten US-Streitkräfte abzuschrecken. Dies bringt die militärische Notwendigkeit mit sich, die präventive Zerstörung aller sowjetischen Luftbrücken und Bomberbasen, Kommandoposten und Reserverdepots für den Kriegsfall, die eine sowjetische militärische Operation im Nahen und Mittleren Osten unterstützen könnten, bei dem in Europa, im Indischen Ozean und Westpazifik stationierte Raketen und Flugzeuge eingesetzt werden.

Aber die sowjetischen Strategen haben SS-20-Mittelstreckenraketen, um die US-Stützpunkte und Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten und die Zugänge zu diesem Gebiet gleichermaßen zu bedrohen. Um diese potentielle Eskalation abzuschrecken, zählen die US-Strategen auf die Pershing II und andere landgestützte Raketen, um die sowjetischen Frühwarn-, Befehls- und Kontrollsysteme zu bedrohen und damit die sowjetischen Interkontinentalraketen lahmzulegen. Das sowjetische Waffenarsenal wäre dann durch die neuen MX- oder Trident-II-Raketen verwundbar, oder sogar durch die „siloszerstörenden“ Sprengköpfe der schon existierenden Minuteman II und III.

Spinnt man dieses Konfliktszenario weiter, so müßten die Sowjets mit allen ihren U-Booten, die einen präventiven Raketenangriff auf ihre Stützpunkte überstanden hätten, amerikanische Städte oder Industrieanlagen oder „hunterkiller“-U-Boote angreifen. Unsere Strategen sagen uns, daß die Sowjets aus Angst, ihre eigenen Städte dem riesigen atomaren Zerstörungspotential der noch vorhandenen U-Boote und Bomber der USA auszusetzen, diesen Schritt wahrscheinlich nicht wagen würden.

Der sowjetische Generalstab, so argumentieren US-Strategen, würde diese Kette von Ereignissen im voraus berücksichtigen und der sowjetischen Führung mitteilen, daß das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht den Vereinigten Staaten, wurde diese Kette von Ereignissen im voraus berücksichtigt und der sowjetischen Führung mitteilen, daß das gegenwärtige strategische Ungleichgewicht den Vereinigten Staaten die Annahme gestattet, daß sie glaubhaft mit einer atomaren Eskalation drohen könnten. Da dies eine solche Eskalation seitens der USA nicht erwünschlicher machen dürfte, könnte die Sowjetunion in Erwägung ziehen beispielsweise in Saudi Arabien einzugreifen, um dort einer neuen und bedrängten revolutionären Regierung zu helfen und eine Wiederherstellung der Monarchie zu verhindern. (...)

Da die Russen erkennen müßten, daß eine Eskalation den Schaden für ihr Heimatland nur vergrößerte, würden sie aufgeben und sich zurückziehen. Oder im noch günstigeren Fall würden sie, weil sie diese Überlegungen bereits im voraus angestellt hätten, von Anfang an auf jegliches Eingreifen verzichten.²⁰

Atomare Überlegenheit als Freibrief...

Solche Szenarios bilden die logische Grundlage für die neuen strategischen Waffen wie die MX und die Pershing II. Und innerhalb dieses speziellen Zusammenhangs von atomarer Eskalation und Erntschlag sieht das Pentagon die potentielle Verletzbarkeit der silogestützten Minuteman-Raketen als ernste „Schwäche“ in der atomaren Position der USA an. Viele andere Kernwaffen würden einen sowjetischen Angriff auf die Vereinigten Staaten überstehen. Aber, so behaupten Militärplaner, die Verletzbarkeit der Minuteman-Raketen vermindere die Glaubwürdigkeit der atomaren Bedrohung der Sowjetunion durch die USA in einer Krise, die die amerikanische „Lebensinteressen“ in Übersee berühre. (...) Der (von den Befürwortern der neuen US-Interkontinentalrakete MX behauptete; d. Red.) „Verlust“ der amerikanischen atomaren Überlegenheit ist eine in sich selbst schon anfechtbare Behauptung. Noch weitaus zweifelhafter ist der Gedanke, daß die „Gleichheit“ mit der UdSSR „freistelle“, ihre konventionellen oder taktischen Atomwaffen in be-

stimmten Regionen einzusetzen, ohne Angst vor „kontrollierten“ atomaren Angriffen der USA auf die Sowjetunion selbst.

Dies ist eine Theorie, die kaum eine empirische Bestätigung finden wird, doch glauben ihre Befürworter — die in der Regierung der USA im Bereich der nationalen Sicherheit höchste Positionen bekleiden — fest daran.

Sie schreiben ihr die vielfältigen Rückschläge für die US-Interessen in der Dritten Welt während des letzten Jahrzehnts zu, von Afghanistan und Angola bis Nicaragua und El Salvador. Und dies geschieht trotz der Tatsache, daß die Sowjetunion nichts dergleichen „Abenteuerliches“ mehr gewagt hat, wie den Versuch im Jahre 1962, als zwischen ihr und den USA noch keine solche nukleare Parität bestand, auf Kuba Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Diese Überlegungen übertragen amerikanische Pläne und Fähigkeiten spiegelbildlich auf die sowjetische Seite zu einem Zeitpunkt, da die USA nicht mehr jede nur erdenkbare Möglichkeit zur Eskalation völlig „dominieren“ können. (...) Die Unfähigkeit der USA zu einer ernsthaften atomaren Eskalation bei gleichzeitiger Kontrolle dieser Eskalation durch einen militärischen Gegenschlag steht hinter dem irreführenden Ruf der Reagan-Administration nach einer „Zweitschlagskapazität“ und einer „Sicherheitszone“. Mit einer solchen Wiederherstellung der Stärkeposition, so der Chefunterhändler Ronald Reagan bei Waffenkontrollverhandlungen, General Edward Rowny, „könnten wir kleine Risiken eingehen, ohne daß aus ihnen große würden“.²¹ Um effektiv zu sein, muß die amerikanische Androhung des Einsatzes von Atomwaffen auch angesichts gleichwertiger sowjetischer Gegendrohungen glaubwürdig sein. Die Aufgabe, diese Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, ist zum einen technischer Art und beruht in dieser Hinsicht auf gewissen „rationalen“ Berechnungen. Dennoch basiert sie in erster Linie auf einer psychologischen Kampagne des Bluffs und der Einschüchterung.

...für US-Intervention in der Dritten Welt

„Modernisierung“ der atomaren Kapazitäten, Verbesserung der Präzision und „Überlebensfähigkeit“ (von Raketen!) und die Minderung unerwünschter „Nebeneffekte“ (wie etwa die Sprengung von Ölförderanlagen durch Druckwellen, radioaktiver Niederschlag auf die eigenen Truppen) erhöht die tatsächliche militärische Nützlichkeit dieser Waffen.

Militärplaner rechnen damit, daß diese „Verbesserungen“ die „rationalen“ Erwartungen des Gegners anwachsen lassen, daß diese Waffen zur Verteidigung amerikanischer „Lebensinteressen“ am Persischen Golf²² und überall sonst auf der Welt auch tatsächlich eingesetzt würden. Ständige Modernisierung ist grundlegend, um bei Gegnern wie bei Verbündeten den falschen Eindruck zu vermeiden, daß die US-Führung ihre „Entschlossenheit“ zum Einsatz von Atomwaffen verloren habe.

Verteidigungsminister Weinberger und andere hohe Beamte der gegenwärtigen Administration behaupten nachdrücklich, ihre Atomkriegspolitik stelle keine radikale Abkehr von derjenigen der bisherigen Regierungen seit dem Weltkrieg dar. C.W. Weinberger könnte Dokumente wie das Memorandum 68 des Nationalen Sicherheitsrates vom April 1950 im Kopf haben, das feststellt, daß „uns unsere gegenwärtige Schwäche daran hindern würde, an irgendeinem der verschiedenen lebenswichtigen Punkte wirkungsvollen Widerstand zu leisten. Das einzige Abschreckungsmittel, das wir dem Krell entgegenzusetzen können, ist die Bereitschaft, die wir erkennen lassen, jeden der kritischen Punkte, den wir halten können, als Anlaß für einen globalen Vernichtungskrieg zu nehmen.“²³

„Kritischer Punkt“ der RDF: die Golfregion

Für die 80er Jahre wurde als „kritischer Punkt“ das Gebiet Persischer Golf/Arabische Halbinsel gesichtet. So wurde am 1. Januar 1983 die mit Atomwaffen ausgerüstete und abgesicherte Schnelle Eingreiftruppe (RDF) formal als gesonderter „Vereinigtes Kommando für Südwestasien“ gebildet.

Nach Aussage von Generalleutnant Robert Kingston, dem Befehlshaber der RDF, wird das neue Kommando eine „klare Autorität und Verantwortung für die militärischen Aktivitäten der USA in der Golfregion und Südwestasien“ haben. Die RDF gewinnt auf allen Ebenen rasch an Umfang: Der Beitrag der Armee in Höhe von drei Divisionen wurde auf fünf ausgedehnt, die fünf taktischen Kampfgeschwader der Luftwaffe wurden auf zehn verdoppelt, und das Personal des Hauptquartiers wuchs von 260 Personen im März 1982 auf 960 im Januar 1983.

Die US-Informationsbehörde schickte einen Beamten, um die Propagandastrengungen zu beaufsichtigen. Das neue Kommando ist das erste, das einen eigenen Geistlichen als Berater für über 200 Geistliche der verschiedenen Einheiten in seiner Führung haben wird. Dieser übergeordnete Kaplan wird auch „die Einsatzbefehle, wenn sie herauskommen, auf ihre Moral überprüfen“, schreibt der Reporter der New York Times, Richard Halloran. „Wir wollen hier keine neuen My-

ths“, wird ein Offizier zitiert. Weitere Hiroshimas liegen wohl außerhalb der Moral.²⁴

In dem sogenannten „Verteidigungs-Leitlinien“-Dokument für 1984-88 des Verteidigungsministers heißt es: „Es ist von grundlegender Bedeutung, daß die Sowjetunion mit der Aussicht auf einen größeren Konflikt konfrontiert ist, sollte sie danach trachten, die Ölquellen am Golf in den Griff zu



bekommen. Da die Sowjets lokale politische Instabilität fördern oder ausnutzen könnten, könnten sich ihre Streitkräfte auch auf andere Art als durch eine direkte Invasion in dem Gebiet breit machen. Wir sollten unter allen Umständen darauf vorbereitet sein, amerikanische Streitkräfte direkt in die Region zu bringen, sollte sich zeigen, daß die Sicherheit des Zugangs zum Persischen Golf gefährdet ist...“²⁵

Da weniger als 13% des Ölbedarfs der Vereinigten Staaten und nur 5% ihres gesamten Energiebedarfs aus der Golfregion gedeckt werden, ist die Frage des Zugangs nicht mit den Öllieferungen als solchen verbunden. Jedes Regime, ganz gleich welcher ideologischen Richtung, stütze sich auch weiterhin mit der unausweichlichen Notwendigkeit konfrontiert, für den internationalen Markt, besonders für die US-Verbündeten in Europa und Asien, Öl zu fördern und auf den Markt zu bringen.

War den „Bedarf“ der Sowjetunion (sie ist einer der größten Ölexporture; d. Red.) an Öllieferungen aus der Golfregion riesig, so sind diese rein hypothetisch. Und der zweifelloste Bedarf der UdSSR nach Getreideimporten der Sowjetunion nicht dazu veranlaßt, mit einer Invasion in Argentinien oder Saskatchewan zu drohen.

Es scheint somit, daß die Frage der „Sicherung des Zugangs“ auf den Erhalt der Herrschaft der US-Energiegesellschaften im Bereich der Förderung und weltweiten Vermarktung von Öl aus dem Persischen Golf hinausläuft.²⁶ Deshalb haben US-Militärplaner auch den saudischen Thron und den anderer Herrscher-Familien in der Region zu einem atomaren Stolperdraht zusammengeschlossen. (...)

(Quelle: Merip Reports, London, Nr. 111/1983, S. 3-11)

Anmerkungen:

- 1) C.W. Weinberger, Jahresbericht an den Kongreß, Haushaltsjahr 1983, Washington 1982, S. 11-13
- 2) Interview mit General David C. Jones, in: Air Force Magazine, Mai 1979, S. 26
- 3) C.W. Weinberger, a.a.O., S. 111-101
- 4) C.W. Weinberger, a.a.O., S. 1-14
- 5) Zit. nach: M.T. Klare, The Brown Doctrine, in: The Nation, 8.3.1980
- 6) Interview mit The Wall Street Journal, New York, 3.6.1980
- 7) New York Times, 3.2.1981
- 8) Siehe Daniel Ellsberg Einleitung, in: E.P. Thompson und Dan Smith, Protest and Survive, Monthly Review Press, New York 1981
- 9) Zeugenaussage vor dem Streitkräftenausschuß des Repräsentantenhauses, 11.3.1980, in: FY 1981, Teil 4, Buch 2, S. 2299-2301
- 10) Boston Globe, 30.3.1980; 31.1.1980 politische Erklärung, Washington Post, 24.4.1980
- 11) Washington Post, 22.10.1981
- 12) Die Aufstellung Caspar Weinbergers als Verteidigungsminister, Streitkräftenausschuß des Senats, Washington, 6.1.1981, S. 45
- 13) Streitkräftenausschuß des Repräsentantenhauses, Authorization for FY 1981, Hearings Teil I, S. 10-11
- 14) Time, New York, 25.10.1982
- 15) Preparing for Nuclear War, President Reagan's Program, The Defense Monitor, Bd. 10, Nr. 8, Washington 1982, S. 12-13
- 16) Interview mit William Arkin, Mitherausgeber der The Nuclear Weapons Database (in Vorbereitung), Ballinger Press 1983
- 17) Die Ernennung Eugene V. Rostows, Auswärtiger Ausschuß des Senats, Hearings, 22-23. Juni 1981, Washington, S. 11
- 18) Interview mit dem Economist, London, 15.11.1982
- 19) New York Times, 18.10.1981
- 20) Interview mit einem hochrangigen Berater des Verteidigungsministeriums, April 1980
- 21) Ernennung von Edward L. Rowny, Hearings, Auswärtiger Ausschuß des Senats, 9-10. Juli 1981, Washington 1981
- 22) Zum Zugriff der USA auf die Golfregion siehe: AIB 1/1983, S. 35-38; d. Red.
- 23) Auswärtige Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1950, Bd. 1, Angelegenheiten der Nationalen Sicherheit, Washington 1977 S. 264
- 24) New York Times, 25.9.1982
- 25) Ebenda
- 26) Siehe ausführlich in: AIB 3/1980, S. 10-15; d. Red.

Zentralamerika/Karibik Revolutionäre Zeitbombe im Hinterhof



Honduras: 300 Militärberater, 2 Ausbildungslager, 1 Horchposten, 4 Flugstützpunkte
El Salvador: 55 Militärberater, 200 Mio. Dollar Militärhilfe (für 84)
Golf von Fonseca: Errichtung eines Flottenstützpunktes auf Amapala
San Andreas: Verhandlungen mit Kolumbien über den Bau eines Militärstützpunktes
Cuba: Stützpunkt und Ausbildungslager
Puerto Rico: 1 Marinebasis, 1 Luftbasis, 3 Forts des Heeres

Key West, Florida: Ausbau des Luftwaffenstützpunktes McDill, Errichtung eines militärischen Oberkommandos für die Karibik
Bahamas: Forschungs- und Testzentrum der Marine für Unterseekriegsführung
Panama: 1 Marinebasis, 2 Luftbasen, 8 Forts des Heeres, US-Hauptquartier Süd, Ausbildungszentrum „School of the Americas“

Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Charakter der zentralamerikanischen/karibischen Region grundlegend geändert. Jahrzehntlang befand sich dieses Gebiet wie kein anderes auf der Weltkarte unter der vollständigen politischen und militärischen Kontrolle des US-Imperialismus. Einzig die kubanische Revolution von 1959 konnte diese Totalhegemonie an einem Punkt aufbrechen. Allerdings gelang es den USA, Cuba ziemlich erfolgreich zu isolieren, so daß die Wirkungen der Revolution mittelfristig auf die Insel begrenzt blieben.

Tatsächlich hat der Imperialismus dort einiges zu verteidigen. Das karibische Becken ist der wichtigste Umschlagplatz für Rohstoffe aus der westlichen Hemisphäre; so gelangt z. B. 40 % allen importierten Öls durch die Karibik in die USA und wird zu einem großen Teil dort raffiniert. Die Haupthandels„partner“ sind Mexiko (der fünfgrößte der USA überhaupt) und Venezuela, das aufgrund seiner strategischen Rohstoffe (u.a. Erdöl, Eisen, Silber, Quecksilber, Antimon, Zink) bedeutend ist (1). Rein ökonomische Interessen an den übrigen Staaten sind zwar vorhanden, jedoch untergeordnet. Allerdings kann sich dies wegen vermuteter Ölbestände in der Karibik noch ändern.

Einen zweiten Aspekt bildet die verkehrsmäßige und geostrategische Lage

Zentralamerikas und der Karibik. Der Panama-Kanal als „Binnenwasserstraße der USA“ ist noch immer als Verbindungsweg zwischen nordamerikanischer Ostküste und Pazifik wichtig. Darüber hinaus wird die Karibik insgesamt als „Offenes Tor zum Atlantik“ verstanden und benutzt (2).

Lange Zeit blieb der „Hinterhof“ eine Bastion, über die als weitgehend gesichertes Mittel und Instrument verfügt werden konnte. Dieser Zustand existiert heute nicht mehr.

1972 war die Regierung Manley auf Jamaika, die einen Kurs größerer Unabhängigkeit und sozialer Reformen steuerte, neben Cuba noch die Ausnahme. Der spektakulärste Schlag, der das Bild nachhaltig veränderte, war der Sturz Somozas in Nicaragua und die Festigung der sandinistischen Revolution. Bereits im März 79 konnte die langjährige Gairy-Diktatur auf Grenada durch einen Putsch beendet werden. Es folgten die Karibikinseln St. Lucia, St. Vincent und der Putsch in Surinam, wo seitdem außerpolitisch eine antiimperialistische Orientierung verfolgt wird. Hinzu kommen die Volksbewegungen in Guatemala und vor allem in El Salvador, wo die Machtfrage bereits gestellt wird und damit die imperialistische Herrschaft über die Region als Ganzes ins Wanken gerät. Zentralamerika selbst ist zum Problem für die USA geworden.

Das deutlichste Beispiel dafür ist Nicaragua. Mit Somoza verloren die USA ihren zuverlässigsten und in der Region einflussreichsten Verbündeten. Bis 1979 galt Nicaragua als der Polarisierungspunkt der Welt (3). Doch das Bollwerk des Antikommunismus und der Reaktion fiel. An seine Stelle trat die sandinistische Revolution, die — wenn auch die materielle Hilfe z. B. für die Guerilla El Salvadors nur gering ausfallen kann — durch ihre bloße Existenz und Konsolidierung eine der entscheidenden Bedingungen für die Revolution in ganz Zentralamerika darstellt (4).

Vor diese — neue — Situation gestellt ergibt sich für die USA eine zweiseitige Orientierung in ihrer Bündnis- und Militärpolitik. Das eine ist nach wie vor die Sicherung ihrer regionalen Interessen in Gestalt eines verzweigten Systems von Stützpunkten und militärischen Einrichtungen, deren Bedeutung über Zentralamerika hinausgeht; das andere ist die während der letzten zwei Jahre aufgebaute Frontstellung gegen Nicaragua und El Salvador/Guatemala.

Zunächst zum ersten Punkt: — Am wenigsten bekannt sind der US-Stützpunkt und das Ausbildungslager Guantanamo auf Cuba, die nicht nur nach der Revolution beibehalten wurden, sondern wo mit einiger Regelmäßigkeit auch noch Truppenübungen durchgeführt werden. Weitere Ausbil-

dungsaktivitäten werden in den drei Forts des Heeres auf Puerto Rico unternommen. Außerdem befinden sich auf der Insel noch eine Marine- und eine Luftbasis.

— Vom Luftwaffenstützpunkt McDill an der Südspitze Floridas aus kann der gesamte Luftraum Zentralamerikas und der Karibik kontrolliert werden.

— Auf den Bahamas befindet sich das Navy's Atlantic Undersea Evaluation Center (AUEC), das wesentlich der Weiterentwicklung in der Anti-U-Boot-Kriegsführung dient.

— In der Karibik ist dauerhaft die 2. US-Flotte stationiert.

— Insgesamt bilden sämtliche karibischen Stützpunkte wichtige Zwischenstücke im US-Horchpostensystem SOSUS und beobachten Schiffs- und U-Bootbewegungen im Atlantik und auf dem Weg in die Karibik. Kleinere Kommunikations-, Meß- und Navigationseinrichtungen gibt es überall in der Region, besonders auf den östlichen Inseln.

— Die wichtigste und bekannteste US-Militärbasis befindet sich auf dem praktisch von den USA kontrollierten Territorium entlang der Panama-Kanalzone. Neben einer Marine- und zwei Luftbasen ist dort das US-Hauptquartier Süd untergebracht. Daneben stellt diese Zone eine der zentralen Drehscheiben für den militärischen Nachschub der USA auf der ganzen Welt dar. Kontinental, sogar weltweite Bedeutung hat die Kanalzone als Ausbildungszentrum für US- und lateinamerikanische Militärs. Es gibt in der Tat kaum einen Offizier in Lateinamerika, der nicht wenigstens für kurze Zeit in Fort Gulick, genannt „School of the Americas“, ausgebildet worden ist. Bewiesenermaßen finden dort die Kurse in besonderen Counterinsurgency- und Foltertechniken statt. Nachgewiesen ist weiterhin, daß dort neben Lateinamerikanern auch Militärs aus anderen Ländern der 3. Welt, z. B. von den Philippinen, „unterrichtet“ werden (5).

Diese in Jahrzehnten ausgebaute und vornehmlich logistische Funktion Zentralamerikas/Karibik im Rahmen der weltweiten Unternehmungen des US-Imperialismus kann nur dauerhaft aufrechterhalten werden, wenn die Region selber stabil ist.

— So nahm die berüchtigte „Schweinebucht-Invasion“ gegen Cuba ihren Ausgang im (damaligen) Puerto Rico an der Atlantikküste Nicaraguas. 1964 starteten Militärbomber zur Unterstützung des Sturzes der national-fortschrittlichen Regierung Arbenz in Guatemala von Flugplätzen in Nicaragua. Die somozistische „Guardia Nacional“ galt bis zu ihrer Vernichtung als die schlagkräftigste Armee Zentralamerikas und wurde zur Aufstandsbekämpfung mehrfach in Honduras und Guatemala eingesetzt.

— Honduras stellt in diesem Zusammenhang das Aufmarschgebiet der Konterrevolution dar (siehe auch AK 235). Entlang der Grenze zu Nicaragua sind über 3000 somozistische Soldaten stationiert, deren Zahl nach Meldungen der „Washington Post“ noch verdoppelt werden soll. Ausgebildet und trainiert werden die Contras von 100 Militärberatern aus den USA, Chile, Argentinien und Israel. Die Finanzierung erfolgt über die CIA. Weiterhin betreiben die USA zwei neue Ausbildungszentren im Norden von Honduras. In einem, Puerto Castilla, werden demnächst Spezialeinheiten der salvadorischen Armee aufgebaut, die mit ihrem bisherigen Vorgehen nicht in der Lage war, die Guerilla zu schlagen. Insgesamt verfügt die US-Armee über einen landgestützten Horchposten, sowie vier Luftwaffenstützpunkte in Honduras, von denen aus ständig Spionageflüge nach Nicaragua unternommen werden.

— Nicaragua steht für die reale Durchführbarkeit des bewaffneten Aufstandes der Massen gegen ein diktatorisches Regime. Nach der katastrophalen Niederlage der Guerillabewegungen der 60er Jahre und dem gescheiterten Versuch der Unidad Popular in Chile spielt diese Tatsache eine große Rolle für den Aufschwung der salvadorischen Bewegung. Die Sandinisten beweisen weiterhin, daß es möglich ist, nicht nur militärisch zu siegen, sondern auch eine revolutionäre Volksmacht aufzubauen.

5) siehe AK 219: „Philippinen — vorge-schobener Stützpunkt der USA in Asien“.

— Gegenwärtig wird ein Flottenstützpunkt im Golf von Fonseca errichtet, einer strategisch enorm wichtigen Bucht mit den Anrainerstaaten El Salvador, Nicaragua und Honduras. Ferner stehen die USA mit Kolumbien in Verhandlungen über den Bau eines Militärstützpunktes auf der Insel San Andres, nahe der Ostküste von Nicaragua. Hierbei handelt es sich um eine besondere Provokation, denn Nicaragua beansprucht diese Insel, die noch formal zum kolumbianischen Staatsgebiet gehört.

— Auf politisch/strategischer Ebene wird die Bildung einer in der Behandlung Nicaraguas geschlossenen Front betrieben, der Guatemala, El Salvador und Honduras angehören. Der alte „Zentralamerikanische Verteidigungsrat“ (CONDECA), ein bis zum Sturz Somozas funktionierendes regionales Militärbündnis, das noch der „Allianz für den Fortschritt“-Ära entsprang, kann diese Aufgabe wegen innerer Widersprüche nicht übernehmen.

— Offenbar in der Erwartung, sich auf längere kriegerische Auseinandersetzungen in Zentralamerika einzulassen, errichtet die USA zur Zeit in Key West, Florida (neben dem Luftstützpunkt McDill) ein „Militärisches Oberkommando für die Karibik“ (7).

Daß die Imperialisten es ernst meinen, belegen die gerade stattfindenden See- und Landmanöver, die die größten ihrer Art sind, die je in Lateinamerika vorgeführt wurden.

Anmerkungen:

1) Nach: „El Salvador — Kämpfen und Verhandeln?“. Urbana eine sehr brauchbare Analyse der Entwicklung des Widerstandes in El Salvador. Hrsg: Magazin-Verlag Kiel.

2) Der Botschafter Venezuelas bei der OAS erklärte im März 1980: „Wer die Karibik kontrolliert, hat auch die Herrschaft über den Zugang zum Atlantik und könnte von da aus die venezolanischen Ölfelder in die Vereinigten Staaten blockieren. (Nach: „US-Außenpolitik und Revolution in Lateinamerika“, Hrsg. LAK Duisburg).

3) So nahm die berüchtigte „Schweinebucht-Invasion“ gegen Cuba ihren Ausgang im (damaligen) Puerto Rico an der Atlantikküste Nicaraguas.

4) Nicaragua steht für die reale Durchführbarkeit des bewaffneten Aufstandes der Massen gegen ein diktatorisches Regime. Nach der katastrophalen Niederlage der Guerillabewegungen der 60er Jahre und dem gescheiterten Versuch der Unidad Popular in Chile spielt diese Tatsache eine große Rolle für den Aufschwung der salvadorischen Bewegung. Die Sandinisten beweisen weiterhin, daß es möglich ist, nicht nur militärisch zu siegen, sondern auch eine revolutionäre Volksmacht aufzubauen.

5) siehe AK 219: „Philippinen — vorge-schobener Stützpunkt der USA in Asien“.

7) Alle Angaben zur militärischen Entwicklung entstammen: „Mittelamerika-Magazin“ Nr. 20, Juni 82; AK 180, „Sturmboen in der Karibik“; „Zeit“ Nr. 28, Juni 83; „Stern“ Nr. 33, August 83; Broschüre des LAK Duisburg: „US-Außenpolitik“, April 81. Karte aus MM Nr. 20.

Das war der Vietnam-Krieg

Bis zu 900.000 Mann Kampftrouppen und 200 Milliarden Dollar haben die USA im Vietnam-Krieg eingesetzt. Verwüstete Landschaften und zwei Millionen getötete Vietnamesen ließen sie zurück; noch heute werden aufgrund der chemischen Kriegsführung der USA in Vietnam Kinder verkrüppelt geboren. Die Sprengkraft der über Vietnam abgeworfenen Bomben war dreimal größer als die des 2. Weltkrieges.

Der Schock, den dieser grausame Krieg des „freien Westens“ auslöste, soll nach Wunach der Herrschenden endlich überwunden werden. Bei den jetzt laufenden Vorbereitungen neuer US-

Interventionsabenteuer in großem Stil wird es zunehmend wichtig, die bisherigen Verbrechen des US-Imperialismus stärker ins Gedächtnis zu rufen.

1945 - 1954: der französische Indochina-Krieg

Im 2. Weltkrieg war Vietnam von japanischen Truppen besetzt. Als Mitte August 1945 die japanischen Truppen kapitulierten, rief die im Widerstand entstandene „Demokratische Kampffront für ein unabhängiges Vietnam“ die Republik Vietnam aus.

Im September 1945 seien 90.000 französische Soldaten in Vietnam ein, um „ihre“ im 19. Jahrhundert eroberte Kolonie wieder in Besitz zu nehmen.

Nach der Befreiung Chinas begann 1950 das US-Engagement in diesem Krieg. 80 % der Kosten dieses Krieges wurden von den USA getragen. Als 1954 mit der Einschließung von 20.000 Mann französischer Truppen bei Dien-Bien-Phu ihre endgültige Niederlage drohte, kündete US-Vizepräsident Nixon die Entsendung von US-Truppen an. Britische, neuseeländische, australische, philippinische und thailändische Truppen sollten ebenfalls beteiligt werden, wie es dann später im Vietnam-Krieg der USA (ohne britische Betei-

gung) verwirklicht wurde. Der Vorsitzende der US-Stabschefs schlug den Einsatz taktischer Atomwaffen vor. Die neugewählte französische Regierung unter Mendes-France hatte allerdings die Beendigung des Krieges innerhalb von 30 Tagen versprochen.

Auf den Genfer Verhandlungen wurde die Teilung Vietnams (am 17. Breitengrad) beschlossen. Laos und Kambodscha wurden zu unabhängigen Staaten erklärt. Bis zum 20.7.56 sollten in ganz Vietnam gemeinsame Wahlen stattfinden.

1955 - 75: der US-Krieg in Vietnam

Präsident Eisenhower nahm an, daß Ho Chi-Minh bei diesen Wahlen 80 % der Stimmen erhalten würde. Mit US-Hilfe wurde der Diktator Diem eingesetzt, die Bestimmungen des Genfer Abkommens wurden nicht verwirklicht. Von 1961 an wurde Vietnam

Testfeld für eine neue Anti-Guerilla-Strategie der USA. Nach dem „Stanley-Taylor-Plan“ wurde die Bevölkerung in KZ-ähnliche „strategische Dörfer“ eingepfercht, womit gleichzeitig „free fire zones“ geschaffen wurden, wo auf alles geschossen wurde. 1964 inszenierte die US-Marine einen „Zwischenfall“ im Golf von Tonkin. Der vorgegebliche Angriff auf ein US-Schiff wurde benutzt, um den Krieg auf Nordvietnam auszuweiten; wie sich später zeigte, handelte es sich dabei um ein Propagandamaneöver der Johnson-Regierung. Wir werden Vietnam „in die Steinzeit zurückbomben“, erläuterte General Westmoreland das Bestreben der US-Militärs, in Vietnam nur noch verbrannte Erde zu hinterlassen: Chemische Waffen zur Entlaubung der Wälder wurden eingesetzt, damit die Pfade des Ho-Chi-Minh-Pfades unter Feuer genommen werden könnten. „Search all - destroy all - kill all“, war die Devise. Auf dem Höhepunkt des Krieges waren 500.000 Mann

Fortsetzung nächste Seite

US-Interventionen in der 3. Welt

Am Zweiten Weltkrieg waren 60 Staaten beteiligt. 40 Staaten waren selbst Kriegsschauplatz. Die Zahl der Opfer dieses Krieges überstieg 30 Millionen Menschen, die Schätzungen reichen bis 50 Millionen.

Seither gab es zwar nur noch wenige Kriege in Europa, dem zentralen Schauplatz des Zweiten Weltkrieges, aber weltweit gab es nur 26 Tage seither ohne Krieg, die alle in den Monat September 1945 fielen. Inzwischen gab es 150 Kriege. Addiert man die Kriegsdauer, so kommt man auf über 400 Jahre Krieg. Im Durchschnitt wurden 11-12 Kriege gleichzeitig geführt, die durchschnittliche Dauer betrug drei Jahre mindestens. 25 Millionen Tote waren die Opfer dieser Kriege.

Die grausamsten und längsten Kriege waren diejenigen, die eine Befreiung vom ehemaligen kolonialen Joch gegen imperialistische Mächte zum Ziel hatten. An vierzig Prozent dieser Kriege waren imperialistische Mächte selbst beteiligt. Während Frankreich und Großbritannien aufgrund ihrer ehemaligen Kolonialreiche in den 40er und 50er Jahren die Liste anführten, hatten die USA als neokoloniale Weltmacht Nr. 1 bereits in den 60er Jahren die Spitze übernommen. Die Zahl der Kriege hat in dieser Zeit einen Höhepunkt erreicht. Aufgrund des Desasters der USA in Vietnam wurde seither nur direkte US-Interventionstätigkeit verzichtet — von Militärhilfe, CIA- und Beraterstätigkeit und zahllosen Putschbeteiligungen einmal abgesehen.

Genauso wie der Aufbau der Green Berets und „Special Forces“ als Stoßtruppe zur Antiquell-Bekämpfung in den 60er Jahren zu verstärkter Interventionstätigkeit geführt hatten, dürfte der Aufbau der „Schwarzen Eingreiftruppe“, begleitet von der Propaganda zur Überwindung des Vietnam-Schocks zu verstärkten und neuen Interventionsabenteuern in den 80er Jahren führen. Ersten Interventionsdrohungen ist die Verwicklung von US-Truppen in die Kriege im Libanon und im Tschad gefolgt.

Wir geben hier eine Übersicht und kurze Beschreibungen von US-Interventionen seit dem Zweiten Weltkrieg.



Griechenland 1946-49

Als Ende 1944 der Zweite Weltkrieg in Griechenland endete, hatte die Nationale Befreiungsfront mit mehreren Millionen Mitgliedern das Land unter Kontrolle, führend waren die Kommunisten. Das in Griechenland einziehende britische Militär gab den Befehl, die Antifaschisten zu entwerfen. Am 12.2.1945 mußten die Antifaschisten vor der britischen Armee kapitulieren.

Die Monarchisten an der Regierung setzten im Staatsapparat die unter den Nazis „bewährten“ Kräfte wieder ein. Die Wiedereinsetzung der Monarchie führte 1946 erneut zum Bürgerkrieg. Als 1947 Großbritannien vor dem Bankrott stand, informierten sie die USA, daß sie ihre Truppen in Griechenland nicht halten könnten.

Das war der Anlaß der Verkündung der Truman-Doktrin, die die Welt in den „freien“ Westen auf der einen und kommunistischen „Terror“ auf

der anderen Seite einteilte. Dies war gleichzeitig der Auftakt, um mit finanziellen und militärischen Mitteln Großbritannien beizuspringen, um den Bürgerkrieg in Griechenland niederzuschlagen.

Philippinen 1946-54

Als 1947 die Philippinen von den USA die Unabhängigkeit erhielten, wurde es gleichzeitig zum zentralen Militärstützpunkt der USA in Asien ausgebaut. Strategische Bomberkommandos und Basen für Atom-U-Boote sind u.a. dort angesiedelt. Für 99 Jahre mußten diese Stützpunkte den USA überlassen werden.

1958 erklärten die USA, daß ein Angriff auf die Philippinen einen Angriff auf die USA gleichkomme. So verwundert es wenig, daß die USA für die dortige Armee nicht nur die Ausbildung und Beratung im Kampf gegen Überliferos und nationale Minderheiten übernahmen, sondern verschiedentlich direkte militärische Unterstützung leistete.

Nach verstärkten bewaffneten Kämpfen in den letzten Jahren und dem derzeitigen Aufbruch im Land dürfte es in nächster Zeit zu einem internationalen Krisenherd werden.

Korea 1950-53

Korea 1950-53

Korea war 1945 von sowjetischen und US-Truppen besetzt worden und wurde am 38. Breitengrad geteilt. Im Süden wurde Syngman Rhee Präsident, der 37 Jahre in den USA gelebt hatte. 1950 kam es dann zum bewaffneten Kampf zwischen Syngman Rhees Truppen und denen Nordkoreas. In den ersten Wochen waren drei Viertel Südkoreas überannt.

Am 27.6. gaben die USA ihr Eingreifen bekannt und ließen sich das als UNO-Auftrag genehmigen. 14 Staaten, darunter alle Kolonialmächte, waren an diesem Unternehmen direkt beteiligt.

Innerhalb von 14 Tagen wurden die nordkoreanischen Truppen hinter den 38. Breitengrad zurückgedrängt. General MacArthur erhielt den Befehl, die nordkoreanischen Truppen insgesamt zu vernichten und in Nordkorea einzumarschieren. Daraufhin trat China mit Freiwilligen in den Krieg ein. Ein Großteil der „UNO“-Truppe wurde aufgerufen. Beim Rückzug wurde die Strategie der „verbrannten Erde“ angewandt und erstmals Napalm eingesetzt. US-Senatoren und US-Militär verlangten den Einsatz von Atomwaffen gegen China.

Als Ergebnis dieses Krieges wurde die alte Teilungsgrenze wieder gezogen. 2,5 - 4 Millionen Tote waren Opfer dieses Krieges, d.h. etwa 10% der Bevölkerung.

Guatemala 1954

Guatemala ist eine der Kaffee- und Bananenrepubliken der United Fruit Company. Soweit 1944 wuchs der Widerstand gegen die Ubicos-Diktatur. 1950 erhielt bei den Wahlen Oberst Jacobo Arbenz Guzman eine überwältigende Mehrheit. Im Juni 1952 wurde durch ein Bodenreformgesetz jeder Besitz über 90 ha mit Enteignung bedroht.

Nach 40 vergeblichen Putschversuchen gegen Guzman fiel 1954 eine „Befreiungsarmee“ aus Honduras und Ni-

caragua, die die CIA finanziert, ausgebildet und ausgerüstet hatte, unter Oberst Castillo Armas in Guatemala ein. Die USA beteiligten sich auch direkt an der Aktion und bombardierten die Hauptstadt des Landes.

Angeblieh hatte Guatemala kommunistische Waffen erhalten, mit denen es die Nachbarländer und schließlich den Panamakanal überfallen und erobern wollte. Auf der Interamerikanischen Konferenz setzte US-Außenminister Dulles eine Erklärung durch, wonach Institutionen eines lateinamerikanischen Landes nicht vom „internationalen Kommunismus“ beherrscht werden dürften.

Libanon 1958

Am 15.7.1958 begann die Landung von 14.000 Mann US-Truppen im Libanon, zwei Tage später fielen britische Fallschirmjäger in Jordanien ein. Diese Aktion zur Unterstützung prowestlicher Regimes hatte mehrere Hintergründe: Sie erfolgte unmittelbar nach dem Sturz des prowestlichen Regimes im Irak; die Planung dieser Aktion geht aber bereits auf 1957 zurück, ihre Ankündigung erfolgte im Mai 1958. Zu Beginn des Jahres hatte sich Syrien mit Ägypten unter Nasser zur „Vereinigten arabischen Republik“ zusammengeschlossen. Der prowestliche libanesisch Politiker Chamoun war nur durch Wahlschiebungen und Terror ins Präsidentenamt gelangt. Nach der Ermordung eines Anti-Chamoun-Journalisten am 8.5.58 brachen offene Aufstände aus. Chamoun forderte die Hilfe seiner auswärtigen Freunde an. Ende Juni kam es zur Neuwahl, die der General Chehab gewann. Mitte August begann der Abzug der US-Truppen, der Ende Oktober beendet war.

Chamoun war in diesem Jahr einer der zentralen Befürworter der Präsidentschaft der Gemays nach der Invasion Israels. Heute stehen wiederum US-Truppen als „Friedenstruppe“ im Libanon in Aktion, um Gemayel zu stützen.

Kongo 1960-64, 1967 und 68

Am 4.1.1959 brach in der Hauptstadt Leopoldville ein Aufstand aus, den belgische Kolonialtruppen blutig niederschlugen. Als bei den ersten Wahlen zur Unabhängigkeit am 30.6.60 der Antimperialist Lumumba gewann, besetzten am 8.7.60 10.000 Mann belgische Truppen alle wichtigen Punkte des Landes, ihre Marionette Tschombe proklamierte die Abtrennung Katangas, wo reichhaltige Kupfervorkommen lagern, mit denen 60% der Staatseinnahmen finanziert wurden.

Auf Ersuchen Lumumbas wurden am 14.7.60 dann 20.000 Mann UNO-Truppen gegen die von Belgien inszenierte Lostrennung eingesetzt, darunter auch US-Truppen, obwohl diese bereits die Belgier eingeflogen hatten. Die UNO-Truppen besetzten auch nicht die abgefallene Provinz, sondern den Restkongos.

Als Lumumba selbst den Vormarsch gegen die abtrünnige Provinz Kassa anordnete, wurde er am 2.12.60 von Mobutu verhaftet und mit Hilfe der CIA in die Hände der Tschombe-Rebellen gebracht und ermordet.

Inzwischen verwaltet Mobutu die Geschäfte des Kongo (heute Zaïre). Die USA und Belgien teilen sich heute das Geschäft. 1967 kam es wiederum zu

Aufständen in Kivu, Kiwu, Südkasai und Nordkatanga. 1964 landeten erneut belgische Fallschirmjägertruppen in Stanleyville. US-Flugzeuge übernahmen den Transport.

1977 und 1978 wurde von Truppen aus Belgien, Frankreich und Marokko Aufstände in Katanga niedergeschlagen, die USA lieferten die Luftunterstützung. Diese Aktionen wurden unter den Imperialisten gemeinsam abgestimmt, auch die BRD war mit Flugzeugen beteiligt.

Kuba 1961/62

Von 1898-1934 war Kuba Protektorat der USA gewesen, anschließend verwalteten diverse US-Statthalter das Land, der letzte war (von 1952-58) Batista. Drei Jahre nach der Landung der Granma in Kuba zogen Fidel Castro, Che Guevara und Camilo Cienfuegos mit ihren Revolutionstruppen unter dem Jubel der Massen in Havanna ein.

Sek 1960 wurde von den USA in Florida, Louisiana und Texas sowie in Nicaragua und Haiti ein Heer von 5.000 Exilkubanern ausgebildet. Am 15.4.61 bombardierten US-Flugzeuge Havanna, am 17.4. landete das Invasionstheer in der „Schweinebucht“ an der kubanischen Südküste. Die Invasoren waren mit 15 Bombern, fünf Landungsschiffen und zahlreichen Transportmitteln ausgerüstet. Dennoch mußten sie eine vernichtende Niederlage hinnehmen. Von 1.325 Mann waren 1.200 getötet oder gefangen genommen und neun Flugzeuge abgeschossen worden. 15-30.000 Mann US-Truppen hatten einsatzbereit gestanden, um der „provisorischen Regierung“ der Invasoren militärisch zu Hilfe eilen zu können.

1962 brachte die Sowjetunion atomare Mittelstreckenraketen nach Kuba. Am 22.10.62 verhängten die USA eine totale Seeblockade über Kuba. Die Sowjetunion habe „das Gleichgewicht in der Welt“ gestört, erklärte der amerikanische UNO-Botschafter Stevenson. Chruschtschows Angebot, die Raketen von Kuba abzuziehen, wenn die USA ihrerseits die Atomraketen aus der Türkei abzögen, wurde zwar offiziell nicht angenommen, der Abzug der Raketen aber durchgeführt. Gegen die Zusicherung, die USA würden künftig von Interventionen in Kuba absehen, wurden die sowjetischen Raketenstellungen zurückgezogen.

Kolumbien 1962, 1964-78

Traditionell wird Kolumbien von 100 aristokratischen Großgrundbesitzerfamilien beherrscht. Seit den 30er Jahren gibt es Aufstände und Guerillakämpfe, die bis heute andauern, verschiedentlich waren liberale Regierungen im Amt.

1962 kommt es zum Angriff gegen die berühmte „unabhängige Republik Marquetalia“ und nach dessen Abwehr zu weiteren Ausrottungsfeldzügen. 1963 bestehen zwei Prozent des Landes aus solchen „unabhängigen Republiken“, in denen ein Prozent der Bevölkerung lebt. 1966 fällt Camilo Torres (ein Priester und Vorbild für Che Guevara).

In diesem Krieg ist Kolumbien Versuchsgebiet im „Antisubversiven Kampf“ der USA, die Spezialeinheiten, Spezialwaffen, Spezialberater und Spionage- und Agentennetze einsetzen, um die Guerilla von den Bauern spalten zu können.

Dominikanische Republik 1965

Dieses Land gehört zu den ärmsten in Lateinamerika. Vier Fünftel der Zuckerproduktion geht in die USA. 1916-24 war dieses Land direkt von den USA besetzt, seit 1930 wurde es von der Trujillo-Diktatur grausam beherrscht.

1959 kam es zu Aufständen gegen diese Diktatur, die 1961 zusammenbrach. Als Juan Bosch (ab 1963) Sozial- und Agrarreformen durchführte, putschte gegen ihn das Militär. Protestaktionen und Partisanenkämpfe wurden durch Militär und Bombenterror blutig unterdrückt.

Am 25.4.65 putschten Teile des Offizierskorps gegen diese Politik. Am 30.4.65 fielen daraufhin 40.000 Mann US-Truppen in das Land ein, um „US-Bürger und deren Eigentum“ zu schützen. Man werde „kein zweites kommunistisches Regime in der westlichen Hemisphäre dulden“, erklärte US-Präsident Johnson. 4.000 Dominikaner waren die Opfer dieses US-Überfalles.

El Salvador 1967

1952 kommt nach einem Aufstand bewaffneter Bergarbeitermilizen die „Nationalrevolutionäre Bewegung“ an die Macht. Die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Bergwerke und die Abschaffung des Militärs werden verfügt. Nach zwölfjähriger Regierungszeit von Paz Estenssore ist davon kaum etwas übrig geblieben. 1964 kommt Barrientos durch einen Putsch des wiedergeführten Militärs an die Macht. 1967 gelingt es diesem Militärs, ein Bündnis von Militär und Bauernschaft (Pacto Militar — Campesinos) gegen die streikenden Bergarbeiter herzustellen und die Streikbewegung niederzuschlagen. Im gleichen Jahr wird die Guerillabewegung mit Che Guevara aufgerufen. Che wird von der CIA getötet, das Foto von seiner Leiche wird der Weltöffentlichkeit vorgeführt. Bei dieser Aktion waren US-Rangereinheiten und Antisubversionsspezialisten beteiligt.

...

Nachdem der US-Regierung noch 1975 eine Beteiligung am Angola-Konflikt vom Parlament untersagt wurde, gibt es heute bereits eine Fülle von Konflikten, die sich sehr schnell zu US-Interventionen ausweiten könnten.

Dazu ist der klaglich mißglückte Versuch der Geiselfreiung im Iran 1980 zu zählen und die Drohung der US-Regierung noch unter Carter, bei einer Sperrung des Golfes von Hormuz für das Öl militärisch zu intervenieren.

Das Eingreifen der USA im Libanon als „Friedenstruppe“ steht in diesem Zusammenhang wie die verschiedenen Interventionsdrohungen der USA gegen Libyen und der Abzug der Öltechniker aus diesem Land. Dieser Drohung ist inzwischen eine Beteiligung am Tschad-Konflikt gefolgt.

Dazu gehören die Interventionsdrohungen gegen Kuba und Nicaragua und die Stützung der Reaktionäre in El Salvador, die vom Aufbau von Soldaten in Honduras und Guatemala begleitet wird. Inzwischen haben diese Truppen verschiedene Invasionsversuche in Nicaragua unternommen und haben auch in El Salvador eingegriffen.

Fortsatzung von vorheriger Seite

Invasionstruppen eingesetzt. Die Bombardierungen erreichten 1972 alle fünf Tage die Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe. Zwei Millionen Tote (= 4 % der Bevölkerung) in Vietnam, 150.000 Gasvergiftete, 700.000 ha versuchtes Gebiet waren das Ergebnis. Bereits 1968 nach der Tet-Offensive hatten Verhandlungen in Genf begonnen. Erst 1973 konnte jedoch ein 9-Punkte-Abkommen verabschiedet werden, das den Abzug aller US-Truppen vorsah. Der Versuch einer Vietnamisierung des Krieges scheiterte sehr schnell. 1975 war ganz Vietnam befreit, die letzten Amerikaner flohen Hals über Kopf aus dem Land.

Kambodscha/Laos

Die Regierung der Prinzen Sihanouk hatte lange Zeit eine „neutrale“ Rolle eingenommen. Da Befreiungskämpfer auch von kambodschanischem Gebiet aus operierten, wurde auch dieses Land seit 1966 bombardiert. 1970 putschten in Kambodscha reaktionäre Generäle (Lon Nol und Sirik Matak) mit „freundlicher“ Hilfe der CIA. Ende April 1970 fielen südvietnamesische und US-Truppen in Kambodscha ein. Auch nach der Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens und noch bis zum 15.8.73 wurde Kambodscha weiter bombardiert.

Laos war 1954 „unabhängig“ erklärt worden, die USA unterstützte die Zentralregierung Katys, die Pathet Lao hatten sich vereinbarungsgemäß auf zwei Nordprovinzen zurückgezogen. Nach weiteren Kämpfen und einem Vordringen der Befreiungskämpfer gab es erneute Verhandlungen und den Beschluß einer Dreiteilung 1962 in Genf. Doch auch Laos galt als „Aufmarschgebiet“ des „Vietcong“. Seit 1964 wurden Teile von Laos regelmäßig bombardiert, als die Pathet-Lao-Kräfte die strategisch wichtige Ebene der Tonktrüge eroberten. 1.000 US-Flugzeuge sind bis 1969 allein über Laos abgeschossen worden.

Nach der Unterzeichnung des 9-Punkte-Abkommens konnten die Pathet Lao sehr bald die Herrschaft über das Land erreichen.

Libanon unter amerikanisch-israelischem Diktat

Kaum zog sich die israelische Armee hinter den Awali-Fluß zurück, wurde ein kleines Berggebiet südöstlich von Beirut, der Chouf, zu einem Tummelplatz des sowjetischen Expansionsismus. So jedenfalls die Version der US-Administration. Als Folge des Jumbo-Abzuges betreibt die Sowjetunion eine noch aggressivere Politik, und die Zunahme der Spannungen in der Region würde sich günstig auf den Einfluß der Sowjetunion auswirken (1). Reagan behauptet, daß die Sowjetunion dort einen „feindlichen Einfluß“ besitze, vergleichbar mit Zentralamerika (2).

Diesem Einfluß muß Einhalt geboten werden: Die 6. Flotte der US-Marine bezog Stellung vor der libanesischen Küste und wurde durch das Schlachtschiff New Jersey verstärkt, auch französische Kriegsschiffe nahmen Kurs auf die libanesischen Küste und griffen mit Schiffgeschützen und Flugzeugen in die innerlibanesischen Auseinandersetzungen ein. Zur Zeit herrscht Waffenstillstand, und zynisch könnte man kommentieren, wie gut doch die Abschreckungsstrategie der NATO funktioniert. Sicht man davon ab, daß mit dem militärischen Eingriff mehrere NATO-Staaten eine gefährliche Eskalation im gesamten arabischen Raum in Kauf genommen wurde und daß die USA den Nahen Osten als ihr militärisches Aufmarschgebiet betrachten, dann demonstrieren die amerikanischen Geschütze sehr deutlich, daß die USA willens sind, den Nahost-Konflikt nach ihren Vorstellungen zu lösen.

Auch wenn der gegenwärtige Waffenstillstand als Kompromiß erscheint, ist er ein neuer Schritt auf dem Weg zu einem imperialistisch-zionistischen Diktat. Die Kriegsziele der israelischen Invasion (Vernichtung der PLO, Errichtung eines Marionettenstaates in Libanon, Rückzug der syrischen Armee) haben sich nicht in einem Zug durchsetzen lassen.

Der Rückzug der israelischen Armee hinter den Awali-Fluß hat wieder Bewegung in die festgefahrene Situation gebracht. Israel konsolidiert seine Macht im Süden und bereitet eine langdauernde Besetzung vor. Die „Friedenstruppe“ mehrerer NATO-Staaten, insbesondere der USA, muß nun ihrerseits stärker im Libanon eingreifen.

Ausbruch der Kämpfe

Ausbruch der Kämpfe

Nach der israelischen Invasion sind die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen nicht schwächer geworden, im Gegenteil. Zum Teil geschürt durch die israelische Besatzungsmacht, die die im Libanon bestehenden Widersprüche ausnutzte, wurden von verschiedenen Gruppierungen und Parteien bewaffne-

te Konflikte ausgetragen. Vor allem wollten die in der ersten Phase des libanesischen Bürgerkriegs unterlegenen rechten und faschistischen Kräfte alte Rechnungen begleichen. Die sunnitischen und christlichen Ungleichheiten, die zum libanesischen Bürgerkrieg gegen die herrschende christliche Oberschicht geführt hatten, waren keineswegs aufgehoben.

Teile der heutigen Opposition, wie z.B. die schiitische Organisation AMAL, hatten die israelische Invasion sogar mehr oder minder offen begrüßt, da sie sowohl im Widerspruch zur palästinensischen bewaffneten Präsenz als auch gegen die relativ starken kommunistischen libanesischen Parteien waren. Andere, z.B. der Führer der fortschrittlichen Nationalen Front und Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei (PSP), der Drusenchef Walid Jumblatt, und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Libanons, Haouf, konnten der Einsetzung des faschistischen Amin Gemayel als Staatspräsident zumindest positive Seiten für die nationale Einheit des Libanon abgewinnen (3).

Amin Gemayel wurde allerdings nicht, wie versprochen, „der Präsident aller Libanesen“. Selbst der faschistischen Kataeb-Partei seines Vaters Pierre Gemayel angehörend, ließ er von der — inzwischen von amerikanischen Beratern ausgebildeten — libanesischen Armee zunächst die fortschrittlichen Milizen entwaffnen, während die Milizen der Kataeb-Partei nicht angetastet wurden. Das Einflußgebiet der libanesischen Regierung blieb im wesentlichen auf Beirut beschränkt. Nördlich von Beirut übten weiterhin die faschistischen Milizen Macht und Kontrolle aus (siehe Karte 1).

Die israelische Armee, die zeitweise auch Westbeirut besetzt hatte, das bis dahin eine Hochburg der palästinensischen Organisationen und der libanesischen fortschrittlichen Kräfte gewesen war, hatte Westbeirut schließlich ganz der Kontrolle der NATO-„Friedenstruppe“ überlassen (siehe Karte 2). Bis zum 4.9.83 hatte sie aber noch den gesamten südlichen Teil Libanons, einschließlich des Chouf-Gebirges und eines Teils der Straße nach Damaskus, besetzt gehalten (siehe Karte 1). In das Chouf-Gebirge, dem Hauptwiederkampfbereich der Drusen, hatte die israelische Armee faschistische Milizen vorrücken lassen (es gibt im Chouf eine Anzahl christlicher, nicht faschistischer Dörfer). Die israelische Armee faschistische Milizen vorrücken lassen (es gibt im Chouf eine Anzahl christlicher, nicht faschistischer Dörfer), aber die drusischen Milizen der Progressiven Sozialistischen Partei nicht entwaffnen lassen. Zwischen beiden fanden schon unter israelischer Besatzung Kämpfe statt, da die faschistischen Milizen ein möglichst großes Gebiet des Chouf erobern und alte Rechnungen begleichen wollten (Auf den

Drusenführer Jumblatt wurden mehrfach Anschläge verübt, er ging schließlich ins Exil nach Damaskus.)

Ohne daß es zu einer (bereinkunft) zwischen drusischen Milizen, Faschisten und der Regierung Gemayel gekommen wäre, zog sich die israelische Armee hinter inzwischen befestigte Linien südlich des Awali-Flusses zurück (siehe Karte 1). Die libanesischen Milizen versuchten sofort, die von den israelischen Truppen verlassenen Gebiete zu besetzen, ohne auf Forderungen der drusischen Minderheit einzugehen. Die Drusen wußten, was das zu bedeuten hatte: freie Hand für die faschistischen Milizen, Entwaffnung und ein weiterer Schritt auf dem Weg des von Gemayel angestrebten Ein-Parteien-Staates. Sie setzten sich bewaffnet zur Wehr und konnten den faschistischen Milizen und der libanesischen Armee empfindliche Niederlagen bereiten. Als die Drusen kurz vor der Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Souk el-Gharb standen, griff die amerikanische Flotte mit ihrer Artillerie ein. Der Zerfall der libanesischen Armee und der Sturz der Regierung Gemayel schienen nahe.

„Teiltrückzug“ der israelischen Armee

Die israelische Armee hatte die drusischen Milizen während der Besatzung nicht entwaffnet. Grund dafür war zum einen die Rücksicht auf die drusische arabische Bevölkerung in Israel, die in der Vergangenheit gern für politische Zwecke eingesetzt worden war. Zum anderen gab es einen israelischen Plan, einen drusischen Pufferstaat zu errichten. (Israel ist keineswegs an der Einheit des Libanon interessiert, solange nicht sicher ist, daß es dort eine funktionstüchtige Marionettenregierung gibt.) Das Angebot wurde aber auch nicht von dem mit dem Jumblatt-Clan verbundenen Arslan-Clan angenommen, der immerhin den Einmarsch Israels begrüßt hatte (4). Jetzt bekundete der israelische Kriegsminister Arens „Verständnis“ dafür, daß die Drusen ihre Dörfer verteidigen; nur vor Beirut hätten sie nichts zu suchen. Er gab der Oberkommandierenden Gemayel die Schuld an den Auseinandersetzungen, da er nicht rechtzeitig mit den Drusen eine Übereinkunft angestrebt habe (5). Den Weg für einen erneuten militärischen Vormarsch Israels ließ Arens aber offen: reichlich mit den Drusen eine Übereinkunft angestrebt habe (5). Den Weg für einen erneuten militärischen Vormarsch Israels ließ Arens aber offen: Israel werde gegen Verbände der PLO nördlich des Awali vorgehen, wenn sie versuchten, mit den Drusen vorzudringen.

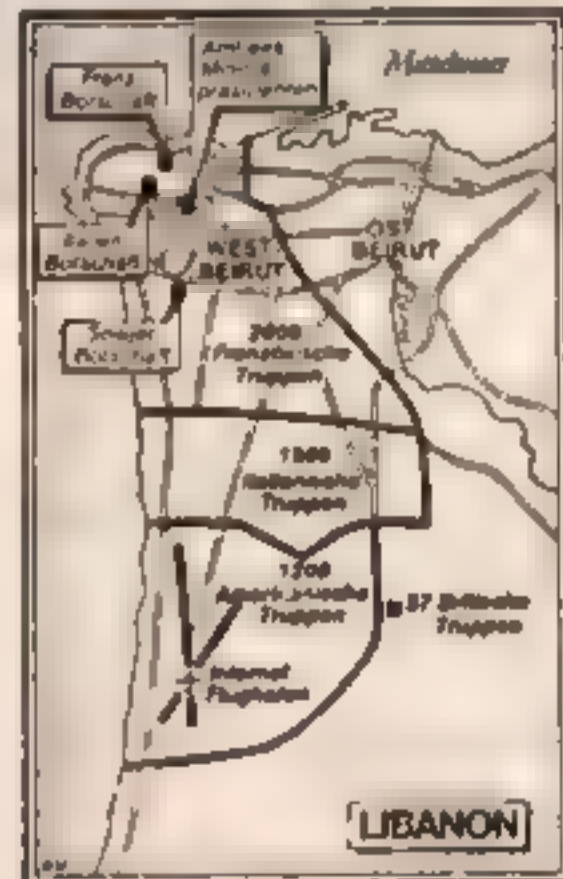
Arens erklärte unmittelbar nach dem „Teiltrückzug“, daß Israel den Wunsch der USA abgelehnt hätte, den Abzug ein drittes Mal zu verschieben (6). Das hat sicher einen Grund darin, daß Israel die Lasten der Besetzung des Libanon schon aus innenpolitischen Gründen (Proteste gegen den Libanonkrieg und die Opfer der fortwährenden Belastung) nicht länger allein tragen will. Zum anderen will Israel den Süden des Libanon bis zum Awali-Fluß dauerhaft besetzt halten. (Der israelische Kommandeur von Sidon brachte eine Fünf-Jahres-Periode ins Gespräch.) Israel bereitet — angesichts der Angriffe, denen seine Armee dort von palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräften ausgesetzt ist — größere Säuberungsaktionen vor.

Die dauerhafte Besetzung des Südlibanon ist die israelische Auslegung des libanesisch-israelischen Abkommens. Nach dem bekannten Muster zionistischer Expansionspolitik, deren Grundlage die Schaffung vollendeter Tatsachen ist, spielen Verhandlungsergebnisse nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle.

Das israelisch-libanesisches Abkommen

Wochenlang hatten Israel und Libanon sowie die USA über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen beiden Staaten, die Verbindung zwischen ihnen, und über den vollständigen Abzug der israelischen Truppen im Zusammenhang mit der Evakuierung aller fremden Truppen verhandelt. Dabei wurde von der israelischen Regierung kritisiert, daß die libanesischen Regierung zuviel Rücksicht auf andere arabische Staaten nimmt. Der damalige Kriegsminister Sharon wurde gegenüber dem Vater des heutigen Staatspräsidenten und Chef der Kataeb-Partei, Pierre Gemayel, sehr deutlich: Wenn die Ver-

handlungen erfolglos blieben und die libanesischen Regierung weiter Befehle aus Saudi-Arabien, von den Syrern und den Palästinensern entgegenzunehmen würde, statt selber zu entscheiden, würde dreierlei geschehen: Israel würde seine Truppen zurückziehen und die Kontrolle in der 45 km tiefen Südszone dem eng mit Israel kooperierenden Major Haddad übergeben; Israel würde die libanesischen Gemeinschaften einander zerfleischen lassen und auch zulassen, daß die Palästinenser und Syrer die Christen bedrohten; Israel würde die libanesischen Christen nicht mehr unterstützen (7).



Multinationale Truppe in Westbeirut

Herausgekommen bei den Verhandlungen ist ein Abkommen, das den israelischen Vorstellungen eigentlich voll Rechnung tragen mußte: Beendigung des Kriegszustandes; unverletzliche Grenzen; Abzug der israelischen Truppen acht bis zwölf Wochen nach Inkrafttreten des Abkommens; Einrichtung einer 45 km breiten Sicherheitszone, die von gemeinsamen israelisch-libanesischen Patrouillen kontrolliert wird und in der nur zwei Brigaden der libanesischen Armee mit leichten Waffen stationiert werden dürfen; der Wirkungsradius von Radaranlagen darf israelisches Gebiet nicht erfassen, Israel darf den Luftraum Libanons uneingeschränkt überfliegen. Alle Abkommen und Arrangements sind hinfällig, die Aktionen und Präsenz von feindlich gesinnten Kräften zulassen. (Das bedeutet eine Annulierung des Kairoer Abkommens von 1969, das den Palästinensern Bewegungsfreiheit im Libanon und bewaffnete Aktionen gegen Israel erlaubte.) In geheimen Zusatzabkommen zwischen Israel und den USA wurde die Rolle Haddads im Südlibanon und das „Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriffe von Terroristen“ (d.h. unbeschränktes israelisches Recht auf Präventiv- und Vergeltungsangriffe) festgelegt. Israel darf seinen Abzug außerdem bis zum Abzug der Syrer und der PLO aus dem Libanon hinauszögern (8).

Selbstverständlich wurde dieses Abkommen sowohl von den Syrern als auch von den fortschrittlichen, den nationalen libanesischen Kräften und der PLO zurückgewiesen.

Israel konzentrierte sich auf die Umsetzung des Abkommens südlich des Awali, denn solange die Syrer und die PLO im Libanon stehen, braucht es seine Truppen im Einverständnis mit den USA nicht abzuziehen (siehe Karte 3). Unterdessen arbeitet die Zen für Israel. Entsprechend den Ankündigungen Sharons wird dem „Zerfleischen“ der verschiedenen libanesischen Parteien zugesprochen, und unterdessen zieht sich Israel einen weiteren Faschisten heran, Daniel Chamoun. Zwischen den beiden mächtigen christlichen Clans Gemayel und Chamoun gibt es nämlich handfeste Differenzen, seit der 1982 bei einem Sprengstoffanschlag getötete Beshir Gemayel zwangsweise 1979 die Milizen Chamouns seinen Kataeb-Milizen unterordnete. Es gab 500 Tote, und Daniel Chamoun flüchtete nach Westbeirut. Inzwischen ist er fast ständiger Besucher in Israel. Bei seinem letzten Besuch wurde er sowohl von dem neuen Ministerpräsidenten Shamir als auch von Kriegsminister Arens empfangen.

Er, Chamoun, stimme völlig mit den israelischen Vorstellungen überein (9).

Noch unmittelbar vor dem Rückzug Israels hinter den Awali-Fluß leistete sich die israelische Regierung gegen die Gemayel-Regierung einen weiteren Affront. Kriegsminister Arens reiste ohne Einladung der libanesischen Regierung nach Beirut, ließ sich von faschistischen Milizen umgeben und führte Gespräche mit dem Kataeb-Chef Pierre Gemayel und dem Nachfolger Beshir Gemayel bei den Kataeb-Milizen, Fadi Frem (10). Offensichtlich will Israel die Gemayel-Regierung nicht unterstützen. Eine Aufforderung Amin Gemayels, die drusischen Milizen vor dem „Teiltrückzug“ zu entwaffnen, schlug Israel aus (11).

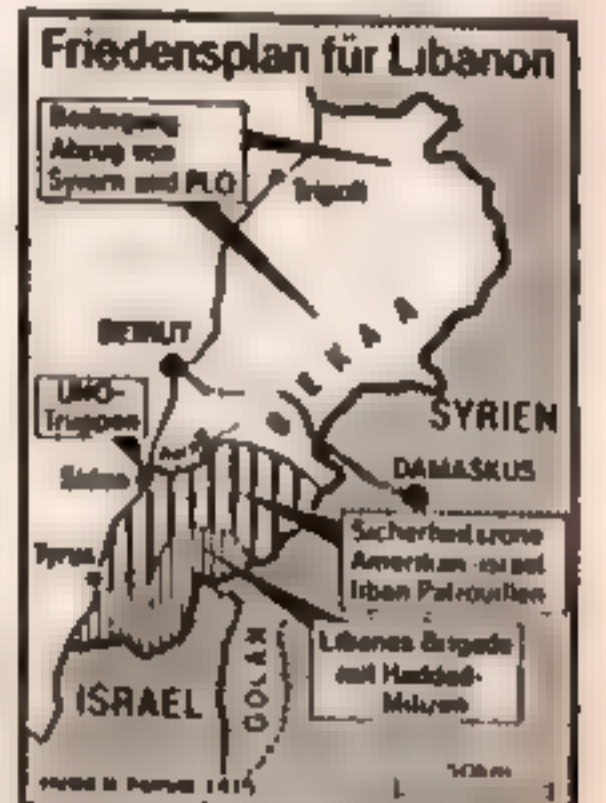
Die libanesischen Opposition

Als sich abzuzeichnen begann, daß die Regierung Gemayel weder imstande noch willens zu einem nationalen Ausgleich ist, sondern daranging, die libanesischen Opposition blutig zu unterdrücken, formierte sich die Opposition in 1.

Zwangsläufig mußte sie sich dabei auf die syrischen Besatzertruppen stützen. Im nordlibanesischen Tripoli wurde Ende Juli unter syrischem Schutz die „Front der Nationalen Errettung“ gegründet. Ihr gehören an Walid Jumblatt (PSP), der rechte Suлейman Franjeh (ehemaliger Staatspräsident, der bis zur Ermordung seines Sohnes durch die Faschisten der „Libanesischen Front“ zusammen mit Pierre Gemayel und Camille Chamoun angehört hatte, sich dann den Syrern zuwandte, der ehemalige sunnitische Ministerpräsident Karam sowie die Gruppen und Parteien der aufgelösten „Nationalen Front“. Die einflussreiche schiitische Organisation AMAL gehört nicht dazu.

Die „Front“ setzte sich zum Ziel, in den von Syrern besetzten Gebieten eine eigene Regierung zu bilden, wendete sich gegen die israelische Besatzung, das Abkommen mit Israel und die Hegemonie der Faschisten (12).

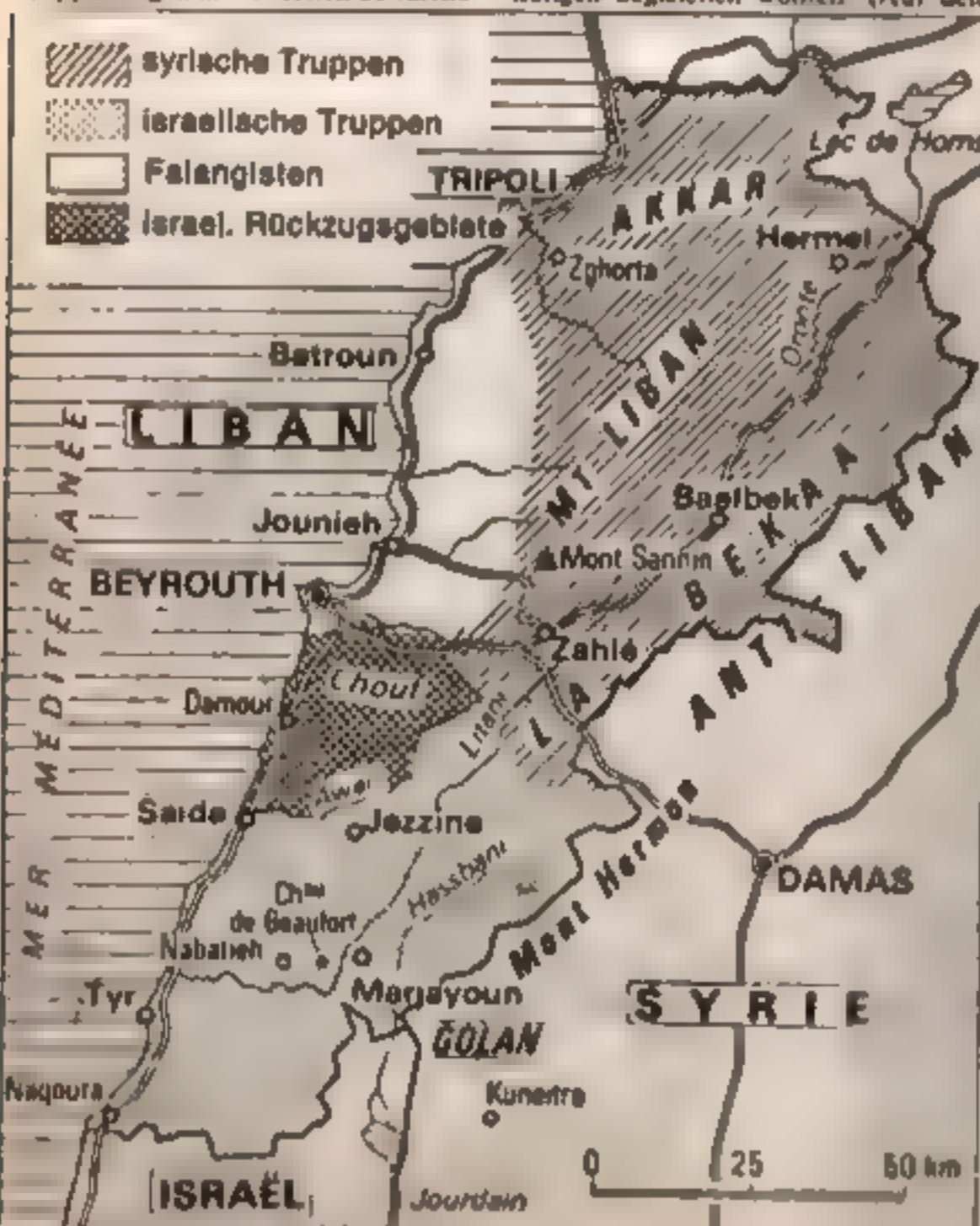
In einer Erklärung vom 13.8. heißt es, die Aufnahme eines Bürgerkriegs sei unvermeidlich, wenn Gemayel nicht „die Verbindungen zu seiner Partei, den Falangisten, abbricht und in einen Dialog mit dem libanesischen Volk eintritt“ (13). „die Verbindungen zu seiner Partei, den Falangisten, abbricht und in einen Dialog mit dem libanesischen Volk eintritt“ (13).



Abkommen zwischen Israel und Libanon vom 17.8.1983

Dieses Gesprächsangebot schlug Gemayel aus und beharrte — trotz eines Vermittlungsvorschlages der USA und Saudi-Arabien, entsprechend syrischen Vorstellungen den status quo zu berücksichtigen (14) — auf einer Ausweitung des Machtbereiches der Regierung. Nach den Siegen der drusischen Milizen und nach ihrer vorläufigen Rettung durch die amerikanischen Kriegsschiffe mußte sich die Regierung Gemayel jetzt einem amerikanisch-saudiischen Vermittlungsvorschlag beugen: Waffenstillstand und Verhandlungskonferenz.

Es muß allerdings betont werden, daß trotz der massiven Kämpfe die libanesischen Opposition und auch die Drusen (die ja zum fortschrittlichen Teil gehören) immer nur einen Kompromiß mit der libanesischen Regierung anstrebt haben. Das trifft besonders für die schiitische AMAL zu, deren Milizen sich noch vor dem israelischen



Einflußzonen im Libanon — Beirut ist von der multinationalen Truppe besetzt und „Einflußgebiet“ der libanesischen Regierung

lichen Rückzug in Westbeirut mit der libanesischen Armee heftige Gefechte geliefert hatten, die im wesentlichen auf Provokationen der Armee zurückzuführen waren. In einem Gespräch mit „Le Monde“ (20.9.) sprach sich das zweite Mann von AMAL, Akel Haydar, gegen die Rückkehr der bewaffneten Palästinenser aus. „Um jeden Preis will man der Welt glauben machen, daß wir unter uns bewaffnete Palästinenser verstecken, um den Angriff zu rechtfertigen, den man gegen unsere Bezirke vorbereitete.“ Eigene Angriffe würden deshalb vermieden werden. „Wir könnten das leicht machen, und das würde das Ende der libanesischen Armee bedeuten, aber wir wünschen, daß diese Armee nicht unser Feind ist, und wir hoffen immer, daß die Staatsmacht verstehen wird, daß es notwendig ist, mit jedem zu diskutieren.“ AMAL würde nicht alle Ziele der „Front“ teilen, insbesondere nicht die Verbindungen Jumblatts zu Libyen und der „Front“ zu Syrien. (15).

Ein AMAL-Funktionär im Südlibanon ging noch weiter: „Anstatt mit AMAL in einen fruchtbaren, sicherheitspolitischen Dialog zu treten, setzen sie (die Israelis) aus purem Unverständnis auf die Falangisten, die im Süden nie ein Faktor waren, und auf Major Haddad, der keine ernstzunehmende Kraft repräsentiert. AMAL wäre ein Partner gegen die Rückkehr der PLO gewesen, hätten die Israelis eine Ahnung von den Machtstrukturen im Süden gehabt.“ „Israels Probleme werden erst beginnen, wenn die Besatzer im südlibanesischen Druckkochtöpfchen. Nach dem Rückzug (hinunter den Awali-Fluß) sind sie nicht mehr auf Friedensmissionen, sondern Besatzungsarmee. Der Rückzug auf den Awali scheint uns kein erster, sondern ein letzter Schritt gewesen zu sein.“ (16).

Auch der „Front“ geht es nicht in erster Linie um den Abzug der israelischen Truppen, sondern um die Beteiligung an der Macht und die Verhinderung eines faschistischen Staates. Drusenführer Jumblatt hatte zwar angesichts des Einsatzes der Artillerie der US-Flotte gegen drusische Stellungen im Chouf erklärt, das Eingreifen der USA könne ihn jeder Selbstbeschränkung bezüglich seiner Bündnispartner entheben; dabei hatte er auch auf ein Bündnis mit palästinensischen Kämpfern angespielt (17). In einem Interview mit Radio France internationale kritisierte er die USA: „Sie wollen nicht verstehen, daß die libanesischen Probleme nicht mit Gewalt gelöst werden können, wir können zu einem Kompromiß gelangen, aber stellen Sie die Hilfe für die Armee und die Regierung Amin Gemayels ein ... Ich würde es nicht erlauben, daß der Libanon zu einem Staat der christlichen Falangisten wird, selbst wenn das das Ende des Libanon bedeutet.“ Er sprach sich dabei jedoch gegen eine Unterstützung durch die PLO und die Libyer aus. „Ich habe nichts mit der PLO zu tun. Wir haben genügend Kämpfer und ich will keine Kämpfer der PLO.“ (18). Drusenführer Mueheba gab als Kriegsziel die Vertreibung der Palangisten aus dem Chouf, nicht aber die Zerstörung der libanesischen Armee und ihre Vertreibung aus Beirut an (19).

Jumblatts Forderungen vor dem Rückzug der israelischen Armee waren: nationale Versöhnung und Abzug der faschistischen Milizen v o r Einrückern der libanesischen Armee (20).

Die Rolle der Imperialisten

In Paris hatten vor dem israelischen Rückzug Geheimgespräche stattgefunden, an denen u.a. auch Vertreter der libanesischen Regierung und Jumblatt teilgenommen hatten (22). Zeitgleich mit dem Beginn des israelischen Rückzuges verlegte die USA 2.000 Marines vor die libanesischen Küste, und der französische Flugzeugträger Foch lief ins östliche Mittelmeer aus (23). Sollte es auch dabei keinerlei Absprachen zwischen den USA und Frankreich gegeben haben, wie die französische Regierung im Falle der Intervention im Tschad glauben machen wollte? Allerdings: wiederum preschten die USA vor und übernahmen mit ihren Kriegsschiffen „Feuerschutz“ für die gesamte „Friedenstruppe“ (24). Mitte September wurden außerdem Kriegsschiffe Großbritannien, darunter zwei Flugzeugträger, ins östliche Mittelmeer geschickt. Italien sprach von Luftwaffen- und Artillerie-Unterstützung (25).

Differenzen scheint es zwischen den NATO-Staaten hauptsächlich auf verbaler Ebene zu geben, die sich auch daraus ergeben, daß die USA — wie schon im Tschad — mehr oder minder über die Köpfe der anderen ihre Entscheidungen treffen. Die französische Marine bombardierte jedenfalls bereits mit Flugzeugen Stellungen bei Aley zur „legendären Verteidigung“ französischer Truppen (26).



Drusische Milizsoldaten im Schuf-Gebirge

Die USA griffen ein, um die Regierung Gemayel vor dem Sturz zu bewahren und den drohenden Zerfall der libanesischen Armee (aus der während der Kämpfe drusische und moslemische Soldaten haufenweise desertierten) aufzuhalten. Nach einigem Hin und Her hat der amerikanische Kongreß Präsident Reagan zunächst für 18 Monate freie Hand gelassen, was den militärischen Einsatz amerikanischer Truppen in Libanon angeht. Der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen im Libanon, General Kelley, hat zugegeben, daß die amerikanische Einheit größer ist als die offiziellen 1.200 Mann, und daß sie von den Kriegsschiffsbesatzungen verstärkt wird (26). Daß die USA militärisch jederzeit in der Lage sind, größere Landoperationen vorzunehmen und auch über Beirut hinaus einzugreifen, liegt auf der Hand. Vorerst allerdings setzen sie auf Verhandlungen unter dem Druck ihrer Kriegsflotte.

Der amerikanische Kriegsminister Weinberger erklärte in „US News and World Report“, daß sich die NATO-„Friedenstruppe“ nicht mit der libanesischen Armee verbinden werden, um die verschiedenen Fraktionen zu bekämpfen (was die amerikanischen Truppen just getan hatten). „Wir hoffen gegenwärtig eine Feuer-einstellung zu erreichen“, eine Regierung der nationalen Aussöhnung unter Einschuß aller Fraktionen solle gebildet werden, und letztlich solle ein Abkommen über den Abzug der Syrer erreicht werden. Dann könnten die Maroniten Beirut verlassen (27). „Wir hoffen gegenwärtig eine Feuer-einstellung zu erreichen“, eine Regierung der nationalen Aussöhnung unter Einschuß aller Fraktionen solle gebildet werden, und letztlich solle ein Abkommen über den Abzug der Syrer erreicht werden. Dann könnten die Maronisten Beirut verlassen (27).

Die Rolle der Syrer

Mit den Syrern wird augenscheinlich schon fleißig verhandelt. Die von den USA und Saudi-Arabien vorgelegten Vorschläge für einen Waffenstillstand und eine nationale Versöhnungskonferenz waren mit Syrien abgestimmt. Die Syrer, die bei den israelisch-libanesischen Verhandlungen über den Abzug aller Truppen ausgeschlossen worden waren, sind, ebenso wie Saudi-Arabien, Teilnehmer der nationalen Versöhnungskonferenz.

Die Vorschläge zunächst im einzelnen: Es wird eine Waffenstillstandskommission gebildet, die sich aus den wichtigsten Kampfparteien zusammensetzt, libanesischen Armee, faschistische Milizen, Milizen der PSP (Drusen) und AMAL. Die Tagesordnungspunkte lassen vermuten, daß sich letztlich die libanesischen Regierung, unter dem Schirm der USA, durchsetzen wird. Abzug aller fremden bewaffneten Truppen aus dem Chouf (das betrifft vor allem die Palästinenser, insbesondere die PFLP), Verschwinden aller Milizen von den Straßen (was vermutlich auf eine Entwaffnung hinausläuft), Festigung des Waffenstillstandes und Ausdehnung der Herrschaft der Armee bis an den Awali, der Omdarmarie bis Kharroub (Gebiet weiter östlich, in dem sich syrische und israelische Truppen gegenüberstehen, siehe Karte 1) (30).

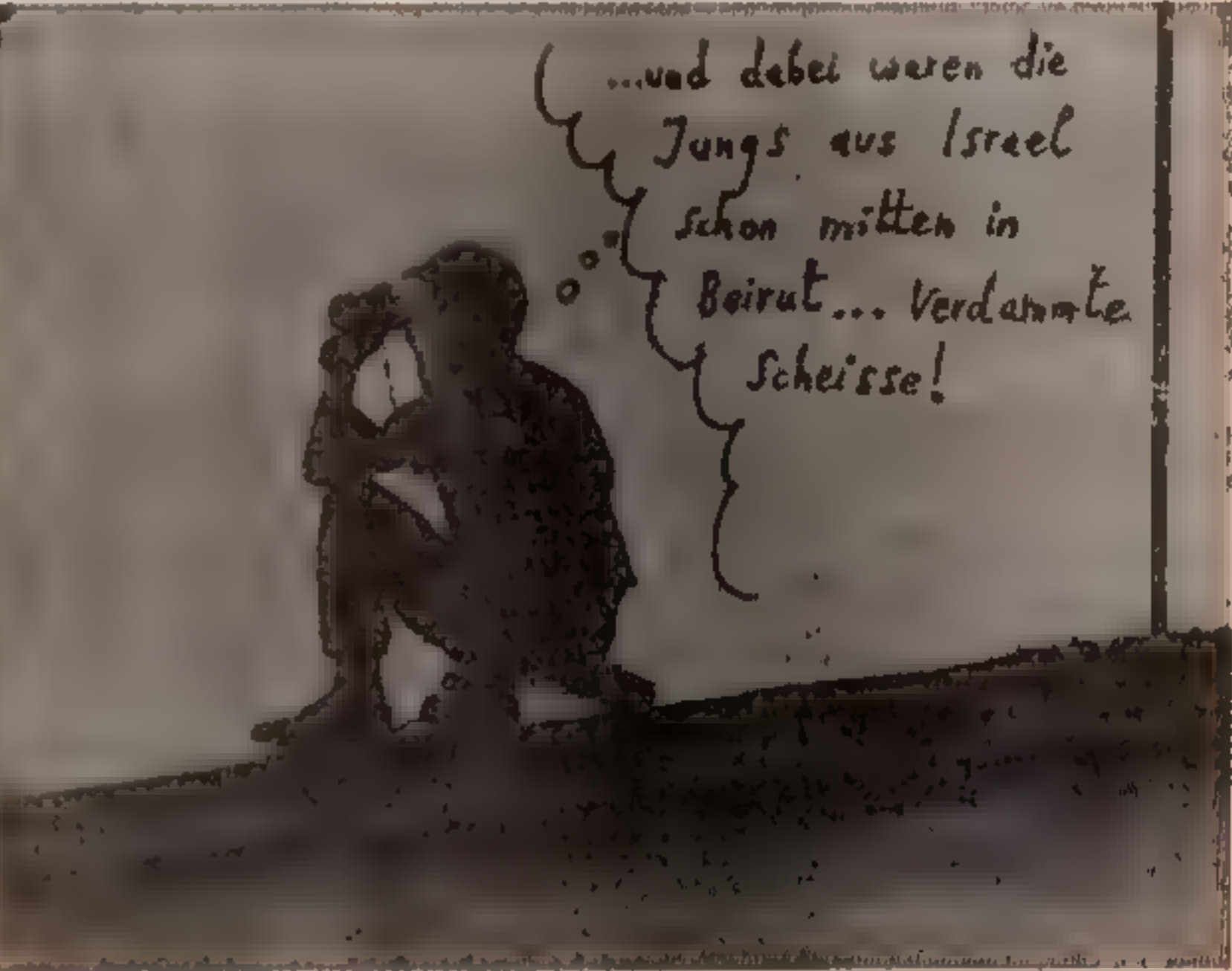
Mit Beginn des Waffenstillstandes reichte die libanesischen Regierung ihren Rücktritt ein (eine Forderung der Drusen), bleibt aber vorerst im Amt. Gleichzeitig bildet Staatspräsident Gemayel eine Versöhnungskonferenz, der als Vertreter der Opposition Subeiman Frangieh, Raschid Karamé und Walid

Jumblatt, als Vertreter der Paschisten Camille Chamoun und Pierre Gemayel angehören, als „Unabhängige“ Raymond Edde, Saeb Salem und Adel Ossseirane. Syrische und saudische Vertreter und eine Delegation der Regierung werden ebenfalls teilnehmen.

Von der alten Nationalen Front, die sich vor Beginn des libanesischen Bürgerkrieges gebildet hatte, ist einzig Jumblatt vertreten. Alle anderen gehören der herrschenden Klasse oder direkt der Kataeb an, gegen die mit größten Opfern der Krieg geführt worden war. Die Einsetzung der Kommission bedeutet nur eine Atempause für die libanesischen Regierung und die Paschisten, die sie dringend brauchen, um ihre Macht zu festigen.

Syrien hat sich damit ebenfalls aus den Verhandlungsweg begeben. Syrische Truppen hatten in die letzten Kämpfe nicht aktiv eingegriffen, allerdings die Drusen mit Nachschub versorgt. Ein syrisches Eingreifen hätte mit Sicherheit zu sofortigen israelischen Gegenreaktionen geführt (wie z.B. ein israelischer Luftangriff auf eine vermeintlich syrische Panzerkolonne am Beginn der Auseinandersetzungen zeigte (32)). Verhandlungsbereit war Syrien schon immer. Trotz der verbalen Attacken gegen das israelisch-libanesischen Abkommen hatte Syrien von vornherein eine Änderung seiner Haltung von ganz konkreten Punkten abhängig gemacht, die stark an die Camp-David-Abkommen erinnern: das Abkommen beendet nur den Kriegszustand und darf nicht zu einer Normalisierung der Beziehungen oder zu einem Friedensvertrag führen; syrische Interessen im Nordosten müssen entsprechend des israelischen Interesses im

Süden berücksichtigt werden; die USA müssen schriftlich versprechen, Verhandlungen über Westbank, Gaza und Golan in Gang zu bringen, die USA leisten Ersatz für syrische Verluste während der israelischen Invasion; ein arabischer Gipfel soll diese Punkte billigen (33). Zwar spricht sich Syrien gegen einen Friedensvertrag zwischen Libanon und Israel aus; dabei handelt es sich aber eher darum, das Image als Konfrontationsstaat gegen Israel nicht ganz so schnell zu verlieren.



Ein „Ledemacke“ auf Posten in Beirut

Und die Palästinenser?

Die verschiedenen Palästinensenorganisationen haben zwar immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, auf Seiten der Drusen in die Kämpfe einzugreifen. Dieses Angebot ist aber offiziell immer zurückgewiesen worden, wenn man auch davon ausgehen kann, daß einzelne kleine Gruppen mitgekämpft oder Unterstützung geleistet haben (37).

Arafat hat sich während der Kämpfe nach Tripolis (Hochburg Arafat-loyaler Kämpfer) begeben. Über seinen Reiseweg werden verschiedene Vermutungen angestellt: Seeweg oder mit Billigung der Syrer auf dem Landweg, wobei zweiteres wahrscheinlicher ist (38). Nimmt man hinzu, daß Syrien gerade nach dem Waffenstillstand die Arafat-loyalen Kämpfer (etwa 1.000) Mann g e z w u n g e n hat, aus dem Bekaa-Tal in den Norden zu ziehen (mit dem nicht sehr nachdrücklichen Versuch, sie mitsamt den schweren Waffen in einem abgeschlossenen Tal im Hermet-Geblirge festzuhalten) (38), wird deutlich, daß Syrien erneut seine „Ordnungsfunktion“ gegenüber den Palästinensern wahrnehmen will und möglicherweise selbst darangeht, die palästinensischen Kämpfer aufzureiben. Syrien hatte jedenfalls sehr geschickt die Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah für seine Zwecke ausgenutzt.

Arafat scheint auf die syrische Karte nicht mehr zu setzen, wie eine Äußerung in einem „Zeit“-Interview (16.9.) deutlich macht: „Ich ließ Präsident Gemayel wissen, daß wir abziehen, sobald er sein Problem mit den Syrern gelöst hat. Wir benötigen jedoch libanesischen Schutzgarantien für unsere 400.000 Flüchtlinge, für unsere Spitäler, Schulen, Kindergärten, die wir im Lande zurückließen.“

Nebst-Kommission

- Anmerkungen:
1) „SZ“, 24/25.9.83
2) „tar“, 21.9.83; Resonan in „Newsweek“
3) vgl. ausführlich AK 230, 9.28/29
4) „SZ“, 22.9.83
5) „SZ“, 20.9.83
6) „SZ“, 6.9.83
7) „NZZ“, 3.2.83
8) „NZZ“, 22/23.6.83; „SZ“, 10.5.83; „tar“, 10.5.83
9) „Le Monde“, „LM“, 12.8.83
10) „SZ“, 20/21.8.83
11) „NZZ“, 14/15.9.83
12) „SZ“, 28.7.83
13) „LM“, 18.8.83
14) „SZ“, 17/18.9.83
15) „NZZ“, 20.9.83; „tar“, 19.8.83
16) „SZ“, 6.9.83
17) „NZZ“, 22.9.83
18) „LM“, 20.9.83
19) „tar“, 14.9.83
20) „SZ“, 25.9.83
21) entfällt
22) „SZ“, 30.9.83
23) „SZ“, 3/4.9.83
24) „SZ“, 15.9.83
25) „SZ“, 19.9.83; 22.9.83
26) „SZ“, 24/25.9.83
27) „LM“, 20.9.83
28) „FR“, 24.9.83
29) „tar“, 5.9.83; Interview mit dem PFLP-Sprecher Bassam Abu Sharif
30) „NZZ“, 30.9.83
31) „FR“, 27.9.83; „NZZ“, 28.9.83
32) „SZ“, 6.9.83
33) „FAZ“, 1.6.83
34) „NZZ“, 25/26.9.83
35) „FR“, 20.9.83
36) „LM“, 23.9.83
37) die „tar“ berichtete das wiederholt
38) „tar“, 30.9.83

Auf nach Bremerhaven und Nordenham

„Es ist 3 vor 12: In wenigen Wochen will die US-Regierung Pershing II und Marschflugkörper in unserem Land stationieren. Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, soll mit diesen Erstschlagwaffen insbesondere die Bundesrepublik zu einer atomaren Abschlußrampe aufgerüstet werden.“

Das muß verhindert werden! Deshalb wollen wir im Herbst mit unseren Aktionen aus dieser menschenverachtenden Politik dort in den Weg stellen, wo ein möglicher Anlaufpunkt für die neuen Atomwaffen ist: in Bremerhaven und Nordenham. Hier werden große Mengen von Militärmaterial bis hin zu atomaren Waffen umgeschlagen. Darüber hinaus befindet sich in Bremerhaven der Sitz des „Military Sealift Command“, das für die US-Streitkräfte den Nachschub organisiert.“

Mit diesen Sätzen beginnt der Aufruf für die vom 13. bis 15. Oktober geplanten Aktionen in Bremerhaven und Nordenham. Als Ziel der Aktivitäten wird formuliert: „den Alltagsablauf in dieser zentralen militärischen Drehscheibe kurzfristig zu unterbrechen, um zu zeigen, daß wir eine Politik, die die Vernichtung der halben Menschheit einkalkuliert, nicht widerstandslos hinnehmen“.

Mit der Herausgabe dieses Aufrufs, der Verbreitung von Plakaten, Infos, usw. gehen jetzt die Vorbereitungen für die Auftaktaktion der herbstlichen Aktionswoche der Friedensbewegung in die heiße Phase. Manchen Unkenrufen zum Trotz, die die Entstehung dieses Projektes begleiteten, und im Wesentlichen unbeeinträchtigt von den zähen Positionskämpfen, die die Diskussion in den zur Vorbereitung geschaffenen Gremien über weite Strecken bestimmten, ist damit — nicht zuletzt aufgrund der praktischen Vorarbeit der Initiativen vor Ort — eine Aktion in Gang geschoben, mit der von vielen Seiten hohe Erwartungen verknüpft werden.

„Für den 13. - 15. Oktober streben wir eine Kombination verschiedenster Widerstandsformen an, die in einem Gesamtkonzept zusammengefaßt sein sollen. Dabei wollen wir sowohl neue gewonnen oder noch zu gewinnende Mitarbeiter — etwa aus der Gewerkschaftsbewegung — einbeziehen, als auch Raum geben für die massenhafte demonstrative Praktizierung unseres Widerstandsrechts.“ heißt es im Aktionsrahmen. Ob diese Ansprüche auch eingelöst werden, das sieht allerdings noch nicht so ganz fest. Der Teufel steckt auch hier natürlich im Detail. So wird gegenwärtig von DKP-Kreisen ein Heide theater um die Blockade in Nordenham veranstaltet, wo sie auf keinen Fall „länger als 1, 2 Stunden“ blockieren wollen, weil das „nicht mehr zu vermitteln“ sei, denn dort würde ja

„vermittelt“ sei, denn dort würde ja nicht nur Munition umgeschlagen. Das auch von KOFÄZ-Kreisen im Zusammenhang mit der „Nachrüstung“ gern verwandte Motto von der notwendigen „Intensivierung des Widerstands“ droht im Lichte solcher Abwägeln zu einer Sprechblase zu verkommen. Es ist durchaus möglich, daß bei einer verstärkten Pressekampagne gegen die Aktionen in Bremerhaven und Nordenham — vgl. etwa ein Spiegel mit seiner skrupellos — zusammengegerührten Autonomie-Story — die Zahl der Wankelmütigen noch zunimmt. ... Das gilt auch für die Demonstration in Bremerhaven, wenn behördlicherseits mit Restriktionen und Verboten daraus gemacht wird, die Konfliktpunkte in den Griff zu bekommen. Aber selbst wenn sich trotz aller Bemühungen einzelne Abspielungen nicht verhindern lassen sollten, gilt doch insgesamt die alte Brokdorf-Erfahrung, daß die Pressehetze und staatliche Einschüchterungsmaßnahmen die Mobilisierung eher stimulieren als abschwächen.

Was läuft?

In Bremerhaven beginnen die Blockaden am 13.10. um 7 Uhr an allen Toren der Carl-Schurz-Kaserne, eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn der Olt und der deutschen Zivilangestellten. Es soll rund um die Uhr im Schichtsystem blockiert werden. Die einzelnen Schichten entscheiden dabei autonom — innerhalb des Aktionsrahmens — über die Ausgestaltung ihrer Blockadeabsicht. Ein Entscheidungsmodus für Blockade, die alle Blockadeure betreffen, muß noch gefunden werden. Wie im einzelnen auf Polizeieinsätze reagiert wird, ist ebenfalls noch nicht ausdiskutiert — klar ist allerdings, daß es keine wehrstrafungsbefugte Absperrung der Kaserne



ne durch die Polizei gleichzeitig die Lahmlegung des Container-Terminals bedeuten würde — das bringen einfach die Verkehrsverhältnisse mit sich.

Die Blockade des Munitionshafens in Nordenham wird aller Voraussicht nach nur an einem Tag, dem 14.10., stattfinden, wobei die Dauer noch unstritten ist. Am 15.10. soll ein vorbereiteter Aktionstag in Nordenham stattfinden. Blockiert werden soll das Haupttor sowie die Bahnhofsausfahrt des Midgard-Hafens, wobei diskutiert wird, dort Beschäftigte durchzulassen und sich auf den Versuch der Blockade des Güterverkehrs zu beschränken.

Die Demonstration am 15.10. in Bremerhaven beginnt um 11.00 Uhr mit einer Kundgebung auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz, danach wird in zwei Zügen zur Carl-Schurz-Kaserne

zwei Zügen zur Carl-Schurz-Kaserne demonstriert, die per Umzirkung total blockiert werden soll. Ein zusätzlicher Zug führt von Waddewarden aus zur Kaserne (siehe dazu die nebenstehende Skizze).

Konkrete Absprachen über das Geschehen an der Kaserne gibt es bisher nicht und wird es auch nicht geben — falls Orientierungshilfe gebraucht wird, ist der Aktionsrahmen zu Rate zu ziehen. Auf Polizeisperren soll durch Umgehen und/oder eigene Blockaden reagiert werden, zusätzlich werden dezentrale Aktionen an militärischen Einrichtungen angedroht. Ob auch der Einsatz von eigenen Materialblockaden zulässig sein soll, darüber wird noch eifrig gestritten. Ebenso wie bei der Blockade ist aber auch hier deutlich ausgesprochen, daß weiträumige Polizeisperrungen zwangsläufig zur Totalblockade des gesamten Hafens führen werden.

Mobilisierung auch in den Gewerkschaften

Daß der DGB-Vorstand die Aktionen in Bremerhaven und Nordenham nicht unterstützt, weil sie seinem Diktat der Aktionsformen wie der Inhalte entzogen sind, ist bekannt.

Bemerkenswert ist die Haltung örtlicher und regionaler Gewerkschaftsleitungen. Hier gibt es zur Zeit lebhaft Diskussionen und einige erfreuliche Beschlüsse. Richtig in Gang gebracht hat diese Diskussion übrigens der Bremerhavener ÖTV-Kreisvorstand mit einer großformatigen Anzeige zum Anti-Kriegstag, in der die Nichtbeteiligung der ÖTV an den Aktionen in Bremerhaven/Nordenham beklagt wird.

Daß diese Aussage der Stimmung an der Basis nicht entspricht, sollte sich bald zeigen.

Der Vertrauensleutekörper des Zentralkrankenhauses Reinknechte forderte den ÖTV-Vorstand auf, die für den 15.10. angesetzte Kreisdelegierten-Konferenz zugunsten einer Beteiligung an der Demonstration zu verschieben. Eine ähnliche Forderung erhob auch der Arbeitskreis Sozialer in der ÖTV, — 30 Unterzeichner wandten sich in einem scharf gehaltenen Leserbrief gegen die Distanzierung ihres Vorstands. — Zur Zeit läuft eine Unterschriften- und Geldsammlung in der ÖTV für eine größere Anzeige mit einem Aufruf zu den Herbstaktionen.

Die GEW Bremen und Bremerhaven ruft inzwischen zur Demonstration am 15.10. auf und begrüßt die Blockaden an den Tagen zuvor. Darüberhinaus

Mit seinem Beschluß, die bundesdeutschen Arbeiter und Angestellten am 5. Oktober in der Zeit von 11.55 Uhr bis 12 Uhr zur Arbeitsniederlegung unter dem Titel „5 Minuten für den Frieden“ aufzufordern, versucht der DGB-Bundesvorstand noch einmal etwas die Kerne zu kratzen. Ihm liegen bereits Beschlüsse der Gewerkschaften Druck und Papier sowie der GEW vor, in denen eine 15-minütige „Arbeitspause“ gegen die Nato-„Nachrüstung“ gefordert wurde und zwar nicht in Konkurrenz, sondern in termieller Überschneidung mit der Friedensbewegung, die bekanntlich im Rahmen ihrer Aktionswoche des 19. Oktober als „Wochen der Betriebe“ bestimmt hat.

Die Anträge von DGB-Kreis und der GEW griffen im Juli Wochen zuvor vom zukünftigen IGM-Vize Steinhilber in die Diskussion gebrachten Streikvorschlag auf und zeigten, daß es innerhalb des DGB immer noch kein Einigkeit gibt. Die jüngsten Landesparteitagsbeschlüsse aus der SPD in Sachsen „Nachrüstung“ hätten hier noch für eine weitere Dynamik gesorgt.

Zum Handeln gedrängt will der jetzige Fünf-Minuten-Beschluß ein Ventil öffnen mit dem Kalkül einer Initiatorin, die Diskussion um politische Streiks gegen die Makroentlohnung wieder

Einmal Erfolg kann der DGB-Vorstand sich behaupten, wenn er sich verbuchten Einzelgewerkschaften oder namhafte DGB-Funktionäre werden zunehmend kaum den Alleingang veranlassen, neben dem 5. auch auch zu ge-

Was läuft wo, wann, wie?

13.10.	7 Uhr	Beginn der Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Waddewarden
14.10.		Fortsetzung der Blockade
15.10.	9 - 11 Uhr	Sammeln auf dem Wilhelm-Kaisen-Platz (Stadthalle) Musikprogramm
	11 Uhr	Sammeln bei der Anne-Frank-Schule in Waddewarden für die Teilnehmer der Waddewarden-Route Kundgebung. Es sprechen:
	11 Uhr	— ein Vertreter der BIFA (Begrüßung)
		— ein Vertreter der Unterweser-Initiativen
		— ein Vertreter des Regionalausschusses Nord
		— zwei Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen (PLO und Kurdistan)
	12 Uhr	Abmarsch der Demonstration zur Carl-Schurz-Kaserne
	17 Uhr	Rückmarsch zur Stadthalle

Die Routen der Demonstration:

- A Stresemannstraße — Wurster Straße
- b Hafenstraße — Wiener Straße — Bgm.-Smidt-Straße — Roter Sand — Hafen
- C Durch Waddewarden

Sammelpunkte (außer Wilhelm-Kaisen-Platz):

Bahnhof Lehe: für alle, die per Bahn kommen.
Parkplatz Schiffahrtsmuseum: für alle, die von der westlichen Weserseite kommen.

Anne-Frank-Schule, Waddewarden: für Teilnehmer aus dem Landkreis Cuxhaven und aus Schleswig-Holstein (Fahrbenutzer).

Die Teilnehmer, die über Bahnhof Lehe und Schiffahrtsmuseum eintreffen, begeben sich von dort zum Wilhelm-Kaisen-Platz und nehmen an der Kundgebung teil.

Die in Waddewarden Versammelten demonstrieren „autonom“ zur Kaserne.

13.10.	10 Uhr	Beginn des Aktionstages
14.10.		Blockade des Midgard-Hafens. Die genaue Dauer wird noch festgelegt.

sind eine Reihe gewerkschaftlicher Gruppen in den jeweiligen örtlichen Friedensbündnissen vertreten und so in die Mobilisierung eingebunden. Alles in allem keine so schlechte Ausgangslage dafür, eventuellen weiteren Störmanövern und Distanzierungen aus dem Bereich der ÖTV, in der ja auch die Bediensteten der US-Armee erfaßt sind, zu begegnen.

KB-Gruppe Bremerhaven

Alle Informationen sind bezogen auf den Zeitpunkt der Abfassung des Artikels. Für alle aktuellen und weitergehenden Informationen empfehlen wir,

das Info des Unterweserausschusses zu bestellen, von dem bisher 2 Ausgaben erschienen sind (Nr. 1 ist vergriffen). Das 3. erscheint in der Woche, in der auch diese Zeitung herauskommt. Alle Nachfragen und Bestellungen an Infobüro Herbstaktionen c/o FKK Roter Sand Bürger 209 2850 Bremerhaven 0471/412340

Eine spezielle Informationsstelle für Nordenham ist

Blank und Alwin Al Blank Wartfelder Str. 54 2878 Nordenham 04731/7483

Der Fünf-Minuten-Coup des DGB

sonderten betrieblichen Streikaktionen für den 29. Oktober aufzurufen.

Den betrieblichen Friedensinitiativen, die am 10. September zu ihrem ersten Kongreß nach Dortmund gekommen waren, ist somit ein erfolgversprechendes Konkurrenzunternehmen entgegengesetzt worden. Die noch vor dem Bundesvorstandsbeschluß datierte Aufforderung der IGM-Führung zur Einberufung von Vertrauensleute-, Jugendvertreter- oder Betriebsversammlungen zum gleichnamigen Thema am 19. Oktober läßt hier zwar noch gewisse Ausgestaltungsmöglichkeiten, kann die neugeschaffene Situation grundsätzlich aber kaum verändern.

Dies könnte sich allerdings dann ändern, wenn der DGB-Aktion von den Kapitalisten dicke Knüttel zwischen die Beine geworfen werden. Von dieser Seite ist allerdings schon im Vorfeld signalisiert worden, daß sie an einer Eskalation am 5. Oktober nicht interessiert ist. Die Bundesregierung will

den DGB ebenso wenig im Regen stehen lassen. Sie stellt sogar „mit Genugtuung“ fest, daß der DGB-Aufruf zum 5. Oktober die „typische politische Einseitigkeit von Appellen der sogenannten Friedensbewegung“ nicht mitemacht. Nun ist diese Ausgewogenheit erstens keine allzu neue Feststellung, zum anderen dürfte klar sein, daß der Streikpunkt, um den es geht, derzeit nicht am DGB-Aufruf ausgefochten wird. Die großbürgerliche Presse begrüßt besonders, daß der DGB mit der Festlegung seines eigenen Termins „einen Trennungsstrich“ zur Friedensbewegung gezogen hat. Gleichzeitig wird allerdings befürchtet, daß die „Machtprobe“ („FAZ“, 9.9.) innerhalb der Gewerkschaften mit dem „Fünf-Minuten-Kompromiß“ keineswegs beendet sei. Als Gefahr wird weiter gesehen, daß der „Betriebsfrieden“ in Gefahr geraten und damit eine Ent-

Fortsetzung nächste Seite



MAHN-MINUTEN 5. OKT. 1983 FÜR DEN FRIEDEN 11.55 UHR - 12.00 UHR

Schluß mit dem Rüstungswahnsinn!

Fortf. von vorheriger Seite

wicklung eingeleitet werden könnte, deren Ende „nicht absehbar“ ist.

Momentan muß man den DGB wohl gewähren lassen, so der gegenwärtig gemeinsame Nenner der Herrschenden, um Weitergehendes am 19. Oktober zu verhindern und um den gemeinsamen Gewerkschaftsfunktionären den Rücken zu stärken. Rappe, Keller, Döding oder alle die anderen Gewerkschaftsrechtler vom Nato-Panclou, für die der Fünf-Minuten-Beschluß bereits ein Alptraum sein dürfte, müssen momentan schon einlächeln.

Vielleicht sind die absolut dämlichen Versuche des gemäßigten Flügels, den Fünf-Minuten-Streik als eine völlig harmlose Sache darzustellen, auch als Trost an sie gedacht. All die anderen „Vergleiche“ mit zurückliegenden politischen Streikaktionen, die allseitig unter dem Banner strammten Antikommunismus und zur Stärkung der Kalten-Kriegspolitik Adenauers dienten (wobei der Streik gegen das erste Nachkriegs-Betriebsverfassungsgesetz gefälscht ausgearbeitet wird), muß der Gewerkschaftsrechtler doch als Wehrmutstropfen erscheinen. Bei Kapitalisten und Regierung dürften diese Versuche, sich als Gralshüter politischer Unschuld und Vorkämpfer des Antikommunismus aufzuspielen, ein müdes Lächeln hervorrufen, denn — so fragt man sich — was haben Beispiele für eine Politik der Unterstützung der Herrschenden mit der aktuellen Auseinandersetzung zu tun, wo es — wenn auch nur für fünf Minuten — doch darum geht, a g e a eine, und zwar existenzielle politische Frage für die Herrschenden, Stellung zu beziehen?

DGB-Schulterschuß mit der Friedensbewegung?

Eigentlich hatten es die DGB-Oberen sich mit der Friedensbewegung ganz anders vorgestellt.

Gerade zwei Jahre ist es her, als der DGB-Jugend verboten wurde, als Mitveranstalter der Bonner Großdemonstration am 10. Oktober 1981 aufzutreten. Und auch noch 1982 hatte die Gewerkschaftsspitze betont, daß sie es gar nicht nötig haben, sich an andere Aktionsverbände und Gruppen „anzuhängen“, schließlich seien ja die Gewerkschaften seit jeher die größte Friedensbewegung.

Dieser Kurs strikter und selbstherrlicher Abgrenzungspolitik hätte vor dem Hintergrund der großen Mobilisierungserfolge und breiten Sympathien der Friedensbewegung, der sich inzwischen längst, vorwiegend jüngere Gewerkschaftsmitglieder, angeschlossen hatten, zu einer weiteren Isolierung des DGB beigetragen. Dies war dann auch der Anlaß einer ersten zaghaften Öffnung des DGBs zu Teilen der Friedensbewegung.

Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete die DGB-Jugend einen Kongreß in Köln, zu dem erstmals — wenn auch die Teilnehmerliste seinerzeit auf Intervention von Oben noch rigoros zurechtgestutzt worden war — Spitzenfunktionäre der Gewerkschaft mit Vertretern verschiedener Strömungen in der Friedensbewegung zusammengebracht wurden.

Im Frühjahr dieses Jahres veranstaltete die DGB-Jugend einen Kongreß in Köln, zu dem erstmals — wenn auch die Teilnehmerliste seinerzeit auf Intervention von Oben noch rigoros zurechtgestutzt worden war — Spitzenfunktionäre der Gewerkschaft mit Vertretern verschiedener Strömungen in der Friedensbewegung zusammengebracht wurden.

Am 4. und 5. Oktober sollte dann eine internationale Friedenskonferenz stattfinden und schließlich wollte der DGB sich an dem 22. Oktober von der Friedensbewegung geplanten Großdemonstrationen in Bonn und Stuttgart unter bestimmten Bedingungen beteiligen (eigene Redner, strikte Gewaltabstimmung). Für die Hamburger Demo wurde ein entsprechender Beschluß dem DGB keine Garantie für absolute Gewaltfreiheit geben können. Die in der Zwischenzeit erfolgte Zusage wurde nun in der vorletzten Woche unter einem wichtigen Vorwand wieder zurückgezogen. Eine Unterabstimmung der dezentralen Aktivitäten während der Friedensaktionswoche lehnte der DGB ab, da diese praktisch seinen Einflußmöglichkeiten entzogen sind.

Mit dem Beschluß vom Juni hatte der DGB inzwischen offiziell die Linie der Abgrenzung und des Führungsanspruchs gegenüber der Friedensbewegung aufgegeben, natürlich nicht vorbehaltlos, sondern zugunsten der staatlichen Sordnungen. Wichtig in der politischen Diskussion dieser Zeit innerhalb der Gewerkschaften war der Generalstreikvorschlag La Fontaines, der zu zahlreichen positiven Beschlüssen auf unterer DGB-Ebene führte.

Die DGB-Führung — von den Herrschenden immer wieder zu einer strikten Ablehnung dieses Vorschlags gedrängt — hielt sich zunächst im Hintergrund. Sie ging offenbar davon aus, daß sich die Diskussion aufgrund der für jeden offensichtlichen Undurchführbarkeit eines Generalstreiks in der jetzigen Situation von selbst ad absurdum führt.

Als schließlich weitere Überlegungen der Gewerkschaften (IG Druck und Papier, IG Metall, HBV) und sogar der Oewerkschaftskongreß Kunst Generalstreikbeschüsse verabschiedet hatten, erklärte der Bundesvorstand des DGB den Generalstreik einstimmig als „völlig abwegig“. Die IG Druck und Papier erklärte zwischenzeitlich noch, man dürfe sich die Waffe des Generalstreiks nicht aus der Hand nehmen lassen („druck und papier“, 12. 83), aber so richtig los ging die Debatte um politische Streiks erst wieder mit dem Streikführer-Vorstoß für eine 10 bis 15 minütige Arbeitsniederlegung am 19. Oktober. Diesmal war es nicht der „ungebetene Ratschlag von außen“, sondern ein bekannter Funktionär, der von innen die Arbeitsverweigerung als gewerkschaftliches Kampfmittel in politischen Streikfragen in die Debatte einbrachte. Kein Vorschlag zum Generalstreik zwar, aber eine gewerkschaftliche Protestform von erheblicher Signalwirkung und im Gegensatz zu diesem aktuell durchaus realisierbar.

Vor dem Hintergrund der Beschlüsse für diesen Streikführer-Vorschlag sah sich die DGB-Führung ein weiteres mal veranlaßt, ihren ursprünglichen Fahrplan vom Juni um einen weiteren Punkt, den Fünf-Minuten-Vorschlag, zu erweitern, um diese Angelegenheit erst einmal vom Tisch zu bekommen.

Von Kurzatzeits zum Generalstreik?

Der mit den Strategiedebatten der Gewerkschaften recht gut vertraute Müller-Vogt von der „FAZ“ vertritt die Einschätzung, daß die Rechnung der DGB-Führung, durch Demonstrationen auf die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um Generalstreikbeschüsse zu benden, nicht aufgegangen sei. Vielmehr fühlen sich die Funktionäre des linken DGB-Spektrums (Mahlke, Streikführer, Götz oder Henrich) durch den „Schulterschuß“ des DGB mit der Friedensbewegung weiter ermuntert. Ihr Drängen im DGB auf Aktionen in Übereinstimmung mit dem Zeitplan der Friedensbewegung diene der Demonstration der Gemeinschaft mit dieser, „um den Aufbau einer fortschrittlichen Bündnisses außerhalb der traditionellen Parteilagerspektren“ voranzutreiben. Die „Kurzatzeits-Befürworter“ — zu diesem Zeitpunkt waren damit die Befürworter des Streikführer-Vorschlags gemeint — hätten deshalb auch nicht aus prinzipiellen Erwägungen — wie etwa die DGB-Spitze — in der Generalstreikdebatte nach dem Vorschlag La Fontaines verhältnismäßig schnell nachgegeben, sondern weil die realistisch genug seien zu erkennen, daß derzeit dafür die Basis nicht vorhanden ist.

Deshalb wollten diese nun, wie Henrich sich äußerte, eine „lange Stufenfolge des Protests“ absolvieren, bis der Generalstreik eine Mehrheit finde. Eine erste Stufe sollte aus am 19. Oktober genommen werden eine formaljuristische Begründung, so Müller-Vogt. „wird als Begründung der Ablehnung des Streikführer-Mahlke-Plans nicht ausreichen“ („FAZ“, 7. 9. 83), vielmehr müsse der DGB-Vorstand hier laut und deutlich Position beziehen. Was er — zwar nicht laut, aber auch nicht minder deutlich — inzwischen mit seinem Konkurrenzunternehmen am 5. Oktober auch gemacht hat.

Mit dem Fünf-Minuten-Kompromiß, so derselbe Müller-Vogt, ist in der „FAZ“-Ausgabe vom 9. September, sei zwar ein erfreulicher Trennungsschritt gezogen worden, jedoch könnten jene Gewerkschaftsfunktionäre, „die so etwas wie ein Transmissionsriemen zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften bilden“, gleichwohl ruft werden sein. „Inmitten sind sie inzwischen stark genug, daß der DGB an ihrem Verlangen nach Aktionen nicht mehr vorbeikommt und lediglich noch die Termin und Wortwahl beeinflussen kann.“ Inwiefern dieser — von Müller-Vogt sicherlich etwas überzeichnete — Druck jetzt anhält, wird uns auch vom Gelogen des 19. Oktobers abhängen. Zunächst innerhalb des DGB an der Friedensbewegung wird es in nächster Zeit also noch genug geben, z.B. an der Frage der Volksbefragung.

Mitten in Frankfurt: Pershing-Montage

Am 21. 9. teilte die Fraktion der GRÜNEN im Frankfurter Römer in ihrer Presseerklärung Nr. 34/1983 mit:

„In Frankfurt-Hausen, Rosillenerstr., befindet sich ein US-Militärgelände, dem eine weit größere Bedeutung zukommt als gedacht.“

Das US-Gelände ist das „Hausener Pershing-Gelände“. Auf diesem Gelände werden — ohne Wissen der Öffentlichkeit — seit Jahren in einer fabrikmäßigen Einrichtung und einem Depot Montage, Wartungs- und Aufbewahrungsbearbeitungen für die Pershing I durchgeführt.

Mit in Hausen, auf dem Hausener Pershing-Gelände werden Raketenstücke gelagert.

Wir haben nicht nur feststellen müssen, daß mitten in Frankfurt seit Jahren Pershing I gewartet werden, sondern daß mitten im Ballungsraum Rhein-Main sich in Frankfurt auf dem „Hausener Pershing-Gelände“ ein Montage-, Ausrüstungs- und Depot-Gelände für Pershing II befindet und daß Pershing-Teile über den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen eingeflogen werden. Schlussfolgerungen der GRÜNEN IM RÖMER:

Mitten im Rhein-Main-Ballungsgebiet liegt ein Pershing-Gelände, auf dem seit Jahren Pershing I gewartet werden. Dieses gelagerten Pershing I kommen aus den USA über die US-Air-Base auf dem Rhein-Main-Flughafen.

Aus unseren Unterlagen geht hervor, daß auf dem Hausener Gelände nun auch Wartungs- und Montagearbeiten für die Pershing II stattfinden werden. Das Gelände wurde in den letzten Monaten intensiv darauf vorbereitet, innerhalb des durch Mauer und Stacheldraht gesicherten US-Geländes wurde ein innerer Sicherheitsring in Form eines zweiten Stacheldrahtzaunes gezogen. Nachts gehen mit Maschinengewehren bewaffnete Wachen in dem Sicherheitsstreifen zwischen den zwei Umzäunungen Streife unter Scheinwerfern.

Alle unsere Belege — so z.B. die deutlich adressierten Pershing-Kisten für das „Hausener Pershing Modification-Zentrum“ deuten darauf hin, daß Frankfurt durch dieses Hausener Pershing-Gelände eine zentrale Funktion im Rahmen der Nato-„Nachrüstung“ in Bezug auf die Pershing II hat. Frankfurt bekommt eine Drehscheibenfunktion.

Von Frankfurt aus können die Pershing II auf M.A.N. 10-Tonnen zu jedem beliebigen Standort in der Bundesrepublik transportiert werden und sie können von diesen M.A.N. 10-Tonnen als Abschubrampe aus von jedem beliebigen vermessenen Punkt aus — sei es ein Waldweg oder ein Fußballplatz — abgeschossen werden. Pershing II sind auf keine Weise „Rückführungsgebunden“.

Es ist nicht nur so, daß alle Menschen in Frankfurt genau wie alle anderen Menschen in der Bundesrepublik von der Nato-„Nachrüstung“ bedroht sind.

Sondern direkt in Frankfurt, in einem dicht besiedelten Gebiet, befindet sich ein Montage-, Ausrüstungs- und Depot-Gelände für Pershing II. Dort wird montiert, gewartet, was später hunderttausende von Menschen töten soll.

Die Genfer Verhandlungen haben für die US-Militärs keine reale Funktion. Die Verhandlungen überdecken, daß die Nato-„Nachrüstung“ bereits begonnen hat. Der Zeitablauf richtet sich nicht nach den Abrüstungsverhandlungen, sondern nach dem technologischen Stand der Waffentechnik und den Interessen der Militärs.

30 m entfernt vom Kleingartenverein Schönhof e.V., 300 m entfernt von der Straßenbahnhaltestelle am Industriehof (Linie 18, 21, 22) und 3000 m entfernt vom Hauptbahnhof befindet sich das Hausener Pershing-Gelände.



Besichtigung und Umrundung vor dem US-Pershing Gelände US-Pershing

Die Belege, die die GRÜNEN zur Untermauerung ihrer Behauptungen vorlegten, waren von der Art, daß sie der Gegenseite die Lust am Dementieren raubten: Fotos des Geländes aus verschiedenen Perspektiven, Fotos von Transportkisten z.B. mit der Aufschrift „Pershing Cylinder Assembly“; Fotos von Kisten mit Liefer- bzw. Frachtscheinen unter Angabe des Vertriebsweges (via Rhein Main Flughafen); Fotos von im Gelände befindlichen MAN-Raketen-Transportern einschließlich des exakten Nachweises, daß es sich um denjenigen Typ handelt, der für die Pershing II entwickelt wurde; Fotos von neuen Bau- und Sicherheitsmaßnahmen auf dem Gelände; Vergleichsfotos vom Flugmengenlande von Manetta in Florida, Firmendokumente von Manetta, und schließlich sogar die Zeugnisaussage eines Besuchers in Hausen.

Aber den besten Beweis liefert man häufig aus der Art und Weise heraus, wie die verantwortlichen Politiker dementieren. Führen wir sie der Reihe nach — von unten nach oben — vor. Schiere Verzerrung mußte beispielsweise den Frankfurter Oberbürgermeister und gescheiterten CDU-Spitzenkandidaten der Hessenwahl, Walter Wulmann, gepackt haben, als er erklärte, er wisse was er von der Pershing-Montage in „seiner“ Stadt nichts, und zweitens wolle er auch gar nichts darüber wissen. Dies machte sich in der Fernseh-Sendung „Was Tage vor der Wahl“ besonders gut. Wir kennen eine derartige Reaktion bereits aus Hattenbach, derjenigen oöberrheinischen Gemeinde im Fulda-Gap, die in amerikanischen Atomkern-Maschinen als „Ground Zero“ ausgerufen ist. Dort brachte der einheimische Bürgermeister den klassischen Spruch: „Einem Schwein, das geschlachtet werden soll, sage ich doch auch nicht, daß es zur Schlachtkammer geführt wird.“ Diese nicht nur politische, sondern auch psychologische Interventionen (so fälschlich) hören wir uns noch in einer weiteren Variante an und zwar von Erich Heilmannsdorfer, seinem Zeichens Chef des Frankfurter Lokalkreis der „FAZ“ (Ausg. v. 23. 9.) und eines der größten Qualitäts in bundesdeutschen Pressewesen seit Boenische Weggang von „BumS“. Heilmannsdorfer will Wulmanns Statement ausführen und bemüht, um Selbstsicherheit zu demonstrieren, etwas luftig-leichten Schreibstil.



Halle und Gelände für Pershing in Frankfurt (September 1983)

„Die letzte Enthüllung ist der angebliche Standort einer amerikanischen Raketenwerkstatt in Hausen. Na und? Schließlich ist die Bundesrepublik Mitglied der NATO und irgendwo werden Raketen und anderes schaußendes Kriegsgesetz schon lagern. Für diese Erkenntnis muß man nicht, wie die Grünen es leiten, in das „Haus des Straßenverkehrs“ widerrechtlich eindringen, sich auf der Damentafel einschleichen, um von dort aus nach Spionagemännern Fotos zu machen. Selbst wenn irgendwo Atomwaffen verwahrt sind, ist das kein Grund, sich zu erregen. Wie die Grünen aus der Hiroshima-Broschüre sicher wissen, ist die Wirkung derart verheerend, daß es völlig gleichgültig ist, wo sie abgelegt sind. Nebenbei gibt es Zeitgenossen, die lieber auf einer Atombombe schliefen würden als einen Bombenbeständen Terroristen zum Wohnungsnachbarn zu haben.“

Der heuchelnde Ministerpräsident Börsner, bereits im Besitz negativer Erfahrungen mit volkshungrigem Sprachgebrauch („Dachlatte“), schätzte diesmal besser ein, was er seinem Wahlvolk schuldig war. Er erklärte sich für unwillig, verlangte aber umgehend „volle Aufklärung“ von den Amerikanern und der Bundesregierung. So richtig der besorgte und energiegelade Landesvater, den man sich wünscht. Börsner kam damit besser an, ist aber mit zierlicher Wahrheitsliebe der großen Heuchler. Frecher liegt doch derjenige, der Wissenschaft vortäuscht über eine Sache, die ihm in Wirklichkeit längst bekannt ist, als derjenige, der sich zur Verdrängung bekennet und mit eingeknicktem Schwanz hinzufügt, er habe ja bisher noch gar nichts verdrängen müssen, da er (angeblich) nichts wußte. Sachte, die ihn auf dem Boden der Wahrheit bekannt ist, als derjenige, der sich zur Verdrängung bekennet und mit eingeknicktem Schwanz hinzufügt, er habe ja bisher noch gar nichts verdrängen müssen, da er (angeblich) nichts wußte.

Nun ja, diese Demonien lassen tief blicken, nicht zuletzt in die Persönlichkeitsstruktur der Dementen. Wie schön dagegen, daß bei diesem unseren Bundeskanzler Helmut Kohl die Dinge immer ganz einfach liegen. Wie der Mann über die eigenen keine stolpert, ist unbetreffend. Kohl sagte „seinen Soldaten“ beim Manöverbesuch im Oberheutischen: was die GRÜNEN da behaupten, sei alles erstunken und erlogen. Witzig wird die Sache jedoch erst dadurch, daß sich sein Regierungssprecher Jürgen Sudhoff vor der Bundespressekonferenz durchaus anders ausdrückte. Demnach würden zur Zeit weder Pershing 2 wo im Bundesgebiet montiert noch befinden sich bereits Teile der Raketen im Land. Eine Erklärung wird als Dementi verkauft, die gar kein Dementi ist. Was die GRÜNEN bewiesenkraftig darlegten, war, daß auf dem Hausener Gelände alles stark für die Montage gemacht worden ist. Ob damit bereits begonnen wurde, ob morgen oder in zwei Wochen damit begonnen wird — das wissen sie nicht, das können sie als kleine Oppositionspartei wohl auch kaum in Erfahrung bringen, und das ist in Wirklichkeit auch nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, daß mitten in Frankfurt ein Nervenzentrum der Pershing-Stationierung sitzt, und daß dieses Nervenzentrum Ende dieses Jahres seine Aufgaben wahrnehmen wird, falls das durch die Friedensbewegung und alle vernunftbegabten Menschen nicht verhindert wird. Nicht ein einziger Politiker hat nur einen halbwegs ernsthaften Versuch gemacht, diesen Kern der grünen Enthüllung zu befragen. Demnach weiß die kritische Öffentlichkeit, woran sie ist.

Wie weiter nach den Herbstaktionen?

Am Wochenende des 8./9.10. soll in Bonn (in den Rheinterrassen ab 11 Uhr) ein Treffen aller Koordinationsausschüsse (Nord/Süd/Bonn) mit Interessierten stattfinden, auf dem die nächste Aktionskonferenz (am 29./30.10.) vorbereitet werden soll. Es wird also ein erstes Diskussionsstreffen über weitere Planungen der Friedenskräfte sein.

Schon im August erschien aus dem Spektrum gewaltfreier Kräfte im BAÖ („Bundeskongress autonomer Gruppen“) ein Papier dazu („Rosa Bloch-Papier“), das wir hier dokumentieren wollen. (s. Anmerkung dazu). Darin wird eine Dauerblockade an einem Raketenstationierungsort (oder mehreren) vorgeschlagen und gleichzeitig dazu aufgerufen, dem Staat durch vielfältige Aktionen die „Loyalität aufzukündigen“. Zur Diskussion darum hat es zwei Treffen im unabhängigen Spektrum gegeben, das letzte Arbeitsgruppentreffen fand am vergangenen Wochenende statt. Dort wurde beschlossen, eine überarbeitete Fassung auf dem Bonner Treffen vorzulegen.

Zum einen soll angesichts der Planung der Raketenbetreiber, auf jeden Fall mit der Stationierung begonnen zu werden, ein ergänzender Katalog inhaltlicher Forderungen hinzukommen. Zum anderen trat der Kreis nach verschiedenen Diskussionen dafür ein, am besten einen zentralen Ort in Bonn zu besetzen, von wo aus verschiedenste Aktionen unternommen werden könnten.

Erst zum geplanten Stationierungsbeginn hin sollten Beobachtung und Blockade an den Stützpunkten ausgeweitet werden. Ausschlaggebend dafür war die Einschätzung, daß eine Blockade am Standort nicht dauerhaft durchzuführen wäre, zumal für ein solches zentrales Unternehmen mit polizeilicher Räumung zu rechnen wäre.

Im weiteren geben wir eine Stellungnahme zum „Rosa Bloch-Papier“ wieder, die wir der „Friz“, „Antimilitaristisches Allgemeines“ entnehmen (einer Zeitung aus den Reihen der Hamburger Friedenskoordination). Einzelne Kritikpunkte zum Rosa Bloch-Papier werden in einer arbeiteten Entwurf Eingang finden.

Anmerkung: Vom Rosa Bloch-Papier gibt es verschiedene Versionen: Die ursprüngliche Fassung ist in gekürzter Fassung in der Friz Nr. 0 wiedergegeben, eine gemeinsam überarbeitete Fassung eines größeren Kreises wurde dann inzwischen zur Grundlage genommen. Diese Fassung erschien leicht gekürzt in der „Iz“ die wir hier übernehmen.

Massenhaft Loyalität aufkündigen!

Mit den vielfältigen Aktionen bis zum 22. Oktober wird sich die Friedensbewegung abwechselnd verbreitern und an politischer und moralischer Autorität gewinnen. (...) Es ist allerdings schon jetzt absehbar, daß diese Aktionen, weil sie alle zeitlich limitiert und daher für die Herrschenden kalkulierbar sind, nicht ausreichen werden, die selbstherrliche Parlamentariertheit und die Bundesregierung von ihren mörderischen Abzügen abzurufen. (...) Parlamentarische Spitzkürse zur Verhinderung der Raketenstationierung sind bei einer realistischen Einschätzung wohl auf Null reduziert, eine Legitimationskrise der Herrschenden ist kaum erreichbar. (...) Die physische Verhinderung der Raketenstationierung wird die Friedensbewegung nicht durchsetzen können. Eine solche Strategie würde ebenfalls katastrophale Radikalität in die Friedensbewegung und in die Bevölkerung hineintragen, sondern die radikale Teil von ihnen Teil der Friedensbewegung und erst recht von der Bevölkerung trennen und ihn in die Isolation treiben. Wir brauchen nicht die Isolation, sondern die Verbreiterung der Radikalität.

Wenn es stimmt, daß der Versuch einer physischen Verhinderung der Raketenstationierung uns von unserem Ziel eher entfernt, ein unbefriedigter Generalstreik ein frommer Wunsch bleibt und die vorhandenen systemimmanenten Widerstandspotentiale nicht ausreichen werden, um die drohende Atomkriegsgefahr zu beseitigen und einen wirklichen Abrüstungsprozess in Gang zu setzen, dann bleibt der Friedensbewegung einzig und allein der Weg offen, sich neue Spielräume zu schaffen. Die drei verankerten Auftrümpfe der Loyalität gegenüber den Herrschenden in unserem Lande wird unvermeidlich zu jener Widerstandsform, die geeignet ist, das unerschütterliche Wille von Hunderttausenden, in Millionen von Menschen gegen die Raketenstationierung und für wirkliche Abrüstung unter Beweis zu stellen. (...)

Große Euphorie ist unangebracht und hinderlich. Für die Herbeiführung einer von den Herrschenden spürbaren Loyalitätskrise gibt es keinerlei Garantie. Als ermutigend wirken allerdings Tendenzen in der Bundesrepublik, die den politischen Handlungsspektrum der Friedensbewegung nachhaltig positiv beeinflussen. Das aufstrebende Bündnis von Reagan, Kohl, Ormerod hat für einige Klarheit zwischen den Fronten gebracht. Die Stationierungsvorhaben des Bündnisses hat vielen Zweifeln die Illusion genommen. Unvermeidliche Aufrümpfe innerhalb der Sozialdemokratie und gegenwärtig in der Defensive Sozialdemokraten, die in gutem Glauben mit der Aufhebung der Abrüstung in Gang setzen wollten, werden heute nicht mehr so. Bei jener antikomunistischen Minderheit, die nur auf die Antikommunisten abzielen, kommt es, wie die Blockade, mehr Wider-

stand zu leisten, spürbar wachsen. Nach dem Sturz der Scheid-Regerung stehen dem Sozialdemokraten nicht mehr in einem Loyalitätskonflikt zu ihrer Partei. Es kommt jetzt darauf an, die endgültige Stationierungsgegar in der SPD für radikale Widerstandsformen zu gewinnen. (...)

Die Aktionswoche im Oktober wird das moralische, psychische und politische Höhepunkt der Friedensbewegung darstellen. Dieser Höhepunkt darf nicht im Leere laufen. Wir dürfen den Widerstand nach dem 22. Oktober nicht unterbrechen und dessen Fortsetzung vom Zeitpunkt der Raketenstationierung und aller anderen politischen Manöver der NATO abhängig machen. Eine Verweigerung des Stationierungsverweises kann uns nicht töten, es kann auch technisch bedingt sein. Alle bisher diskutierten Lösungen: Zwischenlösung, Wapenzerlegung etc. und Scheinkompromisse. (...) Nicht der Stationierungsgegar des einen oder des anderen Waffensystems, sondern die Abrüstungsentscheidung der NATO sollte als Kriterium für den weiteren Verlauf unseres Widerstandes zugrunde gelegt werden. Und diese Entscheidung ist durch den NATO-Stationierungsbeschluss vorgegeben. (...)

Überlegungen für einen Aktionsvorschlag

Die überregionalen Massaktionen sind von kurzer Dauer und werden alsbald auch ein Ende haben. Sie alle setzen voraus, daß Menschen sich für einen oder mehrere Tage aus ihren Arbeits- und Lebenszusammenhängen lösen und an einen zentralen Ort des geballten Widerstandspotential sich versammeln. Bei der Schwerpunkt aller Protest- und Widerstandsaktionen bis zum 22. Oktober auf einige Höhepunkte außerhalb der eigenen Arbeits- und Lebensbereiche orientiert, so wird es ab diesem Datum notwendig sein, den umkehrbaren Weg zu gehen: alle bis dahin überregional gesammelten Erfahrungen müssen in die eigenen Arbeits- und Lebenszusammenhänge, in die Schule und Gemeinden, Schulen, Volkshochschulen und Universitäten, Betriebe, Kirchen etc. verlagert werden. Ab dem 23. Oktober wird unser entscheidendes NEIN zur Raketenstationierung durch den alltäglichen Widerstand geprägt sein. Abgestuft und alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen ansprechende Protest- und Widerstandsformen des Alltags haben fortan in den Vordergrund der bewussten verordneten Schweigestunden, gleichzeitigen Versammlungen vor den Kassen, um die Toren des Zweiten Weltkrieges zu gehen, Abbildungen von den Spatzen bzw. massenhafte Kündigungen von Sparkonten, Arbeitsverweigerungen und Streikaktionen, auch wenn das erst nur vereinzelt möglich ist, Hungerstreik und Forderung von befristeten lokalen Lärmschutz-

bis zu Aktionen, die geeignet sind, das öffentliche Leben spürbar zu beeinträchtigen, in vielfältigen Ausprägungen, vorausgesetzt, diese Aktionen sind vermittelbar und werden von der Bevölkerung akzeptiert — dies sind Beispiele des alltäglichen Widerstandes, die um andere wirksamere und phantasievollere Beispiele erweitert werden können. (...)

Der vollständige dezentrale Widerstand ist also ein politisch/militärisches oder militär-/logistisches Standort in Frage. z.B. die Handhöbe in Bonn, die NATO-Befehlshaber in Stuttgart oder der besonders wichtige Stationierungsstandort in Neo-Ulm, auf jeden Fall also Standorte mit zentraler und symbolischer Bedeutung für die Abrüstung. Denkbar wäre dazu auch eine befristete Aufaktaktion, z.B. eine dreitägige Blockade der US-Air-Basis in Ramstein, die in der darauffolgenden unbefristeten Blockade eines der oben genannten Standorte übergeht.

Ab 23. Oktober wird der noch zu bestimmende Standort dauerhaft blockiert. Dann nehmen Friedensbewegte aus vielen, vielen lokalen Friedensinitiativen, überregionalen Gruppen, Berufsgruppen, Prominenten, Bundesräten und Landesparlamenten teil. Für die Dauerhaftigkeit der Blockade sorgt ein Rotationssystem. Die lokalen Friedensinitiativen und Berufsgruppen übernehmen schon jetzt Passschieber für den Blockadenstandort und stellen bald durch verbindliche Nennungen fest, an welchem Umfang und wovon Tage sie in Rotation an der zentralen Blockade teilnehmen werden. Das Rotationssystem wird gewährleisten, daß die aktive Teilnahme der lokalen Initiativen an der Blockade für sie befristet und kalkulierbar und der Blockade selbst dennoch dauerhaft gemacht wird. Die Teilnahme von Vertretern der Friedensinitiativen an der zentralen Blockade ist gleichzeitig auch eine Verpflichtung für die am Ort gebildeten Friedensrunden, sich durch geeignete Aktionen vor Ort mit der zentralen Blockade zu unterstützen. Die Blockade teilnehmer können sogar als eine quasi-moralische Instanz der Autorität gewinnen, die Bevölkerung periodisch zu geeigneten Protest- und Widerstandsformen aufzufordern. Alle in Städten und Gemeinden existierenden neuen Aktionsideen können auf jeden Fall in dem zentralen Blockadenstandort ausgetauscht werden. Die

aktive Behinderung des Alltags der Auftragsmaschinerie an einem zentralen Ort, die unsere Widerstandsweltlichkeit und unsere Abrüstungswelt zum Ausdruck bringen soll, ist kein Selbstzweck. Die zentrale Blockade und der alltägliche Widerstand an Tausenden von Orten bilden eine Einheit, wobei es unterschieden darauf ankommt, daß der dezentrale alltägliche Widerstand entfaltet wird. Scheitert letztere, so verliert die zentrale Blockade ihren Sinn. Erhalt der dezentralen Widerstand eine Eigenständigkeit, die von der zentralen Loyalitätsaufkündigung zu einem Selbstzweck, so dürfte der zentrale Krisenaktionspunkt langfristig überflüssig werden. So oder so dürfte die zentrale Blockade nicht zu einer Entscheidungsbildung werden. Würde der Staat versuchen, die zentrale Blockade, die Herzstück des Widerstandes, auf aller Gewalt aufzulösen, so würde wir den Krisenaktionspunkt unserer Widerstandes an einem neuen Ort verlagern. Flexibilität und Spontaneität unseres Widerstandes sollen bewahrt bleiben.

Der Krisenaktionspunkt und das Herzstück unseres umfassenden Widerstandes müssen schon jetzt vorbereitet, das Rotationssystem aufgebaut und massenhaft überregional werden. Dazu bedarf es der Bildung einer überregionalen und für alle Strömungen der Friedensbewegung offensichtlichen vorläufigen Vorbereitungsgruppe, die in Zusammenarbeit mit den regionalen Initiativen des Blockadenstandortes die ersten Schritte einleitet und sich alsbald an die gesamte Friedensbewegung wendet. Die Vorverlegung der Aktionskonferenz der gesamten Friedensbewegung vom Monat November auf spätestens die erste Oktoberwoche wird so fast unvermeidlich werden.

Rosa Bloch

Kann der Widerstand überleben?

Die bisherigen Vorstellungen zum Widerstand gegen die „Nachrüstung“ — soweit es sich dabei um mehr handelt als bloße Gedankenspiele — enden bei den Großaktionen in der zweiten Oktoberhälfte. Daß nach diesem Datum eine weitere Phase des Widerstandes folgen muß, dürfte trotzdem allgemein in der Friedensbewegung anerkannt sein. Daß diese nächste Phase in der Praxis, zumindest aber in ihrem eigenen Anspruch mehr sein muß als eine Weiterführung der bisherigen Widerstandsformen, daß sie qualitativ etwas Neues bringen müßte, dürfte ebenso allgemein auf Zustimmung stoßen. Wobei unterhalb dieser (scheinbaren) Übereinstimmung selbstverständlich im Konkreten sehr ununterschieden sein wird, welche praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Im Rosa Bloch-Papier sind im wesentlichen zwei eng miteinander verbundene Vorschläge gemacht worden: 1. Eine Veralltäglichsung und Verfestigung des Widerstandes. Das heißt, Aktionsformen, die von Hunderttausenden oder Millionen Menschen in ihrer alltäglichen Umgebung durchgeführt werden können und für viele Menschen praktikabel und akzeptabel sind. 2. Eine Dauer-Blockade an einem noch zu vereinbarenden militärischen Standort. Funktion der Dauer-Blockade soll es vor allem sein, auslösend „Funke“ und treibender Motor für den massenhaften Alltagswiderstand zu sein.

Hierzu ein paar teils kritische, teils ergänzende Überlegungen.

Überlegungen zur Weiterführung des Widerstandes müssen von den wirklichen Bedingungen ausgehen und diese zum Gegenstand ihrer Analyse machen. Die Alternative dazu sind Phantasien, die sich zwar sehr schön lesen (z.B. der Plan eines „Weltgenerallstreiks“ in der „Iz“) aber leider nicht realitätsfähig sind. Frage also: Wovon sind die Vorschläge des Rosa Bloch-Papiers durchführbar, auf welche vorhandenen Kräfte und Menschen stützen sie sich, auf welche Bündnispartner in der Friedensbewegung rechnen sie?

Zum ersten Ziel des Vorschlags: Die Veralltäglichsung des alltäglichen Widerstandes wird auch den Oktober-Aktionen vermutlich ein allgemeines Schlagwort in der Friedensbewegung sein. Dies einfach deshalb, weil die Aktionen dieses Jahres eine erhebliche Mobilität und Streiksituation für alle Akteure bedeuten, die — vor allem auf Massenebene — nicht pausenlos so weitergehen können. Die Bewegung muß gewissermaßen zur „Normalität“ zurückkehren, was für viele Bewegungsfunktionäre wohl auch gleichbedeutend mit einer möglichst geschickten Organisation und Demagogisierung des Widerstandes sein wird. Die „Verlagerung unseres Widerstandes“ in den Alltag kann also vermutlich auf breitere Zustimmung rechnen, nur daß sie in der Praxis sehr unterschiedlich gemeint sein wird. Wir sind in dieser Hinsicht wahrscheinlich skeptischer als Rosa Bloch, was aktuell die Chancen betrifft. Millionen von Menschen zu qualitativ neuen und kontinuierlichen Widerstandsformen im Alltag zu motivieren und zu organisieren beantwortet läßt sich diese Frage selbstverständlich erst in der Praxis. Es lohnt sich also, den vorgeschlagenen Versuch zu unternehmen. Wir seien aber von vornherein nicht dem bei Rosa Bloch anklingenden elitär-avantgardistischen Gedankengang: Hier die tendenziell schon zu radikalen Aktionsformen berechnenden Millionenmassen, das es nur noch seiens einer aktiven „Vorhut“ in der Bewegung zu bringen und in Gang zu halten gilt.

Insofern sehen wir auch den zweiten Teil des Vorschlags, die Dauer-Blockade, nicht in dieser zentralen Funktion, die sie im „Rosa Bloch-Papier“ hat. Mit dieser Einschränkung soll aber keineswegs bestritten werden, daß eine (oder auch mehrere?) dauerhafte Blockaden (und Besetzungaktionen?) eine Rolle für das Bemühen um die Kontinuität und den inneren Zusammenhalt einer politischen Bewegung spielen kann/können.

Einigen aus der Friedensbewegung — insbesondere auch von Sprechern der Grünen — lassen daraus schließen, daß es ein verbreitetes Unbehagen über den allzu offensichtlich rein symbolischen und praktisch wirkungslosen Charakter vieler Widerstandsaktionen gibt. Ins Leere laufende Blockaden werden von einem Teil der Akteure als sinnlos und unbefriedigend empfunden. In Konsequenz werden Aktionen gefordert, die wirklich etwas bewirken. Das

ist sicher in der Friedensbewegung bzw. in deren Beschlußgremien — und auf diese kommt es wesentlich an, wenn Aktionen geplant werden — alles andere als mehrheitsfähig, aber es ist eine Stimmung, mit der als Trägerin einer Dauer-Blockade praktisch gerechnet werden kann.

Wichtig ist, sich die Entwicklungsmöglichkeiten und Risiken dieses Vorstiegs vorher klar zu machen. Wenn eine Dauer-Blockade als spezielle Aktionsform politisch wirken soll, dann nicht als ein Wanderzirkus, der quer durch die BRD heute hier und übermorgen dort gasiert, sondern durch eine dauerhafte Behauptung bestimmter Ziele. Es bringt propagandistisch-psychologisch nicht sehr viel, wenn der Standort der Blockade dauernd in Bewegung ist. Jedenfalls transportiert das ins öffentliche Bewußtsein nicht das Signal „Dauer-Blockade“. Daraus resultiert ein Dilemma: Entweder läßt der Staatsapparat die Blockade ins Leere laufen, wie gehabt. Dann dürfte die Dauer-Blockade bald vor allem nach innen psychologisch nicht durchzuhalten sein („Frust“). Oder — und das scheint uns sehr viel wahrscheinlicher — der Staat setzt auf zügiges und konsequentes Abräumen. Diese Variante erscheint uns die wahrscheinlichere, weil der strategische Stellenwert gerade dieser Blockade für den Staat von vornherein klar ist, so daß die Polizeilogik dazu treiben wird, das Entstehen eines solchen harten Widerstandskerns schon im Ansatz zu zerschlagen. Unter solchen Bedingungen eine Dauer-Blockade zu verwirklichen, scheint uns extrem schwierig, wenn auch nicht unmöglich. Sie wird aber unserer Einschätzung nach vermutlich nicht in der dauerhaften Einrichtung eines „Widerstandsorfes“ (Typ Gorbien oder Starbahn West) bestehen, sondern in der möglichst kontinuierlichen Demonstration unseres Willens, die Blockade aufrechtzuerhalten. Das heißt, nach jeder Räumung durch die Polizei müßten wieder Aktive bereitstehen, um die Blockade erneut zu beginnen. (Eine Rundröhre quer durch die BRD von einem geträumten Blockadenort zum nächsten scheint uns, a.o., weniger zweckmäßig.) Über die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sollte von vornherein Klarheit bestehen.

Wie es etwa laufen könnte: Eine Dauer-Blockade könnte sich die Aufgabe stellen, die Stationierung der Perlung II an einem ganz bestimmten, hinreichend sicher feststehenden Standort verhindern zu wollen. Sie könnte etwa Anfang Dezember beginnen. Es müßte darauf hingewirkt werden, daß in der Presse die Frage des Stationierungsbeginns zentrales Thema ist („Wann kommen die Raketen?“ — „Wie kommen die Raketen?“ — „Wohin kommen die Raketen?“). Auf jeden Fall würde es eine maximale öffentliche Aufmerksamkeit für den direkten materiellen Vorgang der Raketenstationierung geschaffen werden.

Sind die Raketen stationiert, so wäre zu überlegen, eine Dauerblockade an einem Ort in Gang zu setzen, der ersten größtmögliche Öffentlichkeit garantiert und zweitens „logistisch“ relativ günstige Voraussetzungen für das Durchziehen einer Dauerkolonie in der nächsten Jahreszeit bietet. Der politische Effekt ist möglicherweise direkt am Reperungssitz in Bonn größer als an einem Militärstandort. Zu denken wäre daran, daß sich permanent — unschuldig — einige hundert Menschen in Bonn „häuslich niederlassen“ und dort für kontinuierliche Unruhe sorgen, insbesondere auch mit Blick auf die ausländische Öffentlichkeit. Die Aktionen könnten im Einzelnen eine Vielfalt von Formen annehmen: Ob-ins-ben-Bundestagsaktionen, Botschaften, Presseagenturen; Blockaden vor verschiedenen Institutionen, Aktionen im Bundestag selbst; großes Lagerfeuer auf dem Marktplatz; Prominenten-Aufmärsche usw. u.s.f. Es müßte sozusagen jeden Tag irgendwie Neues passieren und das (auch) durch kontinuierlich. Eine solche Aktion läuft weder Gefahr, ins Leere zu gehen (die Bundesregierung wird wohl nicht in eine andere Stadt umziehen), noch kann sie politisch abgeräumt werden.

Es sei aber nochmals betont, daß eine solche Aktion eine enorme kollektive Kraftanstrengung bedeuten würde und daß noch sehr gründlich diskutiert werden müßte, ob so etwas zu leisten ist — zumal sich das etablierte Friedensmanagement solchen Aktionenvorstellungen vermutlich in der Sache form — wenn auch vielleicht in der Form eher skeptisch — widersetzen wird.

Winfried Lenzburg

Erfreuliche Neuigkeiten gibt es zum Thema Volksbefragung zu melden: Während bislang zur unüberwindlichen Mehrheit wie der KPD (oder — in verhallhorneter Form — die MLPD) sich für einen Volksentscheid ausgesprochen hatten, kommt ein entsprechender Vorstoß jetzt auch aus dem grünen Spektrum. Konkret ist es die „Initiative Brücke Ost-West“, die — laut Briefkopf — unterstützt wird von Joseph Beuys und Oskar K. Flechteln, Erich Kopp, Helmut Schlimbeck u.a. Eine der Hauptfiguren ist Wilfried Held, treibende Kraft im antirassistischen „Achberger Kreis“.

Ist die BRD Demokratie auf der Höhe der Zeit?

Die Initiatoren nehmen die Frage der Raketensationierung zum Ausgangspunkt, um prinzipiell die Frage der Demokratie aufzurollen.

„Jetzt wurde der Konflikt um die Raketensationierung zum Anlaß, die plebiszitäre Ebene in der Auseinandersetzung mit der Regierung zu betreten. Die Friedensbewegung will den „Nachrüstungs“-Punkt nicht einfach als durch das Wahlergebnis vom 6. März pauschal mitentschieden akzeptieren, sondern fordert, darüber eine Volksbefragung durchzuführen. Damit aber ist auch die Grundratsfrage gestellt, wie wir es in Zukunft generell mit dem plebiszitären Element in der Demokratie der Bundesrepublik halten wollen. Denn so überaus wichtig die „Nachrüstungs“-Problematik auch ist: es gibt eine Fülle anderer lebenswichtiger politischer Fragen, die nicht minder zum Anlaß großen öffentlichen Interesses werden sollten und könnten, wenn die Staatsbürger nur eine Möglichkeit hätten, in den Gang der Dinge einzugreifen. Unabhängig von allem, was im Grundgesetz geschrieben steht, ergibt es sich doch einfach aus dem demokratischen Bewußtsein, wenn es auf der Höhe der Zeit steht, daß wir heute in allen Fragen der „Staatsgewalt“ auszugehen haben vom Prinzip der Volkssouveränität. Das heißt: wie auch immer die Formen der Indirektion, der repräsentativen oder parlamentarischen Demokratie geregelt sein mögen, die Bürgerkraft des Landes muß, wenn sie es will, jederzeit und im Prinzip zu jeder Frage selbst die letzte Entscheidung treffen können! Wo das nicht gilt, steht man noch nicht voll im demokratischen Zeitalter.“ (1)

Zur Durchsetzung dieser mehr plebiszitären Demokratie schlagen die Achberger den Erlaß eines „Bundesabstimmungsgesetzes“ vor, das genaue Modalitäten festlegt, wie ein Volksbegehren, das zu einem Volksentscheid führt, bundesweit zu handhaben wäre. Zwei Rahmenbedingungen sind ihnen dabei wichtig:

Modalitäten festlegt, wie ein Volksbegehren, das zu einem Volksentscheid führt, bundesweit zu handhaben wäre. Zwei Rahmenbedingungen sind ihnen dabei wichtig:

Erstens, daß Befürworter und Gegner einer Initiative in den Medien gleichberechtigt zu Wort kommen. „Freiwillig muß bei jedem Schritt in diese Richtung berücksichtigt werden, daß in unserer Zeit das gewaltige Einfließen der Massenmedien auf die Urteilsbildung der Bevölkerung über die Fragen des öffentlichen Lebens gesetzlich garantiert sein muß, daß Befürworter und Gegner einer abzustimmenden Position gleichberechtigt zu Wort kommen können. Das Grundrecht der Informationsfreiheit schließt nicht nur für die öffentlich-rechtlichen (Rundfunk- und Fernseh-)Anstalten diese Verpflichtung ein, sondern auch für die gedruckte Presse, die in Massenauflage erscheint. Es liegt am Charakter des Massenmediums, daß es sehr leicht zum „Herrschaftsinstrument“ wird, dessen „Macht“ weitaus stärker zu bewerten ist als die der Legislative, der Justiz und der Exekutive (Roger Gaudy), wenn diese Verpflichtung zu objektiver Gleichberechtigung nicht eingehalten wird.“ (1)

Zweite Bedingung wäre, daß ein Volksbegehren nicht von der Regierung, sondern nur von unten, vom Bürger, (etwa durch ein festgelegtes Unterschriftenquorum) eingeleitet werden kann.

Linke Kritiker haben unrecht

Gegenüber dem in linken Kreisen kultivierten Mißtrauen gegen plebiszitäre Elemente argumentieren die Achberger recht plausibel.

„Vielmehr nimmt dieser Ausblick auf eine direkte Demokratie auf der Grundlage freier und gleichberechtigter Informationschancen auch jenen Befürchtungen den Wind aus den Segeln, die es so erstaunlicherweise sowohl unter Konservativen wie unter Progressiven, Linken wie Rechten gibt, die da meinen, das „sunygauende Volksempfinden“ schlage dann seine Kapriolen: „Amis raus“ fürchten die einen, „Tür-

Von der Volksbefragung zum Volksentscheid

ken raus“ die andern, und die „Todesstrafe“ folge auf dem Fuß. Deshalb — wenn schon Volksentscheid, dann bitte nicht über dieses, nicht über jenes. So aber wird man nie zum Ziele kommen. Man sollte und man kann doch Vertrauen haben, daß die Menschen schon vernunftgemäß entscheiden werden, wenn im Prozeß der Urteilsbildung wirklich freie Informationsbedingungen im angemessenen Sinne herrschen. Andernfalls sollte man sich offen zu einer „Diktatur der Weisen“ bekennen.“ (1)

Volksentscheid und Grundgesetz

Die „Initiative Brücke Ost-West“ widerspricht der häufig anzutreffenden Behauptung, „eine „Abstimmung“ könne das Grundgesetz nur hinsichtlich der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29). Richtig ist vielmehr, daß für diesen Fall der Volksentscheid bundend vorgeschrieben ist, während er nach dem Wortlaut des Art. 20 Abs. 2 — „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ — im Prinzip zu jeder politischen Frage möglich sein müßte. Denn wenn der Begriff „Abstimmungen“ — man beachte den Plural! — in dem eingeführten Artikel überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann damit nur die Möglichkeit der Inanspruchnahme der direkten Demokratie durch Volksentscheid gemeint sein. Der Begriff „Abstimmungen“ steht völlig gleichwertig neben dem Begriff „Wahlen“, und wenn in Begriffsausformulierungen dieser Art eben auch nachgelagerte Aspekte zum Ausdruck kommen, dann kann das nur heißen, daß das Grundgesetz die repräsentative („Wahlen“) und die plebiszitäre („Abstimmungen“) Demokratie als komplementäre Momente versteht.“ (2)

Geschlußfolgerung wird daraus, daß ein Bundesabstimmungsgesetz keiner Verfassungsänderung bedarf. Ähnlich wie beim Wahlgesetz (das den Ablauf der Bundestagswahlen regelt) sei dazu nur eine einfache Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nötig.

Volksentscheid und Volksbefragung

Volksentscheid und Volksbefragung

Die bisher betriebene Volksbefragungskampagne wird als eine „Sachgasse“ kritisiert:

„Es erscheint uns in der konkreten Situation der Bundesrepublik als ein recht armseliger Standpunkt, wenn man sich — gar noch als fortschrittlich oder gar emanzipatorisch eingestellter Zeitgenosse — nur deshalb auf die Halbwelt bloßer Volksbefragung in der „Nach-Rüstungsfrage“ zurückzieht, weil — wie man meint — das Grundgesetz die Volksentscheidung nicht kennt oder gar explizit ausschließt.“

Die Kritik der Achberger an der Volksbefragung wird im folgenden zu hart, wenn sie dem Volksentscheid vollkommen entgegenstellt wird: Sie sei „ein Übel — weder Fleck noch Fleckchen. Sie paßt weder zum parlamentarischen noch zum plebiszitären Fundament unserer Demokratie. Sie paßt nur mit einer Potenz, die sie nicht hat.“ (3) Durch eine Volksbefragung könnte allenfalls ein gewisser politisch-moralischer Druck auf „besondere Organe“, nämlich auf das Parlament, die Legislative und die Exekutive ausgeübt werden“ (3)

Höchst unglücklich ist es, wenn die Initiative nachzuweisen versucht, daß die Volksbefragung — im Unterschied zum Volksentscheid — sogar verfassungswidrig sei. Sie bedient sich dabei auch noch der Argumente von Rainer Müller, der 1958 einen Oberverwaltungsgerichtsurteil (gegen die stumme Ausrufung der Bundeswehr) mit dem Wortes kritisierte: „Unser Volk ist nach dem Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes der Souverän. Es ist eine undemokratische Zumutung, dem ganzen Volk zu einer unverbundenen Meinungsäußerung aufzufordern. Wenn sich der Souverän äußert, dann entscheidet er auch. Die Volksbefragung ist kein Rechtsinstitut für eine demokratische Verfassung. Es wäre mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, wenn der Wille des Volkes nur unverbindliche Richtschnur wäre.“

Volksbefragung ist in der Demokratie tatsächlich Volksentscheid. Unser Volk ist Souverän, nicht Orakel und nicht Hampelmann.“ (zit. in 3).

Diesem eher zweifelhaften Demokraten wird beschönigt, er habe „überzeugend nachgewiesen, daß die Volksbefragung in Wirklichkeit ein Hohn auf die Demokratie ist.“ (3)

Ob dies die richtige Methode und der richtige Knochenteig ist, um den Gedanken des Volksentscheides in der Friedensbewegung zum Durchbruch zu verhelfen?

Modell Hessen — bundesweit?

Wie kann einer Forderung nach Volksentscheid Nachdruck verliehen werden? Die Achberger machen den interessanten Vorschlag, in diesem Zusammen-

hang die Möglichkeiten in den 65 Ländern der Bundesländer zu nutzen

„1. Wir verbinden die Forderung nach der generellen Verfahrensregelung für Initiativen zum Volksentscheid, also die Forderung nach einem Bundesabstimmungsgesetz, entsprechend dem Bundeswahlgesetz, mit der Forderung nach einem Moratorium in der Sache „Nachrüstung“. Wir fordern die Regierung auf, die Stationierung auszusetzen, bis das Volk selbst entschieden hat, was geschehen soll. Sicher hätte diese Veranlassung den größten Mobilisierungseffekt in der Bevölkerung.“

2. In den sieben Bundesländern, in denen die Landesverfassungen die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid — durch Vorlegen von Gesetzentwürfen aus Initiativen von unten — vorsehen, können wir diese Kampagne verbinden mit Initiativen

gegen, daß das Demokratieprinzip trotz dieser Gefahr die Einführung von Referenden erfordert, falls sich herausstellt, „daß die vom GG geforderte Rückkopplung der Staatsgewalt am Volkswillen nicht mehr funktioniert, weil etwa die Parteien den Willen des Volkes nicht beachten (...) (Dann) kann Art. 20 Abs. 2 verlangen, daß andere Mittel der Rückkopplung der Abgeordneten am Volkswillen entwickelt (...) werden“.

Bleckmann kommt zu dem Schluß, „daß auch der Verfassungsvorbehalt die Einführung des Referendums durch ein einfaches Bundesgesetz nicht ausschließt. Unzulässig ist nur das Gesetzreferendum, welches unmittelbar über die Annahme eines Gesetzes entscheidet“ — und das auch nur, wenn keine Verfassungsänderung stattfindet.

2. „Die unmittelbare Teilnahme des Volkes an staatlichen Entscheidungsformen durch Volksbegehren und Volksentscheid“, Diss., Freiburg 1978 von Wolfgang Berger

Berger Dissertation ist zu dieser Fragestellung wohl das umfangreichste und am gründlichsten Ausgearbeitete. Er untersucht nach der Analyse der verschiedenen Begriffe von Volksentscheid, Volksbegehren und Referendum die verfassungsrechtliche Situation in Österreich, Italien, der Schweiz, der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“, um in einem zweiten Teil die in diesen Ländern und Systemen gemachten Erfahrungen kritisch aufzuarbeiten. Die Erfahrung mit dem Instrument Volksbegehren/Volksentscheid in den Bundesländern der BRD bildet den Abschluß, wobei insbesondere das Volksbegehren „Rundfunkfreiheit“ in Bayern ausführlich kommentiert wird.

Italien, Österreich und die Schweiz haben gemeint, daß es in diesen Ländern die Möglichkeit zur Gesetzes- bzw. Verfassungsinitiative gibt, womit dort positive Erfahrungen gemacht worden seien. Aufschlußreich sind Bergers Ausführungen zu den Volksbegehren der Weimarer Republik. Das einzige wirklich auf Demagogie und demokratiefeindliche Agitation ausgerichtete Volksbegehren war das von Hugenberg initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan, das insgesamt aber ein Mißerfolg der Rechten geworden sei, weil die notwendige Zahl an Unterschriften von 10 % der Stimmberechtigten kaum erreicht worden sei. Im übrigen seien in allen angeführten Volksbegehren realpolitische Ansatzpunkte vorhanden gewesen, und alle hätten eine konkrete Lösung von anstehenden Sachfragen zum Ziel gehabt. Sämtliche Volksbegehren zielten darauf ab, die Interessen finanzschwacher, eher unidirektierter Gruppierungen stärker in den politischen Prozeß einzubringen, ob aus Spärr, Arbeiter, Siedlungswillige, Rentner oder Kriegsoffer waren. Interessant sind auch die Ausführungen Bergers zur Enquete-Kommission Verfassungsreform, die einstimmig zu dem Entschluß gekommen war, die plebiszitären Elemente des Grundgesetzes nicht zu verstärken. Anhand des Schlußberichtes der Kommission weist Berger nach, daß sich die Kommission mit der Frage eines durch

für ein Volksbegehren zum Volksentscheid, wodurch die jeweilige Landesregierung verpflichtet werden soll, über den Bundesrat eine Gesetzesvorlage einzubringen mit dem Ziel, auf diesem Weg a) die Bundesregierung zu dem „Nachrüstungs“-Moratorium und b) den Bundestag zur umgehenden Befassung mit der Aufgabe Volksabstimmungsgesetz zu verpflichten.

Es ist das große Verdienst der Initiative „Heizisches Volksbegehren für den Frieden“, auf diese Möglichkeit — den sogenannten basisdemokratisch bewirkten Weg über den Bundesrat — aufmerksam gemacht zu haben. Wir möchten diese Strategie nachdrücklich unterstützen und entsprechende Initiativen auch in den anderen Bundesländern, wo Volksbegehren von der Verfassung vorgesehen sind, anregen.“ (4)

bleibt noch anzufügen, daß in vielen Ländern die Voraussetzungen juristisch günstiger sind als in Hessen: Während dort für einen Antrag auf Volksbegehren 120.000 Unterschriften notwendig sind, liegt das entsprechende Quorum in Baden-Württemberg beispielsweise bei lächerlichen 10.000 Unterschriften.

Jürgen / Stuttgart

Kleines Hexenmeisterbrevier des Plebiszitologen und anderer höchst gemelter Kräfte

Volksinitiative zustande gekommenen Volksbegehren bzw. Volksentscheid überhaupt nicht befaßt hat. Untersucht wurden nur drei Fälle von Volksentscheid: auf Initiative des Parlamentes, der Regierung und einer Parlamentarismehrheit. Ein Volksentscheid z.B. zur Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses könnte auf diesem Wege nie zustande kommen. Zur Auswertung der Weimarer Erfahrungen merkt Berger kritisch an, daß alle Argumente der Enquete-Kommission gegen das Plebiszit viel stärker auf Wahlen, die personifiziert ablaufen, zuträfen als auf ein auf Sachfragen zugeschnittenes Volksbegehren. Die Einfügung der Instrumente Volksbegehren/Volksentscheid hat Berger auf Dauer für unverzichtbar.

3. „Volksbegehren und Volksentscheid“, Klaus G. Troitzsch, Meisenheim am Glan

Troitzsch Analyse vergleicht direkt-demokratische Verfassungsformen unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik und der Schweiz. Kernstück seiner Arbeit sind umfangreiche statistische Erhebungen über Nutzung derartiger Instrumente, ihre Auswirkungen, die genauen Stimmverhältnisse. Damit versucht er, die folgenden Thesen zu belegen:

Parteien oder Parteikationen, deren Auffassung in einer einzelnen Sachfrage im Volksentscheid unterliegen ist, werden bei der darauffolgenden Wahl regelmäßig wiedergewählt.

Volksbegehren und Volksentscheid erhöhen den Konsens von Regierenden und Regierten aufgrund einer erhöhten Bereitschaft der Regierung, Reaktionen aus dem Volk zu annähern.

VoBe und VoEnt ergänzen das pluralistisch-repräsentative System um Minderheitenrechte.

4. „Volksbefragung — das demokratische Minimum“, von Christian Pestalozza in NJW 81, S. 733ff.

Pestalozza hat sich in seinem Buch „Der Populärvorbehalt“ ausführlicher mit der Problemstellung auseinandergesetzt. Die Essenz ist aber auch in dem Aufsatz ableitbar.

Pestalozza argumentiert, daß der Demokratie nach Art. 20 Abs. 2 GG bisher unerfüllt geblieben ist. Das GG selbst hätte ihn nicht ausgeführt, zwischen der „allgemeinen und grundsätzlichen Abstimmungskompetenz des Souveräns, Art. 20 II GG, und der schmalen Einzelkompetenz in Art. 29 GG (Referendum in Neugliederungsfragen des Bundesgebietes, Ann. E P) besteht eine unüberwindliche Diskrepanz“. Es könne aber niemand behaupten, „das Grundgesetz habe keine positive Zusage der Volksabstimmungskompetenz ausschließlich mit dem konsultativen Referendum in Neugliederungsfragen eingelöst“. Das demokratische Minimum sei daher eine durch den ersten Bundesgesetz zu leistende Einführung einer „allgemeinen Volksbefragung“, langatmig und we aber das Instrumente Volksentscheid in der Verfassung aufgenommen werden.

Emil Popelzer

Von Loccum— nach Bloccum —Dialog geklaut—

Fortsetzung von S. 1

Gesprächsuntüchig?

Warum Gespräche mit staatlichen Gewaltsträgern als politischer Irrwitz für die Friedensbewegung sind, solange diese ihre Gewalt nicht dekalibrieren, ist vor „Loccum“ ausführlich begründet worden. Entsprechend haben die Blockierer die Einladung zum Mittagessen und Gespräch im Tagungsgebäude abgelehnt und von der Akademie gefordert, die Vertreter der staatlichen Gewalt nach Hause zu schicken, um eine Debatte um Konzeptionen in der Friedensbewegung zu ermöglichen. Um diese Forderung zu verstärken, wurden die Eingänge mehr oder weniger „dicht gemacht“. Das damit praktizierte Gesprächsangebot lehnten Tagungsleitung und Friedensvertreter ab. Während die Staatsdiener gelassen bis amüsiert die Blockade über sich ergehen ließen (nur Dr. A. Stümper hielt sich in einer Kammer verborgen), weigerten einige Friedensfunktionäre den Wunsch, ihre Gesprächsbereitschaft den Vertretern des Staates unter Beweis stellen zu können, bis zur Verblissenerlei“ erreichbar sei, wurden gelächelt: schließlich habe man ja die besseren Argumente. (Das wollen wir nicht bezweifeln; aber kommt es in diesem Zusammenhang darauf an?) Ihre Empörung richtete sich ausschließlich gegen diejenigen, die mit dem passiven Einsatz ihres Körpers Türen blockierten oder gelegentlich mit Wartbläuschchen warfen. Ganz auf der Linie der „Stuttgarter Erklärung“, zu der ja angeblich niemand mehr stehen möchte, erscheint ihnen diese Aktion als unvereinbar mit der „Gewaltfreiheit“. Welche Verwirrung der Begriffe das fast nussanarische Bekenntnis zur „Gewaltfreiheit“ angerichtet hat, bewies Dr. U. Frey (AGDF) angesichts der vollkommen friedlichen Blockade: „Das ist blanke Faschismus!“ Wieviel angesauter Wut und Realitätsverlust muß sich in dieser Maßlosigkeit Luft verschafft haben? Dr. Frey bemerkte

nicht einmal, daß er mit diesem Ausbruch selbst Zimmermann („Gewaltfreier Widerstand ist Gewalt“) übertrifft. Einige Friedensvertreter zeigten sich denn auch peinlich berührt. Ihre Gemeinsamkeiten fanden sie wieder in einer Erklärung gegen die Blockade (s.u.): „Gewaltfreiheit ist das zentrale Prinzip der Konfliktstrategie... Die Friedensbewegung darf deshalb keine Bündnisse mit Gruppen eingehen, die gewaltsames Handeln nicht ausschließen.“ (Sind damit be-



reits alle Gegner der Loccumer Gespräche insgeheim Sympathisanten gewaltsamen Handelns?) Ferner: „Aus dieser kontroversen Diskussion tum die Anliegen der Friedensbewegung darf niemand ausgegrenzt werden.“ Wie die gepaltete Loccumer Tagung zeigt, sind mit „niemand“ selbstverständlich nicht alle Richtungen der Friedensbewegung gemeint, sondern Vertreter staatlicher Institutionen. Also hebet eine verteilte Spaltung in der Friedensbewegung, als „Ausgrenzung“ des Staates aus der Friedensbewegung. Deutlicher kann der Sinn des Loccumer Tagungsversuchs nicht formuliert werden.

angestaute Wut und Realitätsverlust muß sich in dieser Maßlosigkeit Luft verschafft haben? Dr. Frey bemerkte

cher kann der Sinn des Loccumer Tagungsversuchs nicht formuliert werden.

Anzeige:

Brandneu . Supergail . Irrelevant
Ein Mummenschanz für Zimmermann
Herausgegeben vom Spielausschuß
der Westdeutschen Bühnen- und Abwieglerbewegung
Ersch. Schlag
Ab sofort zu bestellen über:
FUU Hamburg
Bartelsstraße 26
2000 Hamburg
Format 72 Seiten Preis 7,50 + Porto ISBN 3-88878-030-5
Für Buchläden 30% Rabatt ab 5 Stück
Für Bld und ähnliche Gruppen 20% ab 5 Stück
Einzelbestellungen gegen Vorkasse (Scheck, Geld, Briefmarken)
Das Album zum Monat . Poesie für Zimmermann



Im Hintergrund:

Die Akademie ist nicht nur eine Bildungs- und Begegnungsstätte der evangelischen Kirche, sie ist ein Betrieb mit vielfältigen Aufgaben und Aktivitäten.

Seit 1982 publiziert die Akademie zusammen mit der „Gesellschaft Evangelische Akademien Niedersachsen“ das „Forum Loccum“ (dreimal jährlich). Die „Gesellschaft...“ ging aus der Arbeit der Akademie selbst hervor, trägt und organisiert in „Haus- und Arbeitskreisen“ offensichtlich die Gemeindearbeit im engeren Sinne. Veranstaltet werden Tagungen und Vortragsreihen, der innere Zusammenhalt wird gefördert durch Jahres- und Hauskreistagungen in der Akademie selbst. Die „Gesellschaft...“ ist als z.V. organisiert und benutzt das „Loccum Forum“ für Mitteilungen, Nachrichten und Berichte aus dem Vereinsleben. Daneben wurde noch der „Förderkreis der Ev. Akademie Loccum“ aufgebaut, dessen eigentliches Organ das „Loccum Forum“ ist. Die „Loccumer Protokolle“ dagegen publizieren laufend Referate, Diskussionen, Teilnehmerlisten und z.T. Pressespiegel der Akademie-Tagungen. Tagungsergebnisse bzw. Beiträge sind auch die Grundlage einiger Bücher, als deren Herausgeber dann die entsprechenden Studienleiter der Akademie fungieren.

Diesen Tagungen verdankt die Akademie ihren bundesweiten, keineswegs nur auf kirchliche Kreise beschränkten Ruf als fortschrittliches Diskussionsforum für politische, ethische und kulturelle Fragen. Mit einem ausgezeichneten Riecher für publicityträchtige Themen und Referenten wird ein Bild der Akademie in der interessierten Öffentlichkeit gezeichnet, dessen offizielle Darstellung lautet: „Die Akademie hat die Aufgabe, im Auftrag der Kirche an dem Versuch einer verantwortlichen Gestaltung unserer Gesellschaft teilzunehmen. Wir leben in einer Zeit rascher und tiefgreifender Veränderungen... Wir registrieren, vor allem bei jüngeren Mitbürgern, Veränderungen von Werthaltungen und Einstellungen. Wir beobachten Verschiebungen im Parteienspektrum... Man spricht von der „Sinnfrage“. Der Fortschrittsglaube, lange Zeit unbeschieden die Gesellschaftsreligion der Industrienationen, hat seine integrierende Kraft in starkem Maße eingebüßt und bedarf der Transformation. Wenn der Dialog zwischen den Generationen und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf unseren Tagungen nicht abreißen soll...“ brauchen wir Knete, heißt es in

Akademie Loccum: Stätte der Begegnung

einem neueren Aufruf zum Erwerb der Fördermitgliedschaft.

Selbstdarstellung und Interesse prominenter Teilnehmer und Eigeninteresse der Akademie wirkten bisher glänzend zusammen, wenn es darum ging, den Ruf der Akademie als gelegentliches, von Experten besuchtes und damit auch politisch wirkungsvolles Forum aufzubauen und zu erhalten. Illustre Referenten und Diskussionsbeiträge aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirche und Militär, Kultur, Politik und Medien boten dann auch jederzeit die Gewähr für einen entsprechend gemischten erweiterten Teilnehmerkreis (bei „interessanten“ Themen bis zu 130 Personen). Beides zusammen garantiert die entsprechende publizistische Verwertung.

Ein Blick auf die Praxis

Bei einer Tagung im April/Mai 82 zum Thema „Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit. Modelle alternativer Verteidigungspolitik“ beispielsweise, kamen zu etwa 15 Referenten und Diskussionsrednern, einschließlich der Creme westdeutscher alternativer Verteidiger wie Afheldt, ca. weitere 120 Tagungsteilnehmer. Vertreten waren dabei Pressereferent der Rüstungsfirma Rheinmetall, die Führungsakademie der BuWe, Planungsstab des Verteidigungsministeriums, Wirtschaftsministerium, Fachschule des Heeres für Wirtschaft, Deutscher Bundeswehrverband und natürlich auch Friedensforscher jeglicher Schattierung, Parteien, Verbände, Presse und Rundfunk, von UZ bis TAZ...

Es soll hier keineswegs irgendwelchen düsteren Motiven der... selbst nachgespürt werden — von der entsprechenden Seite werden derartige Tagungen ganz von selbst als Fortbildungsveranstaltungen mit hohem praktischem Wert verstanden werden.

Im Vorwort zum Protokoll dieser Tagung formuliert Studienleiter Calbeß Glaubensbekenntnis seiner Akademie: „Unsere Tagung... soll einer gefährlichen Einengung von Entscheidungs- und Handlungsspielräumen entgegenwirken, indem sie Denkwürde aufbricht.“ Die Tagung... stellt sich die Aufgabe, neu über Möglichkeiten nachzudenken, wie zugleich Sicherheit und Frieden garantiert werden können... Und schließlich: „Aus diesem Grunde ist es uns besonders wichtig, über die Fragen, die hier entstehen, den offenen Dialog zwischen

einzelnen Gruppen unserer Gesellschaft zu vermitteln.“

Der Übergang von der Konfliktpädagogik, deren Grundzüge heutzutage zum Handgepäck des praktizierenden Pädagogen gehören, zur politischen Dummheit und schließlich zur offenen Parteinahme für die herrschende Politik, findet dann statt, wenn sich der Konflikt nicht an die Regeln der Pädagogik hält. Im November 81 fand eine Tagung zum Demonstrationsrecht mit der schon üblichen Besetzung der Teilnehmerplätze statt. Herausragender Diskutant: Heinrich Lummer, der gerade die ersten Ordes bei der Zerlegung der Berliner Häuserkampfbrigade verdient hatte. Unter großem Getöse wurde die Tagung gesprengt. Calbeß' Fazit in den „Protokollen“: „Der Dialog zwischen Angehörigen unterschiedlicher Gruppen, Inhabern unterschiedlicher Funktionen und Vertretern unterschiedlicher Interessen ist ohne Zweifel immer noch belastet, daß die ungleiche Verteilung von Bildung und Information, Macht und Einfluß auch ungleiche Bedingungen für die Teilnahme an eben diesem Dialog schafft. Aber ist damit der Dialog selbst bereits grundsätzlich diskreditiert? Wer gute Gründe dafür sieht, diese Frage zu bejahen, sollte sich zuvor einmal klar vor Augen führen, wie denn die Interessengegensätze und Konflikte ausgetragen und geregelt würden, wenn niemand mehr an die Notwendigkeit und Möglichkeit des Dialogs glaubt. Wer sich aber allen entmutigenden Erfahrungen zum Trotz doch zu der Einsicht durchringen kann, daß es in der Demokratie keine Alternative zum Dialog gibt, der muß auch lernen, sich von Einstellungen und Verhaltensweisen frei zu machen, die seine eigene Fähigkeit zum Dialog blockieren.“ Die Fähigkeiten zum Dialog waren im Konkreten natürlich bei den Sprengern der Tagung „blockiert“, womit die Verhältnisse wieder klargestellt wären.

Für den, der sich im Auftrag der Kirche wählt, mag die Möglichkeit und Notwendigkeit eines derartigen Dialogs tatsächlich eine Glaubensfrage sein. Wenn Kriegsvorbereitungen z.B. oder Repression nach innen zu „ungleichen Bedingungen für die Teilnahme am Dialog“ vermindert werden und gleichzeitig im Einklang mit den Kriegstreibern die „unblockierte Dialogfähigkeit“ zu dem Prüfstein demokratischen Verhaltens gemacht wird, so ist derjenige schon zum Spielball der herrschenden Politik geworden.

Bremer Friedensforum

Bremer Friedensforum beteiligt sich an Polizeiseminar

Unter dem Motto „Wie verhindern wir...“

Insenbehörde ein dreitägiges Seminar für die örtliche Bereitschaftspolizei durch, das juristische, polizeitaktische und psychologische Schulungen sowie praktische Training umfaßt. Höhepunkt war eine Podiums-Veranstaltung mit „Vertretern der Friedensbewegung“, die durch Abgesprächen zwischen Polizeivertrretern und Mitgliedern des Bremer Forums (KOFAS-Spektrum und Grüne) unter der Schirmherrschaft der evangelischen Kirche vorbereitet worden war.

Auf dem Podium saßen neben einem Bundeswehroffizier und dem Leiter der Bremer Bereitschaftspolizei die drei „Mini-Leinen“: Ziegert (Juso), Jakubowski (DKP) und Thomas (Grüne, Ex-KPD/AO-Ortschef). Nach den Presseberichten waren sie in einer wesentlichen Frage einig: „Gewalt sei kein demokratisches Mittel“. Aufhänger für diese Berichterstattung waren Ausführungen der Drei, die in keiner Weise mehr durch die zentralen Aussagen der Unterweser-Initiativen gedeckt werden. So wollte man sich persönlich dafür einsetzen, daß keine Gewalt angewendet wird, wurde versichert, auch nach Polizeibergriffen sei Gewalt ausdrücklich ausgeschlossen worden und dergleichen mehr. Das politische Ziel der Herbstaktionen wurde zusätzlich umgeändert in eine Aussage, die eher einem Kardinal Hofner zu Gesicht gestanden hätte: Zweck der Aktion sei, die Politiker auf den Rüstungswahnsinn aufmerksam zu machen...

Empörung

Einige Tage vor der Polizei-Veranstaltung hatte es aus Anlaß der Loccumer Gespräche im Unterweser-Ausschuß eine ausführliche Debatte zum Thema Polizeigespräche gegeben, als deren Ergebnis eine Erklärung verabschiedet wurde, in der „Gespräche mit der Polizeiführung und dem Innenminister“ außer zu dem Zweck der Demonstrationsanmeldung ausdrücklich abgelehnt werden. Der springende Punkt dabei: In Hinblick auf die zu dem Zeitpunkt schon geplante Polizeiveranstaltung war von den späteren Podiumsteilnehmern mit Nachdruck gefordert worden, den ursprünglich verwendeten Begriff „Polizei“ durch „Polizeiführung“ zu ersetzen, ihre beabsichtigte Teilnahme an der Polizeiveranstaltung verschweigen sie jedoch. Die unabhängigen Kräfte im Unterweser-Ausschuß und schlicht gebüht worden just von den Leuten, die sonst bei jeder Gelegenheit von „gegenseitigem Vertrauen als Basis für jede Zusammenarbeit“ schwadronieren.

Die Empörung war entsprechend groß, von einzelnen Forumsmitgliedern, der BAL, der Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei“, dem Uni-ASA und den autonomen Gruppen wurde harsche Kritik formuliert. Die BfA hatte sich schon vorher ausdrücklich gegen derartige Aktivitäten ausgesprochen. Sogar das „Spitzengremium“ der norddeutschen Friedensbewegung, der Regionalausschuß Nord, legte daraufhin fest, daß seine Mitglieder außerhalb der Polizeibesprechungen für die geplanten Demonstrationen nicht befugt seien, an Polizeigesprächen und -Seminar teilzunehmen.

Im Unterweser-Ausschuß selbst wurde bisher eine eindeutige Stellungnahme verhindert — die Unterweserkonferenz wird sich am 2. Oktober mit dem Thema beschäftigen müssen.

Rückzugemäanderv

Inzwischen scheint den Beteiligten die Angelegenheit aber doch um einige Grade zu heiß geworden zu sein.

Klaus Jakubowski (DKP) erklärte, an keinen weiteren Veranstaltungen dieser Art mehr teilnehmen zu wollen, ähnlich äußerte sich Siegfried Ziegert (Juso). Der Vertreter der Grünen im Ausschuß, Thomas, verbreitete eine vorsichtige Distanzierungs-erklärung. Allerdings war Gegenstand dieser „Selbstkritik“ weder die Erkenntnis, hier als willkommenes Trauungsobjekt für polizeiliche „Befriedigungsaktionen“ gedient zu haben, noch die Bedauerung, (ungewollt) Instrument der staatlichen Spaltungsstrategie gewesen zu sein. Vielmehr sei es der einzige Fehler gewesen, die verfälschte Berichterstattung der bürgerlichen Presse nicht ausreichend einzukalkulieren, so daß die Absicht, „Analysiert die Positionen der Friedensbewegung“ zu vertreiben und so den „einfachen Polizeibeamten zu überzeugen“, in der Öffentlichkeit nicht übergekommen sei.

Gestandene „Funktionäre der Friedensbewegung“ mit teilweise über 10-jähriger politischer Praxis sollen sich über Funktionen und Arbeitsweise der bürgerlichen Medien im Unklaren gewesen sein? — So billig sollte mensch die Bremer „Mini-Leinen“ nicht aus der Verantwortung entlassen! KB/Gruppe Bremerhaven

Kurzbericht — Zweites Gespräch über Möglichkeiten der Deeskalation von Umweltdemonstrationen am 24. März 1983 — Stuttgart, Waldhotel Degerloch

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)
Gastgeber: Kirchenrat Wolfgang Kilger, Evangelisches Landespfarramt, Stuttgart
Vorsitzender: Dr. Benno Weimann, MdL, NW, Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V.
Moderator: Oberkirchenrat Dr. Rolf Krapp, Kirchenamt der EKD, Hannover

Nach einem Grußwort von Herrn Kilger eröffnete Herr Dr. Weimann die zweite Beratungsrunde. Herr Dr. Krapp führte erneut durch das Gespräch.

Die Teilnehmer erklärten sich mit der Zielsetzung einverstanden, die Themen der ersten Zusammenkunft schwerpunktmäßig zu vertiefen. Anzustreben sei, Ansätze für eine Übereinkunft über ein praktisch handhabbares Konfliktmanagement zu finden. Wesentlich für den Erfolg der Gespräche sei die Bereitschaft zu gegenseitigem Vertrauen und Verständnis füreinander.

Mit den anwesenden Journalisten wurde vereinbart, von einer Presse- oder Funkberichterstattung über das Treffen abzusehen.

Die Veranstaltung wurde mit drei bzw. Kurzreferaten eingeleitet (ausführliche Zusammenfassung siehe Anlage).

Ergebnisse der Aussprache auf der Grundlage der abgegebenen Statements

Die wesentlichen in der Diskussion vorgetragenen Standpunkte werden im folgenden — wie im Kurzbericht über das erste Treffen — zu Gruppen zusammengefaßt. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die einer Gruppe zugeordneten Aussagen nicht ohne weiteres die Auffassung aller Gruppenmitglieder widerspiegeln müssen.

Stellungnahmen aus der Gruppe „Umweltverbände/Bürgerinitiativen“

- Mißerfolge im Prozeß politischer Entscheidungsfindung werden, soweit es sich um politische Tagesfragen handelt, akzeptiert. Dagegen können Niederlagen in fundamentalen Fragen des Überlebens oder in Gewissensfragen nicht widerstandslos hingenommen werden.
- Der Grund für die Vehemenz, mit der die Umweltverbände ihre Anliegen vertreten, liegt vor allem in der Dimension der Probleme („Öfährdung der Lebensgrundlagen“). Er liegt aber auch in der Feststellung, daß vielfach Scheindiskussionen geführt werden, die keine Handlungsfolgen haben. Die Hoffnungen auf Einsicht und Engagement der Politiker und namentlich um ein Fortschreiten der Umweltzerstörung zu verhindern, werden Pressure-Groups gebraucht.

- Aktionen des zivilen Ungehorsams haben ausschließlich demonstrativen, appellierenden Charakter. Sie haben die Nötigung oder Entmündigung einer Mehrheit weder zum Ziel noch resultiert zum Ergebnis.
- Das bewußte Übertreten eines für ungerecht gehaltenen Gesetzes und das gleichzeitige Akzeptieren politischer Einschränkungen ist kein Widerspruch. Bürgerlicher Ungehorsam hat nichts mit Gesetzlosigkeit zu tun. Wer bürgerlichen Ungehorsam leistet, muß bereit sein, die dafür vorgesehene Strafe auf sich zu nehmen. Er wird jedoch die Rücknahme des Gesetzes, das er für ungerecht hält, fordern. Er wird aber auch anerkennen, daß die Polizei auf der Grundlage gesetzlicher Normen einschreiten muß.
- Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat — im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung — in der jüngeren Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, ein erhebliches Potential an Aggressivität und Bereitschaft zur Gewalt abzubauen. Nachdem sich die Idee der gewaltfreien Protestaktion auch in den Basisgruppen durchgesetzt hat, fehlt den zur Gewaltanwendung prädisponierten Gruppen (Rocker, Skin-heads, K-Gruppen, autonome Zellen u.ä.) ein Einstieg. Diese Gruppen könnten in Zukunft verstärkt darauf spekulieren, über Verhaltensfehler der Polizei einen Einstieg zu finden. Der BBU bemüht sich — ebenso wie andere gesellschaftliche Kräfte — auch die radikalen Randgruppen zu erreichen. Daß dies nicht in gewünschtem Umfang gelingt, kann dem BBU nicht zur Last gelegt werden.
- Für die Erarbeitung eines „Stuttgarter Papiers“ sollten die im Positionspapier der Polizei enthaltenen Ansätze für Gemeinsamkeiten aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Dies gilt z.B. für folgende Punkte:
 - Dialog zwischen Polizei und Demonstranten vor, während und nach Protestaktionen
 - Überlegungen zur Weiterentwicklung von Formen der Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen
 - Sorgfältige Prüfung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, des Mindesteingriffs und der Obergrenze des Mittels im polizeilichen Vorgehen
 - Durchsetzung politischer Ziele im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten, in Ausnahmefällen und unter Einbeziehung der Konsequenzen; Eingehen eines Konflikts mit der bestehenden Legalität, moralisch begründet mit der beanspruchten Legitimität der verfolgten Ziele
 - Gewaltfreiheit von Protestaktionen, aber Probleme im Falle einer Verschärfung des Demonstrationsrechts
- Der BBU glaubt, die ökologischen Ziele nur durch gewaltfreie Aktionen erreichen zu können.

- ... aus der Gruppe „Polizei“
 - Eine für den Erfolg der Deeskalationsbemühungen wichtige Voraussetzung ist, daß gesellschaftliche Gruppen lernen, in politischen Entscheidungsprozessen zu unterlegen, Niederlagen zu ertragen, sich mit Erfolglosigkeit innerlich abzufinden.
 - Gemeinsame Absprachen als Grundlage für ein wirksames Krisenmanagement sind nur sinnvoll, wenn sie von allen Beteiligten eingehalten werden. Die Einhaltung vereinbarter Verhaltensweisen ist für die Umweltverbände — im Gegensatz zur Polizei — ein Problem, über dessen Lösung nachgedacht werden muß.
 - Die Forderungen nach Frustration von Umweltkonflikten und nach Entpolitisierung der Polizei sind in der Praxis nicht zu verwirklichen. Die Polizei ist ein zur Rechtsanwendung verpflichtetes Vollzugsorgan („Wenn wir gerufen werden, müssen wir kommen“); die Polizei hat die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe sind der Polizei begrenzte Entscheidungsspielräume gegeben. Die Polizei ist bereit, diese „Freiräume“ im Verfolgungsrecht zur Deeskalation von Konflikten zu nutzen. Sie ist bereit, aus entsprechenden, auf die Bundesrepublik Deutschland übertragbaren polizeilichen Erfahrungen demokratischer Nachbarnationen zu lernen.
 - Eine auf Erfahrungen mit Demonstrationen in der Bundesrepublik beruhende Faustregel besagt: „Starkes Polizeiaufgebot, geringe Notwendigkeit für polizeiliche Eingriffe“.
 - Die Polizei war oft elastischer als angenommen, redete aber nicht darüber.
 - Die Polizei kann aus Gründen der Beachtung des Übermaßgebotes gehalten sein, gesetzlich vorgesehene Rechtsfolgen zurückzuschieben. Eine derartige Zurückstellung darf jedoch keinesfalls aus Gründen politischer Opportunität erfolgen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist kein Freibrief für staatliche Duldung von Rechtsverletzungen, sondern lediglich Aufforderung, unangemessene Reaktionen zu unterlassen.

- ... aus der Gruppe „Kirchen“:
 - Grundlegender Bestandteil der politischen Auseinandersetzung in einem demokratischen Gemeinwesen ist das Legalitätsprinzip. Dieses Prinzip ist notwendig, jedoch mit Blick auf die historisch unvergleichbare Reichweite vieler heute zu treffender Entscheidungen nicht hinreichend. Das Anwachsen der Entscheidungsdimension bis hin zur abschließbaren Irreversibilität der Entscheidungsfolgen macht erforderlich, das rein juristische Denkspektrum in bestimmten Fällen zu verlassen.
 - In den weiteren Beratungen muß die Frage eine Rolle spielen, wie die gesellschaftlichen Randgruppen, die Gewalt üben oder bereit sind, Gewalt zu üben, in den Kontext dieser Initiative einbezogen werden können.
 - Im Vorfeld Schwierigkeiten rechtzeitig entdecken und Notwendigkeit beherzigen, sich ggf. von Maßnahmen zu distanzieren.
 - Daß kirchliche Vertreter auf Berührungspunkte verzichten — z.B. im Bereich der Friedensbewegung — hat schon manches Unheil verhindert. Die Notwendigkeit, sich u.U. zu einem bestimmten Zeitpunkt abzukoppeln, muß gesehen werden. Der Wiederaufbau problematischer Friedensgruppen ist zu beobachten.
 - Widerstand gegen schiefe und z.T. moralisch nicht zu rechtfertigende Vergleiche mit früheren geschichtlichen Situationen ist nötig.
 - Die Unterlassung laufender Funkberichterstattung vor Demonstrationen hilft, Eskalationen abzubauen.
 - Ein „Stuttgarter Papier“ muß auf die wesentlichen Problemfelder eingehen. Anzusprechen sind u.a. folgende Punkte:
 - Trennung von Großdemonstrationen und Aktionen des bürgerlichen Ungehorsams
 - Demonstration in Objektnähe, ja/nein
 - Gespräch zwischen Polizei und Demonstranten auch im Anschluß an Protestaktionen („Tatbestandsfeststellungen“)
 - Klarheit bei der Auslegung des Gewaltbegriffs
 - Klarheit bei der Auslegung des Gewaltbegriffs
 - Gesellschaftliche Probleme nicht mit Mitteln der Polizei lösen
 - Vermeidung einer vorwiegend an dramatischen Effekten orientierten Medienberichterstattung

- leichtert werden durch entsprechende „Hilfestellung“ verantwortlicher Politiker.
- Bei der Formulierung von Verbalempfehlungen die geeignet sind, einen gewaltfreien Ablauf von Demonstrationen zu fördern, sollten u.a. folgende Grundsätze berücksichtigt werden:
 - Respektieren unterschiedlicher Überzeugungen
 - Anerkennen eines Schlußpunktes der demokratischen Entscheidungswege
 - Verzicht der sich bei Protestaktionen gegenüberstehenden Gruppen auf gewaltfördernde Machtdemonstrationen

... aus der Gruppe „Politiker“:

- Ausgangspunkt aller Überlegungen muß die gemeinsame Überzeugung sein, daß ein demokratisch regiertes Volkswesen, auch wenn es gelegentlich schwerfällig reagiert und zuweilen eine langwierige, zähe Überzeugungsarbeit notwendig ist, um aus Minderheiten Mehrheiten zu machen, das erwerbswerteste aller Regierungssysteme ist.
- Das Erreichen sofortiger Vollziehbarkeit ist politisch höchst problematisch.
- Entstehen und Ausmaß von Konfliktpotential sind nicht zuletzt abhängig davon, in welchem Maße es den politischen Verantwortlichen gelingt, für ihre Aktivitäten und Entscheidungen Zustimmung, innere Resonanz in der Bevölkerung zu finden.
- Diese Zustimmung kann weder per Polizeieinsatz verordnet, noch dadurch erlangt werden, daß mit Hilfe verwaltungstechnischer Vorabscheidungen Fakten geschaffen werden, die den vorgesehenen Rechtsweg beeinträchtigen. Allein ehrliche, umfassende Information kann Akzeptanz fördern.
- Das letztinstanzliche Ergebnis des demokratisch-verfassungsmäßigen Entscheidungsprozesses sollte — auch bei möglichen Gewissenskonflikten — respektiert werden.
- Erfahrungen zeigen, daß es bei der Ausprägung von Konflikten unter Gewaltanwendung nur Verlierer auf beiden Seiten gibt.
- Eine auf Differenzierung nach Situationen oder nach Sachen und Personen beruhende Rechtfertigung von Gewalt muß abgelehnt werden. Entsprechendes Gedankengut schafft den Boden für generelle gewaltsame Konfrontation.
- Es ist niemals möglich, mit Gewalt Spielraum zu gewinnen — gleich von welcher Seite.
- Jeder Teilnehmer an diesem Gespräch ist aufgerufen, im Rahmen seiner beruflichen und privaten Möglichkeiten, für eine Verbesserung der „politischen Kultur“, d.h. vor allem für gewaltfreie Formen der politischen Auseinandersetzung einzutreten.

... aus der Gruppe „Journalisten“:

... aus der Gruppe „Journalisten“:

- Eskalation ist die Folge von Provokation (meist beider Seiten).
- Auf Seiten der Demonstranten:
 - nicht anmelden
 - vernummern
 - verhöhnen
 - auf die Straße setzen
 - Bewaffnung
 - aktive Trennung von Gewalttätern
- Auf Seiten der Polizei:
 - Polizeifotografen (Video-Filmer)
 - Kampfausrüstung
 - militärische Anfahrtschritte
 - laute Lautsprecherdurchsagen
 - Bildung von Ketten
 - „Sprachlosigkeiten“
 - unnötige Räumungen
 - viele hohe Zahl von Beamteten
- Rat für die Zukunft:
 - Demonstrationen:
 - anmelden
 - nicht vernummern
 - keine verhöhrenden Sprüche
 - Straßen freilassen
 - keine Bewaffnung
 - Polizei:
 - keine Polizeifotografen (Video-Filmer)
 - keine Kampfausrüstung
 - kein militärisches Geknurre
 - keine Ketten bilden
 - keine Lautsprecher
 - Gespräche suchen
 - nicht unnötig räumen
 - nur wenige Beamte vor Ort
- Bei Klärung der Situation um Wyhl Bauernverbände beteiligen
- Journalisten haben immer den Wunsch, Minderheiten, denen Unrecht geschieht, beizustehen, d.h. ihre Probleme einer breiten Öffentlichkeit darzulegen. Wenn in der Praxis, tritt aber oft der Effekt ein, daß die Unterstützten plötzlich eine tatsächlich nicht vorhandene Stärke empfinden, die zu

Liste der Angemeldeten (Stand: 22.3.1983)

Name, Vorname	Titel	Entsendende Stelle
01. Berger, Marianne	Sekretärin	Ev. Ldpfr. f. Pol. u. Verk., Stuttgart
02. Darweger, Karl-Helmut		Südwestfunk Baden-Baden
03. Felscher, Lutz	Dipl.-Ing.	Badenwerk AG, Abt. Informat. u. Presse, Karlsruhe
04. Halldenteufel, Bernd	Erzbischöf. Oberrechtsrat	Kath. Büro, Stuttgart
05. Hoffmann, Wolfhard	Polizeioberst	Hessisches Innenministerium Wiesbaden
	Stellvert. Direktor der Schutzpolizei	
06. Kager, Wolfgang	Kirchenrat	Evang. Landeskirche in Württemberg, Stuttgart
07. Kraft, Horst	Ltd. Polizeidirektor	Innenministerium Baden-Würt., Stuttgart
08. Krapp Dr., Rolf	Oberkirchenrat	Kirchenamt der EKD, Hannover
09. Kriele Dr., Martin	Professor	Universität Köln, Seminar f. Staatsphilosophie und Rechtspolitik
10. Leinen, Josef	Rechtsanwalt	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Kirchzarten
11. Liedtke Dr., Gerhard	Pfarrer	Evang. Landeskirche in Württemberg, Kirchzarten
12. Menke-Gluckert, Peter	Ministerialdirektor a.D.	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
13. Oeser Dr. Ing.-h.c., Kurt	Pfarrer	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
14. Schulz, Erhard	Landesgeschäftsführer	Bund f. Umw. u. Naturschutz Landesverband Baden-Würt., Freiburg i.Br.
15. Stahl Dr., Franz	Ministerialrat	Bundesministerium d. Innern, Bonn
16. Steinmetz, Karl	Ltd. Polizeidirektor	Niedersächsischer Minister des Innern, Hannover
17. Sternstein Dr., Wolfgang	Friedens- u. Konfliktforscher	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Stuttgart
18. Stümper Dr., Alfred	Landespolizeipräsident	Innenministerium Baden-Würt., Stuttgart
19. Vitzthum, Hajo Graf	Leiter d. Referats für Grundstutzfragen	Gewerkschaft ÖTV Hauptvorstand, Stuttgart
20. Weimann Dr., Benno	MdL, Nordrhein-Westfalen	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V., Bonn
21. Weygandt, Gerhard	Ministerialrat	Ministerium f. Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, Stuttgart
22. Windisch, Horst	Ltd. Polizeidirektor	Bundesministerium d. Innern, Bonn
23. Worch Dieter	Dipl. Volkswirt	Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V. Bonn
Nachtrag:		
24. Flüge Rufus	Stadtsuperintendent i.R.	Aktionsgemeinschaft „Dienst für den Frieden“
25. Suchan, Hans-Jochim	Pressereferent	Heutscher Minister der Justiz, Wiesbaden
26. Engel, Norbert Paul	Stellvert. Stadtschöffe	Landesstudio Freiburg des Südwestfunks
27. Vermander, Dr. Eduard	Polizeipräsident	Landespolizeipräsident Stuttgart II
28. Schürmer, Jürgen	Fotograf	Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU Bonn
29. Schön, Hans	MdL	

P 9. Für eine Antwort „hart an der
Tatsachen“ würde der „Arbeits-
kampf“ sicherlich Platz zur Verfügung
stehen.

Wer ernsthaft die Zerstörung von Kriegswaffen in einem schwerbewachten Gelände plant, wird das bestimmt nicht Wochen vorher öffentlich ankündigen und sich, beladen mit einer sperrigen Landmaschine, quer durch ein Land bewegen. Die Vier sind offensichtlich Wiltbolde, die auf sich aufmerksam machen wollen und die gar froh sein werden, wenn sie dann am 1. Dezember mit ihrem albernen Plan von der Polizei in Empfang genommen werden. Einer von den vier Akteuren hat ein bißchen Reminiscenzen ausbitten nötig: Es ist Wolfgang Sternstein, der zusammen mit dem Referenten des baden-württembergischen Polizeipräsidenten Stümper jenseits berücksichtigt geworden „Stuttgarter Impfungspapier“ verfaßt hat. Man steht da: der Kampf gegen die Nachrüstung eine verdammte launige Sache sein kann. Echt zum Tollachen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

wurde oben dargestellt. Und davon abgesehen, ist es in vielen Fällen zweckmäßig und akzeptabel, solche „Zwischenschritte“ zu entwerfen und in die öffentliche Debatte zu bringen. Es gibt aber auch Fälle, wo es absolut notwendig ist, sich mit „Alternativvorschlägen“ auch nur stichwortartig auf Veranlassung der Bevölkerungsmehrheit zu bewegen. Der mündlich organisierte Massenmord zur Verteidigung der BRD ist zweifellos ein solcher Fall. Dazu gibt es nur ein Nein ohne Wenn und Aber, und sei es aktuell noch so unpopulär. Von der alten SPD wurde früher einmal gesagt: „Diesem System keine Mark und keinen Mann“. Papst war das damals auch nicht aber richtig falsch war gegen den Schritt der SPD, sich 1974 — gleichfalls mit dem Argument, daß die Massen dafür seien und man sich nicht frontal dagegen stellen könne — Schritt für Schritt zur Unterstützung des imperialistischen Krieges hinzubewegen.



Sehr fragwürdig sind in diesem Zusammenhang auch die in der grünen Bundestagsfraktion erdachten Vorschläge zur Kürzung des Verteidigungshaushalts. Daß diese Vorschläge lieb gemeint sind und daß sie gerade auch dazu gedacht sind, einem Verhalten wie dem des General Bastian im Verteidigungsausschuß Schranken zu setzen, soll nicht angezweifelt werden. Aber alle diese Kürzungsvorschläge implizieren ein prinzipielles Ja zur Bundeswehr und zur Landesverteidigung. Umso mehr, wenn die Initiatoren sich auch noch befleißigen zu versichern, daß die Verwirklichung ihrer Vorschläge ohne Beeinträchtigung unserer Verteidigungsfähigkeit möglich wäre. Die Absurdität eines solchen Vorgehens wird vermutlich an einem anderen Beispiel sehr deutlich: Wer würde auf den Gedanken kommen, Zimmermanns Pläne zur „Ausländerbegrenzung“ mit einem Alternativ-Vorschlag zu konkretisieren, der vorsieht, nur halb so viele Ausländer nach Hause zu schicken? Und dann noch öffentlich erklären, der beabsichtigte Zweck — Vermeidung der Überfremdung der BRD — sei auch mit diesem Alternativ-Vorschlag problemlos zu gewährleisten? Dabei wäre das doch eigentlich ein logischer „Zwischenschritt“, falls man sich unbedingt an Volkes Meinung orientieren will.

Es könnte sein, daß der unbezähmbare Drang zur konstruktiven Mitarbeit zukünftig einige Grüne auch noch zu solchen Alternativprojekten inspiriert. Aber vorerst wäre man sich wohl über das Makabre und Unzulässige eines solchen Verhaltens einig. Hingegen im Fall der Verteidigungsausgaben geht genau dasselbe Verfahren bei den Grünen glatt durch. Der einzige Widerspruch, der bisher zu den grünen Kürzungsvorschlägen kam, bezog sich darauf, daß die Kürzungsräte insgesamt ein Drittel des Verteidigungshaushalts wohl etwas zu hoch angesetzt sei. Öffentlich ist es als allerniedrigste Zeit, die ganze Diskussion endlich von der unangemessen harmlosen Ebene herunterzubringen, als ginge es beispielsweise um die Subventionen für das Schauspielhaus. Unter dem Stichwort „Verteidigungsausgaben“ verbirgt sich eine der effektivsten Mordmaschinen dieser Erde. Im Grundsatz kann also gar nichts anderes gelten als „keine Mark und keinen Mann“.

Kl., Hamburg

PS: Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die persönliche politische Entwicklung des General Bastian vor dem allgegenwärtigen Respekt im Militarismus und Kriegshetze ist bestimmt nicht. Mit seinem Ja zu den neuen Kampfbeschleunigern hat er aber einen schmerzhaften Fehler gemacht. Und wenn er nicht in der Lage ist, das einzusehen, ist er als Bundestagsabgeordneter der Grünen eine Fehlbesetzung. Aber darüber denken die Grünen bestimmt offensichtlich ganz anders.

Bremen: „Werftenkiller“ gewinnen die Wahl

Es ist kaum noch zu fassen. Da wird im sozialdemokratisch regierten Bremen seit Jahren eine Sparpolitik auf dem Rücken der Bevölkerung durchgeführt, der Anteil der Arbeitslosen liegt mit 13,4% weit über dem Bundesdurchschnitt, noch vor der Wahl werden weitere Einsparungen im Gesundheitsbereich angekündigt, und das Härteste passiert. Bürgermeister Koschnick verkündet kurz vor der Wahl das „Aus“ für die AG Weser, wodurch noch einmal 2200 Werftarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Und alle, Presse, Fernsehen, jede öffentlich geäußerte Meinung, waren sich einig, daß die SPD bei den Bürgerschaftswahlen am 25.9. die Quittung für diese Politik erhalten würde. Das ging bis zu Spekulationen, die CDU könnte gemeinsam mit der FDP die Regierung übernehmen. Aber es geschah so, als könnte die SPD machen, was sie will. Die Menschen in Bremen wählten sie dennoch, sie gewannen sogar noch fast 2% hinzu und behielten 51,35% die absolute Mehrheit. Dieses sensationellen Ergebnis waren schwere betriebliche Auseinandersetzungen vorausgegangen. Die AG Weser wurde eine Woche lang durch die Werftarbeiter besetzt. Es gab mehrere Demonstrationen mit Tausenden von Arbeitern und Bewohnern der von der Werftenachlieferung betroffenen Stadtteile. Ziel war jedes Mal die Bürgerschaft und Hans Koschnick. Zwei Tage vor der Wahl wurde Koschnick auf der Belegschaftsversammlung der besetzten Werft ausgepfiffen, als „Arbeiterverräter“ und „Werftenkiller“ beschimpft. Es gab turbulente Szenen, an deren Ende der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß (langjähriges CDU-Mitglied) vor Koschnick (langjähriges SPD-Mitglied) Koschnick sein Parteibuch auf den Tisch warf. Einige Arbeiter taten es ihm nach, und es wurde einstimmig ein Wahlauftritt verabschiedet, der aufforderte, nur Parteien zu wählen, die sich eindeutig für den Erhalt der AG Weser und aller anderen Werften-Standorte ausgesprochen haben.

Dieser Wahlauftritt wurde von Werftarbeitern am Samstag morgen (einen Tag vor der Wahl) in 250.000 Auflage verteilt. Und da mußten die Arbeiter ihr blaues Wunder erleben. Alle Zeitungen brachten am Samstag Berichte und Bilder von Hans Koschnick, dem so überaus angepöbelte, einem gebrochenen Mann mit Tränen in den Augen, der nur noch sagen kann: „Nach eurem Wahlauftritt kann ich Montag arbeitslos sein. Wenn es besser für die Werften ist, gehe ich“.

Die Bremer Bevölkerung ist empört. Nicht mehr darüber, daß die Werft dichtgemacht werden soll, sondern über die Behandlung ihres Bürgermeisters durch die Arbeiter. Den Flugblattverteiler schlägt Aggression entgegen. So darf man mit Hans Koschnick nicht umgehen.

Am Samstagabend wird ein Fackelaufzug für Hans Koschnick organisiert, am Sonntag gewinnt Hans Koschnick die Wahl. Gewinnt im Wahlbezirk Gröpelwahn, dem Standort der AG Weser, gut 4% dazu. Die drei „grünen“ Gruppen kommen dort zusammen nicht einmal auf das Bundeswahlergebnis.

Am Montag wird die Besetzung der AG Weser beendet. Die Arbeiter müssen eine harte Niederlage einstecken.

Das Wahlergebnis

Bei einer Wahlbeteiligung, die mit 79,7% etwas höher lag als bei den Bürgerschaftswahlen 1979, konnte die SPD ihre absolute Mehrheit um knapp 2% ausbauen, wobei der Zugewinn in Bremen-Stadt noch höher ist, nämlich 2,48%, während in Bremerhaven die SPD 0,45% verlor. Bremen und Bremerhaven bilden zusammen das Landesparlament. In fast allen Wahlbezirken hat die SPD hinzugewonnen, die Verluste sind unerheblich. Aber auch die CDU konnte ihren Stimmenanteil von 31,94 auf 33,31% erhöhen. Dennoch haben sich die Befürchtungen, die CDU könne Nutznießer der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der SPD werden, nicht bestätigt. Immerhin das ist positiv am Wahlergebnis. Erstreckt sich natürlich auch der Abgang der FDP, die nur noch 4,59% erreichte, während sie 1979 immerhin 10,75% bekam. Ihre Stimmen gingen vor allem an die CDU und zum Teil an die SPD; die Liberalen Demokraten, die angefragt waren, um die FDP nicht wieder in die Bürgerschaft einzuziehen zu lassen, haben mit ihren 0,43% wenig Anteil daran, daß ihr Wunsch sich erfüllt hat. Letztendlich ist insgesamt die Stabilität

derer des Stimmentails der Protestwähler, der 10,07% beträgt (Bundeswahlergebnis 9,72% für die Grünen). Allerdings ist er sich diesmal auf drei Gruppen auf: die Grünen (5,43%) die Bremer Grüne Liste (2,36%) und die Betrieblich Alternative Liste (1,37%). Und hier ist die Rechnung der Grünen aufgegangen, daß sie die Einzigen sind, die eine Chance hatten, die 5% zu überspringen. Das hat vermutlich viele Linke veranlaßt, wenn auch mit Bauchschmerzen, die Grünen zu wählen, damit wenigstens eine Gruppe in die Bürgerschaft kommt. Allerdings verspricht der Name „Grün“ ganz offensichtlich bereits Wahlerfolg, denn mit dem Wahlkampf der Grünen war es nicht weit her und in Bremerhaven fand fast gar keiner statt, trotzdem ist das Wahlergebnis in Bremerhaven so hoch wie in Bremen. Das Wahlergebnis zeigt, wie kurz der Bremer Landesverband der Grünen bestätigt: keine Öffnung bei Wahlen für nicht-grüne Positionen und linke Kräfte.

Experiment BAL ist gescheitert

Enttäuschend ist das Wahlergebnis der BAL. Nur 1,37% (Bremen 1,45, Bremerhaven 1,0%). Damit wurde nicht einmal das zusammengefaßte Wahlergebnis von AL und DKP von 1979 erreicht (AL: 1,36%, DKP: 0,87%). Höhere Stimmenergebnisse von 4-5% hat die BAL in drei Stadtteilen erreichen können, in denen ein grün-alternatives Wahlspektrum angesiedelt ist, in de-

nen die Grünen bei 10-19% liegen, und in denen auch die AL vor vier Jahren ihre höchsten Wahlergebnisse hatte. Überhaupt nicht gelungen sind Einbrüche in die Arbeiterviertel. Wenn auch die Grünen hier unter ihrem Durchschnitt liegen, so sind aber deren Wahlergebnisse in der Regel um 2% höher als die der BAL. Es ist der BAL nicht gelungen, die mit der SPD unzufriedenen Arbeiter zu gewinnen. Gerade als es hart auf hart ging, haben sie sich für das entschieden, was sie kennen, waren für Experimente nicht ansprechbar. Dabei hat sicher auch das Gespenst eines CDU-regierten Bremen eine Rolle gespielt. Der demonstrative SPD-Austritt des AG-Weser-Betriebsratsvorsitzenden hat genauso wenig bewirkt wie die Kandidatur des Vulkan-Betriebsrats Bittelhäuser auf der BAL-Liste, denn auch die BAL hat im Vulkan-Stadtteil gerade 2%. Es war also eine Fehleinschätzung, daß durch eine Arbeit in den Betrieben auf der Wahlbezirk schon etwas zu bewegen sei.

Aber auch die Linke ist von der BAL nicht ansprechbar gewesen. Da wird einerseits die permanente Hetze gegen die BAL als DKP-Liste ihre Wirkung nicht verfehlt haben, und daneben liefert die Entscheidungen häufig nicht über inhaltliche Zustimmung zu den Grünen, sondern über die Erfolgsargumentation. So haben selbst BAL-Unterstützer, die öffentliche Wahlaufträge für die BAL unterschrieben hatten, in letzter Sekunde doch lieber Grün oder gar SPD gewählt, weil sie

Angst hatten, ihre „Stimme zu schenken“.

Es ist ganz offensichtlich Fakt, daß die Grünen sich etabliert haben, daß es in der Tat nicht nötig haben, sich in Linke Positionen und betriebliche Ansätze zu öffnen, weil es auf der Ebene der Wahlen für Positionen links von den Grünen keinen Platz gibt.

Das ist wohl die bittere Erfahrung des Bremer Wahlergebnisses, denn was sonst, wenn nicht in Bremen konnte der Versuch einer betrieblich alternativen Wahlennutzung gewagt werden?

Bremen hat eine über viele Jahre gewachsene Gewerkschaftslinks, die nicht ohne Einfluß ist, und zeichnet einen grünen Landesverband, der bekanntermaßen auf dem rechten Flügel der Grünen Partei angesiedelt ist. Der die Interessen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Kollegen nicht berücksichtigt, stattdessen bekannt geworden ist mit Bahros These von der Arbeitslosigkeit als Chance zum Ausstieg aus dem Industriesystem. Diese Voraussetzungen gibt es wohl kaum in einer anderen Stadt. Aber sie haben nicht ausgereicht, um wenigstens einen „Achtungserfolg“ zu erreichen. Das soll nicht heißen, daß die Zusammenarbeit von Betriebslinken und alternativem Spektrum unmöglich sei. Im Gegenteil, außerparlamentarisch gibt es genügend Möglichkeiten für diese Zusammenarbeit. Geht es um das Experiment BAL aber auf der Wahlbezirk, und das wohl auf lange Sicht.

KB/Gruppe Bremen

Hessenwahl: 780 Stimmen zuviel

780 Stimmen erhielt die nationalsozialistische „AAR“ (Aktion Ausländer-Rückführung) bei der hessischen Landtagswahl am 25. September. Die Nazis erzielten dieses Ergebnis in zwei Frankfurter Wahlkreisen (0,1%), in Groß-Gerau (0,3%), in Hanau und im rechtschwarzen Fulda (0,5%). Quantitativ fällt dies gegenüber dreieinhalb Millionen Bürgern, die an der Wahl teilnahmen, nicht ins Gewicht. Dennoch: In einem sich demokratisch verhaltenden Land müßte es ausreichen, um die Wahl anzufechten. Egal, wie wenig Beachtung und wie wenig Erfolg die „AAR“ gewann: Daß überhaupt eine Liste, die mit der rechtsterroristischen ANS personell und programmatisch identisch ist, die sich zur Wiedereinnahme der NSDAP bekennend und Rassismus predigt, kandidieren konnte, gibt dieser Wahl einen mehr als faden Beigeschmack. Mindestens die großen Parteien (Hessen, die Kirchen, Gewerkschaften und die Justiz) haben sich gleichgültig verhalten gegenüber offenkundigem Ausländerhaß und eine geradezu erschreckend hohe Toleranzschwelle gegenüber faschistischen Organisationsversuchen gezeigt. Niemand soll sich leichtfertigkeit mit dem schwachen Abschneiden der Neofaschisten beruhigen. Die Duldung ihres Treibens — so war es noch immer — wird sich zwangsläufig später rächen.

Ansonsten war die Hessenwahl ein weniger unerfreuliches Ereignis. Es scheint so, als hätten die Bürger dieses Landes in der Mitte der BRD Vergnügen daran gefunden, den Parteien ein Schnippchen zu schlagen. Politiker in Hessen zu sein, ist bei dem Volk autokratisch ein mühseliges Geschäft. Beginnen wir bei den Bonner Koalitionspartnern. Was die Wähler mit ihnen anstellen, kommt einer mittleren Gemeinde nahe. Walter Walzmann, Frankfurter Muster-OB und CDU-Spitzenkandidat, forderte seinen Anhang eine Woche vor dem Wahltermin auf, der FDP mit Leihstimmen über die 5%-Hürde zu verhelfen. Die Angesprochenen taten ihm den Gefallen. Ganz nebenbei Punkte verlor die CDU, während die FDP von 3,1% auf 7,6% emporschnellte. So landete die CDU peniblerweise unter 4%, aber auch für die geschmeidige FDP ist die Situation nicht gerade angenehm. Ihre parlamentarische Präsenz ist von Walzmanns Gnaden und entsprechend groß ist ihr Aktionsspielraum. Gar nicht zu reden von ihren Wählern, die — enttäuscht darüber, die „Kauktion der Mitte“ nicht erreicht zu haben — jetzt sauer über die „falsche“ Stimmabgabe sind.

Auch der Wahlsieger Börner (u.heim) näherten Hirschen so stehend nicht. Zwar steigerte sich die SPD um dreieinhalb Punkte auf 46,2%, womit sie nun wieder stärkste Fraktion ist und fast sieben Punkte vor der CDU liegt. Aber zum erklärten Wahlziel des geschäftsführenden Ministerpräsidenten, in einem Zwei-Parteien-Parlament die absolute Mehrheit zu gewinnen, reichte es bei weitem nicht. Börner hatte vor der Wahl die Alternative ausgesprochen, entweder er schafft die GRÜNEN (unter 5%), oder die GRÜNEN schaffen ihn. Für den (eingetragenen) Fall, daß die „hessischen Verhältnisse“ erhalten blieben, kündigte er einen SPD-Sonderparteiabend für Oktober an. Dort sollte über das weitere Verfahren (und über den künftigen Spitzenmann der SPD) entschieden werden. Allein die Höhe des SPD-Zugewinns erlaubt es ihm augenblicklich, weiterzumachen wie bisher.

Schließlich haben die GRÜNEN die Genugtuung, eine Wahl bestanden zu haben, deren Hauptzweck zweifellos darin lag, sie als „Börner“-Liste dem Parlament herauszuwerfen. Zumindest bei den Stammwählern der GRÜNEN haben die Schlägen von „Blut und Busen“ keine Wirkung getan. Allerdings machen sich doch Wermutstropfen in diese Freude. Dort, wo die Hessen-GRÜNEN bei der letzten Landtagswahl breite Popularität gewonnen hatten — etwa in Frankenberg (WAA-Pläne) oder in der Startbahn-Region Groß-Gerau — waren ihre Verluste herb. Mehrere Schlußfolgerungen lassen sich daraus ziehen (die freilich eine genauere Analyse wert sind):

— der Umweltschutz-Gedanke ist in der Priorität der Wahlentscheidung der Bürger zurückgefallen,

— die GRÜNEN und aber mehr als eine „Bewegungspartei“, unabhängig vom auf und ab der sozialen Protestbewegungen haben sie einen beachtlichen „harten Kern“ stabilisieren können,

— innerhalb der Friedensbewegung haben sie noch nicht den Stellenwert errungen können, der ihnen umweltpolitisch zugebilligt wird.

uns ermparen. In die innerparteiliche Offensive traten nach der Wahl zunächst einmal die Realpolitiker um die Frankfurter Spontis. Sie sehen es nun als ihre Aufgabe an, durch eigene Angebote an die Sozialdemokraten eine Liaison SPD-FDP zu verhandeln. Die Fundamentalisten dagegen stimmen wieder das übliche Vernetzungsgekreche grüner Prinzipien an. Dieser Streit verläuft unter einem selbstgesetzten, künstlichen Druck — und an seinem Ursprung stehen auf beiden Seiten falsche Prämissen. Was die SPD in dieser Situation tut, ist nämlich von den GRÜNEN weder abhängig noch beeinflusst. Dennoch spielt es auch keine besondere Rolle, zu welchen Zugeständnissen sich die GRÜNEN bereitwillig. Denn mit jeder Faser ihres staats-tragenden Seins tendiert die Sozialdemokratie im Moment zu einem Arrangement mit CDU und/oder FDP. Börner beispielsweise ist schon besessen von der Idee, nach einer Schamfrist von einem Jahr wieder mit der FDP ins Lotterbett zu steigen. Es fragt sich, warum die GRÜNEN Angst davor haben sollten. Gesehen den Fall, die Rechnung des Dicken ginge auf: Dann wären SPD- und FDP-Wähler gleichermaßen empört — die einen, weil sie die liberalen Vertreter hassten, die anderen, weil sie ja Walzmann wollten. Müllton kam es die GRÜNEN „machtpolitisch“ überhaupt erst zum Zug, wenn andere Variationen am Bürgertum gescheitert sind. Sie stehen also aktuell gar nicht unter Druck, wenigstens Zugeständnisse zu machen. Im Gegenteil. Trotz ihrer 2% Verluste (von vormals 8% auf jetzt 5,9%) sind sie in einer Position, die sich langfristig nur aus günstig erweisen kann.

Irgendwo gibt es bei einer solchen Wahl ja doch so etwas wie einen Wahlertrag. Und der scheint diesmal in Hessen sehr deutlich zu sein. Waren es vor einem Jahr noch 30,8%, die die „hessischen Verhältnisse“ ausmachten (also SPD und GRÜNE zusammen), so erhielten beide Parteien diesmal zusammen sogar über 52%! Zählt man LD (0,4%), DKP (0,3%) und DS (0,1%) auf dieser Seite noch hinzu, so ergeben sich beachtliche 53% „gegen Börner“ bei 47% (CDU und FDP) „für Börner“. Die Bürgerinnen und Bürger Hessens wollen mithin tatsächlich die von der SPD propagierte „Alternative zu Börner“. Es fällt nicht besonders schwer, sich vorzustellen, was mit dieser Alternative gemeint ist — keine Raketenstationierung — Vollbeschäftigung — kein Abbau demokratischer Rechte, keine Zimerntra in Ingelhard Park (reale Umweltschutzmaßnahmen). Im Sinne dieses Wahlertrags, der ja nicht der wichtigste ist, machen die GRÜNEN die SPD zu Taten auffordern. Dabei können sie nur gewinnen.

Grüne contra DKP

Ein allzu deutsches Polit-Drama

Klein geringerer Anlaß als die Bürgerstabschützen in Bremen gab der OAL Hamburg Gelegenheit zu einem Hautkrach, bei dem die Fetzen flogen und die Beobachter von der anderen Seite voll auf ihre Kosten kamen. Es hätten auch ruhig statt Bremen die Kommunalwahlen in Lütlich-Emmerscheidt sein dürfen. Der konkrete Anlaß spielte sowieso kaum eine Rolle, denn es standen Prinzipien auf dem Spiel. Und bei denen hört die Freundschaft beidseitig auf.

Zur Erinnerung: In Bremen kandidierten gegeneinander erstens der Landesverband der Grünen Partei, zweitens die auf das rechtsgrüne Spektrum orientierte Bremer Grüne Liste (BGL; sie sieht in schroffer Opposition zur Grünen Partei), sowie drittens die Betrieblich-Alternative Liste (BAL). Der Bremer Landesverband der Grünen ist in der Grünen Partei dafür bekannt, daß er gegenüber den stumpfsinnigen materiellen Interessen der Arbeiterklasse zu einer großzügigen Verzichtspolitik neigt. Ein Bündnis mit „Traditionsozialisten“ — und das sind im Zweifelsfall alle, die zu den Arbeiterinteressen eine andere Einstellung haben — kommt für die Bremer Grünen erklärtermaßen nicht in Frage. So schied selbstverständlich auch die Option eines Wahlbündnisses mit der BAL vornehmlich aus: die BAL besteht vor allem aus dem Betrieblich-Alternativen-Bündnis (BAB), in dem auch die DKP miteinbezieht, und aus der Alternativen Liste, die 1979 in Konkurrenz zur BGL kandidiert hatte.

Abstinent/„Neutralität“ bloß ein schlechter Witz. Da wäre sogar eine Unterstützung der Grünen noch logischer gewesen. Ob die Kandidatur der BAL in Bremen ein sinnvoller Schritt war, ob eine Unterstützung der BAL-Wahlkampfes durch die Hamburger AL zweckmäßig gewesen wäre — das sind komplexe Fragen, die vermutlich selbst nach dem niederschmetternden Wahlergebnis noch nicht bis ins Letzte ausdiskutiert sind. Das Ergebnis scheint selbstverständlich denjenigen recht zu geben, die von Anfang an nicht nur gegen die Kandidatur, sondern bereits gegen die Bildung der BAL waren. Umgekehrt hätte ein respektables Ergebnis den Befürwortern des BAL-Experiments Auftrieb gegeben. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, daß der politische Streit sich ja nicht um die Einschätzung der Wahlchancen der BAL dreht, sondern um etwas „grundstärkeres“ Dinge. Die Frage nach einer Einbeziehung von betrieblich-gewerkschaftlichen Ansätzen wie dem BAB in die „grün-alternative Wahlbewegung“, und in diesem Zusammenhang die Frage der Zusammenarbeit auch mit DKPern, ist allein durch den Hinweis auf ein miserables Wahlergebnis noch nicht erschöpfend beantwortet.

Als sachlicher Streit um das konkrete Thema hätte die Auseinandersetzung zweckmäßigerweise in der Hamburger OAL geführt werden sollen. Stattdessen hatten sich Grüne und AL-Minderheit schnell auf ein paar Stichworte geeinigt, mit denen eine zweitrangige

niemand in der AL Hamburg machen wollen.

Es scheint eine „typisch deutsche“ Unfähigkeit zu geben, Politik als Taktik unter speziellen Bedingungen zu begreifen. Stattdessen wird aus einer taktischen Frage, die Gegenstand einer sachlichen Debatte und vielleicht auch eines Experiments sein müßte, gleich eine „Strategie“ und ein Streik um „Prinzipien“ gemacht. Die unangenehmsten Spiegelfechtereien zwischen „Realpolitikern“ und „Fundamentallösungsoppositoren“ sind ein bekanntes Beispiel für diese Unfähigkeit auch in der Linken. Über allgemeine Prinzipien statt über konkrete Bedingungen in jedem Einzelfall zu sprechen, ist erstens ein sehr bequemes Verfahren. Es kommt der Denkfaulheit entgegen. Und es verspricht zweitens eine allgemeine Emotionalisierung: An dem örtlich begrenzten Experiment BAL ist eigentlich nichts Aufregendes. Es mag sinnvoll oder total verfehlt (gewesen) sein — darüber beweist sich sehr ruhig und sachlich streiten. Erst das Stichwort von der „dramatischen Neuorientierung“, nämlich ein bundesweites Bündnis mit der DKP gegen die Grünen, mobilisierte die letzten Reserven zu heftigen Gefühlsausbrüchen und zu einer warm in den Bauch gehenden Kreuzungsstimmung.

Der Einzelfall Bremen

1. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entscheidung.

1. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entscheidung.

(BAB) enthält die BAL ein Element, das in dieser Quantität und Qualität einmalig unter den grünen und grün-alternativen Linien der BRD ist. Ein in diesem Fall sicher unverdächtig Gutachter, Ralf Fücks (einer der Chefideologen der Bremer Grünen), notierte im Januar: das BAB habe „weit über seine Initiatoren aus DKP, Arbeiterpolitik und DS hinausgegriffen. Mittlerweile zählen Vertrauensleute, Jugendvertreter, Betriebs- und Personalarbeiter aus zahlreichen Betrieben der Industrie und des öffentlichen Dienstes zu einem Kreis, der bereits so »breite verankert ist, daß er von Seiten der SPD kaum noch frontal und mit repressiven Methoden angegriffen werden kann. Ob und die politisch-theoretischen Positionen dieser Initiative passen oder nicht — in ihr drückt sich der wachsende Widerspruch von wachsenden Teilen der Gewerkschaftsbewegung gegen die Folgen der kapitalistischen Produktionsweise wie gegen die Politik der SPD aus. Diese Liste ist mehr als eine Inszenierung von gewählten Taktikern — sie verkörpert den Umstand, daß sich eine zunehmende Zahl von Lohnabhängigen politisch nicht mehr von der SPD, aber auch (noch?) nicht von den »Grünen« vertreten fühlen“ (Grünen-Rundbrief Nr. 3).

Fücks Ratschlag damals: Sich an das BAB heranzumachen, um einen gewinnbaren Teil herüberzunehmen und den Rest (DKP und sonstige „Traditionsozialisten“) zu isolieren. Über das moralische Niveau dieser Art von Politik soll hier nicht gestritten werden. Es reicht in diesem Zusammenhang die

bische Niveau dieser Art von Politik soll hier nicht gestritten werden. Es reicht in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß der Spaltungsplan mißlingt und daß die einzelnen Strömungen im BAB nicht bereit waren, sich gegeneinander auszuspielen zu lassen. Darin scheint mir mehr als bloß taktisches Ungeschick zu führen. Grüne zum Ausdruck zu kommen: Ein existierendes und praktisch erprobtes Bündnis läßt sich (mit gutem Grund?) schwerlich ultimativ vorgeschlagene Ausgrenzungslinien auseinanderdividieren, sondern reagiert eher mit einer Trotzhaltung.

Ohne die DKP war ein Bündnis mit dem BAB nicht zu haben. Die Ausgrenzung der DKP war in diesem Fall identisch mit einem Verzicht auf das vom BAB ausgedrückte soziale und politische Element. Ob sich die Grün-Alternativen einen solchen Verzicht auf einen Bündnispartner leisten können, der derzeit gerade an Gewicht gewinnt (Werftbesetzungen!), mußte auf jeden Fall sehr viel genauer und ernsthafter als in der Hamburger OAL diskutiert werden.

Daß sich die gewachsene Arbeitermobilisierung nicht im Wahlergebnis der BAL niederschlagen hat (und das Ergebnis der DS in Hessen zeigt den gleichen Trend) ändert nichts an der Problemstellung. Grund für Schadenfreude über diese Ergebnisse haben eigentlich auch die Grünen nicht, denn es drückt eine Schwäche der „grün-alternativen Wahlbewegung“ insgesamt aus.

Die Notlage, die Kröte DKP schlucken zu müssen, falls man zu einem Bündnis kommen wollte, war auf den Einzelfall Bremen beschränkt. Es gibt an anderen Orten keine betrieblich-gewerkschaftlichen Bündnisse, die auch nur annähernd mit dem BAB verglichen werden könnten. Also wird anderswo die Frage einer Zusammenarbeit mit der DKP auch gar nicht so stehen können wie in Bremen. Das theoretische Gewisse, als sollte in Bremen ein bundesweites Bündnis mit der DKP gegen die Grünen eingeleitet werden, stellt nur den Blick für die wirklichen Probleme.

Die Frage ist also — und das weist tendenziell über Bremen hinaus — wie (bei Kommunalwahlen) mit Basisbündnissen umgegangen werden soll in denen die DKP eine relevante Rolle spielt. Reicht es wirklich aus, solche Bündnisse einfach prinzipiell im Absicht zu stellen, solange sie nicht ihre DKP-Mitglieder rauswerfen? Oder ist es nicht auch ein Gebot der Basisdemokratie, bestehende Bündnisse erst einmal so zu akzeptieren, wie sie sind — und das weitere dem politischen Meinungskampf zu überlassen, statt mit dem Flammeisen der Ausgrenzung jedweden aus dem grün-alternativen Paradies fernhalten zu wollen, der noch wahlbündnistätig mit DKPern zusammenarbeiten will?

Die linksgrünen Einseitigkeiten des totalen Ausgrenzungskurses gehen gleich noch einen Schritt weiter: Schon wenn ein Bündnis unterstützt, an dem DKPler beteiligt sind, macht sich strafbar und müßte eigentlich aus der „grün-alternativen Wahlbewegung“ fliegen. „Wer dies will“ — sagte Thomas Ebermann mit Bezug auf die Absicht der Hamburger AL-Mehrheit, die BAL im Wahlkampf zu unterstützen — „hat keine gemeinsame Zukunft mit den Hamburger Grünen, wer dies will, zerbricht die GAL“. (Rede auf der MV des Hamb. LV der Grünen, 26.8.). Drohgebärden und nackte Erpressung sind Trumpf. (Als Ebermann und seine Freunde 1979 mit solchen Mätzchen den KB spalteten, nannten sie diese Methode „unser Notbremse“. Im KB war das nicht mehrheitsfähig. In der „grün-alternativen Wahlbewegung“ scheint es zu klappen. Das ist der Unterschied zwischen einer stalinistischen Kaderpartei und einem basisdemokratischen Bündnis).

Die DKP bleibt ein Kotzbrocken

Eine Partei, deren permanenter Hauptzweck erklärtermaßen darin besteht, den eigenen Verein zu „stärken“, ist schon aus diesem Grund kein angenehmer Bündnispartner. Daß die DKP sich überhaupt seit einiger Zeit um die Aufnahme in örtliche Wahlbündnisse bewirbt, hat auch nur einen einzigen Grund: seit es grün-alternative Listen gibt, und die ohnehin noch niemals beachtenden Wahlergebnisse der DKP auf kaum ein Drittel des alten Standes zusammengeschrumpft. Bis der DKP-Parteivorstand endlich begriffen hatte, daß es sich dabei nicht um eine Tageserscheinung, sondern um einen dauerhaften Trend handelt, wurde in der bekannten Manier gegen Grüne und Alternativen gewettert und blockiert. Damals war es die DKP selbst, die jede Zusammenarbeit kategorisch ablehnte — mit dem bekannten Argument, daß in diesen Listen Maoisten und Chaoten am Werk seien, mit denen keine „Aktionseinheit“ zulässig sei. So ändern sich die Zeiten! Nach einem Kurswechsel im Frühjahr/Sommer 1981 (6. Parteitag der DKP) waren die Grün-Alternativen plötzlich ein heiß umworbenen Bündnispartner. Allerdings müßte, so die DKP, bei einem Wahlbündnis programmatisch alles ausgeklammert werden, womit die DKP nicht einverstanden ist. Also nix mit Selbstbestimmungsrecht der Völker und Gegen AKWs in West und Ost, nix mit Kritik am unklärbaren „realen Sozialismus“. Vorgetragen von einer Schrumpfpartei, die kaum noch Wählerstimmen einzubringen hatte, aber dafür Tausende potentieller Wähler abgeschreckt hätte, waren diese Bündnisangebote ein ganz heißer Witz. Positive Resonanz fanden sie nirgendwo. Das schien dem DKP Parteivorstand zunächst nichts auszumachen, da man ganz zufrieden damit war, weil die Notwendigkeit der Allein kandidatur hochhalten und parteiintern den Grünen und Alternativen die Schuld am Nichtzustandekommen von Bündnistenden zuweisen zu können.

Bremen bedeutet vor diesem Hintergrund einen ganz neuen Vorgang: Dort ließ die DKP sich darauf ein, zur Rettung des Wahlbündnisses BAL, sehr deutliche Programmpunkte hinzunehmen, von denen jeder weiß, daß sie den DKP-Positionen entgegengesetzt sind (z.B. Polen, AKWs). Dies geschah nach einer offenbar heftigen innerparteilichen Kontroverse, in die sich auch der Bundesvorstand massiv einschaltete. Am Ende stand zum einen die Zustimmung der Bremer DKP zu einem Bündnis auf dieser programmatischen Grundlage, zum anderen aber eine Stellungnahme des Parteivorstands, die diesen Schritt so „erläutert“, daß sie ihn ad absurdum führt. Ort und Anlaß dieser Stellungnahme war die 8. Tagung des Parteivorstands am 1.9. Das Bremer BAL-Bündnis wird dort auch eingeschätzt und soll „über die (Bremer — Ann. AK) Bürgerstabschützen hinaus“ einen Modell-Charakter in der DKP-Propaganda erhalten. Motto: Wahlbündnisse unter Einbeziehung der DKP sind also möglich. Nächsten praktischen Testfeld, die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen (im März 1984).

Alternativen Liste, die 1979 in Konkurrenz zur BGL kandidiert hatte.

heit schnell auf ein paar Stichworte geeinigt, mit denen eine zweitrangige



SANGER

Langer

Stein des Anstoßes in der OAL war die Tatsache, daß unter diesen Bedingungen eine deutliche Mehrheit der Hamburger Alternativen Liste die BAL im Wahlkampf unterstützen wollte. Damit war der andere Partner in der OAL, der Hamburger Landesverband der Grünen, ganz entschieden nicht einverstanden. Darin traf er sich mit einer Minderheit der AL. Einige waren sich Hamburger Grüne und AL-Minderheit allerdings auch darin, daß sie keinesfalls die Bremer Grünen unterstützen wollten. Die sind auch ihnen zu rechts und zu wenig bündnistätig. Sie empfahlen stattdessen strengste politische Enthaltenspolitik, beschränkend „Neutralität“ genannt. Im Gegensatz übrigens zum grünen Bundesvorstand und dessen Sprecher R. Trampert (Gruppe Z), die sich ganz munter in Bremen einmischten.

„Eine dramatische Neuorientierung“

Daß Abstinent plötzlich eine politische Tugend sein soll, ist eine wichtige, aber nicht sehr überzeugende Neuentdeckung. Zumindest die Tatsache, daß in Bremen nicht bloß Grüne und BAL konkurrierten, sondern auch die BGL und Stimmen aus dem grün-alternativen Potential war, sprach sehr gegen den Gedanken, im Bremer Wahlkampf „Neutralität“ zu üben. Immerhin, für die Hamburger GAL mochte das eine diskutierbare Option sein. Hingegen als Handlungsforderung auch an die Bremer Grün-Alternativen war das Rezept

praktische Meinungsverschiedenheit zu einem Existenzproblem der GAL hochgekocht werden konnte. Es geht um eine „dramatische Neuorientierung der AL“. Nämlich um „eine neue bündnispolitische Konstellation, in der Teile des alternativen Lagers gemeinsam mit der DKP gegen die Grünen operieren sollen“ (Th. Ebermann, Grüne und Gruppe Z). Die gleichen Stichworte waren in nicht sehr phantasievollem Variationen immer wieder zu hören und zu lesen: „Die BAL-Unterstützer müssen ganz klar sagen, sie für die BAL abgeschrieben ist und sie sich jetzt auch Bündnispartnern im DKP-Spektrum umgucken?“ (U.O., AL-Minderheit). „Eine BAL-Unterstützung wäre... ein Präjudiz für eine Abkehr vom grün-alternativen Bündnis und eine Hinwendung zur DKP“ (Stellungnahme der AL-Minderheit). Man selbst hätte selbstverständlich an der „grün-alternativen Perspektive“ fest, wolle „die Existenz der GAL nicht aufs Spiel setzen“, sondern „das GAL-Modell retten“ vor denen, „die den Bündnispartner wechseln wollten“.

Begabten Laien. Schauspiel und echte Selbsthypnotisierung waren bei diesem Tumult kaum noch auseinanderzuhalten. Jedenfalls, es ging ursprünglich um überhaupt nichts anderes als um eine praktische Entscheidung für den konkreten Einzelfall Bremen, mit einer komplexen Vielfalt von spezifischen Bedingungen. Diese Bedingungen — auf die gleich eingegangen werden soll — sind in dieser Zusammensetzung überhaupt nur in Bremen anzutreffen. Ein bundesweites „Modell“ hat daraus (vielleicht abgesehen von einigen einflusslosen Außenseitern)

dung gegen die Grünen. Der Bremer Landesverband spielt bekanntermaßen eine Sonderrolle innerhalb der Grünen Partei. Dabei fließen Erbschaften der BGL (aus der einige Bremer Grüne stammen) und Ideen Rudolf Bahres (Mitglied und weltanschaulicher Vordenker im Landesverband) zusammen mit der schlecht verarbeiteten Vergangenheit einiger Ex-MLER (KBW, KPD), die heute für fast jeden Modegag zu haben sind, sofern es nur weit genug vom „Traditionsozialismus“ entfernt ist. Die Bremer Grünen haben von Anfang an nicht nur ein Bündnis mit Einschluß der DKP, sondern generell eine bündnistätige Zusammenarbeit mit Linken abgelehnt. Alle Vorschläge der AL und später der BAL zur Zusammenarbeit scheiterten an der antisozialistischen Sturheit der führenden Bremer Grünen.

Das ganze Denken und Verhalten ihrer Bremer Parteifreunde war denn auch den Hamburger Grünen so unsympathisch, daß sie eine Unterstützung für diese ausdrücklich und wiederholt ablehnten. Es ist also nicht gerechtfertigt, eine Ablehnung der speziellen grünen Variante in Bremen umzufächeln in eine Position „gegen die Grünen“ insgesamt. Dieser wirklich billige Propagandatrick läuft auf das Verlangen hinaus, entweder jede spezielle Erscheinungsform im breiten Band grüner Politik zu tolerieren oder sich als wider Grünfeind diffamieren zu lassen.

2. Die Entscheidung für eine Unterstützung der BAL war keine Entscheidung für ein Bündnis mit der DKP. Mit dem Betrieblich-Alternativen Bündnis

Damit das aber kein DKPler als Einladung mißverstehen möge, programmatische Zugeständnisse nach BAL-Vorbild zu machen, folgt sofort eine scharfe Abgrenzung: Die BAL sei „auch mit Unzulänglichkeiten, Fragwürdigkeiten und mit ernststen Problemen behaftet“. Nämlich vor allem mit „außerordentlich gewichtigen politischen und ideologischen Problemen“, die es den höchsten DKP-Gremien „nicht leicht gemacht“ haben, dem Wahlbündnis BAL zuzustimmen. Da gibt es „gewisse antikomunistische“ und andere schlimme Positionen im GAL-Programm. Und das dürfte eigentlich gar nicht sein, denn: „In solchen Fragen kann es keine Kompromisse in Form der Zustimmung zu falschen oder auch abgemilderten falschen Positionen geben... Zugeständnisse an falsche Positionen in solchen Fragen gehen an die Substanz einer kommunistischen Partei, an ihr Selbstverständnis, an ihr Ansehen in der internationalen Arbeiterbewegung“. Ist damit vielleicht gemeint, daß jetzt die kalifornischen, französischen und britischen Arbeiter mit Fingern auf die DKP zeigen werden? ... Oder ist gemeint, daß man an höchster Stelle in Ostberlin die Nasen über die Taktik der DKP in Bremen gerümpft hat? Wie es auch sei, der DKP-Parteivorstand bekräftigt noch einmal: „Solche Positionen werden wir nicht im sogenannten „Interesse des Bündnisses“ zustimmen“.

Aber gerade das hat die DKP doch soeben in Bremen getan? Das muß den Parteimitgliedern also auch noch erklärt werden: In Bremen hat die DKP dem BAL-Programm trotz der schlimmsten antikomunistischen und sogar antisowjetischen Aussagen zustimmen können, weil die DKP „das BAL-Programm nicht als verbindliches Programm... versteht“. Und das unter Berufung auf eine (mißverständliche) Passage im BAL-Programm selbst, die eigentlich nur die Offenheit des Programms für eine „ständige Auseinandersetzung“ feststellt — was vermutlich in vielen Alternativ-Programmen in ähnlicher Form steht. Eine klare Handlungsanweisung an die örtlichen DKP-Funktionäre, die jetzt vor allem in NRW vor ähnlichen Problemen wie in Bremen stehen können, bietet die Stellungnahme des Parteivorstands bezeichnenderweise nicht. Eher ist es die obere Führungsgremien der DKP darüber wahrscheinlich selbst noch nicht einig, und zweitens macht es sich immer gut, wenn man nachher die Verantwortung auf die muttere Funktionärschicht abschieben kann, falls es Probleme mit der „Umsetzung der richtigen Linie“ oder mit den Herren in Ostberlin gibt. Man könnte aus dem Text des Parteivorstands

herauslesen, daß generell keine programmatischen Zugeständnisse gemacht werden dürfen, und daß die DKP in Bremen lediglich eine einmalige Ausnahme gemacht hat, weil ihr extrem viel an der Schaffung eines praktischen Modells gelegen war. Man könnte es aber auch so interpretieren, daß man fortfalls doch Zugeständnisse machen darf, sofern man das Programm nachher als „unverbindlich“ abtun kann. Letzteres wird jedenfalls praktisch kaum lange gut gehen: Wer traut schon jemandem, der beim Ableiten eines Schwurs gleich erklärt, er wolle jetzt nur einen ganz unverbindlichen Meinelde leiten?

Was bisher intern aus der DKP darüber zu hören war, deutet darauf hin, daß sich mit dem „Modell Bremen“ reichlich Probleme und Widersprüche für die Partei verblenden. Dies auch deshalb, weil die DKP in den umstrittenen programmatischen Fragen (z.B. AKW u.a.) Probleme im „realen Sozialismus“ längst nicht mehr so monolithisch ist, wie sie nach außen hin gern tut. Für die DKP-Führung läßt sich mit rein formalen, prinzipiellen Unvereinbarkeitsbeschlüssen vom grünen Typ sehr viel bequemer umgehen als mit einer differenzierten alternativen Politik, die die DKP konkret an den inhaltlichen Streitfragen mißt. Man kann es sich natürlich ganz einfach machen und erklären, daß es auf die Widersprücheentwicklung in der DKP doch sowieso nicht ankomme. Das mag zwar für die „Wahlbewegung“ insgesamt zutreffen, aber schon für die Friedensbewegung, wo die Stellungen der DKP noch immer viel zu stark sind, gilt es nicht mehr. Aus grün-alternativer Sicht spräche eigentlich vieles dafür, die DKP gerade auf dem Feld der „Wahlbewegung“, wo man selbst sehr stark ist, inhaltlich offensiv zu fordern, statt der DKP durch den formalen Unvereinbarkeitsbeschluß innere Konflikte zu ersparen. Das heißt es beispielsweise in einem Papier aus dem Landesverband NRW der Grünen: Mit DKP-Partnern könne man wahlbündnisfähig nur dann zusammenarbeiten,

wenn sie sowieso schon ganz kurz vor ihrem Ausschuß oder Austritt aus der Partei stehen. Für diese arrogante „Freundlichkeit“ werden sich vermutlich selbst kritische DKPler herzlich bedanken. So etwas paßt eher in die Tradition mancher sektiererischer KOMINTERN-Eskapaden oder der neueren ML-Parteien.

Eine unglaubliche Scheinheiligkeit

Statt die Frage nach Wahlbündnissen unter Teilnahme von DKP-Partnern pragmatisch zu beantworten, wird sie vor allem von den Grünen als heilige Prinzipienfrage behandelt. Zwischen der DKP einerseits und der „grün-alternativen Wahlbewegung“ andererseits gebe es unversöhnliche Widersprüche in grundlegenden Fragen, die zur „Politikunfähigkeit“ führen würden. Diese Konflikte seien zwar in Bündnissen zu einzelnen Fragen (z.B. in der Friedensbewegung) auszuhebeln, aber auf keinen Fall in einem Wahlbündnis. Denn dieses sei ein Bündnis von ganz besonderer Art, in dem es über die unmittelbaren Zwecke (Kommunalpolitik) hinaus vor allem auf Weltanschauliche und auf gemeinsame Utopien ankomme.

Einsichtig ist diese Unterscheidung zwischen Wahlbündnissen einerseits und allen möglichen sonstigen Bündnissen andererseits überhaupt nicht. Wenn Suchworte wie „Polen“, „Afghanistan“, „Entspannungsschwindel“ oder vielleicht gar „SS 20“ eine kommunalpolitische Zusammenarbeit mit DKP-Partnern ausschließen, dann müßten sie doch eigentlich erst recht eine Zusammenarbeit in der Friedensbewegung ausschließen. Wenn die AKWs in Magdeburg usw. eine kommunalpolitische Zusammenarbeit mit DKP-Partnern

durchzuführen, in den politischen Bewegungen, vor allem in der Friedensbewegung, und sie es längst noch nicht Würde man dort jetzt schon einen UVB gegen die DKP durchsetzen wollen (was eigentlich konsequent wäre und von den Bundesgrünen ja auch schon einmal mit peinlichem Mißerfolg versucht wurde) so wurde man sich selbst in große Schwierigkeiten bringen. Das ist auf der pragmatischen Ebene ganz einsichtig. Unenträglich ist bloß das Geschehen über heilige Prinzipien.

Unenträglich auch noch aus einem anderen Grund: Die Grüne Partei wurde mit dem Anspruch gegründet, „von Grün bis Deutsche“ ein breites Spektrum politischer Strömungen zusammenzufassen. Ein hohes Maß an politischer und weltanschaulicher Pluralität war geradezu der Stolz und das nach außen aufgebaute Image der Grünen. Inzwischen sind Figuren wie Grün und Springmann von der grünen Bühne abgerufen — und mit ihnen manche eher rechts angeordnete inhaltlichen Vorstellungen, die einmal als unverzichtbar für das pluralistische grüne Spektrum gegolten hatten. Aber an dem Nebeneinander von teilweise sehr kontroversen Anschauungen, von der konkreten Tagespolitik bis hin zu Grundsatzfragen, hat sich in der Grünen Partei wenig geändert. Suchworte: Realpolitik kontra Fundamentalkritik, „Blut-Aktion“ im Wiesbadener Landtag und „Gewaltfrage“, „Ausstieg aus dem Industrieviertel“ und Sozialpolitik Streit um den Berliner Landesverband. Konflikt in der Bundestagsfraktion um die Unterstützung der Fasen-Aktion. „Alternative (militärische) Verteidigung“ Alexanderplatz-Aktion. Um hier nur einige zu nennen.

Daß es bei diesen Streitereien immer wieder hoch hergeht, zeigt sich an gegenseitigen Beschimpfungen und Rücktrittsfordernungen grüner Funktionäre

beide zusammen wirken so, als wären sie von Thomas Ebermann frisch in die Schreibmaschine diktiert worden. Politik und Diskussion als Abzwehbild.

„Alternative“ am Ende?

Eine alternative Kandidatur neben und in diesem Fall auch gegen die Grünen in Bremen konnte eigentlich nur eine politische Funktion haben: zu demonstrieren, daß es links von den Grünen noch politische Kräfte gibt, die zwar zu einer engen Zusammenarbeit mit der Grünen Partei bereit sind, aber die nicht vor jeder Erpressung, vor jeder Eskapade der Machtorgane kucken. Sinnvoll wäre diese Demonstration natürlich nur im Zusammenhang mit einem vorzüglichen politischen Erfolg gewesen. Ein Erfolg hätte in einem „achtbaren“ Ergebnis bestehen müssen, und vielleicht auch in einer drastischen Warnung an die Grünen, daß sie bei ganz strengen Alleingängen schon mal an der 1%-Hürde hängen bleiben könnten. Das war ein riskanter Poker, und die BAL hat ihn verloren. Damit setzt Bremen nun genau das umgekehrte Signal statt des angestrebten: ohne die Grünen läuft es nicht. Bessere Bedingungen als in Bremen für den Probelauf eines Wahlbündnisses mit einem starken „protestantischen“ Standbein wird man kaum noch irgendwo finden, auch nicht in NRW. Die DS, die im Wesentlichen das gleiche soziale Potential anzusprechen versuchen, haben in Hessen ebenso deutlich Schiffbruch erlitten.

Insofern kann man unter einem rein pragmatischen Aspekt bereits feststellen, daß die Kandidatur der BAL — nicht aber unbedingt der Versuch, sich über eine solche Liste zu einem Wahlbündnis zu kommen — ein Fehler war. Er bestätigt die Grünen bundesweit in ihrer Arroganz der Macht. Es ist nun noch etwas klarer, daß derzeit auch die Grünen daran hindern können, in der „Wahlbewegung“ ihre Bedingungen zu diktieren. Daß die Grünen dieses Diktat jetzt mit der souveränen Großzügigkeit des sowieso Stärkeren kassieren können, ändert nichts daran, daß sie ständig den großen Knüttel hinter dem Rücken bereit halten, „nur für den Notfall“. Wer will die Grünen jetzt noch hundert, ausgrenzen, wenn sie wollen? Und wer glaubt, daß bei diesem Spielchen nur die DKP gemeint ist?

Bremen könnte das vorläufige AUS für die wenigen Reste bedeuten, die noch von dem Versuch übrig geblieben sind, ein autonomes „alternatives“ Element neben den Grünen zu schaffen. Vermutlich wird sich bei den Kommunalwahlen in NRW im März zeigen, daß kaum noch etwas von den bunten bzw. grün-alternativen Listen übrig bleibt, die vor vier Jahren kandidierten. Die Grünen werden „offene“ Alternativenkandidaturen bevorzugen. Selbst die wenigen Ausnahmen (z.B. Bielefeld) sind keineswegs gesichert. Die DKP Problematik könnte sich als Schlinge erweisen, aus der die letzten noch existierenden oder möglichen grün-alternativen Wahlbündnisse abgewürgt werden. „Wie die DAP die Entstehung einer AL in Mainz zunichte machen konnte“, nennt die oben erwähnte Birgit Hasbach ihren Aufsatz („Regionalblatt“, 15.9.). Und das geht so: wenn die DKP darauf besteht, sich in die Diskussionen zur Vorbereitung der Kommunalwahl einzumischen, kann aus einer AL natürlich nichts werden. Da ist dann die DKP dran schuld — und nicht etwa die rechten Grünen, die sowieso schon auf eine Alternativenkandidatur auszuweichen und deren Vorbehalte gegen die DKP zum Teil in „sozialen bekannten Klischees und Vorurteilen bis hin zu vereinzelt diffamierenden überhöhter Art“ bestehen, wie Birgit Hasbach mit lobenswerter Ehrlichkeit zugeht.

Ähnliche Argumente auch schon bei den Linkygrünen in Bielefeld. Wenn die DAP die Bunte Liste unterwandert (es gibt einige Externe), dann wird wohl jeder, leider nichts übrig bleibt als eine grüne Alternativenkandidatur. Das gilt entsprechend natürlich auch in anderen Orten. „Der große Nachteil des Modells GAL unter den spezifischen Bedingungen in NRW ist allerdings darin zu sehen, daß es besonders (1) von der DAP zu parteigourachen und parteiinternen Wankungen mißbraucht wird“ (Papier der IAG kommunalpolitik der Grünen NRW).

Aber das Ganze läuft immer noch unter der Parole: „Wir linken Grünen sind eigentlich für eine bundesweite Verbreitung des GAL-Modells“. Wirklich gemeint ist die selektive Auslegung der verbliebenen „Alternativen“ in die Grüne Partei. Und die steht kurz vor ihrem erfolgreichen Abschluß. Glückwunsch, eine stolze Leistung!

DKP und BAL:

Kein Fettnäpfchen ausgelassen

Obwohl der DKPler innerhalb der BAL beschneit werden kann, sich um das Vermeiden üblicher Marotten ihrer Bündnispolitik (Majorisierung, Alleinvertragsanspruch) bemüht zu haben, sorgen gleich mehrere Winkelzüge „der marxistischen Arbeiterpartei, der DKP“ („Unsere Zeit“ o.D.) in vielen Teilen der BAL für Unmut. Sie werfen zugleich ein großes Licht auf unbegründete Führungsansprüche und maßlose

Bereits Anfang August hatte der Bezirksvorstand der DKP/Bremen-Nordniederrhein deutlich gemacht, daß es erhebliche Differenzen zum BAL-Programm geben. Das hinderte die DKP in der Folgezeit nicht, in Publikationen mehrfach den Eindruck zu erwecken, als gehörten DKP und BAL inniglich zusammen. Die „UZ“ veröffentlichte drei Porträts von BAL-Kandidat/innen, bei denen genüßlich herausgesprochen wurde, daß sie Mitglieder der DKP, und in einem Fall auch Funktionsträger, sind. Dem unbedarften Leser mußte und sollte sich der Eindruck aufdrängen, die DKPler seien wesentlich an ihrer DKP-Mitgliedschaft auf die Kandidatenliste der BAL gewählt worden. Der Realität entsprach das mitnichten: In übereinstimmender Aussprache war vor der Kandidatenkur festgelegt worden, öffentliche Untersuchungen und „Vehore“ über Organisationsmitgliedschaften (vergangene wie gegenwärtige) zu unterlassen.

Während alle anderen Strömungen, deren Mitglieder in der BAL mitarbeiteten, auf Selbstdarstellungen und Eigenprofilierung zu Lasten der BAL verzichteten, griff die örtliche DKP, anscheinend auf höhere Weisung, in der Schlussphase des Wahlkampfes noch stärker in die Taaten. In sogenannten „Nachbarschaftsbriefen“ (von DKP-Partnern an ihre Nachbarn) wurde zur Wahl der BAL aufgerufen und, damit die Nachbarn auch wirklich überzeugt wurden, die Kandidatur von Mitgliedern der DKP auf der BAL-Liste besonders herausgestrichen. Ohne kleinlich zu werden, möchten wir da doch anmerken, daß dies für die Nachbarn höchstens von negativer Bedeutung war, der BAL eher geschadet hat und nur einen weiteren Hinweis auf die maßlose Selbstüberschätzung der DKP lieferte.

Kaderwechsel nach der Wahl?

Am 19.9. behauptete die „Welt“, daß der DKP-Parteivorstand nach der Wahl die Ablösung von Bremer Spitzenfunktionären vorsehen wolle, weil sie unverzichtbare DKP-Positionen aufgeben hätten. Realer Hintergrund solcher „Kreml-Astrologie“: In der „UZ-Extra“ vom 19. wurde ein Protokoll der 8. Tagung des DKP-Parteivorstands veröffentlicht, wo Teile des BAL-Programms als „antikomunistisch“ und „antikommunistisch“ bezeichnet wurden. Nun muß es jeder Organisation überlassen bleiben, ihre organisatorische Freiheit mit organisierter Dummheit zu verwechseln, doch konnte der Geschäftsführende Ausschuss der BAL die Unterstellung der DKP-Spitze, die BAL betrachte ihr Programm als „unverbindlich“, nicht hinnehmen. In einer Richtungslegung („UZ“, 17.9.) wies der BAL-GA (mit Zustimmung der anwesenden DKP-Genossen?) darauf hin, daß Zweifel an der Verbindlichkeit des BAL-Programms jeder Grundlage entbehren.

Diese erste Kritik am DKP-Parteivorstand in der „UZ“ nach 15 Jahren wird sicher manchen verbotenen Parteifunktionär nicht gefallen haben, doch böte dies allein kaum Anlaß zu Spekulationen. Gewichtiger sind da schon Klagen von DKP-Mitgliedern über ihre sektiererische Parteiführung und bundesweite Distanz in der DKP gegenüber dem Bremer Bemühen um eine offenere Bündnispolitik. Ob Befürchtungen einiger DKP-Genossen und -Genossen, insbesondere auch das magere Wahlergebnis könnte zum Anlaß für einen erneuten Kaderwechsel genommen werden, tatsächlich zutreffen, werden die kommenden Monate erweisen.

Kt., Hamburg

KB/Gruppe Bremen

Ein großzügiges Angebot

„...Wenn wir also die Mitarbeit von DKP-Partnern in Wahlbündnissen ausschließen, ist dafür nicht formale Parteimitgliedschaft maßgeblich. Dort wo DKPler tatsächlich einen Ausnahmefall darstellen, ist die alternative und grüne Wahlkampfbewegung (??) vollzogen haben und deshalb vor ihrem Parteiausschluß bzw. Parteiaustritt stehen, sind sie willkommen.“ So heißt es in dem maßgeblich von Linkgrünen mitverfaßten Papier der IAG

Kommunalpolitik der Grünen NRW (20.8.83).

Es macht also nichts, wenn jemand noch ein DKP-Parteibuch zuhause hat, sofern es ihm lediglich darum geht, der DKP mit seinem Ausschlußverfahren Schere zu machen oder als Informant und Werber seiner neuen grünen Freunde noch ein bißchen weiter in der DKP zu arbeiten.

Kann man denn noch großzügiger und offener sein?!

möglich machen, dann müßten sie doch erst eine Zusammenarbeit in der Anti-AKW Bewegung und überhaupt in allen ökologischen Bündnissen und Bewegungen völlig unmöglich machen. Wenn die Haltung der DKP zur politischen Arbeiterbewegung eine kommunalpolitische Zusammenarbeit unmöglich macht, dann müßte sie doch erst recht eine Zusammenarbeit in der Arbeiterbewegung (aktuelles Beispiel: die Werft-Besetzungen) unmöglich machen. Das verbeschworene Problem der „Glaubwürdigkeit“ stellt sich in den themenbezogenen Einzelbewegungen viel stärker als in der Kommunalpolitik, wo der Bezug zu Afghanistan und dem AKW in Magdeburg doch deutlich etwas Ozeanisches, künstlich Konstruiertes hat. Es ist natürlich eindrucksvoll, wenn ein grüner UVB-Befürworter mahnend beschwört, daß in einem gemeinsamen Wahlbündnis mit DKP-Partnern keine Solidarität mit Solidarnosc mehr möglich wäre. Daß dieses Argument an den Haaren herbeigezogen ist, merkt man erst dann, wenn man einmal zusammenzulegen versucht, wieviel Solidaritätsaktionen für Solidarnosc eigentlich bisher seitens der grünen und grün-alternativen Listen stattgefunden haben. Die Finger einer Hand reichen wahrscheinlich aus, um die bundesweite Summe auszuzeichnen! Auf der anderen Seite führt die auch von den UVB-Befürwortern zugestehende „punktueller“ Zusammenarbeit mit der DKP beispielsweise in der Friedensbewegung zu echten Ärgernissen. Was ist etwa von den Abrüstungsverhandlungen und der Entspannungspolitik halten, ist für die Kommunalpolitik in Lütlich-Emmerscheidt in Wirklichkeit ziemlich gleichgültig. In der Friedensbewegung hingegen wäre das eigentlich ein brandender Konflikt.

Der ganze grüne Argumentationsstrang — punktueller Bündnisse mit der DKP ja Wahlbündnisse Nein — beruht sich umsonst auf heiligen Prinzipien. In Wirklichkeit geht es um den die Grünen und in der Wahlbewegung“ stark genug, der DKP die Tür zu weisen und im Alleingang ihre Linie

gegenüber (Beispielhaft der vom Anlaß her drittgrößte Streit um die „Blut-Aktion“, an dem quer durch die Partei die politischen und persönlichen Widersprüche knallen).

Warum man diese Konflikte allgemein in einer Partei aushebeln kann — und darauf sogar noch stolz ist — während angeblich die Widersprüche zur DKP noch nicht einmal ein Wahlbündnis (also eine sehr viel niedrigere Form der Einbeziehung) mit DKP-Mitgliedern erlauben, müßte von den UVB-Befürwortern endlich einmal öffentlich erklärt werden. Ich finde z.B. das Votum der grünen Bundestagsabgeordneten Basian für die Anschaffung neuer Kampftruckschrauber sehr viel interessanter als die Haltung der DKP zum AKW Magdeburg in einem eventuellen kommunalen Wahlbündnis. Und für jemanden, dessen Parteifreunde schon die Wiesbadener „Blut-Aktion“ für Gewalt halten, scheint es mir sehr verlogen, wenn er den UVB gegen die DAP scheuernd mit dem Hinweis auf die abwegige Rolle jener Partei in der Friedensbewegung abstützen will. Hier sind offensichtlich Heuchelei und Scheinheiligkeit am Werk. Man beschwört heilige Prinzipien, wo es in Wahrheit um platte Parteinteressen geht. Und man hat damit sogar Erfolg in der praktischen Politik, weil linke Politik in Deutschland sich schon immer darin gefallen hat, so prinzipiell wie möglich festzuhalten, mit wem man auf keinen, aber auch auf gar keinen Fall zusammenarbeiten kann. Und man hat mit diesen hektographierten UVBs doch verdammt einfach gemacht: Man hat eine absolut feste Regel und ein gefälliges Bündel von Argumenten aus der Dose, mit denen man an jedem Ort und zu jeder Zeit begründen kann, warum DKP-Partnern prinzipiell draußen bleiben müssen. Da liest sich dann ein Aufsatz von Birgit Hasbach (Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen in Mainz) zur Kommunalpolitik ganz ähnlich wie ein Papier der Landesparitätischen Kommunalpolitik der Grünen NRW zum gleichen Thema. Und

Bunte Liste Bielefeld
Wahlbündnis oder grüne Filiale?

Der Streit um die weitere Entwicklung der alternativen Wahlbewegung, wie er sich längst an der Bremer BAL entzündet hat, findet seine aktuelle Fortsetzung in der Frage der Kandidatur der Grünen bei den Kommunalwahlen 1984 in Nordrhein-Westfalen. Der Versuch der DKP, sich in örtliche Wahlbündnisse hineinzudrängen oder selbst solche hochzuziehen, wird dabei von Seiten der Grünen oftmals benutzt, um ihre Alleinkandidatur („Offene Liste“) propagandistisch abzusichern. In Bielefeld wäre eine solche grüne Kandidatur kaum möglich, da es hier eine starke Bunte Liste gibt, die seit vier Jahren im Parlament vertreten ist.

DKP will in BL mitarbeiten...

Die Debatte um die NRW-Kommunalwahlen beginnt in der Bunte Liste nur zaghaft. Anstoß dafür, daß sie überhaupt in Gang kam, war der Beschluß der Kreisdelegiertenversammlung der DKP vom Juli. Darin bekundete sie ihre Bereitschaft, „konstruktiv an der Erarbeitung eines Kommunalwahlprogramms teilzunehmen, das die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt. Auf einer solchen Grundlage wären Kommunisten bereit, auf der Bunte Liste mitzukandidieren“. (aus dem Beschluß). „In diesem Fall würde die DKP zur Wahl der Bunte Liste aufrufen und“ — wer hätte das gedacht — „auf eine eigene Kandidatur verzichten.“ (f. Ravensberger Echo, Sept. 83, DKP-Stadteilzeitung).

DKP-Mitglieder, die daraufhin auf dem Bunte-Liste-Plenum am 2.9. ihre „Bereitschaft“ vortrugen, berichteten, daß sie schon das Kommunalwahlprogramm der BL 1979 „ganz gut“ gefunden hätten. „Irgendwie“ verstünden sie es heute auch nicht mehr, wieso sie nicht schon damals mitgemacht hätten.

...und „gefährdet so die
Herausbildung breiter Bündnisse“

In einem Papler der NRW-grünen Landesarbeitsgruppe (LAG) Kommunal-

nen „Orientierungshilfe“, wie das hier zitierte LAG-Papier von den Autoren genannt wird

Minimalkonsens? Nein! Dankel

Die DKP ist bekanntlich die Vertreterin eines programmatischen Minimalkonsenses. ... gemeinsames Minimumprogramm, welches zugleich jene Fragen ausspart, in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind. (f. u. z., 1.9.83) Es gibt u.E. keinen Grund, der DKP zullebe auf in der gesamten Wahlbewegung ansonsten unumstrittene Positionen zu verzichten, wie etwa die Ablehnung von AKWs überall, und nicht nur in der BRD. Nur kriegt die ganze Debatte inzwischen den Drall, die AKWs in Magdeburg nur noch zwecks Ausgrenzung der DKP vorzuschieben.

Da örtlich eine Zustimmung der DKP zur Ablehnung von AKWs „in Ost und West“ durchaus drin ist, muß — so man die DKP unbedingt draußen haben will — die ganze Frage weiter zugespitzt werden und landet dann fast zwangsläufig bei den „grünen Grundüberzeugungen“. Das BL-Mitglied Rudolf Boch, Vertreter im Bundesausschuß der Grünen Partei, hielt denn auch auf dem BL-Plenum den Streit um AKWs im „Realen Sozialismus“ für lediglich oberflächlich. Es gehe um mehr, um die Ablehnung eines menschenfeindlichen Industrie- und Techniksystems überhaupt, wovon AKWs nur ein Ausdruck seien.

Sicherlich ist mit dem formalhaften Herunterleiten der „kapitalistischen Anwendung“ der Technik, die es zu kritisieren gelte (ansonsten sel aber Technik an sich positiv), viel Schindluder getrieben worden, besonders von der DKP. Aber auffällig ist doch, wie auch hier ein „ehemaliger Linker“ (Boch über Boch auf dem BL-Plenum) in bedenkliche Nähe zu Bahros „Ausstieg aus dem Indusriesystem“ begibt. Das ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil hier in der Grunddifferenz zwischen „Traditionisten“ einerseits, „Ökologen“ andererseits Terrain aufgeben wird. Diejenigen „Traditionisten“, die diese Linie mitmachen, untergraben sich damit ihrer, kurz oder lang ihre eigene Position, die diese Politik mitmachen, untergraben sich damit über kurz oder lang ihre eigene Position. Das gilt auch für den Punkt „Realer Sozialismus“: bei Teilen der Grünen ist die Grundlage für die Kritik am „Realen Sozialismus“ überwiegend im Antikommunismus zu suchen.

Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Von R. Krämer, dem BL-Fraktionsvorsitzenden im Bielefelder Rat, der das oben erwähnte LAG-Papier entworfen hat, waren vor zwei Jahren noch ganz andere Töne zur DKP zu hören. Parallel zum „Hamburger Frühling“ 1981 zwischen der linksgrünen „Gruppe Z“ und der DKP sollte in Bielefeld ein Funktionär der DKP in den Weiterbildungsausschuß als stellvertretender Abgeordneter der Bunte Liste geschickt werden. Dieses Angebot an die DKP war mit deutlicher Mehrheit des BL-Plenums erfolgt. CDU, SPD und FDP schäumten vor Wut: Der Wählerwille würde unterlaufen, wenn eine Partei, die bei den Wahlen gescheitert sei, auf diesem Weg von der Bunte Liste Sitz und Stimme im Parlament erhalte. R. Krämer wies damals zusammen mit dem Fraktionsgeschäftsführer der Bunte Liste diese Angriffe in scharfer Form zurück: „Wir fragen nicht nach Parteizugehörigkeit“, entscheidend sei die Sachkenntnis des DKP-Funktionärs gewesen usw. (ausführlich: AK 198)

Heute argumentiert R. Krämer und mit ihm die gesamte grüne LAG, „Über den Umgang der Beteiligung an „Alternativen Listen“ versucht die DKP, den Einfluß auch auf parlamentarischer Ebene zu erreichen, den ihr die Wähler bisher verweigert haben, aus guten Gründen.“ Auch daß nicht nach Parteizugehörigkeit gefragt wird, gilt heute nicht mehr. „Als solche“ soll die Mitgliedschaft zwar keine Rolle spielen, aber: „DKP-Mitglieder, die tatsächlich einen Annäherungsprozeß an die alternative Wahlbewegung vollzogen haben und deswegen vor ihrem Parteiaustritt oder -ausschluß stehen ... sind willkommen.“ Ungeheuer großzügig also! Einem DKP'ler, der sowieso schon auf dem Abprung ist, wird nachgesehen, daß er sein Parteibuch noch nicht zurückgegeben hat. Das ist in Wahrheit ein Unvereinbarkeits-

schluß nicht nur gegen die DKP als Partei, sondern auch individuell gegen jedes einzelne Mitglied. Davon kann sogar die SPD noch etwas lernen.

R. Krämer hat auf dem BL-Plenum am 2.9. an die DKP-Mitglieder appelliert, ihre Anträge auf Mitgliedschaft in der BL zurückzuziehen, da man sonst „gezwungen“ sei, einen UVB zu verabschieden. Aber warum eigentlich sollte die DKP ihren Gegnern diese Peinlichkeit ersparen?

Grüne Parteiladenpolitik

Wir hatten oben schon gesehen, wie in dem Papier der Grünen-LAG die DKP als Vorwand benutzt wird, um die Bildung von GAL-Bündnissen zu erschweren (Mißbrauchsmöglichkeit usw.). Auch auf dem BL-Plenum sprach R. Krämer davon, daß in NRW weitgehend über „Offene Listen“ der Grünen Partei hinaus nichts drin sein werde. Was heißt das nun für Bielefeld, wo es ja die Bunte Liste gibt?

R. Boch, Mitglied im BHA der Grünen, meinte, die BL mit ihrem „erfahrenen Kaderstamm“ brauche die DKP nicht zu fürchten, eher umgekehrt. Wenn man aber eine Mitarbeit der DKP zulasse, würden die DKP'ler andernorts mit Hinweis auf das Modell Bielefeld die „unerfahrenen, jungen Menschen aus dem Ruhrgebiet“ ins politische Absichtsführen. Deshalb dürfe es so ein Modell nicht geben. Auch sei die Bunte Liste inzwischen eher eine Partei mit, wenn auch z. T. noch kritischem, so doch insgesamt positivem Bezug auf die Grüne Partei und deren Grundüberzeugungen. Während die DKP nach der Revolution einen neuen Staatsapparat aufbauen wolle, seien die Grünen schon sehr viel weiter: „Freie Assoziation der Produzenten“, wo die Gesellschaft vor dem Staat geschützt werden müsse. Boch und seine Freunde mögen da tatsächlich „weiter sein“, aber bestimmt nicht die Grünen. So meinte denn auch der BL-Abgeordnete im Planungsausschuß auf dem BL-Plenum, daß ihn von Teilen der Grünen („Ausstieg aus dem Indusriesystem“) mehr trenne als von der DKP (Antikapitalismus).

Ähnlich Rainer S. D., BL-Li. und stinesystem“) mehr trenne als von der DKP (Antikapitalismus).

Ähnlich Rainer S. D., BL-Li. und Grünen-Mitglied: er tritt in der Frage der Verschmelzung von grünem KV und BL für die Eigenständigkeit der Bunte Liste ein, und zwar wegen des sogenannten „traditionalistischen“ Profils der BL (vergl. BL-Mitgliederrundbrief v. Juli 83).

Die beiden Larven, die hier sichtbar sind, drücken sich auch in der Frage der Kandidatur aus. Wenn man, wie R. Boch, die BL eher als Teil der Grünen Partei begreift, ist es eigentlich ganz konsequent, eine Ausweitung des Bündnispektrums in Richtung „Traditionismus“ zu blockieren. Ausdrücklich lehnte denn auch Boch den Versuch einer Einbeziehung von DS, Sozialliberalen (Ex-FDP), linken Sozialdemokraten u.ä. ab. Eine solche Kandidatur wäre praktisch eine grüne Alleinkandidatur mit anderen Namen.

Wie es weitergeht...

Ist derzeit nicht zu sagen, zumal die meisten Aspekte in der Bula-Diskussion lediglich oberflächlich angekratzt wurden. Die Lage, in der sich die DKP derzeit befindet, hat sie sich größtenteils selbst zuzuschreiben. Vieles von dem Mißtrauen, das ihr entgegengebracht wird, ist ja durchaus berechtigt: Diese Partei, die allzu, allzu spät ihre Liebe zur Wahlbewegung entdeckt hat, wird — falls überhaupt — hier nur mitarbeiten können, wenn sie sich in bescheidener Zurückhaltung übt. Das Gepöhl und die selbstgefällige Arroganz, mit der die DKP verkündet, wie denn nun ein Programm auszuweisen hat, damit die Bunte Liste in den Genuß der DKP-Bereitschaft kommt, „auf einer solchen Grundlage mitzukandidieren“, sieht ihr schicklich zu Gesicht, nicht zuletzt auf Grund ihrer geringen realen Einflüsse. Aber die alternative Wahlbewegung, namentlich die Bunte Liste, sollte sich durch die mögliche Mitarbeit von DKP'lern nicht schrecken lassen und mehr Souveränität an den Tag legen. Sie sollte ihre Selbstverständnissdebatte nicht ausschließlich unter dem Blickwinkel grüner Parteiladenpolitik führen, was letztlich nur zur Stärkung des grünen Alleinvertragsanspruchs führen würde.

Mainz:
Streit um ein
kommunales
Wahlbündnis

Anderer (Bundes-) Länder, die gleichen Sitten: Wo auch immer im Bundesgebiet grün-alternative Listen gegründet werden sollen, wird vorrangig und mit stets gleichbleibenden Pro- und Kontra-Argumenten die Frage der DKP-Beteiligung diskutiert. So auch in Mainz, wo im Juni kommenden Jahres Kommunalwahlen stattfinden werden und wo sich bisher folgendes zgetragen hat:

Die Mainzer Grünen eröffneten im Frühsommer mit einem Schreiben an diverse Initiativen, Einzelpersonen und Organisationen (inkl. DKP) die Diskussion um ein alternatives Wahlbündnis. Die DKP signalisierte sogleich freudige Bündnisbereitschaft und beteiligte sich am Vorbereitungskreis für das erste öffentliche Treffen, das inzwischen (am 10.9.) stattgefunden hat. Derweil legten sich die Grünen fest: „Es gibt in Mainz keine alternativen Wahlbündnisse, wenn die DKP auf einer Teilnahme besteht.“ (Burgh Hasbach, Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen). Auch ein kommunalpolitisches Bündnis bedürfe „der Übereinstimmung in grundsätzlichen politischen Fragen“. Wer wie die DKP eine Diskussion über die Friedensbewegung mit dem Argument abwürgen wolle: „Wir leben doch hier nicht in Jena, sondern in Mainz“, konserviere die „eng gesteckten, engstirnigen Grenzen der traditionellen Kommunalpolitik“ (B. Hasbach) und unterstütze damit „die Position der CDU, die den Antrag nach einem stromwaffenfreien Mainz mit Begründung abgelehnt hat, friedenspolitische Themen gehören nicht in den Bereich der Kommunalpolitik“.

Was der Beschluß der Grünen zur DKP im einzelnen bedeuten soll, ist — wie der 10.9. sagte — bei seinen Urhebern mittlerweile umstritten: die einen wollen ihn als generellen Un-

vereinbarkeitsbeschluß auch gegen einzelne DKP-Mitglieder verstanden wissen (z.B. der grüne Kreisvorsitzende Conrad) und befürworten entsprechend eine „grün-offene“ Liste; andere wollen DKP-Mitglieder aus örtlichen BIs in der Liste mitarbeiten lassen.

Nach der 4 1/2-stündigen Debatte am 10.9. stellt sich die Lage bei den Mainzer Grünen aus der Sicht eines unabhängigen Mitglieds der BI Umwelt-schutz Mainz-Wiesbaden so dar: „Diese Leute (die grüne Mehrheit — Annm. AK) mal über einen Kamm geschert — haben mit Blick auf die Mehrheiten alle möglichen Berührungspunkte und sind auch jederzeit bereit, sich von Chaos, Kommunisten, Asozialen usw. zu distanzieren (...). Die Linken der Grünen, jetzt ohne Unterstützung der Initiativen, werden ihre internen Kämpfe bald leid sein und sich zurückziehen“.

Und aus der Sicht der DKP heißt es in einer „Stellungnahme zum 10.9.“ von Dieter Dörfinger, Mitglied des DKP-Kreisvorstandes und „Verantwortlicher für Bündnispolitik“: „Die DKP will nicht prinzipienlos oder gar anberodisch ein Wahlbündnis mit den Grünen um jeden Preis. (...) Trennende Fragen sollten zurückgestellt werden. Das muß nicht bedeuten, daß sie totesgeschwiegen werden, aber die Frage ist doch, in welchem Klima werden sie diskutiert?“ Überhaupt, das Klima: Die DKP war schon immer für breitestmögliche Bündnisse und sachlichen Meinungsstreit. Daß es nie dazu kam, haben die anderen zu verantworten: „Was sich vor 10 Jahren an Kämpfen und Reibungsverlusten schon verheerend auswirkte, ist heute unter einem Innenminister Zimmermann vollends unerträglich.“ (Alle Angaben und Zitate nach „Regionalblatt Wiesbaden“ v. 15.9.83).

Grüne
und
Grundgesetz

„Das Grundgesetz gewährleistet also kein Widerstandsrecht gegen Unterdrückung, Ausbeutung und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, soweit dies im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung, also durch die zuständigen Organe, vor allem die Volksvertretung, gebilligt wird.“ Dieser bemerkenswerte Satz findet sich in dem Aufsatz „Grüne und Grundgesetz“ mit dem ein Prof. Stöber in der September-Ausgabe der „Zeitschrift für Rechtspolitik“ nachzuweisen versucht, daß die Grünen eine „verfassungsfremde“ Partei sind.

Der aufmerksame politische Beobachter hat zwar schon immer vermutet, daß die „verfassungsmäßige Ordnung“ in diesem unseren Lande auch Unterdrückung, Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen zuläßt. Dies nun professoral bestätigt zu bekommen, ist auch eine Art Erfolgserlebnis.

Auch die praktizierte Basisdemokratie ist laut Stöber „verfassungsfremd“. Das Prinzip der Repräsentation des Volkes durch seine Abgeordneten sei im Grundgesetz vorgesehen. „Die basisdemokratische Dezentralisierung beruht letztlich jedoch auf unkontrollierbarer und keine Verantwortung schuldender Selbstbestimmung.“ Und das darf natürlich nicht sein. Das Rotationsprinzip — von den Grünen im Bund und in einigen Ländern beschlossen, verstoße gegen den Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahl. Dieser erfordere, daß zwischen der Wahlentscheidung des Bürgers und der Bezeichnung des Parlaments keine weitere Entscheidung eines anderen Organs geschehen sei. Außerdem wisse man das Rotationsprinzip der Wähler je gar nicht, wenn er alles wähle. Nun weiß er das natürlich bei den anderen Landeslisten auch nicht, jedenfalls solange nicht,

wie die Stimmen nicht ausgezählt und der Wahlanteil einer Partei festgestellt ist. Bis dahin weiß der Wähler nie, wen er mit seiner Stimme gewählt hat. Aber solche kleinliche logische Überlegungen sind nicht die Sache des Prof. Stöber. Ihm geht es ja auch nicht um „wissenschaftliche Redlichkeit“, sondern um politische Agitation gegen die Grünen, wissenschaftlich verbrämt.

So wundert es wohl auch kaum noch jemanden, daß nach seiner Meinung die Disziplinenregel der Grünen, die das Abgeordneten-Einkommen stark begrenzt, „verfassungswidrig“ ist, weil dadurch die Unabhängigkeit des Abgeordneten in Frage gestellt wird.

Besonders interessant ist schließlich der Abschnitt „Grüne und öffentlicher Dienst“. „Angesichts der dargelegten basisdemokratischen Grundsätze besteht erhebliche Zweifel, ob grüne Beamte für den gegenwärtigen Staat und seine Verfassung aktiv eintreten. Der Staat ist jedoch auf einen intakten, loyalen, pflichtgetreuen dem Staat verbundenen Beamtenkörper angewiesen, weil davon die sachgerechte, effiziente und punktuelle Erledigung der vielfältigen und komplizierten Verwaltungsaufgaben vor allem in Krisenzeiten abhängt. Dieser Umstand sollte bei der Einstellung grüner Bediensteter beachtet werden.“ Kommentar ist hier wohl überflüssig.

Ziel des Aufsatzes ist es offensichtlich, das juristische Handwerkzeug zu liefern, das bei einem Vorgehen gegen die Grüne Partei zur Verfügung stehen könnte. Das Verdikt eines „Verfassungsfremden“ — Ausdruck der größten Achtung, die dieser unser Staat zu vergeben hat — kann so bald jeden Grünen treffen.

KB/Gruppe Marburg

Die Vorgeschichte

1968 fusionierten die Howaldtwerke Hamburg und Kiel mit der Deutschen Werft Hamburg zur größten bundesdeutschen Schiffswerft HDW mit damals 22.000 Beschäftigten. Die Fusion war Auftakt für Straffung des Unternehmens und Werkschließungen: 1972 — 1974 wurde das HDW-Werk in Finkenwerder (Hamburg) dichtgemacht, 1981 folgten die Werke Reihersleg in Hamburg und Dietrichsdorf in Kiel. Die Belegschaftsstärke sank auf 12.050 in Hamburg und Kiel um die Jahreswende 1982/83. Mit dem Wechsel im HDW-Vorstand im November 1982 — als Arbeitsplatzkiller Ahlers seinen neuen Job übernahm — wurde daran gegangen, einen seit Anfang der siebziger Jahre bestehenden Plan zu realisieren: Konzentration des Schiffneubaus auf der HDW in Kiel und schrittweise Aufgabe des Hamburger Werkes. Dieses war die zwischen Schiffbauindustrie und damals sozialdemokratisch geführter Bundesregierung vereinbarte Linie in der Werften-Enquete von 1972 niedergeschriebene Zielsetzung (Auftraggeber für dieses Gutachten war die Bundesregierung). Entsprechend dieser Linie weigerte sich das SPD-regierte Land

Hamburg immer, Anteile an der bundeseligen, dem staatlichen Salzgitter-Konzern gehörenden HDW zu erwerben, im Unterschied zum Land Schleswig-Holstein, das sich mit 25,1% am HDW-Aktienkapital eingekauft hat.

HDW-Sanierer Ahlers arbeitete gut. Wohlgestimmt legte er 8 Tage nach der Bundestagswahl vom 6. März 1983 und einen Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl vom 13. März 1983 das neue Konzept des HDW-Vorstandes vor: Einstellung des Schiffneubaus in Hamburg, Reduzierung der HDW-Belegschaft um weitere 4000 Kollegen (jeweils 2000 in Kiel und Hamburg). Rigide Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen sind eingeplant. Die Belegschaft reagierte das erste Mal massiv: Fünf Tage ruhte im März in Hamburg die Arbeit, 3000 Arbeiter waren streikend in Kiel-Gaarden.

Nachdem der Aufsichtsrat der Salzgitter AG dem Vorstandskonzept am 28.3. zugestimmt hatte, verkündeten die Aktivisten, Resignation machte sich breit.

Im September geht der HDW-Vorstand an die Realisierung seines Konzeptes. Zunächst 1354 Kolleginnen und Kollegen sollen gehen...

Tagebuch:

9 Tage Betriebsbesetzung auf der HDW

Hungerstreik der HDW-Frauen

Dienstag, 6.9. — Als der Vorstand dem BR (Betriebsrat) eine Entlassungsliste mit 1354 Namen auf den Tisch knallt, ohne auch nur die Verhandlungen über einen Sozialplan abzuwarten — und noch während die Eingangsstelle im Direktionsgebäude tagt, die (gegen den Willen des BR) darüber beraten soll, wie der Personalabbau am besten durchzuführen sei — flammte der Protest erneut auf. Über 1000 Kollegen legten die Arbeit nieder. Noch am selben Tag beantragt der BR beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Entlassungen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind seit März schon etwa 700 Kollegen unter erheblichem Druck „freiwillig“ gegangen.

Mittwoch, 7.9. — Um 5.30 Uhr beginnen einige Frauen von HDW- und MAN-Kollegen einen dreitägigen Hungerstreik an den Landungsbrücken. Ihre eigene Betroffenheit zu verdeutlichen, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und ihre Männer im Kampf zu unterstützen. Aus Solidarität essen viele Kollegen nicht in der HDW-Kantine. Auch in der Öffentlichkeit gibt es ein breites, positives Echo.

Donnerstag, 8.9. — Außerordentliche Betriebsversammlung auf der Werft. Die im Hungerstreik befindlichen Frauen werden mit tosendem Beifall begrüßt. Wirtschaftsminister Volker Lange erklärt, daß Ahlers laut einer geheimen Gesprächsnotiz zugegeben habe, in 2-3 Jahren werde die Werft vollständig geschlossen. Ahlers weist, behelmen Gesprächsnotiz zugegeben habe, in 2-3 Jahren werde die Werft vollständig geschlossen. Ahlers weist, behelmen Gesprächsnotiz zugegeben habe, in 2-3 Jahren werde die Werft vollständig geschlossen.

Unter dem Jubel der Kollegen überreicht ein Betriebsrat dem Vorstand „blaue Briefe“. Das Mittel der Betriebsbesetzung wird offen diskutiert. Alle Zeichen stehen auf Kampf. Auch der IGM-Sekretär sieht sich gezwungen, zu Aktivitäten der Gewerkschaft aufzurufen. Ein Vertreter der DAG (1) hingegen fordert klar dazu auf, „Vorbereitungen für Arbeitskampfmaßnahmen zu treffen“. Bis zum kommenden Montag wird die Betriebsversammlung unterbrochen.

Freitag, 9.9. — In der Presse ist schon nachzulesen, daß am Montag mit einer Betriebsbesetzung zu rechnen sei. Während des Wochenendes wird eine AL (Aktionsleitung) gebildet, die sich aus allen wesentlichen Strömungen in der Belegschaft zusammensetzt: IGM, Aktive Metall (fortschrittliche Kollegen, bei der letzten BR-Wahl oppositionelle 2. Liste gegen die unternehmerfreundliche IGM-Politik, auf Anruf absolute Mehrheit, seitdem Ausschluss aus der IGM und Kampf um Wiederaufnahme) und KIO (1. Mandat bei der letzten BR-Wahl). Die AL bereitet die notwendigen Schritte vor.

Samstag, 10.9. — Streikposten vor dem Werkstor verhindern, daß am Wochenende Überstunden gemacht werden. Auch Arbeiter von Fremdfirmen kehren unverrichteter Dinge wieder um.

Sonntag, 11.9. — Wieder Streikwachen vor dem Eingang. Die letzten organisatorischen Maßnahmen für die geplante Aktion werden getroffen.



Die Besetzung — erster Tag

Montag, 12.9. — 7.30 Uhr Fortsetzung der Betriebsversammlung. Wie geplant, wird sie nach 2 Stunden unterbrochen. Fast alle Kollegen folgen dem Aufruf und fahren auf 3 vorher bestellten Fähren zu den Landungsbrücken, um von dort aus in einem kämpferischen Demo-Zug in die Innenstadt zu marschieren. Auf einer Kundgebung bestärken mehrere Redner die Entschlossenheit der etwa 3000 Kollegen. Auch Bürgermeister von Dohnanyi hängt sich an den Protest an und versucht wieder einmal (unter anfänglichen Pfiffen, denen dann Beifall folgte), alle Schuld auf die CDU in Bonn zu schieben.

Nach der Rückkehr zur Werft schlägt auf der fortgesetzten Betriebsversammlung die AL die Besetzung vor. Als einziger Redner verurteilt ein Vertreter des CMV (CDU-„Gewerkschaft“) die geplante Aktion. Sein Beitrag geht in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert unter. Mit überwältigender Mehrheit — bei nur einer Handvoll Enthaltungen und Gegenstimmen — beschließt die Belegschaft, die Werft zu besetzen und die Arbeit niederzulegen, bis die Hauptforderungen der Kollegen erfüllt sind.

— Rücknahme der Entlassungen
— Verlegung eines Schiffneubaus von Kiel nach Hamburg
— Verhandlungen über die weitere Zukunft des Betriebes.
Tosender Beifall. Um 15.30 Uhr werden die Tore besetzt, Wachen rund um die Uhr eingeteilt. Liegen und Matratzen aufgebaut. Viele Kollegen gehen nach Hause, um abends mit Sack und Pack zurückzukommen. Manche bleiben gleich da, Essen für die Nacht. Ein Streikwache wird organisiert. Die ersten Besucher kommen mit Solidaritätsadressen, Spenden, Obst, Kaffee, Buchern u.v.a.

Als Vorstandsmitglied Nadler wie gewohnt mit seinem Mercedes auf's Gelände fahren will, scheitert er an der entschlossenen Torwache. Nur zu Fuß darf er rein. Während dreht er ab. Unbemerkt klettert er an einer anderen Stelle über den Zaun. Leider existiert hiervon kein Bild. Es hätte bestimmt gute Chancen, Pressefoto des Jahres zu werden. Etwa 250 Kollegen verbringen ihre erste Nacht auf der Werft, die ihnen im Laufe von Jahren so viel von ihrer Gesundheit, ihren Nerven und ihrem Leben gekostet hat.

Zweiter Tag

Dienstag, 13.9. — Pünktlich wie immer, strömen morgens die Besucher ein und stampfen ihre Karten. An den Toren verteilen Kollegen der Nachschicht das 1. Info der Aktionsleitung, das kurz über die Ereignisse informiert, und zur Belegschaftsversammlung um 7.30 Uhr in der Kantine aufrufen. Gleichzeitig läßt der Vorstand durch die Leute vom Werkschutz ein freches Flugblatt verteilen, in dem die Kollegen zur Arbeit aufgerufen werden. Andernfalls müßten sie mit Lohnentzug und arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. U.a. heißt es dort: „In der Betriebsversammlung am 12.9.83 soll die Belegschaft angeblich mehrheitlich beschlossen haben, im Werk Hamburg im Zusammenhang mit den betriebsnotwendigen Personalanpassungen die „Werft zu besetzen“.“

Auf der gut gefüllten Versammlung in der Kantine wird mit Russen-Mehrheit die weitere Besetzung beschlossen. Auch die wichtigsten Maßnahmen der AL werden offen diskutiert und abgestimmt. So wird in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung erreicht, daß die Kantine wieder für die Belegschaft mittags und abends geöffnet wird. Dafür erlaubt sie einen notwendigen Schiffs-Anstrich im Dock und läßt eine Stiegenrohrabschichtung nach Bilbao aus dem Werk, die dort dringend gebraucht wird.

AL-Sprecher Otto Kock wird von Vorstandsmitglied Nadler mit möglichem Regressforderungen massiv unter Druck gesetzt — erfolglos. Jedoch muß er wegen Kreislaufschwäche ins Krankenhaus gebracht werden. Sein Stellvertreter Andreas Müller-Goldenstedt („Mügo“) übernimmt seinen Platz und wird darin von der Versammlung ausdrücklich bestätigt.

Hauptabteilungsleiter ziehen plötzlich riesige Listen mit angeblich notwendigen Arbeiten aus der Tasche. AL und Belegschaft bleiben hart. Nur wenige Erwerbliche arbeiten. Allerdings bleiben die meisten Angestellten in ihren Büros. Nachmittags kommen Betriebsräte direkt aus dem Gericht und verkünden unter dem Jubel der Kollegen, daß das Arbeitsgericht in erster Instanz in einer einstweiligen Verfügung den Vorstand verpflichtet habe, die Kündigungsfrist um einige Wochen zu verschieben, damit der BR mehr Zeit zur Prüfung hat. Gleichzeitig trifft sich eine am Vortrag gewählte Delegation aus Vertretern der Belegschaft, der Frauen und der IGM in Bonn mit zwei Staatssekretären im Finanzministerium, kehrt aber abends enttäuscht zurück. Keine Zusagen. Die Kantine ist zur „Streikzentrale“ geworden. Unten der große Versammlungsraum, oben der „Schlafsaal“. Die AL hat ihr „Büro“. Draußen große Stelltafel mit den Solidaritätsadressen, Telegrammen und Spenden. Das Haupttor der Werft — mit Krangewichten gesichert — ist geschmückt mit Blumen, Fahnen, Transparenten und einer „Solidarnose“-Flagge. Jeder HDW'er und Besucher darf rein und raus, letztere aber nur mit zwei Passierscheinen — einem „offiziellen“ des Werkschutz, einem der Belegschaft (Ausdruck der vorübergehenden „Doppelherrschaft“).

im Werk). Angefordertes Material darf aufs Gelände, aber nichts geht raus.

Ein ständiger Strom von Besuchern belebt das Bild und sorgt bei den Kollegen für gute Stimmung. Bis in den späten Abend spielen verschiedene Künstler in der Kantine für die Werftarbeiter. Währenddessen wird im Gewerkschaftshaus von etwa 300 Teilnehmern ein Unterstützungskomitee aus Gewerkschaften, DKP, Juso und GAL gebildet, das die Solidarität für die HDW-Besetzer organisieren will.

Dritter Tag

Mittwoch, 14.9. — Wie jetzt jeden Tag, werden vor den Toren die täglichen Infos der AL verteilt, finden tagsüber mehrere Versammlungen in der Kantine statt, auf denen alle wichtigen Dinge diskutiert und abgestimmt werden. Der Beschluß für Streik und Besetzung wird erneuert. Zwischendurch immer wieder Delegationen, die Grußworte vorlesen und Geld überreichen.

Die „Verhandlungsschlacht“ wird immer hektischer: Vormittags konferieren einige Betriebsräte mit dem Bürgermeister im Rathaus; nur unverbindliche Versprechungen. Danach „Gipfeltreffen“ von Dohnanyi mit seinem Bremer Amtsbruder Koschnick; Forderungen an Bonn, mehr für die Werften zu tun (und zu zahlen).

Nachmittags „Aktuelle Stunde“ im Bundestag. SPD und Grüne kritisieren zu tun (und zu zahlen).

Nachmittags „Aktuelle Stunde“ im Bundestag. SPD und Grüne kritisieren die Schiffbau-Politik der Bundesregierung. Nur die Grünen erklären sich vollständig mit den Aktionen der Belegschaft solidarisch. Stoltenberg und Lambdordorf bleiben ihrem Ruf als harte und kompromisslose Vertreter der Kapital-Interessen treu. Kellnerlei Zusage.

Breite Solidarität

Die erstaunlich große Solidarität in weiten Kreisen der Bevölkerung war ein wichtiges Element für die Unterstützung der Besetzung. Praktisch die gesamte Hamburger Linke hat die Aktion unterstützt. Allein die OAL und Bundes-Grüne haben über 65.000 Mark gespendet und gesammelt. Viele Gruppen, Initiativen, Organisationen, Kneipen, oder einfach einzelne Menschen haben diese Sache unterstützt. Zeitweise mußten die Leute sich anstellen (1), um ihr Geld loszuwerden, während zwei Kollegen pausenlos nur damit voll ausgelastet waren, die Spenden einzunehmen und abzurechnen. Insgesamt sind über eine dreieinhalb Million DM eingegangen.

Wichtig waren die vielen Solidaritätsbeweise aus Gewerkschaften und Betrieben, besonders natürlich von anderen Werften, aber auch von Peine-Salzgitter, Hoesch oder Arbed Saarstahl. Sogar der Personalrat der Waser-Schutzpolizei (1) unterstützte die Aktion und überbrachte gesammelte 2800 Mark. Auch das Solidaritätskomitee, das das Fest am Sonntag und vieles andere organisiert hatte, hat einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten recht ausführlich und überwiegend positiv. Die TAZ verteilte 3 recht gute Extra-Ausgaben mit zusammen 190.000 Auflage in der Stadt und vor anderen Betrieben.

Fortsetzung nächste Seite

Vierter Tag

Donnerstag, 13.9. — Die Verhandlung geht fast pausenlos weiter. Um 13.00 Uhr soll die Einigungsausschüsse wieder zusammenkommen. In Bonn treffen BR-Vorsitzender Holger Mahler, IGM-Sekretär Frank Teichmüller und Bezirksleiter Otto vom Sieg mit Finanzminister Stoltenberg zusammen. Er geht zu. Null. Schon vor diesem Gespräch hat Stoltenberg in einem Interview ohne Wenn und Aber klargestellt, daß ein Vorstandsbescheid „nichts“ geändert werde. Nach kurzer Supervision im Betrieb eilt die BR-Delegation — gerade aus Bonn mit einem Charter Jet des NDR zurückgekehrt — trotzdem gleich weiter ins Rathaus, um dort mit Dohnanyi, einigen Senatoren und den Herren Ahlers und Co weiter zu „verhandeln“. Auch hier keine Änderung der Pläne des HDW-Vorstandes, obwohl ihm der SPD-Senat geradezu händeringend einen Millionen-Zuschuß nach dem anderen anbietet.

Währenddessen verschärfen die Kapitalisten ihren Kurs im besetzten Werk. Das Fernsehen wird ausgesperrt und darf nur noch vor dem Werkstor senden. Die Vorgesetzten laufen verstärkt im Betrieb rum und setzen einzelne Kollegen unter Druck, um sie zur Arbeit zu erpressen. Es gelingt ihnen jedoch nicht, die Kollegen zur Montage nach Texaco zu bewegen oder zur Arbeitsaufnahme in der Maschinenfabrik — von Anfang an zwei Schwachpunkte in der Streikfront. Die Betriebsleitung bricht sämtliche Verhandlungen mit der AL ab.

Um 14.30 Uhr wird mit unglaublicher Brutalität ein Schiff regelrecht gekapert. In Absprache mit der Werkleitung (Vorarbeiter und Meister haben vorher die Gangway zum Land ab-

Gewerkschaften

Die Haltung der Gewerkschaften insgesamt ist beschämend. Es waren Einzelgewerkschaften, aktive Betriebsräte und Vertrauensleute (oft auf Initiative der bekannten Betriebs-Linken), in der IGM-Ortsverwaltung einzelne Sekretäre auf unterer Ebene, die sich voll engagierten. Der (im Vergleich zu den Besetzern) riesige Gewerkschaftsapparat wurde kaum genutzt. Nach 3 Tagen gerade ein Flugblatt der IGM — das einzige während der ganzen Aktion! Noch nicht mal eine Grußadresse vom Vorstand. Die Kollegen waren praktisch auf die TAZ und die bürgerliche Presse angewiesen. Daß das diesmal relativ gut geklappt hat, kann bei deren genereller inhaltlicher Ausrichtung wohl keine Grundlage sein, auf die man sich bei zukünftigen Arbeitskämpfen verlassen kann!

Die anderen Betriebe wurden kaum mobilisiert. Aktivitäten entstanden entweder eigenständig oder auf Initiative der HDWler, die sich zur Hilfe an andere Werke wandten, um Streikbrecher-Arbeiten zu verhindern. Die Kaperung der „Serra Verde“ konnte sogar nur durch die faktische Duldung der ÖTV gelingen. Der Betriebsrat der Seebeckwerft in Bremerhaven (Teil der „AG Weser“) weigerte sich sogar, mit Rückblick auf das „geschäftliche Ansehen des Unternehmens“, sich am Warnstreik einiger Werften am 20.9. zu beteiligen!

Solidaritäts-Aktionen bei HDW in Kiel (Beschluss der Betriebsversammlung, einen Neubau nach Hamburg abzugeben; Ablehnung der Politik der BR-Führung. Hunderte von Kollegen zur „freiwilligen“ Kündigung zu drängen; Verhinderung der Wochenendarbeit während der Hamburger Besetzung) konnten nur gegen die mächti-

gen, eingefahrenen IGM Betriebsräte durchgesetzt werden.

Noch schlimmer stellte sich der DOB dar, dessen „Solidarität“ in Hamburg über eine Grußadresse nicht hinausgegangen ist. DOB-Chef Saalfeld, der sich einmal auf der besetzten Werft herumdrückte (ihm war es natürlich unangenehm), stimmte dann in der Bürgerschaft mit seiner SPD-Fraktion gegen finanzielle Hilfe für die Kollegen.

Fünfter Tag

Freitag, 16.9. — Die Streikfront steht. Ahlers sichert dem Reader der „coal star“, die kommenden Mittwoch eingedockt werden soll, zu: Ab diesem Tag wird weder gestreikt noch besetzt. Auf der Sitzung der Einigungsausschüsse schlägt deren „neutraler“ Vorsitzender, Landesarbeitsrichter Otmier Baarz, folgenden „Kompromiß“ vor: Verschiebung der Kündigungen bis zum 15.10., Verhandlungen, öffentliche Aufträge für HDW, ein Schiffs-Neubau von Kiel nach Hamburg, Umschulung für die Entlassenen, Abbruch der Besetzung.

BR-Chef Mahler: Verhandlungsgrundlage, möglicher Kompromiß. — Vorstandschef Ahlers, Klaus Neul: Zwischen Vorstand, Innenminister und Polizeiführung finden laufend Konsultationen statt. Polizeichef Pawelczyk will einen drohenden Antrag auf Räumung durch Verweis auf den zivilrechtlichen Weg hinauschieben. Ahlers fährt weiter (mit voller Rücken- deckung aus Bonn) die harte Linie. In einem Interview mit der „Bild“ erklärt er u.a.: „... Wir weichen nicht von unserem Sanierungskonzept ab, darüber kann nicht verhandelt werden ... Die Zahl 1354 bei den Kündigungen ist unumstößlich ... dann werden wir einen Antrag auf Räumung stellen ...“.

Auf der Werft ziehen die Kapitalisten alle Register, um die Kollegen systematisch zu zermürben: Die Auszubildenden, (die die Aktionen bisher unterstützt haben) werden nach Hause geschickt. Kinder sollen nicht mehr aufs Gelände. Am Tor taucht (wieder mal) Ahlers selbst auf, fordert die Wachen zum Öffnen auf und droht, in 2 Stunden wiederzukommen. 30 Minuten (!) vor dem Mittagessen verbietet der Vorstand der Küche, das schon fertige Essen auszugeben. Etwa 2.000 Portionen Kassler mit Sauerkraut müssen vergammeln, während die Kollegen hungern.

Plötzlich sind die Telefonleitungen gekappt, die AL ist nicht mehr erreichbar. Die Verbindungen unter den Posten müssen mit Funksprengeräten neu organisiert werden. Der gesamte Betriebsrat ist vom Vorstand zu einem Termin in den 6. Stock (Vorstandsetage) bestellt worden. Gleichzeitig verteilen Vorgesetzte ein Flugblatt, in dem die Kollegen gegen die „ungesetzliche“

Besetzung und die Leitung („radikale politische Ansichten“) aufgehetzt werden und ihnen das „Schlimmste“ angedroht wird. Darüberhinaus erpressen Meister und Ingenieure einzelne Kollegen und drohen ihnen die sofortige Kündigung an.

Trotz dieses massiven und konzentrierten Vorgehens, um die Kräfte zu zersplittern und die Belegschaft zu spalten und zu verunsichern, gelingt es, die Aktion geschlossen fortzusetzen. Auf einer Versammlung wird beschlossen, die Besetzung bis zum kommenden Dienstag fortzusetzen. Dort soll über die Aufsichtsratsitzung vom Montag berichtet und entsprechend über das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Die Kollegen der benachbarten MAN legen aus Solidarität für 1/4 Stunde die Arbeit nieder. Abends findet in der Kantine ein Fest mit Liedern, Rockmusik etc. statt. Am Ende wird sogar getranzt.

Sechster Tag

Samstag, 17.9. — Schlagzeile der „Bild“: „HDW — Ruft der Chef die Polizei?“ Dies ist das beherrschende Thema bei der Presse-Berichterstattung über HDW. Über Wochenende ist die „Besetzung“ kleiner als in der Woche. Das Gelände wird für Besucher gesperrt. Ausnahme: Familienangehörige. Die Wachen werden nachts erheblich verstärkt. Durch häufige Postengänge sollen Schwachpunkte abgedeckt werden. Obwohl mehrmals Zwischenfälle von außen „in der Luft liegen“, bleibt es ruhig. Am Morgen besetzen etwa 150 Kieler Kollegen das dortige HDW-Tor und können so mit Erfolg verhindern, daß über 1.600 Leute Überstunden machen.

Siebter Tag

Sonntag, 18.9. — Ab 10 Uhr findet auf dem Parkplatz vor dem Haupttor das seit einiger Zeit angekündigte Solidaritätsfest statt, zu dem die Aktionsleitung, das Solidaritätskomitee, SPD, IGM und GAL aufgerufen haben. Musik, Theater, Clowns, Videofilme, Info-Stände etc. In der Mitte ein großes Zelt mit Bühne, auf der J. a. eine Podiumsdiskussion mit Werft-Betriebsräten stattfindet. Etwa 5.000 bis 8.000 Leute kommen. Darunter ein großer Teil der Hamburger „Alt-Linken“, die mit feuchten Augen auf den besetzten Betrieb blicken. Der Vorstand bleibt seiner Linie der Provokation treu: Plötzlich läßt er dem aufgeregten Toilettenwagen das Wasser abdrehen! Die freiwillige Feuerwehr springt heisend ein.

Ahlers fordert den Senat auf, das Tor freizumachen. Andernfalls droht er mit Schadenersatzansprüchen in Millionenhöhe. Im Rathaus tagt mal wieder eine Krisenkonferenz: Bürgermeister /

Senatoren/Vorstand/Betriebsräte. Diesmal auch dabei Landesarbeitsrichter Baarz als „Neutraler“, dessen Vorschlag aus der Einigungsausschüsse Verhandlungsgrundlage ist. Ergebnis wie gehabt. Vorstand-Nadler: „Keine Annäherung!“ Betriebsrat-Mahler: „Wir hoffen auf die Aufsichtsratsitzung am Montag“.

Achter Tag

Montag, 19.9. — In Hannover tagt die eingezusammengerufene Konferenz der Wirtschaftsminister und -Senatoren der vier Kostenländer und beschließt, für Schiffsneubauten zusätzliche Baukostenzuschüsse in Höhe von etwa 65 Millionen DM zu vergeben.



Auf dem zum Tor



Das Tor ist dicht, die Werft besetzt

Erklärung der HDW-Belegschaft:

Liebe Hamburger Bürger!
Liebe Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben!
Liebe Kolleginnen und Kollegen der AG-Weser!

In einer gebihrnen Urabstimmung haben heute alle auf der HDW-Hamburg anwesenden Kolleginnen und Kollegen darüber abgestimmt, daß ab Dienstag, den 20.9. — 16.00 Uhr die Betriebsbesetzung der HDW-Hamburg aufgehoben wird.

Neun Tage hat die Belegschaft die HDW-Hamburg besetzt und nicht gearbeitet. Neun Tage haben wir uns Notwehr mit dem Mittel der Betriebsbesetzung um unsere Arbeitsplätze gekämpft.

Wir haben für viele Bürger unserer Landes ein Signal gesetzt, endlich überall in allen Betrieben gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung zu kämpfen.

Die Aktionsleitung und ihre Sprecher haben für diese neun Tage Betriebsbesetzung in einer Urabstimmung das volle Vertrauen bei drei Gegenstimmen bekommen.

Unsere Geschlossenheit und Solidarität hat dazu geführt, daß viele Bürger aus Hamburg und aus der Bundesrepublik sich mit uns solidarisch erklärt haben.

Über 300.000 DM Solidaritätsspenden gingen dabei bei uns ein. Dennoch war der Druck und die persönliche Gefahr für viele unserer Kollegen ausmachend, sich für eine Beendigung der Betriebsbesetzung auszusprechen.

Die Anteilhaber der HDW und der HDW-Vorstand haben brutal und unmenschlich alles daransetzt, um die Belegschaft der HDW einzuschüchtern, zu verängstigen und zu spalten.

Eventuelle fristlose Kündigungen, Sperren des Arbeitsumfeldes, Verlust des Anspruchs auf den Sozialplan, die ständige Forderung nach Polizeieinsätzen, haben dazu geführt, daß viele Kollegen sich persönlich dafür entschieden haben, die Besetzung der HDW zu beenden.

Die unheilige Allianz der verantwortlichen Politiker in Bonn sowie der Unternehmerverbände hat dazu geführt, daß alles daransetzt wurde, das Signal, was die HDW-Belegschaft mit neun Tagen Betriebsbesetzung gesetzt hat, auszulöschen. Dies ist ihnen nicht gelungen.

Wir erklären hiermit der Hamburger Öffentlichkeit, unseren Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben:

Unsere Forderungen an diese Bundesregierung, an die Verantwortlichen der HDW bleiben bestehen:

1. Die Entlassungspolitik müssen vom Tisch.
2. Wir brechen Verhandlungen zwischen Politikern, HDW-Vorstand, Betriebsrat und der IG Metall.

Für die HDW-Belegschaft war die Betriebsbesetzung der HDW Notwehr und eine gerechte Sache, um für das Menschenrecht auf Arbeit einzustehen, das uns die verantwortlichen Politiker vorenthalten. Wir haben den Mut nicht verloren und werden weiterhin für unsere gerechte Sache eintreten.

Wir danken Euch allen für die wertvolle Unterstützung. Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv und selbstlos für die HDW-Hamburg und alle Arbeitsplätze eingesetzt haben.

Wir rufen unseren Kolleginnen und Kollegen der AG-Weser zu: Macht weiter — Wir stehen hinter Euch!

nommen) legen drei Schlepper an der „Serra Verde“ an. Von den Posten alarmiert, stürzen Hunderte von Kollegen aus der Kantine zum Hachmannkai. Einige setzen sich sogar auf die Poller, an denen die Schiffs-Trossen festgemacht sind. Eine Delegation setzt mit dem Kran zum Schiff rüber, um den Lotsen vom Streikbruch abzuhalten. Mit den Schlepperbesatzungen wird über Megaphon verhandelt. Vergeblich. Dies sei kein „offizieller“ Streik, heißt es. Von der ÖTV, deren Sekretär Erich Rumpel schon zuvor benachrichtigt war, ist nichts zu hören. Die Besetzung der „Serra Verde“ beginnt, mit Beilen die Leinen zu kappen. Obwohl noch mehrere Leinen fest sind, ziehen die Schlepper an. Wie Gitarrensaiten reißen die 12 cm starken Leinen und schnellen gegen den Kai. Durch glücklichen Zufall wird „nur“ ein Kollege leicht verletzt und muß mit dem Unfallwagen ins Krankenhaus gebracht werden. In anderen Fällen haben reißende Trossen schon Menschen „geköpft“. Es hätte auch Tote geben können. Der Vorstand ist bereit, auch über Leichen zu gehen. Das Schiff ist weg. 3 Kollegen werden „entführt“ und können erst auf der Werft „Böttcher & Oröning“ wieder von Bord.

Kurz danach neuer Alarm. Ein Ingenieur steht mit drei Lkw's demonstrativ vor dem Haupttor, um Material rauszuholen und erzeugt viel Unruhe. Die Torwachen werden verstärkt. Die Wagen bleiben draußen.

Inzwischen droht Ahlers schon offensichtlich mit Räumung durch die Polizei und setzt neben den Kollegen auch den SPD-Senat und Innenminister Pawelczyk mächtig unter Druck. Am Abend wird bei den Spenden (ohne Konten) die Grenze von 100.000 DM überschritten.

In Bremen wird — wie erwartet und vorbereitet — die Werft „AG Weser“ von der Belegschaft besetzt.

In Salzgitter tagt der HDW-Aufsichtsrat. Kalte Dusche für die Hamburger Kollegen: Keine Zugeständnisse, Ablehnung sämtlicher Kompromiß-Vorschläge, Ultimatum an die Belegschaft, bis Mittwoch früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Man glaubt es kaum: Dafür wird eine Sonderzahlung von 600.000 DM (!) für 21 leitende Angestellte bewilligt. (Ahlers später zu dieser Summe: „Kompromiß“!) Prämie für ihren entschlossenen Einsatz gegen die Belegschaft. Ein weiterer Antrag von Ahlers, ihm einen zinsgünstigen Kredit von 50.000 DM für seinen Hausbau zu genehmigen, findet (noch?) keine Zustimmung. Vielleicht wegen Bedenken einiger Herren, die Provokationen zu überhören?

In Hamburg berät noch in der Nacht die AL das weitere Vorgehen, nachdem die Delegation aus Salzgitter deprimiert zurückgekehrt ist. Den ganzen Tag über herrscht Spannung. Alles wartet auf das Ergebnis. Die Spenden-Lawine überklettert die 300.000 DM-Mark.

Neunter Tag

Das Ende der Besetzung

Dienstag, 20.9. — Scharfe Kontrollen am Tor. Nur Belegschaftsangehörige dürfen rein. Auch die Presse muß draußen bleiben. 7.30 Uhr beginnt die Betriebsversammlung. Alle Angestellten sind erschienen. Die meisten von ihnen gehen seit Jahren nie auf diese Treffen. In den letzten Tagen sind sie von ihren Vorgesetzten massiv bedroht worden, sich nicht an den Belegschaftsver-

Fortsetzung von vorheriger Seite

sammlungen zu beteiligen. Jetzt werden sie von denselben Vorgesetzten wie Schulklassen geschlossen in die Kantine geführt und setzen sich blockweise hin, so daß ihre direkt hinter ihnen stehenden Chefs das (abschließende) Stimmverhalten genau kontrollieren können.

Fast unerträgliche Spannung liegt in der Luft. Alle wissen: Eine schwere und folgenreiche Entscheidung liegt vor ihnen, wie immer sie sich verhalten. Die AL stellt ungeschminkt die angeordneten Repressalien des Vorstandes beim Weitermachen dar: Sofortige fristlose Kündigungen, Regreßansprüche gegen die „Rädelführer“, 8 Wochen Sperre beim Arbeitsamt, Verlust des Sozialplans, Räumung durch die Polizei, bei Ausländern eventuell Abschiebung, besonders in die Türkei.

Einige Redner plädieren für Abbruch. Andere Kollegen rufen in kämpferischer Beiträgen zum Durchhalten auf. Die AL erklärt, nur bei zwei Dritteln der Stimmen die Aktion fortzusetzen. Eine offene Abstimmung ergibt eine knappe Mehrheit dafür. Daraufhin wird geheime Abstimmung beschlossen. Alle müssen aus der Kantine raus, einzeln wieder rein, Zettel in die Urne werfen, warten, Keiner darf den Raum verlassen. Qualend vergehen die Minuten. Überall gedrückte Stimmung. Die Niederlage liegt schon in der Luft.

Dann das Ergebnis: 680 JA, 1.169 NEIN, 42 Enthaltungen! Zwei Drittel der Stimmen für Abbruch! Lähmendes Entsetzen breitet sich aus. Manche stehen starr vor Schreck. Viele Kollegen heulen, liegen sich in den Armen. Einige brechen fassungslos zusammen. Eine unbeschreibliche Stimmung: Tiefe Niedergeschlagenheit, Entsetzen, aber auch Wut und Haß auf die brutalen, übermächtigen Gegner, deren Macht sich vorerst als stärker erwiesen hat.

Vor dem Haupttor hat sich seit Stunden eine immer größer werdende Menschenmenge angesammelt — Freunde, Sympathisanten, Presse. Als die Hubschrauber bekannt wird, die gleichen erschütternden Szenen. Viele können es gar nicht fassen, verbergen ihr Gesicht in den Händen. Kaum einer ohne Tränen. Mit Depression ist dieser Zustand kaum noch zu beschreiben. Man hat das Gefühl, einer Beerdigung bei-



selbstbewußt, siegesicher. — Er geht davon aus, daß die Belegschaft Verständnis zeigte und die Besetzung abbrechen. Wird er die Werft durch Polizei räumen lassen? „Heute nicht“.

Die Belegschaft verabschiedet danach auf ihrer Versammlung einstimmig nebenstehende Erklärung, in der bei Repressalien durch den Vorstand erneute Aktionen angedroht werden. Die Kollegen beweisen ein erstaunliches Maß an Selbstbeherrschung, daß Ahlers ohne jede Angst zwischen ihnen herumstolzieren kann, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird. Mit bewundernswürdiger Ruhe und Disziplin wird alles aufgetischt und die Werft „so an die Kapitalisten wieder übergeben, wie sie besetzt worden war“. Punkt 16 Uhr werden mit einer kurzen Ansprache der

alles aufgeräumt und die Werft „so an die Kapitalisten wieder übergeben, wie sie besetzt worden war“. Punkt 16 Uhr werden mit einer kurzen Ansprache der AL die Tore wieder geöffnet. Ab jetzt ist wieder der Werkschutz allein dafür zuständig.

An diesem Tag finden auf mehreren Werften einstündige Solidaritätsstreiks statt. Sie können aber diese

Entwicklung auch nicht mehr verhindern. Nur wenige Stunden nach der Abstimmung läßt der Vorstand schon die Einigungsstelle über einen Interessenausgleich scheitern.

Mittwoch, 21.9. — Termin beim Landesarbeitsgericht. Auf die Berufung des Vorstandes hin wird der Beschluß des unteren Arbeitsgerichtes aufgehoben, die Kündigungsfrist um 4 Wochen zu verschieben. Noch während (1) das Gericht tagt, laufen die Meister und Ingenieure schon rum und verteilen die blauen Briefe. Auch viele, die mit dem gestimmten haben, sind dabei; Kollegen, die über 10, 20, 25 Jahre auf der Werft arbeiten; Leute mit bis zu 5 und 6 Kindern; eine gesamte dreiköpfige Familie; Schwerbeschädigte; fast alle Ausländer; die gesamte AL außer den Betriebsräten mit Kündigungsschutz; alle Ersatz Beinebräute; fast alle Vertrauensleute werden weggefeigt.

Ganze Bereiche werden praktisch liquidiert: Schiffbau, Malerei, Transport u.a. Von der großen Tischlerei bleiben gerade noch ein Dutzend Kollegen übrig; Ältere, die schon den tariflichen Kündigungsschutz (über 55 Jahre) haben. Die Hälfte von ihnen hat Asbestose. Kaum einer darf noch an Bord arbeiten. Funktionsfähig sind diese Abteilungen auch beim besten Willen nicht mehr. Wenn Arbeit an Bord an-

Fortsetzung Seite 28, linke Spalte unten

Die Besetzung der AG-Weser

So mancher mag an „polnische Verhältnisse“ gedacht haben, als auf die Besetzung des Hamburger HDW-Geländes am 19.9. die Besetzung der Bremer Werft AG Weser folgte. Damit reagierten die Kollegen auf einen vernünftigen Beschluß der Vorstände des Bremer Vulkan, der AG Weser und der Bremerhavener Hapag-Lloyd-Werft, im Zuge einer Fusion des Werks der AG Weser/Gröpelingen zu schließen und rund 1.600 Kollegen zu entlassen.

Nachdem übermäßiger Optimismus bereits mit dem Beschluß der Hamburger HDW-Belegschaft am 20.9., die Besetzung abzubrechen, einen Dämpfer erhalten hatte, deutete sich im überwältigenden Wahlerfolg der SPD an, daß die Solidarität der Bevölkerung mit dieser neuen Kampfform gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise begrenzt ist. Seit Dienstag, dem 27.9., wird auf der AG Weser wieder

Hintergrund der Besetzung bildet die Dauerkrise um die Großwerften AG Weser und Bremer Vulkan. Von den 7.300 entlassenen Werftarbeitern im Land Bremen (Bremen und Bremerhaven) seit 1975 wurden alleine 4.200 von den beiden Großwerften auf die Straße gesetzt. Nach Meinung der großen Anteilseigner Krupp (AG Weser), Thyssen-Bornemisza und Land Bremen (beide Bremer Vulkan) immer noch zu wenig, um einen profitablen, rationalen Werftbetrieb zu gewährleisten.

Um prüfen zu lassen, welche Wege einer gewinnträchtigeren Aufrechterhaltung des Schiffbaus sich bieten, gaben die drei genannten Hauptaktionäre deshalb im Frühjahr 1982 ein Werftgutachten in Auftrag. Die folgenden Lösungsmöglichkeiten werden darin erörtert.

— Eine Fusion der AG Weser und des Bremer Vulkan mit der Bremerhavener Seebeck-Werft (im AG-Weser-Besitz);

— die „kleine Lösung“: Fusion der AG Weser und des Vulkan; — Bildung einer Holding, also einer Dachgesellschaft bei gleichzeitiger Selbständigkeit der Werften; — der „Status-Quo-Optimiert“, d. h. Beibehaltung der bisherigen Formation, jedoch verstärkte Absprachen und Arbeitsleistung — Reparatur und Neubau — bis hin zur Bildung eines Arbeitskräftepools.

Wir wollen hier nicht beschreiben, wieviel Spekulationen, gezielte Desinformation und Spaltungsversuche (diese Werft solle geschlossen, jene erhalten werden) sich in den folgenden 16 Monaten um dieses Outachten rankten. Für die Lohnabhängigen ist wesentlich gewesen, daß die Vernichtung von mindestens 2.000 Arbeitsplätzen zu jedem Modell gehörte und vorab als notwendig bezeichnet wurde.

Fortsetzung nächste Seite

Die politische Ausgangslage

Jahrzehnte herrschte gewerkschaftlich im Hamburger HDW-Werk eine Gruppe sozialdemokratischer Betriebsräte und Gewerkschafter, die selbst dann noch auf sozialpartnerschaftliche Konfliktlösungen setzte, als deutlich erkennbar war, daß der „Sozialpartner“ im Unternehmerlager zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit war. Bei den Betriebsratswahlen 1981 führte dies zu heftigen Diskussionen in der betrieblichen IG Metall und zur Spaltung des bisherigen IG Metall-Lagers: Ein Teil war nicht mehr bereit, diesen Kurs mitzutragen und kandidierte auf einer eigenen Liste „Aktive Metall“ gegen die offiziell mit Unterstützung der IGM-Ortsverwaltung angetretene IG-Metall-Liste. Die meisten der „Aktiven Metall“ sind Sozialdemokraten. Die Wahlen brachten einen Bruch. Die Aktiven gewannen 14 von 27 Sitzen, einen gewann die „RGO“. Damit stellten die „Aktiven“ mit Holger Mahler den Betriebsratsvorsitzenden.

Die IG Metall reagierte knallhart: 6 Aktive, darunter Mahler, wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, 31 erhielten zwei Jahre Funktionsverbot und damit waren die Aktiven auch weitgehend aus der gewerkschaftlichen Vertrauensarbeit verbannt.

Unter dem Druck der konkreten, bedrohlichen Entwicklung für die Arbeitsplätze hat sich aus dem anfänglichen totalen Gegeneinander der verschiedenen Strömungen eine erstaunliche Wandlung vollzogen: Aktive und IG Metall begannen zusammenzuarbeiten, selbst mit der „RGO“ wurde politisch diskutiert und praktisch gearbeitet. Die Vorbereitung der Betriebsbesetzung wurde unter allen relevanten Strömungen gemeinsam diskutiert. Den „Aktiven Metall“ (sprich Holger Mahler), dem eher rechten IGM-Flügel im Be-

trieb (Sprecher: VK-Leiter Otto Kock) und dem der DKP nahestehenden IGM-Flügel, der 1981 zweitweise bei den Aktiven mitarbeitete, unter der Drohung des Gewerkschaftsausschlusses allerdings die Liste der „Aktiven Metall“ verließ (Sprecher: Andreas Möller-Goldenstedt). Diese letzten beiden waren während der Aktion die Hauptsprecher der Aktionsleitung. Dazu entwickelte sich eine praktische Zusammenarbeit mit der „RGO“, deren Betriebsrat zum engen Kreis der Aktionsleitung gehört. Die stauende Hamburger Gewerkschaftslinken, soweit anwesend, konnte dann am 22.9. — nach Beendigung der Betriebsbesetzung — einen historischen Augenblick im Hamburger Gewerkschaftsraum erleben: Auf einer Versammlung der HDW-Arbeiter zur Beratung weiterer Maßnahmen saßen einträchtig nebeneinander auf dem Podium Hauptamtliche der IG Metall, Ausgeschlossenen „Aktive Metall“ sowie ein ausgeschlossener „RGO“-ler ...

Zuletzt: Der Kontrollausschuß und der Beirat der IG Metall hatten die Einsprüche der „Aktiven Metall“ gegen ihren Ausschuß abgelehnt. Daraufhin strengten die Aktiven ein Gerichtsverfahren gegen diese IG Metall-Entscheidung an. Dieses Verfahren sollte ausgerechnet am 17.9. — dem fünften Tag der Werftbesetzung — vor dem Frankfurter Landesgericht stattfinden — und wurde einvernehmlich zwischen den Prozeßgegnern abgesetzt, weil man sich die Feindschaft eines solchen Verfahrens während der aktivsten Phase des Kampfes ersparen wollte. Dem Vernehmen nach soll es dabei die Zustimmung seitens von IGM-Funktionären gegeben haben, die Aktiven unter Wiederherstellung ihrer alten Rechte wieder in die Gewerkschaft aufzunehmen!



Bremer Werft „AG Weser“ ist besetzt

Die Besetzung der AG-Weser

Fortf. von vorheriger Seite

Im November 1982 gaben die Betriebsräte der AG Weser und des Vulkan eine Stellungnahme zur Lage der Großwerften ab, in der sie sich auch mit dem vorläufigen Endergebnis des Werftgutachtens befaßten. Nachdem sie die Vernachlässigung der IG-Metall-Forderungen nach Berücksichtigung der beschäftigungspolitischen Komponenten und Untersuchung der Möglichkeiten alternativer Produktion kritisiert hatten, wandten die Betriebsräte sich dem Vorschlag der Gutachter zu. Auf der Grundlage des Modells „Status-Quo-Optimiert“ hatten die Gutachter „die Bildung eines Harmonisierungsausschusses empfohlen, der sämtliche zu tätige Investitionen unter dem Gesichtspunkt evtl. zukünftiger Zusammenarbeit steuert und zusätzlich die Anpassung zur Zeit noch unterschiedlich arbeitender Systeme ... einleitet“. Ein Zusammengehen der Werften, so die damalige Meinung der Gutachter, sei erst nach einer Phase der „Anpassung aus eigener Kraft“ sinnvoll. Die Ansicht der Betriebsräte zu diesem Vorschlag: „Im Klartext gesprochen heißt dies: Gegenwärtig müssen die Systeme noch aufeinander abgestimmt werden — die Risiken tragen zwischenteils die einzelnen Werften. Hilfestellung gibt hierzu der Harmonisierungsausschuss, der schon in nächster Zeit die Regelung eines Spitzenausgleichs (Arbeitskräftepool) koordinieren soll. Gelingt es den Werftbetriebern nicht, auch angesichts der schwierigen Auftragslage sich zu konsolidieren, so ist das Risiko (im Extremfall Werftschließung) nur für eine Werft vorhanden ... Und ein weiterer zentraler Vorteil wäre damit verbunden. Der bisherige Widerstand der Werftbelegschaften wäre neutralisiert — sofern die Betriebsräte und Belegschaften mit „Status-Quo-Optimiert“ einverstanden sind. Mit dem zwischenzeitlichen Abschmelzen der Werftbelegschaften, dem (geplanten) Lohnabbau und anderen demoralisierenden Begleitmaßnahmen wäre die Kampfkraft der Belegschaften geschwächt“.

Neben Forderungen nach alternativer Produktion und Ausweitung des Handels — statt des Kriegsschiffsbaus stand für die Betriebsräte die Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt. Der Bremer Senat als Anteilseigner am Bremer Vulkan sollte deshalb „seine aktienrechtliche Sperrminorität konsequent dafür einsetzen, daß es gegenwärtig und zukünftig zu keiner arbeits-



platzvernichtenden Fusion, Holding oder sonstigen Kooperationsform (z.B. dem Harmonisierungsausschuss) kommt.“

200 Millionen Mark verschenkt

Neben seiner Eigenschaft als Anteilseigner am Bremer Vulkan ist der sozialdemokratische Senat durch eine Vielzahl von Subventionen und Bürgschaften in die Geschäfte der Werften verstrickt. Nach einem immer gleichen Schema wurden dem Senat diese Gelder abgeprellt: Die Vorstandsvorsitzenden der AG Weser (Giesens) oder des Vulkan (Henke) traten vor die Presse mit der Mitteilung, die Banken hätten Kredite gesperrt oder ein Auftraggeber verweigere weitere Zahlungen, nun müßten entweder sofort staatliche Geldgeber eingreifen oder Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Allzu genau nahm es mit der Arbeitsplatzsicherung allerdings niemand. So bezeichnete SPD-Fraktionschef Wedemeyer im Dezember 82 die Bereitschaft der Arbeitnehmer zu weiteren Personalabbau als wesentliche Voraussetzung für neue Finanzpraktiken. Allein in

den vergangenen zwei Jahren pumpte der Senat 200 Millionen Mark in die Bremer Werften, ohne jemals den Anspruch auf Arbeitsplatzgarantien zu stellen.

Verkaufsmotivation

Bereits Mitte Juni wurde in einem Konzept aus den Chefetagen des Vulkan die Schließung der AG Weser angedeutet. Vulkan und AG Weser sollten in einer Holding zusammengefaßt werden, der Schiffneubau und Marinereparaturen sollten auf den Vulkan und sonstige Reparaturen auf Bremerhaven, Seebeckwerft und Ha-Lo-Werft, konzentriert werden. Der mit diesem Konzept verbundene Abbau von 30 Prozent Neubaukapazität und damit einhergehende Vernichtung von mindestens 1.000 Arbeitsplätzen wurden seitens der SPD als Weg zur Sicherung aller übrigen Arbeitsplätze propagiert.

Richtige Arbeitsplatzsicherung kostet Geld. 230 Millionen Mark Investitionskosten sollten nach Rechnungen im Juli für die Fusion aufgebracht werden. Alle anderen Gelder, u.a. Verluste bei einem neuen Kapitalschnitt und weitere Kapitalanlagen, sind dabei nicht mitgerechnet. Die Hälfte der Summe, 115 Millionen, wollten die privaten Eigner einbringen, während Bund und Land sich die andere Hälfte teilen sollten. Für Lambdoff und den Bremer Senat bot die Aufteilung dieser Summe Anlaß zu einer kleinen Wahlkampf-Balgerei: Während nach Meinung des Senats der Bund 75% davon übernehmen sollte, beharrte der Wirtschaftsprüfer auf einer jeweiligen 50prozentigen Kostenübernahme.

Dieser Streit war noch nicht ausgestanden, da betrat Großaktionär Baron Thyssen-Bornemisza die Bühne mit der Mitteilung, er wolle sich aus dem anstrengenden und verlustreichen Werftgeschäft zurückziehen und stelle seinen 25-Prozent-Anteil am Vulkan dem Senat zum Symbolpreis von 1,- Mark zur Verfügung. Hintergedanke des Barons: Den im Fusionsvertrag vereinbarten finanziellen Leistungen in Höhe von 20 Mio. Mark zu entgehen und alle weiteren Verluste dem Senat aufzuheben. Der Senat lehnte ab: „Wir wollen keine Staatswerft!“ und beschuldigte seinerseits den Adligen, die Fusion zu torpedieren. Versöhnlich teilte Vulkan-Vorstandsvorsitzender Henke auf der Hauptversammlung Ende August mit, Thyssen-Bornemisza würde zusätzliche finanzielle Anstrengungen mitbringen, wenn sie den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Gesellschaften angepaßt seien.

Koschnick verkündete das Ende der AG Weser

Diese Verwirrspiele drängten oft die existenziellen Fragen — Bleiben alle Werftstandorte erhalten? Wieviele Arbeitsplätze sollen vernichtet werden? — in den Hintergrund. Das änderte sich schlagartig, nachdem Bürgermeister Koschnick am 29.8. verkündet hatte, die Vorstände der AG Weser, des Vulkan und der Ha-Lo-Werft hätten sich auf eine Fusion zum 1.1.84 bei Schließung der AG Weser geeinigt. 3.020 Kollegen sollten entlassen werden,

doch könnten 443 auf dem Vulkan und 1.000 im nächsten Jahr bei Damier-Benz übernommen werden. Letzteres wurde vom Werksvorstand sofort demontiert, und Ersteres setzt die Entlassung einer gleichen Zahl von Vulkan-essen voraus — von Vulkan-Chef Henke sogleich als „Solidaritätsbeitrag“ angekündigt!

Die Empörung schlug in ganz Bremen hohe Wellen, denn die 139 Jahre alte Gröppelinger Traditionswerft ist die Keimzelle der Bremer Sozialdemokratie gewesen (und war ein Zentrum der Bremer Räterepublik 1919). Am Tag nach Koschnicks Pressekonferenz demonstrierten 2.000 Werftarbeiter zum Rathaus und erinnerten Koschnick daran, daß er im Oktober 80 an gleicher Stelle versprochen hatte: „Wir lassen die AG Weser nicht untergehen, dafür gebe ich mein Wort“. Und drei Tage später, am 2.9., gaben 6.000 AG-Weser-Kollegen, Vulkan-essen, Arbeiter anderer Werften und Bremer Bürger/innen ihrer Forderung nach Erhalt aller Werftarbeitsplätze Ausdruck.

Allmählich fürchtete der Werftvorstand darum, daß der Frachter „Überschlag“ nicht wie geplant am 2.9. vom Stapel gehen könnte, weil die Belegschaft den Neubau als Pfand „behalten“ würde. AG-Weser-Chef Giesens antwortete deshalb die Ruhepause am Wochenende 3./4. Sept., und verbreitete, Koschnick habe den Beschluß der Werftvorstände falsch interpretiert: Eine Schließung der AG Weser sei nicht geplant. Obgleich die Vorstandsmitglieder Hapag-Lloyd und Vulkan alsbald Koschnicks Version bestätigten, wand Koschnick zunächst als dummer Junge da und im Zentrum aller Kritik.



Die Besetzung

Auf bittere Weis behielt Hans Koschnick recht. Am 15.9. erneuerten die Vorstände von AG Weser, Vulkan und Hapag-Lloyd ihren Beschluß von Ende August und gaben die ausgestrichen 1.000 Stellenverhältnisse an der neuen Gesellschaft bekannt: Krupp ca. 40%, Land Bremen und Thyssen-Bornemisza ca. je 12,5-14%, Ha-Lo ca. 20%, der Rest soll sich auf Kleinaktionäre verteilen.

Angespornt durch die HDW-Besetzung in Hamburg berief der Betriebsrat der AG Weser für Montag, 19.9., eine Belegschaftsversammlung ein, zu der die Kollegen Liegen und Schlafsäcke mitbringen sollten, da sich die Versammlung über mehrere Tage und Nächte hinziehen könnte.

Am 19.9. redete auf Einladung des Betriebsrates zunächst Wirtschaftsinformatiker Lambdoff, der jedoch nur Bekanntes wiederholte. In der anschließenden Debatte untertraten alle Redner die Ausweglosigkeit, die für sie bei einer Schließung der Werft bestehen würde. Der Betriebsratsvorsitzende und langjährige Sozialdemokrat Hans Ziegenfuß griff den Senat scharf an und forderte die Kampfvereinschaft aller Kollegen, die mit einem einstimmigen Besetzungsbeschluß deutlich antworteten. Unter dem Motto „Wachen wir Tag und Nacht, sonst werden wir hier zugemacht“ wurde dann das Haupttor geschlossen.

An spontanen Solidaritätsaktionen sei hier besonders eine rund 1.000 Menschen zählende Demonstration der BAL erwähnt, die am Abend des 19.9. ihre zentrale Wahlkampfvorstellung abbrach, um praktisch den Widerstand der Werftarbeiter zu unterstützen. In den folgenden Tagen trafen Mengen an Spenden, Solidaritätsadressen und Besucher/innen auf der Werft ein. Bis zum Abbruch der Besetzung am 26.9. waren knapp 100.000 Mark für die Besetzer gesammelt worden.

Am Morgen des 20.9. wurden auf allen Werften im Lande Bremen einstündige Solidaritätsstreiks durchgeführt. Nur die Belegschaft der zur AG Weser gehörenden Bremerhavener Seebeckwerft arbeitete weiter. Der Betriebsratsvorsitzende Linde hatte die Belegschaft gar nicht von den Solidaritätsaktionen informiert und verteilte im Nachhinein noch frech die Auffassung, nur „durch Ordnung und Disziplin“ könne „der Ruf des Gesamtunternehmens“ gewahrt bleiben. Nachdem diese Haltung bereits innerhalb des Betriebsrates auf Protest gestossen war, ist jetzt beim Hauptvorstand der IG Metall eine Untersuchung gegen Linde wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten beantragt worden.

Nach fünf Tagen Besetzung hatte der Bremer Senat keine Veränderung seiner Position erkennen lassen und sich nicht klar für den Erhalt der AG Weser ausgesprochen. Am 23.9., zwei seiner Position erkennen lassen und sich nicht klar für den Erhalt der AG Weser ausgesprochen. Am 23.9., zwei Tage vor den Wahlen, erhielt Koschnick die Möglichkeit, vor der Belegschaft die Haltung des Senats darzulegen. Dieser Auftritt wurde für den Bürgermeister zu einem einzigen Spießrutenlauf: Bei seiner Rede ständig durch Protestrufe wie „Arbeitsverräter“ und „Werftmörder“ unterbrochen, mußte er miterleben, wie die Belegschaft einstimmig beschloß, einen „Wahlprüfstein“, der sich vor allem gegen die Senatspolitik richtete, an alle Bremer Haushalte zu verteilen, und wie der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß und drei weitere Kollegen ihr SPD-Parteibuch zurückgaben.

Es ist eine höhnische Ironie der Geschichte, daß vermutlich gerade diese Ereignisse erheblich zu dem herausragenden Wahlergebnis der Bremer SPD beitrugen. Schon am Samstag mußten die Werftarbeiter beim Verteilen ihres „Wahlprüfsteins“ erleben, daß die Stimmung vieler Menschen sich gegen ihre Aktionen gerichtet hatte, was das Wahlergebnis objektiv ebenfalls ausdrückte. Die Drohung des AG-Weser-Vorstands, wenn Montag die Besetzung nicht abgebrochen würde, gäbe es fristlose Kündigungen und einen Entzug des Sozialplans, trug ihren Teil dazu bei, daß auf der Belegschaftsversammlung am 26.9. die Besetzung „unterbrochen“ wurde.

Bleibt noch festzuhalten, daß der sozialdemokratische Senat als größter Anteilseigner am Vulkan weiterhin genügend Möglichkeiten der Einflußnahme auf die arbeitsplatzvernichtende Geschäftspolitik hat. Deutlicher noch als der Fall HDW unterstreichen die Bremer Ereignisse, daß die SPD nicht gewillt ist, ihre politische Macht gegen den Widerstand des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu richten, sondern sich umgekehrt zu dessen Zwangsvollstrecker macht.

KB/Gruppe Bremen

Fortf. von vorheriger Seite

fällt, mußten dann Fremdfirmen geholt werden — für viele sichtbarer Beleg, daß die erneuten Massenentlassungen nur der Anfang vom Ende der HDW in Hamburg sind.

Sämtlichen Kündigungen widerspricht der BR. Gleichzeitig werden die Oekundigten von den Vorgesetzten mündlich aufgefordert, bei Weiterbezahlung der Bezüge bis zum letzten Tag der Kündigungsfrist zu Hause zu bleiben, damit „Ruhe in den Läden kommt“. Aussperrung durch die Hintertür. Schriftlich bekommt das aber keiner, so daß die Kollegen eventuell sogar noch ihren Kündigungsschutz beim Klagen verlieren könnten. Nach Aufforderung durch die AL bleiben die meisten weiter im Betrieb.

Abends findet in der Bürgerschaft eine Debatte zum Thema HDW statt, in der sich CDU und SPD darin übertreffen, ihre Betroffenheit mit dem Schicksal der armen Kollegen zum Ausdruck zu bringen. Ansonsten gegenseitige Vorwürfe, obwohl beide diese Politik gegen die Kollegen zu verantworten haben. Nur die GAL verteidigt voll und ganz die Aktionen der Belegschaft. Ihr Antrag, den Kollegen 250.000 DM zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen wird von CDU und SPD gemächlich abgelehnt. Die „Arbeitnehmerpartei“ zeigt wieder einmal ihr wahres Gesicht.

Donnerstag, 23.9. — Ab sofort lehnt der BR sämtliche Überwinden und Kurzarbeit ab. Im Gewerkschaftshaus treffen sich Hunderte von Kollegen (einschließlich der aus der IGM ausgeschlossenen), um das weitere Vorgehen zu beraten. Neben einer starken Beteiligung an der heutigen IGM Demo am 29.9. (Werft- und Stahlarbeiter gegen

Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau) werden juristische Schritte vorbereitet (massenhafte Kündigungsschutzklagen).

Freitag, 23.9. — Katzenjammer auf dem Landesparteitag der SPD Hamburg. Viele Klagen über die bösen Unternehmer, die schlimme CDU, aber auch über die Schlaftheit der eigenen Partei. Ändern tut sich jedoch nichts an der Haltung des Senats. Dohnanyi sieht den Hauptschuldigen in der Politik der USA (hohe Zinsen etc.).

Samstag/Sonntag 24./25.9. — Wieder gehen Streikposten (Mahowachen) vor dem Tor auf, um Arbeit am Wochenende zu verhindern. Es taucht aber kaum einer auf, der dies vorhat.

Montag, 26.9. — Im BR-Büro wird eine juristische „Zweigstelle“ der IGM errichtet, die zu Hunderten die Kündigungsschutzklagen der Kollegen bearbeitet. Die meisten von ihnen bleiben im Betrieb, so daß gemeinsame Diskussionen weiter stattfinden können.

Mittwoch, 28.9. — Etwa 600 Kolleginnen und Kollegen beteiligen sich an einem einstündigen Sitestreik vor dem Betriebsrat, um der Forderung nach einem ausreichenden Sozialplan Nachdruck zu verleihen. Der Vorstand bietet dem Betriebsrat an, selber über die Verteilung eines Sozialplanvolumens von 13 Millionen DM zu entscheiden. Das sind im Schnitt 10.000 DM pro entlassenen Kollegen und liegt damit erheblich unter bisherigen Sozialplanregelungen.

Donnerstag, 29.9. — Ungefähr 500 HDWler fahren ab 4 Uhr früh mit Bussen nach Bonn, um an der dortigen Demonstration der IG Metall gegen Arbeitsplatzvernichtung auf den Werften und bei Stahl zu protestieren.

Weiblicher Widerstand gegen Militarismus und Krieg

In der neuen Friedensbewegung arbeiten zahlreiche Frauen nicht einfach nur deswegen mit, weil sie gegen Militarismus und Krieg sind, sondern weil sie sich als Frauen gegen Gewalt, ungefangen bei der ständigen Gewalt durch den „Mann auf der Straße“ bis zur Gewalt des Krieges, zur Wehr setzen wollen. Viele fühlen sich als Frauen auf besondere Weise betroffen und versuchen daher, besondere Formen von Kampf und Widerstand zu entwickeln.

Im imperialistischen Zeitalter sind Kriege nur ein besonderer Fall des sog. Friedens, ein Fall, der jedoch auf tödliche, ungeheuer brutale und grausame Weise die Herrschaftsverhältnisse aufzeigt. Im Krieg wird in besonderem Ausmaß die Arbeitskraft der Frauen herangezogen zur Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft, sowohl in den Fabriken und Rüstungsbetrieben als auch im Dienstleistungs- und Lazarettbereich; sowohl ihre Arbeitskraft als auch ihre reproduktiven Fähigkeiten werden verstärkt ausgebeutet. Im Krieg ist auch Vergewaltigung ein „normaler“ Akt.

„Das Schwert in die Scheide stecken“ ist ein veraltetes Synonym für Frieden. Es bezeichnet aber sehr treffend den Zustand, in dem sich Frauen im Frieden befinden!

Im sogenannten Frieden leben wir Frauen in einem patriarchalen System, das sich der Kapitalismus zunutze gemacht hat. Für uns heißt das, von Geburt an um Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung vieler Talente und um unsere weibliche Identitätsfindung betrogen zu werden.

Überall sehen wir die Rollenstereotypen zementiert und vermarktet, in den Medien z.B., indem Frauen als Opfer krimineller Handlungen dargestellt werden, als Prinzessinnen, „Kleiderständer“ — nur interessiert an Mode und Kosmetika —, als „emanzipierte“ Sexkätzchen oder als Frauen, deren ganzer Lebensinhalt aus „lieben, sorgen, heiraten, kochen und Kinderkriegen“ besteht.

Im ökonomischen Bereich finden wir uns auf schlecht bezahlte, monotone Arbeiten verwiesen, die keine Entfaltungs- und Aufsteigsmöglichkeiten bieten. Der Preis für ökonomische Unabhängigkeit heißt Doppel- und Dreifachbelastung durch Arbeit, Haushalt, Kindererziehung und oft noch reproduktive Dienstleistungen am Mann.

Das totale Streichen der Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und Geist hat zur Folge, daß die weibliche Sexualität nach wie vor von männlichen Bedürfnissen und Vorstellungen definiert, dominiert, pervertiert und kontrolliert wird. Die Unterdrückung der weiblichen Sexualität zeigt sich auf verschiedensten Ebenen. Als Beispiel können die Theorie und Praxis der Gynäkologie, die Verhütungs- und Abtreibungssituation, die Psychotherapie, in weiterer Form die Medizin als Ganzes gelten. Brutalster Ausdruck von Gewalt gegen Frauen und Unterdrückung und Vernichtung weiblicher Sexualität ist die Vergewaltigung. Dazu gehört auch die übliche Annäherung auf der Straße sowie die Norm, daß Sexualität nur in Hetero(r)o(-)Beziehungen geklebt werden darf. (1) Als Lebensmodell stehen uns Frauen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung: entweder doch im Schoß einer neu zu gründenden Familie „Schutz“ zu suchen, leben für Kinder, Mann und evtl. noch Zuarbeit zu einem schlecht bezahlten, monotonen und unsicheren Arbeitsplatz; oder ökonomische und soziale Unabhängigkeit, die meist zum Preis großer emotionaler Unsicherheit und dem Verzicht auf Kinder erkauft werden muß.

Was hat diese unfriedliche Situation im sogenannten Frieden mit weib-

lichem Widerstand gegen Militarismus und Krieg zu tun?

Zum einen sind Frauen von der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft und den Kriegsvorbereitungen direkt betroffen, z.B. wenn Frauen zur Bundeswehr als Soldatinnen entzogen werden sollen (—was auch noch als Emanzipation verkauft wird!)— und so als Reservarmee und menschliches Heutmaterial für den Krieg dienen; oder wenn die im medizinischen Bereich Beschäftigten (Krankenschwestern, Schwesternhelferinnen, freiwilliges soziales Jahr) sich zur Einsatzbereitschaft im Kriegsfall verpflichten müssen.

Darüber hinaus scheint es so, als ob Frauen von Natur aus oder erzogenerweise friedlich seien: sie gebären und erziehen Kinder, versorgen Familien, stellen Verbrauchsgüter täglich neu her und in Diskussionen greifen sie meist vermittelnd oder ausgleichend ein. (2)

Frauen schaffen mit ihrer Emotionalität und ihrer Beziehungsarbeit einen unabdingbar notwendigen Ausgleich für ihre vom „täglichen Lebenskampf“ heimkehrenden Männer, ihre reproduktiven Arbeiten sind unabdingbar notwendig zum Funktionieren des Systems. (3)

Natürliche Arbeitsteilung?

Daß diese Arbeitsteilung keine natürliche ist, läßt sich am Beispiel der Weltkriege verdeutlichen. Frauen überschritten hier die Grenzen ihrer gewohnten Rolle — über die direkte Unterstützung der an der Front kämpfenden, beispielsweise in den Lazaretten, hinaus — z.T. vollständig. Die soziale Organisation und die Inangriffnahme der Produktion im Landesinneren wurden plötzlich von Frauen geleistet — eine Tatsache, die im krassem Gegensatz zum gängigen Bild von der Natur der Frau steht. Daß diese von Frauen geleistete Arbeit im Landesinneren von den Nazis als „Heimfront“ bezeichnet wurde, verdeutlicht wiederum die indirekte Verankerung der Frauen im Krieg und Militarismus. Die Errungenschaften der Frauen im Krieg, ihre relative ökonomische und politische Macht führte in der Nachkriegszeit jedoch nicht zu verbesserter Stellung in der Produktion und im Machtgefüge. Es hatte sich bei dieser „Macht“ nicht um eine grundsätzliche, von unten erkämpfte Macht gehandelt, sondern um eine ungeheuer verstärkte Ausbeutung. Um das bloße Überleben zu sichern, waren die Frauen gezwungen, die ihnen zugewiesenen Arbeiten zu tun. Deshalb gelang es ihnen nach dem Krieg auch kaum, ihre Positionen bewußt auszunutzen.

Frauen sollten ihre geschlechtsspezifische Verknüpfung mit alltäglicher wie militärischer Gewalt zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bezüglich dem Entwerfen von Widerstandsstrategien gegen diese Mitarbeit machen.

Frauen — natürliche Pazifistinnen?

Zuallererst folgt aus der Erkenntnis der geschlechtsspezifischen Verknüpfung natürlich, daß Frauen jedenfalls nicht 1 im Rahmen ihrer scheinbar so friedfertigen Rolle, also als „natürliche Pazifistinnen“ in der Friedensbewegung mitarbeiten sollen. Sich als natürliche Pazifistin zu definieren und aus dieser Haltung heraus um „peace and love“ in der Welt zu bitten, nur zu jammern über gefangene oder tote Freunde, Männer und Söhne, oder darüber, daß zu befürchten steht, daß diese gefangen oder getötet werden, all das allein nützt noch nichts. (7 B. Appelle an Regierungen, Einsparungen von Militärausgaben — weiblich friedlich passiv vermittelnd —, Marsch von Kopenhagen nach Moskau oder warten, daß die Männer was machen, sich für uns alle Strategien ausdenken, etc.)

Von der breiten Masse der unpolitischen Frauen unterscheiden sich die „peace and love“-Frauen in der Friedensbewegung nur dadurch, daß sie das Jammern aktiv und kollektiv organisieren, während erstere ihre Rolle einfach verinnerlicht haben und dementsprechend leben.

Daß das Konzept des natürlichen Pazifismus auch zu radikaler Frauenpolitik führen, diese aber trotzdem eine prinzipielle Beschränktheit niemals überwinden kann, zeigt die Geschichte von Teilen der Frauenbewegung vor und im 1. Weltkrieg (siehe AK 218 und AK 220).

Das Postulat der natürlichen-pazifistischen Gegensätzlichkeit der Frauen zu Krieg und Männerwelt schreibt die Frauen aber letztlich auf ihre faktische Machtlosigkeit im Hier und Jetzt fest. Die Ohnmacht der Frauen im patriarchal-kapitalistischen System beruht auf ihrer ökonomischen Stellung und ihren spezifischen Fähigkeiten und Handlungsmöglichkeiten, die ihnen den Zugang zur Macht versperren. Wenn dieser geschlechtsspezifische „Charakter“ der Frauen ein natürlicher wäre, dann hätten sie keinerlei Waffen gegen Gewalttätigkeiten dieses Systems.

Verweigerung

Die Mitarbeit am patriarchalen sowie am Militärsystem prinzipiell zu verweigern, erscheint vor dem Hintergrund der Arbeitsteilung in diesem System auf den ersten Blick als die Alternative zur Jammerrolle. Verweigerung kann bedeuten, sich für soziale Dienste im Ernstfall nicht zur Verfügung zu stellen, das kann bedeuten,

den Teil der Steuern einzubehalten, der dem Anteil der Rüstungsausgaben am Staatshaushalt entspricht, in einen Gebärstreik zu treten und vieles mehr. Verweigerung kann darüberhinaus bedeuten, die Zusammenarbeit mit Männern auf allen Ebenen einzustellen, Beziehungsarbeit nicht mehr zu leisten, weibliche Emotionalität nicht mehr zur Verfügung zu stellen, sich also auf allen oder möglichst vielen Ebenen von Männern abzutrennen.

Verweigerungsaktionen haben Symbolcharakter für die Möglichkeit spezifischen weiblichen Widerstands, indem sie anderen Frauen zeigen, was es mit ihrer heutigen Form von Friedfertigkeit, mit ihrem Helfen und der heutigen Form von „Liebe“ auf sich hat. Gleichzeitig macht Verweigerung erst sichtbar, daß diese Verhältnisse aufkündbar und veränderbar sind und solche Aktionen können für Frauen Schritte in Richtung auf ihre persönliche Befreiung aus Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnissen sein. Jeder Verweigerungsversuch, gleich, auf welcher Ebene er ansetzt, deutet sehr schnell auf den allgegenwärtigen Zwang zur Weiblichkeit auf jeder Ebene hin und kann daher weitreichende Bewußtwerdungsprozesse in Gang setzen.

Allerdings sind solche politischen Aktionen und Versuche der persönlichen Befreiung noch längst keine verallgemeinerbaren oder einfaltigen weiblichen Widerstandsstrategien im umfassenden Sinne, allenfalls deren Ausgangspunkt.

Beispiel: Totale Verweigerung der Zusammenarbeit mit Männern

Am Beispiel persönlicher „Totalverweigerung“, welche Widerstand gegen das gesamte Gewalt-Kontinuum leisten will, lassen sich die Gefahren bzw. Unzulänglichkeiten der reinen Verweigerungsstrategie noch umfassender aufzeigen. Die Tendenz zur Nichtbeteiligung, zur Vernachlässigung der Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Strategien ist hier noch deutlicher zu erkennen und darüber hinaus die Tendenz zu dem, was vielleicht Reduktion und Selbstreduktion genannt werden könnte: Totalverweigerinnen wollen meist überhaupt nicht mehr mit Männern zusammenarbeiten, sehen auch keinen Sinn darin, sich mit der Friedensbewegung zu beschäftigen. Diese Haltung hat ihre Grundlage in der Errichtung einer Sperrlinie im eigenen Kopf: Männerwelt ist und bleibt Männerwelt, die persönlich erlebte Gewalt verurteilt den Frauen jeden Blick über das schlichte „die Männer sind schuld“ hinaus.

Totalverweigerung als Frau zu leben ist nur möglich, indem Männer auf ihre Funktion als Gewalttäter und Unter-

drucker reduziert werden, indem nur mehr dieses Merkmal an ihnen wahrgenommen wird. Frauen, die Totalverweigerung leben wollen, müssen sich gegen das Wissen um zweierlei Dinge vollkommen versperren:

1. Das ist erstens die Tatsache, daß die Männer eben trotz aller Gewalttätigkeit nicht nur Gewalttäter sind, sondern immer noch auch Personen, die von Frauen geliebt werden und Frauen lieben, so entfremdet, gewalttätig oder ohnmächtig und zerstörend diese Liebe auch immer sein mag.

2. Und zweitens exekutieren Männer, indem sie aktiv gewalttätig sind, — und dieses aktive Handeln soll hier keineswegs irgendwie beschönigt werden — dennoch in gewisser Hinsicht lediglich die strukturelle Gewalt des ganzen Systems.

Es handelt sich um ein Angebot der Bourgeoisie an alle Männer: das Angebot einer vordergründigen Teilhabe an der Macht. In der Ehe, auf der Straße hat selbst der unterdrückteste Mann noch jemanden unter sich die Frau/en. Und nur wenige Verbrechen werden so leicht gesühnt wie Vergewaltigung, die in der Ehe juristisch nicht einmal existiert.

Totalverweigerinnen müssen jedoch Männer in die Gewalttäter und dort Personen aufspalten und können ihre Verweigerung nur leben, indem sie in ihren Köpfen eine Sperrlinie gegen das Wissen um die Person errichten.

Komplementäre Rollen

Um das Dilemma, daß Männer Liebende/Geliebte und Gewalttäter zugleich sind, zu lösen, müssen Frauen erkennen, daß sie als Frauen, so wie sie heute sind, zwar den Männern und ihrer Welt entgegengesetzt erscheinen (friedfertiger, emotionaler, in diesem Sinn besser), daß dieser Gegensatz aber nur auf der Oberfläche existiert und kein natürlicher ist, sondern ein gemachter, der beide, Frauen wie Män-

oder Totalverweigerung greift in mehrfacher Hinsicht zu kurz. Die aufgezeigten Verweigerungsformen zeigen nämlich als solche weder eine gesamtgesellschaftliche Alternative auf, tragen eine solche auch nicht in sich, noch stellen sie, und das ist entscheidend, die Frage nach Strategien zur Durchsetzung einer solchen Alternative, Verweigerung, die gesellschaftspolitische Ziele verfolgt, muß gleichzeitig den Willen zu neuerlicher Einmischung, zum Kampf um die gesellschaftliche Durchsetzung dieser Ziele in sich tragen.

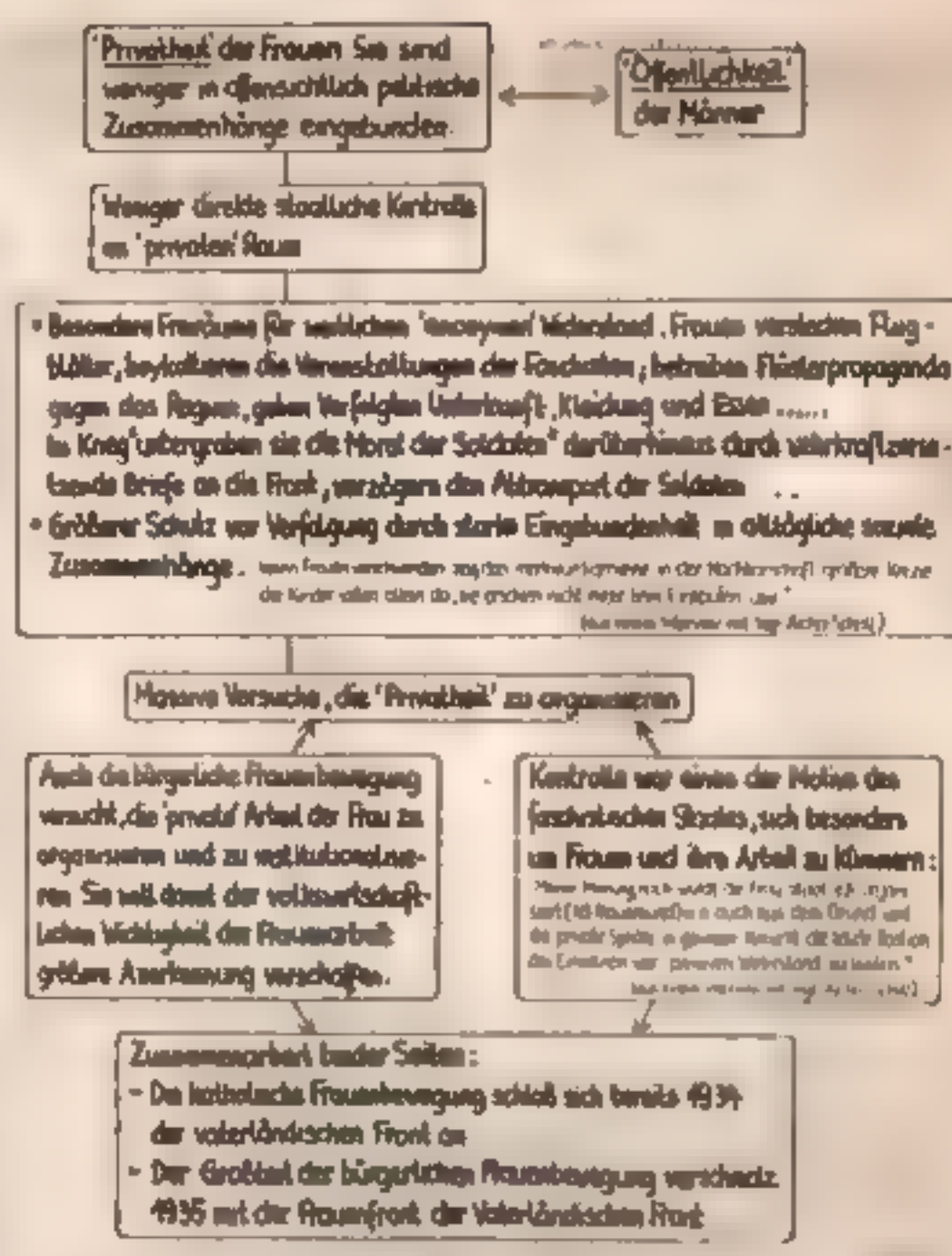
Keine Rüstungssteuern zu bezahlen führt noch lange nicht dazu, daß tatsächlich weniger Geld für Rüstung ausgegeben wird. Um dieses Ziel konkret ins Auge fassen zu können, müßten Frauen sich über den Steuerboykott hinaus aktiv einmischen in die Diskussion der Friedensbewegung um die konkrete Logik staatlicher Politik und staatlicher Reaktion auf unterschiedliche Widerstandsformen (das kann selbstverständlich auch in Frauengruppen geschehen!). Um gegen staatliche und auch gegen unternehmerische Politik etwas auszurichten, müssen Frauen ganz genau verstehen, wie der Staat und in umfassendem Sinne das kapitalistische Weltsystem funktionieren. Um eine feministische Analyse des kapitalistisch-patriarchalen und des Militärsystems kommen Frauen nicht herum, ebenso wenig um eine Qualifizierung aller unserer Fähigkeiten zur Abschaffung dieses Systems.

Wir wollen nicht nur einen neuen imperialistischen Krieg verhindern, wir wollen nicht nur die Ausbeutung abschaffen, wir wollen auch als Frauen wie Menschen leben können!

Dieser Artikel versteht sich als Ergänzung des Berichts vom Hünarcker Frauenwiderstandscamp „Frauenwiderstand von Magie bis Antimperialismus“ in AK 237 sowie als Aufforderung zur Diskussion um weibliche Widerstandsformen!

H., Tübingen

Zusammenhang von Frauenwiderstand, staatlicher Politik und bürgerlicher Frauenbewegung im Faschismus



ner, zudem in extremem Maß eingeschränkt, dieser scheinbare Gegensatz ist Ausdruck der realen Unmöglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit von beiden. Das Wesen der Frau ist keine Naturkonstante, sondern ergänzt das der Männer und ist integriert ins System, obwohl es scheinbar im Gegensatz dazu steht. Nur durch Überwindung dieses Systems der sich ergänzenden Rollen wird es möglich sein, die Täter-Opfer- bzw. Macht-Ohnmachtstrukturen aufzulösen.

Wenn Frauen diese Komplementarität erkennen, dann ist klar, daß sie nicht mehr sich, so wie sie heute sind, an die Stelle der Männer setzen wünschen, sondern daß es gilt, die n. Teil der Persönlichkeit der Frau, der heute in den Männern steckt, zurückzuerobern, und dazu bedarf es der Einmischung in deren Geschäfte, ohne gleichzeitig die Weiblichkeit in sich zu verlieren.

Die Parole von der Verweigerung

Fußnoten:

1. Vgl. ein Flugblatt der autonomen Wiener Frauengruppen anlässlich eines Friedenscamps auf der Arena-Wiese im August 82 zitiert nach Weiblicher Widerstand gegen Militarismus und Krieg in Österreich und anderswo, Forum alternativ 1982 S. 108.
2. So argumentiert z.B. Waltraud Schoppe, MdB der Grünen in einem Spiegel-Interview: „Frauen haben die Möglichkeit, Leben zu schützen, daher sind sie gerade sehr viel vorsichtiger mit allem, was Leben bedeutet.“ Spiegel 33. 1982 S. 87.
3. Das ist gerade auch im Krieg ungeheuer wichtig. Für die Soldaten sind Mütter, Bräut, Frau und Kinder zentraler emotionaler Bezugspunkt — selbst wenn das nur durch Briefe und Erinnerungen vermittelt ist. Bei den Nazis wurde das so organisiert, daß die Frauen selbstgestrickte „Liebesgaben“ für die Ostfront lieferten sollten. Der emotionale und politische Effekt — es sind diese gütigen und liebevollen Frauen, die wir gegen den russischen Unterdrücker verteidigen — war mindestens genauso wichtig wie der emotionale.
4. Vgl. Widerstand gegen Militarismus und Krieg in Österreich — S. 87.



TRIBUNAL ZUR HAMBURGER AUSLÄNDERPOLITIK

Handeln Behörden ausländerfeindlich?

In einer internen Dienstweisung zum (sogenannten) Arbeitsförderungs-gesetz hat das Arbeitsamt Hamburg bestimmt: „Es ist davon auszugehen, daß grundsätzlich durch die Arbeitsaufnahme eines Ausländers die Beschäftigungsmöglichkeiten für Deutsche oder ihnen gleichgestellte Ausländer (Angehörige von EG-Staaten — Anm. d. Red.) beeinträchtigt werden.“

Dies war eines der zahlreichen Beispiele, die auf dem „Tribunal zur Hamburger Ausländerpolitik“ am 17.9. im DOB-Haus vor 250 Teilnehmern behandelt wurden. Organisator des Tribunals war das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), ein seit knapp zwei Jahren bestehender Zusammenschluß von vorwiegend türkischen, kurdischen, spanischen und westdeutschen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

Das DOB-Haus vor 250 Teilnehmern behandelt wurden. Organisator des Tribunals war das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis (DAAB), ein seit knapp zwei Jahren bestehender Zusammenschluß von vorwiegend türkischen, kurdischen, spanischen und westdeutschen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen.

Im Vordergrund des Tribunals standen die selten und die Öffentlichkeit kommenden „alltäglichen Fälle“, wie die Behinderungen und Einschränkungen der Familienzusammenführung, der Ausreisungsdruck, wenn Sozialhilfe bezogen wird usw.

Die Norwegerin R. war nach der Scheidung gezwungen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die Ausländerbehörde lehnte es daraufhin ab, ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Dem Widerspruch von Frau R. hielt die Behörde entgegen: „Bei ihrem weiteren Verbleib im Bundesgebiet ist eine erhebliche Belastung der öffentlichen Hand durch Sozialhilfeeintragungen zu erwarten. Die Allgemeinheit wird insgesamt hohe Geldbeträge aufwenden müssen, wenn sich die Widerspruchende weiterhin im Bundesgebiet aufhält.“

Ihr besonderes Augenmerk richtete die Ausländerbehörde auf sog. Scheinehen. Sie läßt in der Regel zu einer Heiratung vor, wenn bundesdeutsche und ausländische Staatsbürger heiraten wollen. Mann und Frau werden nach einander von einem Beamten einem Verhör unterworfen, in dem auch Fragen des privaten Bereichs nicht ausgeglichen werden. — Um eine Scheinehe handelt es sich nach Auffassung der Ausländerbehörde z.B. bei dem türkischen Sozialarbeiter Üzeyir Asat, der nach vielen Jahren Aufenthalt ausgewiesen werden soll.

Von Ausweisung bedroht sind aber auch Menschen, die a.T. schon seit über zwanzig Jahren hier leben und arbeiten, wie der indische Ingenieur Datta oder der ägyptische Hochschullehrer Khamis Khamis.

Dal mit der Anerkennung als Asylbewerber noch länger nicht die Gefahr gebannt ist, dennoch ausgeliefert zu

werden, das zeigt der ebenfalls auf dem Tribunal vorgestellte Fall von Hüseyin İnci. Ungeachtet seiner rechtmäßigen Anerkennung als Asylbewerber betreibt die Staatsanwaltschaft weiterhin das Auslieferungsbegehren der Türkei vor dem Hamburger Oberverwaltungsgericht. — Juristisch, stellte İnci Rechtsanwalt fest, hat die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, beim Gericht den Antrag zu stellen, İnci nicht auszuliefern oder das ganze Verfahren einzustellen.

Der Jury des Tribunals wurden insgesamt fünfzehn Fälle vorgestellt. Sie kam einstimmig zu dem Ergebnis, daß in der Hamburger Ausländerpolitik elementare Menschenrechte verletzt werden und stellte fest: „daß die ‚Ausländer-raus-Politik‘ sich in allen Lebensbereichen durchsetzt, von Spitzenpolitikern bis zu Sachbearbeitern.“

Das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis hat mit diesem Tribunal einen erfolgreichen Schritt getan zum Aufbau einer politischen Front gegen staatliche Ausländerpolitik und allgemeine Ausländerfeindlichkeit.

Das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis hat mit diesem Tribunal einen erfolgreichen Schritt getan zum Aufbau einer politischen Front gegen staatliche Ausländerpolitik und allgemeine Ausländerfeindlichkeit.

AG Ausländer

Erklärung der Jury

Die Jury des Tribunals zur Hamburger Ausländerpolitik stellt nach eingehender Untersuchung der Beschwerden von 15 betroffenen Ausländern fest:

Wir stellen fest, daß in allen vorgetragenen Fällen die Beschwerden berechtigt sind. Wir stellen weiter fest, daß elementare Menschenrechte verletzt wurden, die Würde des Menschen, der Schutz von Ehe und Familie, der Gleichheitsgrundsatz, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Meinungsfreiheit.

Diese Verletzungen sind hervorgerufen durch das Ausländergesetz, das Asylverfahrensgesetz und die dazu ergangenen Verordnungen und Richtlinien. Nachdem die Menschen als Arbeitskräfte ins Land geholt wurden, sollen sie jetzt aufgrund veränderter ökonomischer Bedingungen abgeschoben werden.

Wir stellen fest, daß die ‚Ausländer-raus-Politik‘ sich in allen Lebensbereichen durchsetzt, von Spitzenpolitikern bis zu Sachbearbeitern. Ermessensspielräume werden durchweg zugunsten der Ausländer benutzt.

Wir klagen die Verantwortlichen an. Der Menschenverachtung, der Menschenrechtsverletzung und der Aushöhlung unserer demokratischen Grundordnung.

In bestehende Arbeitsverhältnisse von Ausländern soll „derzeit noch nicht eingegriffen werden“

Auf dem Tribunal wurde eine interne Dienstweisung des Hamburger Arbeitsamtes (vom 25.4.83) vorgelegt. Auf dem Arbeitsmarkt werden die ausländischen Kollegen, die nicht aus EG-Staaten kommen, gegenüber diesen und deutschen benachteiligt. Der § 19 Arbeitsförderungs-gesetz betagt, daß kein freier Arbeitsplatz an einen ausländischen Kollegen vergeben werden darf, wenn dieser Arbeitsplatz von einem Deutschen oder EG-Ausländer beansprucht wird (sog. Inländervorrang).

Dieses Gesetz hat das Arbeitsamt Hamburg per Dienstweisung verschärft: „Es ist davon auszugehen, daß grundsätzlich durch die Arbeitsaufnahme eines Ausländers die Beschäftigungsmöglichkeiten für Deutsche oder ihnen gleichgestellte Ausländer (EG-Ausländer — Anm. d. Red.) beeinträchtigt werden.“

Ein ausländischer Arbeiter soll generell erst nach einer Sperrzeit von drei Monaten (solange wird versucht, an einen deutschen Arbeiter zu vermitteln) einen Anspruch auf einen freien Arbeitsplatz bekommen — und dann ist dieser sicher schon weg. Ein beschäftigter ausländischer Arbeiter, der sich eine andere Arbeit gesucht hat und dort arbeiten konnte, muß erstmal vier Wochen warten, bis er hierfür eine Arbeitsurkunde bekommt. Das Arbeitsamt, das erst durch den ausländischen Kollegen auf diesem Arbeitsplatz aufmerksam wurde, versucht innerhalb der vier Wochen zunächst, einen Deutschen oder EG-Ausländer zu vermitteln. „Sämtliche Arbeitsurkundenanträge von Stellenwechselern sind (...) der Vermittlung vorzuziehen. Auch in diesen Fällen sind intensive Bemühungen einzuleiten, die freie Stelle durch einen deutschen oder ihm gleichgestellten ausländischen Arbeitnehmer zu besetzen.“

Daß es in absehbarer Zeit noch schlimmer kommen wird, zeigt folgende Andeutung in der DA (Dienstweisung) 11/83: „So soll ... trotz der angespannten Arbeitsmarktsituation (...) derzeit noch nicht in bestehende Arbeitsverhältnisse eingegriffen werden.“

Der Verlust des Arbeitsplatzes zieht für eine Familie aufenthaltsrechtliche Maßnahmen nach sich. Nach einer kurzen Dauer des Bezuges von Arbeitslosengeld setzt Arbeitslosenhilfe ein. Und der Bezug von Arbeitslosenhilfe soll nach Plänen der Rechtskoalition in Bonn (Kommissionsberichte) die Ausweisung nach sich ziehen. Der Verlust des Arbeitsplatzes ist damit der erste Schritt zur Abschiebung

zung und der Aushöhlung unserer demokratischen Grundordnung. Gerade für die Bundesrepublik Deutschland besteht eine besondere Verpflichtung, dem Herrenmenschen zu widerstehen. Wir fordern daher:

- Soziale, wirtschaftliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien
- Auch bei Verlust des Ehepartners oder einer Trennung müssen die eigenen Entscheidungsrechte in jeder Lebenssituation gewährleistet bleiben
- Wir fordern das uneingeschränkte Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung, insbesondere fordern wir daß kein Asylsuchender an den Verfolgerstaat ausgeliefert wird, weder an die Türkei noch an andere undemokratische Staaten
- Wir begrüßen die Einrichtung eines zentralen Büros zum Schutz ausländischer Mitarbeiter vor Auslieferung, Abweisung und Ausweisung aus der Bundesrepublik und Westberlin.

Die Jury:
Susanne v. Poczenky (Publizistin)
Regula Schmidt-Bott (Mitglied der Bürgerschaft)
Dirk Nordmann-Bromberger (Arbeitsrichter)
Surreya Turhan (Lehrer)
Christian Arndt (Pastor)
Bohret Sonmez (Berater)

Demonstration am Hochtemperaturreaktor in Hamm

— Ein Bericht —

Am 17.9. beteiligten sich 3.000 Bürger an der Demonstration gegen den THTR. Die Bürgerinitiativen werteten diesen Tag als Erfolg, wenngleich die überregionale Beteiligung aus NRW äußerst gering ausfiel. Bemerkenswert war das rege Interesse der Hammer Bürger. Normalerweise bekommt man in Hamm allerhöchstens 300 bis 400 Leute auf die Beine — diesmal waren es schätzungsweise tausend.

Eine Störung der Hammer Ratsitzung wegen des nicht offengelegten Katastrophenschutzplans und besonders die Besetzung des „Informationszentrums“ der VEW haben in der Vorbereitungsphase für Aufmerksamkeit gesorgt. Zwar wurden seit 1976 dutzende von Aktionen gegen Atomanlagen durchgeführt, doch das alles konnte regional wie überregional keine gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bewirken. Erst die Probelaufe im Herbst dieses Jahres und die drohende Inbetriebnahme Ende 1984 ließen die Medien und große Teile der Grünen einmal kurz aufhorchen. Bereits seit 1978 wird laufend gegen Teilerrichtungs-genehmigungen geklagt und Verfassungsbeschwerden eingelegt. Nach dem Anfangserfolg eines mehrwöchigen Baustopps verschleppen die Gerichte die anstehenden Verfahren. Unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß allein auf dem juristischen Wege der THTR nicht mehr zu stoppen sein wird und man schreitet zur Tat. Für 10 Stunden wurde am 7.9. das direkt neben dem Atomkraftwerk liegende „Informationszentrum“ der VEW von 16 Mitgliedern der Bürgerinitiative besetzt. Die VEW und die Polizei reagierten völlig überrascht, sind sie doch bisher mit einer mehr als zehnfachen Umweltschutzbewegung konfrontiert worden. Die Aktion lief zur völligen Zufriedenheit der Besetzer ab: Das überregionale Presseecho war unerwartet groß; die Aktiven wurden ermutigt und setzen mit Eifer die Demovorbereitungen fort. Das Motto der Demonstrationen lautete: „Für ökologische Kohletechnologie statt Atomkraft in NRW!“ Vor den Zechen in Hamm, Ahlen und Dortmund wurden Flugblätter verteilt, die besonders die Bergleute ansprachen. Wir haben Kontakte hergestellt zur „Initiative Bergbaubeschäftigte gegen Atomkraft“ und auch zur „Rever“ — Zeitung für das Ruhrgebiet. Trotzdem steht die von uns angestrebte Verbindung zwischen ökologischen Forderungen und den Interessen der Bergleute auf einem menschwürdigen Arbeitsplatz erst am Anfang und stellt angesichts drohender Zechenstilllegungen und ökonomischer Krise in NRW eine Notwendigkeit dar.

Während der Demo-Vorbereitung merken wir recht deutlich, daß der 17.9. als Termin nicht unproblematisch war. Die Sommerpause und die von uns ungewollte Konkurrenz zu den friedensbewegten Herbstaktionen machten uns erheblich zu schaffen — aber den Termin der Probelaufe haben wir uns nicht aussuchen können und eine Demonstration nach einer vollständigen Inbetriebnahme ist sicherlich nicht so sinnvoll. Besonders viel Kraft verwenden wir auf die überregionale Mobilisierungsarbeit. Dabei machte sich der Rückgang der Atomkraftbewegung recht schmerzhaft bemerkbar. Selbst in den Städten in der Nähe von Hamm gab es in den schönsten Fällen organisatorische Strukturen, an die man sich hätte wenden können! Als einzige Hoffnung blieben die Grünen übrig. Auch hier erlebten wir manche böse Überraschungen. Zwar gab es sie in jeder kleineren Stadt, doch oft stimmten die Adressen nicht mehr oder niemand fühlte sich dafür zuständig, ausgerechnet zum THTR etwas zu organisieren. Und wie es bei den Grünen „unten“ aussah, so war es „oben“ im Landesverband erst recht. Bei unseren Bemühungen um Pressekonferenzen und Lautsprecherwagen gingen wir gänzlich leer aus, auf lächerliche 2.000 DM Unterstützungskredit mußten wir Wochen warten und erhielten das Geld erst nach der Demonstration. Bedenkt man, daß die Grünen sich noch vor wenigen Jahren gerade aus dem Widerstand gegen Atomanlagen heraus gebildet haben, so ist ihr heutiges chronisches Desinteresse am Widerstand gegen Atomanlagen recht verwunderlich. Haben sie nicht begriffen, daß es einen Zusammenhang zwischen militärischer und scheinbar ziviler Nutzung der Atomtechnologie

gibt? Nun, wenigstens einige Gruppen in NRW — darunter auch grüne — haben für die THTR-Demo mobilisiert. Aber trotz ihrer Werbung wurden in der Regel nur wenige Busfahrkarten verkauft, sodaß sie es vorzogen, die Busse abzusteigen und mit ein oder zwei Autos zu kommen.

Nachdem zu Beginn der Aufklärung der Platz bedenklich leer erschien, füllten sich die Reihen des Demonstrationszuges doch auf die stattliche Anzahl von 3.000 Demonstranten. Der Zug ging zuerst durch eine Bergleutesiedlung. Die Anwohner waren reichlich verblüfft und nahmen recht bereitwillig unsere Flugblätter an — eine so große Demonstration hat es in Hamm noch nicht gegeben! Ein Stockchen weiter kamen wir an einem Fußballplatz vorbei, wo wir Fußballspieler und Zuschauer auf uns aufmerksam machen konnten. Es war ein bunter Zug mit 5 Treckern und einigen Hundert Radfahrern und die Bläsergruppe „Atengold 09“ aus Dortmund sorgte auf der Demostrecke für gute Stimmung. Ein kleines Häuflein stellte mit einem „schwarzen Block“ seine angebliche „Militanz“ zur Schau und sorgte vor einer Polizeisperre auf der Abschlußkundgebung einmal kurz für Aufregung — Ihre Energien hätten diese Leute für eine bessere Demomobilmisierung bestimmt sinnvoller einsetzen können.

In den Reden auf der Abschlußkundgebung wurde die Möglichkeit eines unbeherrschten Dampferzeuger-Unfalls vor Augen geführt, die zu einer Gefährdung des gesamten östlichen Reviers führen kann. Die Redner kritisierten weiterhin, daß eine zweite Sicherheitsstufe beim Reaktor fehlt, um die bei den Leckagen freierwerdende Radioaktivität zurückzuhalten und kein zweites unabhängiges System zur Nachwachsaufnahme vorhanden ist. Zum Abschluß der Kundgebung wurden vor dem Kraftwerk 80 Holzkreuze mit Radioaktiv-Zeichen und Zeichenbäumen gepflanzt. Auf dem Rückweg kam es noch zu einem unerfreulichen Zwischenfall, als von einem Treckeranhänger ein hirnloses Ei auf ein Polizeiauto fiel. Auf die Demonstranten wurden Hunde gehetzt, einer im Graben vergründelt und verletzt, drei vorläufig festgenommen!

Am gleichen Tag fand übrigens in Hamm der CDU-Sonderparteitag „Energiepolitik und Umweltqualität“ statt. Zur großen Überraschung wurden von einigen Delegierten die Strahlenberechnungen der Atomwirtschaft angezweifelt und ein Delegierter bekannte freimütig, daß seine beiden Kinder gerade auf der Demonstration gegen den THTR seien und es auch ihm angesichts eines fehlenden Katastrophenschutzplanes alarmisch mutete.

Am gleichen Tag fand übrigens in Hamm der CDU-Sonderparteitag „Energiepolitik und Umweltqualität“ statt. Zur großen Überraschung wurden von einigen Delegierten die Strahlenberechnungen der Atomwirtschaft angezweifelt und ein Delegierter bekannte freimütig, daß seine beiden Kinder gerade auf der Demonstration gegen den THTR seien und es auch ihm angesichts eines fehlenden Katastrophenschutzplanes alarmisch mutete.

Für die Hammer Umweltschützer war die Demo ein Schritt nach vorne mit dem gezeigt wurde, daß es gerade in dieser Region eine allmählich stärker werdende Opposition gegen den Atomkurs gibt. Der relative Erfolg wird aber zum Teil dadurch getrübt, daß wir nun wissen, daß wir trotz erheblichen Aufwandes unsererseits nur von wenigen und kleinen Gruppen außerhalb Hammis unterstützt werden.

Auf schnelle inhaltliche Klärungsprozesse bei großen Teilen der Grünen und des BBU zu warten und zu hoffen, scheint mir nicht ratsam zu sein. Denn bis diese ein wirksames Resultat zeigen, wird der THTR längst vollends in Betrieb gehen. Unsere einzige Chance besteht darin, Hamm noch viel stärker als bisher durch direkte Aktionen zu einem Kristallisationspunkt des Widerstandes zu machen. Die gute Zusammenarbeit mit einigen Dortmunder Umweltschützern während der letzten Aktionen zeigt, daß nur eigenes selbstbewusstes und zielgerichtetes Handeln uns mit Menschen zusammenbringen wird, die ihrerseits in der Lage sein werden, uns auf eine ebensolche Art und Weise zu unterstützen. Unser gemeinsamer direkter Widerstand, unsere Prozesse und auch die finanziellen und technischen Schwierigkeiten der Betreiber beim Bau des THTR stellen eine Anhäufung von Problemen dar, die den THTR letztendlich doch noch zu Fall bringen können!

Kontakt: Umweltladen, Feidkult. 19, 47 Hamm, Tel.: 02381/23787
Horst Blume, i.A. der Bürgerinitiative

26. Oktober Nazi-Randale im Westberliner Olympia- Stadion angesagt



„Am 26. Oktober 1983 steht dem deutschen Volk der Kampf gegen das stinkende Türkenpack bevor. Dann nämlich, wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft gegen die scheiß Türken um Punkte für die Europameisterschaft antritt.“ Und: „Schluß mit der großen Schlange deutscher Arbeitsloser vor den Arbeitsämtern. Nur Gewalt kann uns noch befreien. Werft die Ausländer raus aus Deutschland. Wir müssen den Anfang machen!“

Seit Monaten kursieren solche Flugblätter und Fußball-Fan-Clubs und Skinheads, wird für dieses „Ereignis“ getrommelt und die Stimmung angeheizt. Kreuzberg soll brennen, heißt die Losung, und es ist wohl alles andere als Zufall, wenn die „Nationalen Aktivisten Großberlin“ (Reinhard Gölber, Göttscheidstr. 37, 1000 Westberlin 65) für den Vorabend dieses „Kampfes des deutschen Volkes gegen das stinkende Türkenpack“ eine Veranstaltung ankündigen, zu der die führenden Vertreter der ANS, also Michael Kühnen und Thomas Brehl (und wohl auch Arndt Marx, wenn er bis dahin wieder auf freiem Fuß sein sollte), erwartet werden.

Das hier zitierte Flugblatt stammt von den „Fans von Hertha BSC“, also den brüchigsten „Hertha-Fröschen“, die schon einmal einen ganzen Bundesbahn-Sonderzug auf dem Rückweg von einem Bundesligaspiel in Kassel, aus dem „auseinandergenommen“ hatten. Damals wurde ein Nazi-„Frosch“ verurteilt, und auch heute bezeichnen Kenner der Szene die „Frösche“ als von Nazis dominiert.

Der 26. Oktober soll sie alle einen, die militanten Fan-Clubs, die sich sonst allsamstags die Birne vollknallen, sich auf den Bahnhöfen, in den Städten und den Anmarschwegen die Nasen gegenseitig blutig kloppen und die je nachdem, ob ihre Mannschaft gewonnen oder verloren hat, das Hochgefühl oder den Frust an Türken, Punx oder völlig ziellos auslassen. Am 26. Okto-



ber soll es gegen einen gemeinsamen Gegner gehen: „Egal welcher Verwin: Auf nach Berlin zum Kampf gegen die Kanacken!“

Noch Anfang dieses Jahres wurde auf einer Tagung der Polizeieinsatzleiter der Bundesligastädte versucht, den rechtsradikalen Hintergrund der samstäglichen Aufmärsche herunterzuspielen. Nicht jeder, der ein Foul der Gegenmannschaft oder einen angeblichen

Fehlpaß des Schiedsrichters mit dem — mittlerweile von Zehntausenden gebüllten — Schlachtruf „Jude, Jude“ quittiert, nicht jeder, der ein Hakenkreuz mit sich führt, die SS-Rune oder den von Nazi-Organisationen vertriebenen Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, trägt, sei ein Neonazi. Die Presse würde Randerscheinungen des Fußballbetriebs hochspielen. Im Juni 83 allerdings kam die „Deutsche Polizei“ (Zeitschrift der GdP) zu einem etwas anderen Schluß: Hier „tickt eine Zeitbombe“, die seit 1980 lahrtsaus „vermedlich“ worden sei. Und ein hoher Hamburger Polizeibeamter sprach von den Fußballstadien und der militanten Fan-Club-Szene gar als dem „Wasser“, in dem Neonazis „als Fische“ schwimmen wollten.

In der Tat, diese Szene von meist jugendlichen Arbeitslosen, die sich in Fußball-Fan-Clubs organisieren, sind neben den Skinheads heute offenbar bevorzugtes Rekrutierungsfeld von Neonazis. Kühnens ANS tummelt sich dort ebenso wie Mitglieder von NPD und Wiking-Jugend; die NPD-nahe „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ versucht hier ebenso zu landen wie Freys „Nationalzeitung“. Die Mobilisierung zum 26. Oktober stellt den ersten Versuch der Nazis dar, die Früchte ihrer bisherigen Arbeit einzufahren. In einem „Informationsbrief zur Lage der Bewegung“ hat ANS-Chef Kühnen seine Anhänger dazu aufgefordert, bundesweit in dieser Fan-Szene Anhänger zu werden.

bunden ist. Auf ihr Konto gehen Überfälle auf die Batschkapp (eine linke Frankfurter Kneipe), Überfälle auf Antifaschisten, die das Pech hatten, mit der „Adler-Front“ im selben Bundesbezirk zwischen Dortmund und Köln zu sitzen. Mitglieder der „Adler-Front“ tauchten in Bad Hersfeld Ende Mai 83 am Rande der antifaschistischen Demonstration gegen das Hieg-Treffen auf, wo sie gemeinsam mit der Kühnen-Bande Flugblätter verteilten und Nazilieder grölend durch die Straßen zogen.

Unter Anleitung durch den „NA“-Aktivist Peter Müller kursiert eine Fanzeitung „Endzug“, in der die einschlägige ausländerfeindliche Nazi-Propaganda nachgedruckt und zur „totalen Fußballrandale“ aufgerufen wird. Politische Schulungen — teils gemeinsam mit dem Fanclub „United“ der Eintracht Frankfurt — zum Thema „Auschwitzlügen“ stehen hier ebenso auf dem Programm wie „Wehrsportübungen“ im Taunus.

Mitglieder der „Borussenfront“ auf dem Weg zum Spiel Frankfurt-Dortmund.

gemeinsame Treffen von Fanclubs, von denen aus man dann im Suff loszieht und Türken jagt, wie unlängst bei einer solchen Gelegenheit in Heidelberg.

Die „Borussenfront“

Durch eine Veröffentlichung im „stern“ bundesweit am bekanntesten geworden ist die „Borussenfront“ aus Dortmund. Unter den Fituchen eines 44-jährigen Wirts, der die Truppe auch mal bei Ordneinsätzen für die NPD aufmarschieren läßt, sind dort etwa 40 17-30-jährige organisiert. Im Sommer fuhr ein Teil des Vereins ins belgische Diksmulde zum alljährlichen Faschistentreffen. Zu ihrer Uniform gehört das Hakenkreuz ebenso wie die SS-Rune und das Abzeichen der Wiking-



Die „Kinderfront“ der rechtsradikalen Borussen-Fans hat eine eigene Fahne. Die Kleinen ahmen den Hitler-Gruß der Großen nach. Eine „Frauenfront“ gibt es auch schon.

Ähnliches wird auch aus Karlsruhe gemeldet, wo der Fanclub „Phoenix“ ansässig ist und auch aus Stuttgart, wo unter Fans des VfB Stuttgart Flugblätter mit dem Hitlerporträt und dem Satz „Wir sind wieder da“ (NSDAP) kursieren.

Hannover

„Bei Adolf hatten die Leute noch Ziele. Der Mann konnte die Massen misleiten. Da haben die Jungs zusammengehalten für eine gemeinsame Sache. Die wußten noch, wofür sie kämpften“ — so einfach ist das für Helge von den „Roten Wölfen“ Hannover, die oftmals mit dem Schlachtruf: „Hoch die rote Fahne mit dem Hakenkreuz“ ins Stadion marschieren. Klar, daß hier dieselben Aufnäher („Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“) „in“ sind wie anderswo, und klar ist auch, daß man sich bei wichtigen Spielen mit den anderen trifft, mit den „Löwen“, der „Adler-Front“, der „Spree-Randale“ und wie sie alle heißen. Da gibt es auch

Jugend. Auf das Konto der „Borussenfront“, gegen die mittlerweile diverse Ermittlungsverfahren laufen, gehen eine ganze Reihe von Überfällen auf Türken sowie sonstige Schlägereien. Ob auch Ermittlungen wegen Volksverhetzung (die „Borussenfront“ pflegt in aller Öffentlichkeit, SS-Lieder zu singen) im Gang sind, ist unklar.

Die „Borussenfront“ scheint so etwas wie ein Zentrum unter den Nazi-Fan-Clubs zu sein. Bei ihr treffen sie sich alle wieder: Die „Löwen“ und Skinheads aus Hamburg, die „Spree-Randale“ und „Zyklon B“-Anhänger aus Westberlin, die „Herth-Frösche“, die „Roten Wölfe“ und wie sie alle heißen. Zumindest die „Borussenfront“ hat fest vor, schon am Vorabend des Länderspiels in Westberlin die große Randalie abzurufen.

Selbstverständlich ist nicht jeder Fan-Club, der ausländerfeindliche Sprüche kloppt, von Nazis unterwandert, ist nicht jede SS-Rune an einer

Fortsetzung nächste Seite

Nationale Aktivisten



Großberlin

Reinhard Gölber
Göttscheidstr. 37
1000 Berlin 65
030 4096357

Liebe Kameraden,

Im Oktober dieses Jahres findet im Berliner Olympia-Stadion das Fußball-Länderspiel Deutschland - Türkei statt.

In diesem Anlaß hat eine Veranstaltung der Nationalen Aktivisten Großberlin geplant, die am Abend vorher stattfinden wird. Zu dieser Veranstaltung werden auch die führenden Vertreter der Nationalen Aktivisten (NA) aus Berlin, die daran teil nehmen wollen, werden hiermit gebeten, die folgende Übersicht bis zum

15. September 1983

Schriftlich anzukommen, da aus rechtlichen Gründen keine anderen

Veranstaltungen möglich sind. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich.

N.A. Nationaler Aktivisten Großberlin

Der Anzeiger hat folgende

Hamburg

Spätestens seit 1980 mischen hier mehrere Mitglieder der Kühnen-Bande (Michael David, Tibor Schwarz, später auch Mitglieder der „Wehrsportgruppe Blankenese“) in der sich entwickelnden Szene mit. Schon damals wurden NSDAP-Aufkleber in Skin- und Punk- (Ja, Punk!) Kreisen geklebt; einzelne Linke wurden bedroht. 1981/82 machten vor allem die „Löwen“ (HSV-Fanclub), die Skins und die „Savage Army“ durch immer brutaleren Überfälle mit immer deutlicheren politischen Zielen von sich reden. Gezielt wurden Linke in Kinos zusammengeschlagen, bestimmte Häuser der Jugend „beimgesucht“, Punk-Treffpunkte und -Viertel terrorisiert, Kneipen „aufgemischt“.

Eine weitere überregionale Aktion fand am 1. Mai 1982 beim Pokalspiel in Frankfurt statt. Hamburger „Löwen“ zogen zusammen mit Frankfurter und Nürnberger Nazi-Fußball-Fans über den Rhein und räumten dort für die Max-Kundgebung aufgestellte Stände von türkischen Gruppen ab, bevor sie sich ins Stadion verzogen. Fast jedes Heimspiel des HSV hatte seither Überfälle auf Punx (insbesondere in Altona) zur Folge. Hamburger Nazis, Skins und „Löwen“, oftmals verstärkt durch Lübecker Skins und Fans, überfielen sowohl die Lübecker „Alternative“ als auch Hamburger Jugendzentren.

Aus diesen Gruppen bildeten die Aktivisten bald die (neue) „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ in Hamburg wie auch die „Nationalen Aktivisten“ in Lübeck.

Frankfurt

In Frankfurt ist es die „Adler-Front“, die eng mit der Kühnen-Truppe ver-

Der Polizei-Provokateur von Krefeld

Hintergründiges zum Fall Tröber

Die Enttarnung „eines der militantesten Gewalttäter von Krefeld“ als agent provokateur des VS wurde von den Verantwortlichen und der Presse als „Panne“ eines „aus dem Ruder gelaufenen Spitzels“ behandelt. Zweifellos ist die Sache unbequem für die Hardtlauer wie F. Zimmermann und Co., die just die „Krefelder Krawalle“ für die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts heranziehen. Zweifellos tut die Linke gut daran, an diesem Fall wieder einmal die Methoden des Staates deutlich zu machen. Tröbers Enttarnung hat aber noch Nebeneffekte, die uns überhaupt nicht lieb sein können und die bekämpft werden müssen: zum einen spritzt sie das Gift des Mißtrauens in die Friedensbewegung; schließlich könnte jede/r Militante in ein agent provokateur sein. Zum zweiten gibt die „Panne“ den nötigen Schub für die Legitimierung der sog. V-Leute-Richtlinien, deren Einführung seit 1982 von Bund und Ländern bereits praktisch betrieben wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Enttarnung Tröbers keineswegs als „Panne“, sondern vielmehr als Regie. Tröbers Identität als VS-Spitzel war von Anfang an bekannt — so wie den Behörden durch ihre Spitzel die Pläne des autonomen Blocks von Anfang an bekannt waren. Weiter: Tröbers Einsatz als V-Mann und der eines „Kollegen“ wurden dem Innenministerium vorab seitens des Westberliner VS mitgeteilt. Beim Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem er verletzt wurde, gab Tröber sich sofort zu erkennen. „Kümmert euch nicht um mich, ich bin vom Senat“, war sein Spruch. Nach diesem Spruch sicherten sich andere Demo-Teilnehmer seinen Personalausweis, bevor er abtransportiert wurde. Wenig später rief ein Westberliner VS-Mitarbeiter im Sammellager der Polizei an und erwirkte Tröbers Freilassung. Tröber kehrte nach Westberlin zurück und erstattete Bericht. Zu dem Zeitpunkt hätte er aus der Schulbank öffentlichen Interesses genommen werden können. Schlimmstenfalls hätte ein Spitzelverdacht in der Westberliner Szene wachsen können. Offensichtlich ist es ihm aber gelungen, einen möglichen Verdacht in den zwei Monaten bis zu seiner Verhaftung an der dänischen Grenze soweit einzudämmen, daß von dieser Seite keine Aktivitäten zu seiner Enttarnung bekannt wurden.

Obwohl also Tröbers Identität als V-Mann des VS, und zwar als langjähriger und höchst aktiver, amtsbekannt war, blieb er auf der Fahndungsliste. Mehr noch: auch die zweite Gelegenheit, ihn verschwinden zu lassen, wurde nicht wahrgenommen: obwohl er sich bei seiner Festnahme an der dänischen Grenze vor vier Wochen wiederum als V-Mann auswies und obwohl Westberliner VS-Leute bei ihm in der Zelle an V-Mann auswies und obwohl Westberliner VS-Leute bei ihm in der Zelle antraten und ihn neuerlich identifizierten, ihm sogar Geld hinterließen, wurde der sonst in solchen Fällen übliche Weg der Haftverschönerung nicht begangen, sondern Tröber der Öffentlichkeit als agent provokateur vorgestellt. Drei Wochen später — nachdem der Skandal seine Wirkung getan hatte — war es plötzlich, wie sonst üblich, keine Schwierigkeit mehr, ihn zu entlassen und zu entlassen. Ein Grund fand sich schnell: daß ihn als Gewalttäter belastende Polizei konnte ihn angeblich nicht mehr eindeutig identifizieren.

Diese Behandlung eines V-Mannes unterscheidet sich auffällig von den üblichen bekannten Praktiken, mit denen V-Leute sofort nach polizeilichen Zugriffen der Fahndung und der gerichtlichen Verfolgung entlassen werden. Die neuere Geschichte der BRD ist reich an solchen Fällen. Mensch erinnere sich nur der bekanntesten wie des berühmten „dritten Mannes“ bei der Verhaftung von Andreas Baader und Holger Meins oder später der „Aktion Winterreise“, wo „Mittäter“ verschwanden, obwohl der Kreis der handelnden Personen wesentlich überschaubarer war als der in Krefeld. Nie-

mand sollte glauben, daß die Lummermanns und Co. heute zu dumm wären, nicht nur einen, sondern alle versehentlich mit eingefangenen Spitzel sofort wieder entkommen zu lassen, ohne daß dadurch in der Öffentlichkeit Wirbel entstände. Will mensch sich nicht auf die Annahme beschränken — wie es der „Spiegel“ tut — daß Innenminister H. Schnoor (SPD) und seine Bürokratie sich an Zimmermann und seinen Parteilager für die herbe Kritik am Polizeinsatz in Krefeld rächen wollten oder gar aus Sorge um die Demokratie handelte, so bleibt als Motiv nur der offensichtliche Nutzen, den die Enttarnung für den Staat hat. Verunsicherung der Friedensbewegung bis hin zu hysterischer Agentitis; Diffamierung des autonomen Teils der Friedensbewegung und der Militanten als unzuverlässiger, von Spitzeln und agents provokateurs durchsetzter Haufen, von dem ernsthafte Friedensbewegte sich distanzieren müssen. Mit anderen Worten: ein Steinchen in der Spaltungs- und Isolierungsstrategie, mit der staatsreue und staatsfeindliche Friedensbewegte auseinandergerissen werden sollen. Dafür verheizt man schon mal einen Spitzel.

„aus dem Ruder gelaufen...“?

Innenminister Lummer behauptete nach Tröbers Enttarnung, „natürlich“ habe „ein Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes keinen Auftrag, Gesetze zu verletzen, sondern ganz im Gegenteil, er soll nur beobachten“. Im „Spiegel“ war zu lesen, der V-Mann sei „aus dem Ruder gelaufen“. V-Leute auf so weit vorgeschobenem Posten seien kaum mehr zu kontrollieren, zumal wenn sie — wie die meisten dieser Szene — charakterlich und politisch labil seien.

Dazu wäre grundsätzlich anzumerken: die Unkontrollierbarkeit und Labilität der V-Leute ebenso wie das „aus dem Ruder Gelaufen“ als agent provokateur gehört zum System der V-Leute-Arbeit des VS und der Polizei. V-Mann Tröber verhielt sich keineswegs unvorhersehbar, sondern ganz und gar vorhersehbar und auftragsgemäß. Er ist dort lediglich seinen üblichen Tätigkeiten nachgegangen, die er als Spitzel in Westberlin schon seit über zwei Jahren ausübte als agent provokateur stand Tröber, in der Szene als „Pwn“ bekannt, bei allen Auseinandersetzungen zwischen Szene und Polizei immer an vorderster Front. Der „Spiegel“ wußte u.a. aus der Szene zu plaudern: „Bei mehreren Berliner Krawallen wollten Turnschuhkämpfer ihren Freund „Pwn“ Tröber ganz vorn geortet haben, nach Räumung besetzter Häuser und im September 1981 bei der Haig-Demo. Vom vielen Steinewerfen, erzählt ein altgedienter Mitspieler, müsse er eigentlich einen Tennisellbogen haben“. Am Winterfeldplatz, überließen Streikfighter, habe „Pwn“ angesichts einer Beamtenkette gerufen: „Tö-
telt sie!“.

Wer diesen Mann nach Krefeld schickte, der wußte, daß er einen agent provokateur suchte und keineswegs jemanden, der „nur beobachtet“.

Ein Tröber kommt selten allein

Tröber ist ja keineswegs der erste Spitzel, der als agent provokateur aktiv ist, wenn auch seit langem der erste, der nicht von der Linken, sondern durch den Staat selbst enttarnt wurde. Schauen wir doch mal im Kalender zurück (ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu haben).

Januar 1983: Im „Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ wird der Polizeiagent Kai Lwe Cramm,

Deckname: Thomas Kalkhoff, als Spitzel und agent provokateur entlarvt. Er war bei der Kalk- und später Schacht Konrad-Demo an vorderster Front und als einer der Militanten dabei. Das niedersächsische Innenministerium bestritt auf eine Anfrage der Grünen hin jede Beteiligung des Spitzels an strafbaren Handlungen: „Polizeibeamte beteiligen sich nicht an der Vorbereitung von gewalttätigen Aktionen bei Demonstrationen.“

Dezember 1982: Der ehemalige V-Mann Peter Kieme enthüllt, nachdem der VS ihn fallengelassen hat, wie er seit 1979 in der Westberliner Szene als agent provokateur aktiv war, obwohl bzw. gerade weil er der Polizei als kriminell und politisch labil bekannt war. „Kleine bereitete ein „antifaschistisches Festival“ mit vor, er unterrichtete in einer besetzten Kirche die Besetzer in dem japanischen Kampfsport Aikido, er war Kellner in der Kneipe „Besetzereck“ und Kassier der „Kunstgruppen im Libertären Forum“. Er war als Sanitäter bei jeder Demonstration dabei, und zum „Traktplenum“, wo es um Solidarität mit gefangenen Terroristen ging, erschien er als starker Mann der militanten Lederjacket-Fraktion“ („Stern“).



Januar 1979: Im „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ liegen zwei Spitzel auf, Klaus Eggert und Rudi Modkorf, wieder einmal ausgerechnet die militantesten Vertreter einer Gruppe. In einer Presseerklärung des Arbeitskreises heißt es zur Aufgabe der Spitzel: „1. Material sammeln über Einzelpersonen des Arbeitskreises, 2. den Arbeitskreis als wichtigen Informationsvermittler (so ist z.B. der Atom-Express mit seiner monatlichen Auflage von 3.000 Exemplaren ein wichtiges Informationsorgan der AKW-Gegner) und Mitträger des Widerstands auszuscheiden, 3. Aktionen, die von Gegnern der Atomenergie vorbereitet werden, entweder frühzeitig zu stören oder zu verhindern, 4. bei eventuell anstehenden Auseinandersetzungen mit der Polizei durch provokatorisches Verhalten einen weiteren Anlaß zur Zerschlagung der Bewegung zu liefern. So wollte einer der Spitzel die bei ihm gefundene Tränengasgranate nach eigener Aussage gegen die Polizei einsetzen.“

1976: In Westberlin wird der von der Polizei als Spitzel angeworbene Ulrich Schmucker erschossen. Angeklagt und

„Beobachter“ der Nazi-Szene. Erst kürzlich brachten „faz“ und „konkret“ die verdienstvolle Enttarnung über den Oldenburger Agenten Werner Gottwald, den mensch mit Fug und Recht als aktiven Mitträger des neonazistischen Reorganisationsprozesses in den Jahren 1975 bis 1980: 81 bezeichnen kann. Gottwald war nur einer von einer ganzen Reihe vergleichbarer Gestalten, deren „Beobachtung“ in den letzten Jahren zum Aufbau und zur Radikalisierung der militanten Nazi-Szene beitrug (siehe „faz“, 30.8.83, S.6). Hier seien nur die bekanntesten genannt: Dieter Lepzien und Michael Frühauf. Lepzien galt als Waffenmeister der von ihm mitaufgebauten NSDAP/AO, für die er die Beschaffung und Herstellung von Bomben organisierte. Der Kontaktmann des VS, Michael Frühauf, gilt als Anstifter zum Mord an dem „Verblühter und Homosexuellen“ Johannes Bügner im Mai 1981. Insgesamt nennt die „faz“ acht Namen solcher rechten „Beobachter“ für den Zeitraum seit 1970. In keinem der Fälle hielten es die sog. Verfassungsschutz-Behörden für angebracht, diese doch ganz offensichtlich „aus dem Ruder gelaufenen Spitzel“ von sich aus zu entlarren. Im Gegenteil erklärten das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz und der zuständige Innenminister z.B. im Fall Lepzien, dessen Arbeit sei zwar in Teilen illegal, aber zur Aufklärung schwerer Straftaten unverzichtbar gewesen. Was könnte deutlicher beweisen, daß für die Staatsorgane der agent provokateur ein bewußter Bestandteil des V-Leute-Einsatzes ist, den sie sehr wohl zu schützen wissen, wo es ihnen sinnvoll erscheint?

V-Mann Tröber
in Krefeld:
„Ich komme
vom Staat“

Forts. von vorheriger Seite

Kette schon Parteizahlen bei dem einen oder anderen Nazi-Verein, klar aber sollte sein, daß um die Fußballisten herum eine Jugendzelle existiert, die für Nazis ansprechbar und gewinnbar ist. Und klar muß auch sein, daß Nazis dort eine gewisse Politik betreiben, um vorhandene Aggressivität, „spontane“ Rassismus etc. auf ihre Mühlen zu leiten. Es wäre fatal, wenn in der Diskussion um die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung „vergessen“ würde, daß es ganz bestimmte und identifizierbare Gruppe sind, die daran eine systematische Politik entwickeln, um neue Anhänger zu gewinnen.

Links-Kommunisten
KB/Gruppe Hamburg

inhaftiert werden die Mitglieder einer Wolfsburger Kommune, Hauptangeklagte Ilse Jandt-Schwipps. Bei heute ungeklärt ist, welche Rolle der VS-Spitzel Boudeaux und welche der Westberliner VS selbst, in Gestalt des V-Mann-Führers von Schmucker (Grünhagen) bei dem Mord spielten. Eine Klärung des Vorfalles wird seitdem verschleppt.

1969/70 (und später): Zur Erinnerung für die Alt-Bewegten sei an die Rolle Peter Urbachs in der Westberliner Szene der Jahre 68/69 und folgende erinnert. Peter Urbach war das proletarische Faktotum der Szene, in allen Szene-Wohnungen als handwerklicher Ausputzer zuhause, Mollie-Bautler und -Werfer Nr. 1, dem die berühmtesten Polit-Happenings der damaligen Szene zu lahm waren und der zu den Terroristen der ersten Stunde gehörte. Später war er u.a. Hauptbelastungszeuge gegen Horst Mahler — wie mensch sich die Tradition des agent provokateur ist gerade in Westberlin von besonderer Qualität.

Damit genug in der Chronologie. Die wenigen ausgesuchten Beispiele aus der Spitzelakte beweisen, daß der agent provokateur keineswegs der „aus dem Ruder gelaufene Spitzel“, sondern selbstverständlicher Bestandteil des Auftrags von V-Leuten des VS und der Polizei ist. Dabei ist selbst dies nur die Spitze des Eisbergs. Wer mehr wissen will, muß sich selber unter Suchworten wie „Rauschgiftfahndung“, „Beobachtung des organisierten Verbrechens“ durch „verdeckte Fahndung“, „Anwerbepraktiken und -fälle“ umsehen. Er oder sie wird finden, daß der agent provokateur nur die konsequente Zuspitzung des alltäglichen Spitzel- und Agenteneinsatzes ist.

Die „Kollegen“ von der Rechten

Eine besondere Variante des agents provokateurs darf nicht unerwähnt bleiben: der teilnehmend engagierte

Beispielung unter demokratischer Kontrolle?

Wenn nach Tröbers Enttarnung der Ruf nach einer Kontrolle der V-Leute des VS und der Polizei erhoben wird, dann ist das von offizieller Seite nichts weiter als blanke Demagogie. Seit 1982 liegt der Innenministerkonferenz ein Entwurf des AK II der IMK (Innere Sicherheit) zur Verabschiedung sog. V-Leute-Richtlinien vor. In den Bundesländern Hessen und Hamburg werden entsprechende Landesverordnungen bereits als Modellversuch durchgeführt. Weit entfernt davon, die Aktivität von V-Leuten einzuschränken, zielen die Richtlinien im Gegenteil auf eine Loslösung des V-Leute-Einsatzes von der bisher noch gültigen Legitimitätsbindung ab. Begründet wird das mit der Notwendigkeit der „verdeckten Verbrechensbekämpfung“ gegen das mit herkömmlichen Polizeimethoden nicht mehr zu bewältigende „organisierte Verbrechen“. Einer der Hauptplankriterien dieser neuen Richtlinien ist der Dialog- und Deeskalations-Spezialist Dr. A. Stümper, für den die Loslösung der „operativen“ Arbeit der Sicherheitsorgane von der Legitimitätsbindung ein strategisches Grundanliegen in dieser unübersichtlichen modernen Welt ist.

Angesichts dieser Entwicklung einen eigenen Entwurf für solche V-Leute-Richtlinien vorzulegen, wie das die Humanistische Union nach den „Entscheidungen“ Tröbers in der „faz“ getan hat, um so die „rechtliche Eingrenzung“ der Spitzel- und Agententätigkeit zu erreichen, kann eigentlich nur als Satire verstanden werden. Es ist allerdings zu befürchten, daß die Satire ernst gemeint ist.

Dagegen kann mensch dann nichts mehr sagen. Da muß mensch was tun.

Antifa-Kommunisten KB/Gruppe Hamburg

“Fremdarbeiter im eigenen Land” - Arbeitslose in Nordirland -

Irland liegt politisch gesehen auch bei vielen Linken im toten Winkel. Als Ferienparadies für Leute, die nicht nur den Sonnenbrand wegen Urlaub machen, ist es fast schon beliebt. Doch dann schreckt viele der „Terrorismus“; andere wiederum fasziniert gerade der bewaffnete Kampf der Irish Republican Army und der Irish National Liberation Army (IRA).

Woher kommen die irischen Befreiungskämpfer, aus welcher sozialen Lage heraus führen sie ihren Kampf gegen den britischen Staat? Wie kommt es, daß die nationalistische Bevölkerung IRA-Kämpfer wie Bobby Sands und Sinn Féin-Politiker (IS) wie Gerry Adams zu ihren parlamentarischen Vertretern wählt?

Ganz offensichtlich — noch nicht einmal die britische Regierung kann es noch bestreiten — hat der irische Befreiungskampf heute eine Massenbasis, wie sie viele Leute in der BRD nur in Ländern Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens für möglich halten. Ein großer Teil der nationalistischen Bevölkerung (1) lebt in Städten wie Newry und Derry oder in städtischen Ghettos wie in Belfast, wo Gerry Adams die Stimmen für seinen Sitz im britischen Parlament erhielt.

In dem Artikel wird die politische und ökonomische Lage der nationalistischen Arbeiter dargestellt, die — als industrielle Reservearmee und Billigstarbeitskräfte — unter der britischen Vorherrschaft quasi „Fremdarbeiter“ im eigenen Land sind.

(Diese Darstellung ist in enger Anlehnung an einen Artikel aus „An Phoblacht/Republican News“ vom 19.5.83 entstanden.)

Ein Genosse aus Aachen

Bis 1921 beanspruchte Großbritannien die Herrschaft über ganz Irland. Um sowohl den Krieg mit den irischen Nationalisten (1) zu beenden wie weiterhin seinen Einfluß in Irland zu erhalten, spaltete der britische Imperialismus den Teil des Landes ab, in dem doppelt so viele Loyalisten (2) wie Nationalisten lebten, und machte daraus den Staat Northern Ireland.

Die Vorherrschaft des Sektierertums (3), der Ideologie und Politik der Loyalisten, hat das einst wohlhabende Newry in eine Stadt der Arbeitslosigkeit verwandelt. Seit 60 Jahren haben Newry und andere vorwiegend nationalistische Gebiete am schwersten unter der Arbeitslosigkeit des Nordens zu leiden. Die derzeitige durchschnittliche Arbeitslosenrate liegt in den sechs Countys (4a) über 20% — in den Orten mit nationalistischer Bevölkerungsmehrheit sind es hingegen 26 bis 38%. In der überwiegend ländlichen Umgebung von Newry wird die Arbeitslosigkeit offiziell mit 32% angegeben, diese Rate ist doppelt so hoch wie die des Industriegebiets um Belfast. Zwei von fünf Männern haben keine Arbeit, die Jugendarbeitslosigkeit hat einen traurigen Rekord erreicht.

Newry

Die Lage in der Stadt Newry selbst ist noch weitaus schlechter. Eine Unter-

Die Lage in der Stadt Newry selbst ist noch weitaus schlechter. Eine Untersuchung aus jüngster Zeit erwies, daß es in den North Street Flats eine Arbeitslosenrate von 80% gibt. (Die Zahl ähnelt bemerkenswert denen der nationalistischen Ghettos in West Belfast wie Ballymurphy und Divis Flats, wo 87% bzw. 65% der Haushaltsvorstände arbeitslos sind.)

Allerdings vermögen es diese Zahlen kaum, das tatsächliche Ausmaß der Armut und des Elends, das mit dieser Massenarbeitslosigkeit verbunden ist, deutlich zu machen.

Der Zustand in Newry in den letzten 60 Jahren ist in vieler Hinsicht typisch für die Verarmung, der die nationalistische Bevölkerung im ganzen Norden ausgesetzt ist. Seit der Teilung Irlands ist Newry von einem aufstrebenden Industriezentrum zu einer der am stärksten von der Depression in Westeuropa betroffenen Städte geworden.

Im 19. Jahrhundert war Newry zur zweitgrößten Handelsstadt in Irland geworden. Der relative Wohlstand der Stadt stützte sich auf ihre Einbindung in die imperialistische Ausbeutung der irischen Arbeiterklasse und der Naturressourcen der Insel. Newry konnte sich wegen seiner günstigen Lage zwischen Belfast und Dublin und wegen seines guten Verkehrssystems, besonders seines Hafens, rasch ausbreiten. Der Newry Canal wurde 1842 fertiggestellt; auf ihm wurden die landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkte aus dem umliegenden Gebiet in den Hafen von Newry zum Export in alle Welt gebracht.

Die Produktion von Leinen und anderen Textilien für den Export sowie Maschinenbau waren die Basis der Industrie von Newry. Es war der Stolz des Gebiets von Newry, daß hier die erste Leinwandmühle in Irland gebaut wurde, die Newbrook Mill, in der zu ihren besten Zeiten über 3.000 Menschen beschäftigt waren. Um die Arbeiter täglich aus Newry heranzuschaffen, wurde extra eine Straßenbahn gebaut.

Seit der Teilung Irlands ist Newry jedoch schnell als Industriezentrum zerfallen. Das größte Unternehmen ist jetzt ein Krankenhaus und die meisten Fabriken haben weniger als 300 Beschäftigte. Die Einwohnerzahl stagniert aufgrund der anhaltend großen Emigration.

Die Grenze

Als die Grenze zwischen den sechs Countys (Nordirland) und den 26 Countys (Republik Irland) errichtet wurde, wurde das zuvor zentral gelegene Newry ökonomisch vom größten Teil seines Hinterlandes abgeschnitten. Der sektiererische Stormont (6) — die Regionalregierung der britischen Kolonial-Provinz Nordirland — und die britische Regierung weigerten sich, für einen Ausgleich der verlorenen Arbeitsplätze in der vorwiegend nationalistischen Stadt zu sorgen und überließen das Transportsystem der Stadt dem Verfall.

In den frühen 50er Jahren verkam die Leinen-Industrie, kurz darauf auch der Schiffbau. Seit 1945 gingen in diesen beiden Industriezweigen, die in Belfast konzentriert sind, und im Ackerbau des Nordens über 100.000 Arbeitsplätze verloren.

Im Rahmen der dringend erforderlichen Modernisierung der Wirtschaft des Nordens und der Ansiedlung neuer Industriezweige war es für den Stormont

des Nordens und der Ansiedlung neuer Industriezweige war es für den Stormont von primärer Bedeutung, sich die Unterstützung der loyalistischen Arbeiter zu erhalten, waren doch auch diese wegen der steigenden Arbeitslosigkeit unruhig geworden. (Diese Unruhe widerspiegelte sich in dem kurzen Aufblühen der Northern Ireland Labour Party in Belfast in den Jahren 1958 bis 1965.) Um die Bindung der loyalistischen Arbeiter an Staat und Kapital zu erhalten und um sicherzustellen, daß durch neue Industrieanordnungen nicht die Machtstellung des Sektierertums gefährdet wird, mußten diese neuen Ansiedlungen in dem Gebiet um Belfast herum konzentriert werden.

Die großzügigen Zuschüsse der Regierung und die Steuergeschenke für die neuen Industrien kamen im allgemeinen Newry und den nationalistischen Gebieten nicht zugute. Unter massivem Einsatz öffentlicher Mittel wurde in der weiteren Umgebung von Belfast ein modernes Straßensystem geschaffen, sodaß für die ausländischen Investoren kein Anreiz bestand, sich in anderen Teilen Nordirlands niederzulassen.

1961 war die Arbeitslosigkeit in Newry mit 17% die höchste im Norden, während es in Derry 14% Arbeitslose gab. Doch wurden während der 60er Jahre — unter dem angeblich liberalen Regime O'Neill's — die neuen Industrien in den loyalistischen Gebieten um Belfast angesiedelt, wo die Arbeitslosigkeit mit 3-4% auf etwa britischem Niveau lag.

Zur Aufnahme der loyalistischen Arbeiter, die Belfast verließen, wurden Industrie-Vorstädte gebaut. Weder Newry noch Derry (die zweitgrößte Stadt des Nordens) waren unter den acht Städten, die im Matthew-Plan (17) zur Wachstums-Gezeiten erklärt wurden. Alle diese acht Städte liegen innerhalb des Gebietes etwa 30 Meilen um Belfast herum. Nur eine der Städte, Downpatrick, hat eine nationalistische Bevölkerungsmehrheit.

Belfast wurde mit einer neuen Autobahn mit Antrim, Larnagh und Craigavon verbunden. Derry, Newry und Dublin wurden an die neue Straße nicht angeschlossen.

Newry's Verkehrsnetz wurde zerstört. Um die Wiederaufnahme der 1965 aufgehobenen Eisenbahnverbindung Belfast-Dublin unmöglich zu machen, wurden binnen einer Woche die Schienen aus dem Gleiskörper gerissen. Nachdem auch die Verbindung nach Derry über Omagh und Strabane zerstört worden war, hatte der Stormont gesichert, daß diese vier nationalistischen Städte für ausländische Investoren unattraktiv sein würden. Newry's Hafen schließlich wurde in den frühen 70er Jahren zugrunde gewirtschaftet.

Direkte Verwaltung

Unter der direkten Verwaltung (Direct Rule) (11) durch die britische Regierung wird die ökonomische Randexistenz der Nationalisten aufrechterhalten und verfestigt.

Im November 1980 hatte die (loyalistische) Region um Belfast, die ein Zehntel der Fläche der sechs Countys ausmacht, die Hälfte aller Arbeitsplätze und die niedrigste Arbeitslosenrate (mit — bemerkenswerterweise — der Ausnahme von West-Belfast).

Während so Newry und die anderen nationalistischen Gebiete ausgehungert werden, stellen die orangistischen (8) Unternehmer bevorzugt loyalistische Arbeiter ein und geben ihnen die besten Arbeitsplätze.

Robert Curran, ein sechzigjähriger Hafenarbeiter erinnert sich: „In den ganzen letzten Jahren war es immer dasselbe, wenn du nicht die richtige Farbe (8) hattest, gab es keinen Job. Schon vor 30 Jahren hieß es in den Anzeigen im 'Newry Reporter', Katholiken brauchen sich nicht zu bewerben. Heute fragen sie dich, auf welche Schule (9) du gegangen bist.“

Nach den Berichten der Fair Employment Agency war die Arbeitslosenrate der Katholiken im Norden 2 1/2mal so hoch wie die der Protestanten. In der Gegend von Derry war die Arbeitslosigkeit bei nationalistischen Arbeitern dreimal so hoch wie bei den Loyalisten. In Strabane und Newry doppelt so hoch. Diese Zahlen widerlegen die Behauptung der Unionisten, die Arbeitslosigkeit sei bei nationalistischen Arbeitern deshalb höher, weil die meisten von ihnen in den weniger industrialisierten Regionen des Nordens leben.

In Fisher's Holzhof sind Fahrer- und „Insider“-Jobs traditionell für die Loyalisten reserviert. Nationalisten konnten das Holz im Hof schleppen, bis sie auch diese Arbeit durch den Einsatz von Gabelstaplern verloren haben.

Eine Quelle lukrativer Beschäftigung für Loyalisten ist die Anstellung bei den Royal Ulster Constabulary, dem Ulster Defence Regiment und den Reserves (12), die es ihnen erlaubt, die relativ niedrigen Löhne der Gegend durch die Übernahme von gleichzeitig zwei Jobs auszugleichen.

Fly-by-Nights

Viele der ausländischen Investoren schlossen ihren Laden, wenn die ihnen zehn Jahre lang gewährten Regierungszuschüsse ausliefen. Die Beschäftigten wurden auf die Straße gesetzt, oft ohne Vorwarnung.

Diese „Fly-by-Nights“, deren Besitzer zumeist in Britannien leben und ihre Firmen auch von dort aus verwalten, halten zum Nachfolger Gesellschaften, die ähnliche Waren herstellen wie ihre Vorgänger, die Regierungszuschüsse aber erneut beanspruchen.

Die britische Regierung gibt nicht nur den im Land investierenden Multinationalen großzügige Zuschüsse, sie ermutigt sie sogar, sich der Steuerzahlung zu entziehen (13). Auf „legale“ Weise können ausländische Investoren dahin kommen, daß sie für eine Maschine im Wert von 10.000 Pfund nur 60 Pfund zu zahlen brauchen.

Arbeitslose hungern müssen, um die ihnen zustehende Unterstützung zu bekommen, oft einen zähen Kampf führen. Die örtlichen Sozialämter (Department of Health and Social Security) bringen regelmäßig Leute vom Gericht, weil sie „das Doppelte“ gemacht haben. Die Verurteilten werden gezwungen, Hunderte von Pfund zurückzahlen, die ihnen zwangsweise von ihrer Arbeitslosenunterstützung abgezogen werden, wenn sie nicht sogar zu Gefängnis verurteilt werden. Oft werden nicht nur die Angeklagten verurteilt, sondern zugleich ihre Familie.

Für die Multinationalen ist die Einrichtung einer Fabrik in den sechs Countys ein bequemes und profitables Mittel, überschüssiges Kapital wieder gewinnbringend anzulegen oder einer kurzfristigen Nachfragesteigerung genügen zu können. Sie werden nicht nur von den Regierungszuschüssen angelockt, sondern auch von der — verglichen mit anderen Regionen Europas — großen Ausbeutbarkeit der Arbeiter im Norden. Die Gewerkschaftsbewegung

der Emdal Meat Packing Co., Dänemark, gehörte und das 1967 nach nur zwei Jahren in Newry schloß, wobei 250 Arbeitsplätze verloren gingen.)

Ausbeutung

Fabriken werden geschlossen und Arbeitsplätze vernichtet, obwohl die Arbeiter von Newry, in der Hoffnung auf dauerhafte Anstellung, schon „bereit“ sind, unter schlechtesten Bedingungen zu arbeiten. Die Multinationals bleiben nur so lange, wie es in ihr globales Konzept paßt.

Das Tochterunternehmen des britischen Multinationals BICC schloß die Niederlassung Besbrook Products, obwohl die britische Regierung Extra-Finanzhilfen anbot. Besbrook selbst gestand ein, daß die Fabrik, in der bis zu 250 Leute beschäftigt waren, profitabler war als seine anderen beiden Fabriken für kupferemailierten Draht in Liverpool. Aufgrund der gesunkenen Nachfrage konnte BICC jedoch auf die Produktionsstätte in Nordirland verzichten. Für das gigantische Unternehmen mit fast 100 Fabriken in aller Welt war das Schicksal der 250 Arbeiter in Newry uninteressant.

Um den Verlust von Arbeitsplätzen in nationalistischen Gebieten zu verhindern, interveniert die britische Regierung im allgemeinen nicht. Aber eine britische Regierung nach der anderen steckt Millionen von Pfund in die Schiffswerften von Belfast, die der britische Nordirland-Minister Prior als „das Symbol des industriellen Belfast“ bezeichnete. Der Grund für diese Politik liegt darin, daß Nordirland ohne die Unterstützung der loyalistischen Arbeiter nicht existieren könnte. Trotz M. Thatcher's Philosophie, „lahme Enten“ nicht zu unterstützen, erhielt die Belfast Werft Harland & Wolff, auf der fast nur Loyalisten arbeiten, 25% der Etats der Handelsabteilung des Northern Ireland Office im Finanzjahr 1982/83.

Die chronische Arbeitslosigkeit in Newry wird von den Unternehmern zur Zahlung besonders niedriger Löhne ausgenutzt. Der Besitz eines Arbeitsplatzes bedeutet so noch lange nicht das Ende der Armut. Im letzten Jahr führten die Gewerkschaften von Newry (Newry Trades Council) eine Untersuchung durch: Die Hälfte der erwachsenen Arbeitskräfte im Hotel- und Restaurationsgewerbe erhält einen geringeren als den vom Wages Council fest gelegten Minimallohn. Alle Kellner, Friseure, Verkäufer und viele Büro-Arbeitskräfte fallen in die (offizielle)

Kategorie der Niedrigbezahlten.

In den letzten Jahren wurden bevorzugt Teilzeit-Arbeitskräfte eingestellt, unter ihnen viele verheiratete Frauen, die oft geringer entlohnt werden als die Vollzeit-Arbeitskräfte. Kleine Geschäfte, wie besonders Cafés, stellen lieber Schulkinder ein als Arbeitslose.

Düstere Aussichten

Im Norden hat sich die seit Anfang der 70er Jahre zunehmende Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren fast verdoppelt. Die internationale Rezession und die monetaristische Politik der Thatcher und Co. sind die Gründe.

Heute sind 114.000 Menschen im Norden arbeitslos. Werden die arbeitssuchenden verheirateten Frauen mitgezählt und die anderen, die keine Unterstützung bekommen, sowie jene, die zeitweilig im Ausbildungsprogramm untergebracht sind, kommen rund 150.000 Arbeitslose zusammen, ein Viertel aller Arbeitskräfte.

Die ausländischen Investoren stellten 1982 keine neuen Arbeitsplätze mehr zur Verfügung. Die Zielsetzung der Arbeitsförderungs-Programme des Industrial Development Board in Illusion. Der britische Nordirland-Minister Prior bot mageren neun Millionen Pfund auf, um ausländische Industrie ins Land zu holen. Die britische Regierung bemüht sich nur noch darum, die Hoffnung auf Arbeit aufrechtzuerhalten. Offensichtlich hat sie erkannt, daß so das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit nicht aufhalten, geschweige denn umkehren kann. Die bittere Geschichte Newry's zeigt, daß die Arbeitslosigkeit im Norden weiterbestehen wird, solange Britannien Irland politisch und ökonomisch beherrscht — die nationalistische Bevölkerung ist hiervon in besonderem Maß betroffen.

Fortsetzung nächste Seite



Spitzhacke und Schaufel

Obwohl die Nationalisten die Mehrheit der Bewohner von Newry stellen, bekommen sie — wie auch in anderen Gebieten des Nordens — meist nur einen Job als ungelernter oder angelernter Arbeiter. Telefon- und Stromservice sind fest in loyalistischer Hand. Robert Curran: „Das ist alles, was es für einen katholischen Arbeiter gab, eine Spitzhacke und eine Schaufel. Katholiken kriegen hier nur die Arbeit, die die Loyalisten nicht wollen.“

In Newry änderten weder Direct Rule noch Modernisierung etwas an dieser Diskriminierung nationalistischer Arbeiter. In der Sand's Mill werden jetzt ein paar Nationalisten beschäftigt — aber nur, glauben viele, weil der Wechsel von der Mais- zur Getreide-Verarbeitung den Job viel drehtiger gemacht hat.

Ist zu schwach, sich gegen die Schließung der Fabriken und den Raub der Arbeitsplätze zu wehren, wenn die Eigentümer „undisponieren“. Die von den Arbeitern und Arbeiterinnen in Newry erarbeiteten Profite werden ins Ausland gebracht. Neue Arbeitsplätze werden aus den Gewinnen nur wenige geschaffen.

Die Arbeiter der Fatstock Marketing Corporation z.B. sind der Auffassung, daß ihre Jobs nicht auf dem Spiel stehen würden, wären die in den 70er Jahren erarbeiteten Profite in die Fabrik in Newry reinvestiert worden. Die Firma schloß im April ihre Fleischfabrik für mehrere Monate und entließ sofort 70 Beschäftigte. FMC soll offensichtlich aufgegeben werden. Schon vor einigen Jahren brach die Firma einen Streik der Belegschaft mit der Drohung, die Fabrik zu schließen. (Die Firma arbeitet auf demselben Grundstück, das vorher

Forta. von vorheriger Seite

Jugend

Den Jugendlichen in Newry steht nur die Wahl offen zwischen Arbeitslosigkeit und Emigration. Nach Schulabschluss haben sie nur befristete und schlecht bezahlte Jobs zu erwarten oder eine Aufnahme in das perspektivlose Jugend-Ausbildungsprogramm (Youth Training Scheme). Das System läßt die Jugendlichen immer wieder fallen und verwirft sie „back on the „burro““. In die Warteschlangen der Arbeitsvermittlungen und der Postämter, bei denen die Arbeitslosenhilfe ausbezahlt wird.

Die gegenwärtige Rezession hat ihre Lage noch drastischer verschlimmert. Hugh McKown, 20 Jahre, ist ohne Arbeit, seit er vor 18 Monaten aus einer Fabrik für Autokühler entlassen wurde. „Ich habe keinerlei Aussichten, eine Arbeit zu bekommen, wie es in Newry jetzt aussieht. Bei der Arbeitsvermittlung wird immer „Berufserfahrung“ verlangt.“

Die meisten der nationalistischen Jugendlichen kümmern sich nicht um den Job Market (Arbeitsmarkt). Der Job Market liegt in dem loyalistischen Teil der Stadt und die nationalistischen Jugendlichen werden von den Royal Ulster Constabularies auf ihrem Weg zum Job Market belästigt.

Hugh erklärt Newry's konstante Arbeitslosigkeit in wenigen Worten: „Es ist eine nationalistische Stadt.“ Die Hälfte seiner ehemaligen Klassenkameraden, schätzt er, sind ohne Arbeit; sitzen, wie er, gelangweilt zu Hause. Das Ausgehen kann er sich kaum leisten und Einrichtungen für Jugendliche gibt es in Newry fast keine. Hingegen wurde noch im letzten Jahr für eine halbe Million Pfund ein Kunstzentrum eröffnet.

Kosmetik

Die britische Regierung hat überall im Norden versucht, den Zusammenbruch ihrer Kolonialwirtschaft zu verdecken und die Politisierung der nationalistischen Jugend zu verhindern. Hierzu dienen sogenannte Ausbildungsprogramme, die alles andere als eine gründliche Ausbildung vermitteln und durch die Jugendarbeitslosigkeit nur künstlich gesenkt wird. Auf jeden Schulabgänger in der Gegend von Newry unter 16 Jahren, der offiziell arbeitslos ist, kommen derzeit drei andere, die für eines der Ausbildungsprogramme eingeschrieben sind.

Aber die Jugendlichen sind nicht zu betrügen. Die neunzehnjährige Jacinta Morgan stellt fest: „Die Ausbildungsprogramme sind nur dazu da, uns ruhig zu halten.“ Seit Jacinta aus ihrem ersten und einzigen Job entlassen wurde, hat sie an insgesamt drei Ausbildungskursen teilgenommen. Aber jedes Mal landete sie wieder „back on the dole“, war arbeitslos, ohne der Aussicht auf einen befriedigenden und angemessen bezahlten Job nähergekommen zu sein.

Anfang dieses Jahres wurde sie zu einem Programm in ein Kaufhaus von Newry geschickt, wo sie dann „lernte“, Gemüse auszuwickeln. Für die 40-Stunden-Woche zahlte ihr die Regierung 40 Pfund und ihr Arbeitgeber nichts. Auszubildende unter 18 Jahren bekamen nur 18 Pfund, während die Vollzeit-Arbeitskräfte mit 36 Pfund pro Woche entlohnt wurden.

Jacinta: „Ich wurde ausgebeutet. Es war harte Arbeit, ständig schwere Kisten aus dem Lager zu holen und die Regale zu füllen. Es war billige Arbeit, Sklaverei.“

Rund ein Viertel der Arbeitskräfte in der Gemüseabteilung waren Auszubil-

dende, die von der Regierung bezahlt wurden und das Kaufhaus nichts kosteten. Jacinta kennt keinen unter diesen Auszubildenden, der nach Beendigung des Kurses dort festangestellt wurde. „Du arbeitest deine Zeit, und dann bist du draußen, und sie stellen jemand anders hin. Egal was du tust, du kriegst keine Arbeit, weil da immer schon das nächste Mädchen hinter dir wartet.“

Die ständig steigende Arbeitslosigkeit ermöglicht es den Geschäftsinhabern, Jugendliche zu Löhnen einzustellen, die wenig über dem (und manchmal noch unter dem) Löhnen, was sie als Arbeitslose an Unterstützung bekommen würden. — Friseurlehrlinge bekommen in Newry in der Woche im Durchschnitt 19 Pfund. Die Gewerkschaft dockte jedoch auf, daß es auch eine auszubildende Friseurin gab, die nur 12 Pfund in der Woche erhielt, obwohl ihre Anstellung ihrem Boß von der Regierung mit wöchentlich 15 Pfund honoriert wurde.

Jacinta: „Wenn ich mich jetzt um eine Arbeit bewerbe und ein sechzehnjähriges Mädchen bewirbt sich um die gleiche Stelle, dann würde sie den Job bekommen, weil sie ihr weniger Lohn zahlen könnten.“ Sie hat es aufgegeben, nach einer Arbeit zu suchen. „Es hat keinen Zweck“, sagt sie. Mit ihren 19 Jahren und der Aussicht auf wenig mehr als Armut und Elend ist sie nur eine von Zehntausenden, die der britischen Vorherrschaft zum Opfer gefallen sind.

Jim Allister, der Sinn Fein-Kandidat (15) für Newry und Armagh, kommentiert: „In der Gegend von Newry und Süd-Armagh war die Arbeitslosigkeit immer extrem hoch. Die Fabriken, die sich in Newry niederließen, waren hauptsächlich an den Zuschüssen und den Steuermächtsen interessiert. Zur ökonomischen Verarmung der Gegend

hinzu kommt die allgemeine Vernachlässigung durch den von der SDLP (16) beherrschten Rat. — Die republikanische Politik, den Reichtum der Nation dem irischen Volk zu erhalten, ist die einzige, die Wohlstand und Stabilität in der Zukunft sichern kann.“

Anmerkungen:

1) Nationalisten sind in Irland meist Katholiken. Ein großer Teil der Protestanten meint dagegen wenigstens Nordirland unter der Herrschaft des englischen Königshauses zu halten. Deshalb nennen sie sich Loyalisten, die der englischen Krone treu sind, oder Unionisten, die für die Einheit des irischen Staats mit dem englischen sind, oder Orangisten in Erinnerung an den Herzog Wilhelm von Oranien, der im Krieg um den englischen Thron ein irisches Heer besiegte und damit die englische Herrschaft über die Iren festigte.

2) Aus einer Mischung von religiösen und politischen Vorurteilen gegen die Loyalisten heute in Nordirland, früher in ganz Irland ihre Vorherrschaft über den Rest der Bevölkerung her diese Ideologie und die entsprechende Politik wird in Irland Sektierertum genannt.

3) Bis 1921 beanspruchte Großbritannien die Herrschaft über ganz Irland. Um einerseits den Krieg mit den irischen Nationalisten, der mit dem Osteraufstand in Dublin 1916 begann, zu beenden und weiterhin seinen Einfluß in Irland zu erhalten, spaltete der britische Imperialismus 1920 den Teil ab, in dem doppelt so viele Loyalisten wie Nationalisten lebten, „Northern Ireland“ oder „Ulster“. Der Rest wurde den Nationalisten überlassen. Dieser Staat hieß erst „Free State of Ireland“, später erklärte er sich zur „Republic of Ireland“. Zwischen den Staaten liegt die Grenze „the Border“.

4) Radikale irische Nationalisten erkennen keinen der Staaten als rechtmäßig an und sprechen deshalb von den „6 Counties“ Nordirland und den „26 Counties“ im Süden. 5) Die Emigration prägte seit Jahrhunderten das Leben der Iren. Vor Hunger und Arbeitslosigkeit flochten viele Millionen Iren be-

sonders nach England, Schottland und in die USA.

6) Im Gegensatz zu Wales und Schottland oder auch England erhielt der Staat „Northern Ireland“ ein eigenes Regime: ein Parlament und eine eigene Regionalregierung, den Stormont.

7) Terence O'Neill war bis 1969 „Unionist“-Premierminister in den 6 Counties. Er machte kleine Zugeständnisse an die nordirische Bürgerrechtsbewegung.

8) In Irland symbolisieren Farben oft politische Richtungen. So heißt es oft statt Nationalisten, the Greens, während die britische Politik mit den Loyalisten oft „playing the orange card“ genannt wird.

9) In den 6 Counties gehen Katholiken und Protestanten in verschiedene Schulen. Wegen der Pogrome und des tagelichen Terrors der Loyalisten gegen Katholiken gehen fast alle in öffentliche in private Schulen der katholischen Kirche.

10) Die Fair Employment Agency wurde von der britischen Regierung eingerichtet, um Diskriminierungen bei den Arbeitsplätzen zu überwachen.

11) Direct Rule führte die britische Regierung 1970 in Nordirland ein, indem sie den Stormont auflöste und selbst die Verwaltung der 6 Counties übernahm.

12) RUC ist die Polizei in Nordirland, UDR ein Regiment der britischen Armee. Alle genannten Truppen rekrutieren sich fast nur aus der loyalistischen Bevölkerung.

13) Die „Republik Irland“ bietet den Multinationals fast genau dieselben Vergünstigungen.

14) Das britische Regierungsamt, das für den Nordirlandminister arbeitet.

15) Es gibt zwei radikale nationalistische Bewegungen in Irland, die republikanische und die republikanisch sozialistische. Zur ersten gehören als bekannteste Organisationen die IRA und die Sinn Féin als politische Partei, zur zweiten gehören die INLA und als politische Partei die IRSP.

16) Die Social Democratic and Labour Party, SDLP, gibt es nur in Irland. Programmatisch ist der SPD in der BRD ähnlich, ist sie die Partei der bürgerlichen Katholiken und konnte sich einige Jahre (auch als Stimme der Nationalisten in den 6 Counties) darstellen. Heute verdrängt die Sinn Féin sie auch von der parlamentarischen Bühne.

17) Der Matthew-Plan wurde 1983 von der britischen Regierung für den Aufbau neuer Industrie in Nordirland aufgestellt.

Anti-NATO-Blockaden

Der September bringt in jedem Jahr nicht nur den Herbst und die Friedenswoche, sondern auch NATO-Mandver. Der Sammelname für diese riesigen Übungen ist in diesem Jahr „Autumn Forge“. Insgesamt überleben 240.000 Soldaten ein „Übungsgebiet“, das sich vom Polarkreis in Norwegen bis auf das Gebiet des geschätzten NATO-Mitglieds Türkei erstreckt.

Die Niederlande nehmen in jedem Jahr an diesen Manövern teil, meist mit einer oder mehreren Brigaden oder einer Division. Alle fünf Jahre einmal — und in diesem Jahr ist es wieder einmal soweit — wird in maximaler Stärke teilgenommen, d.h. mit dem ganzen (1. und einzigen) Heereskorps. Die Teilübung „Atlantic Lion“, an der sich das 1. Heereskorps beteiligt, steht zum ersten Mal unter niederländischem Befehl.

Dies führte schon vor Monaten dazu, daß namentlich Antimilitaristen in der Gruppe „Onkrut“ und aus ihrem Umfeld „harte Aktionen“ gegen die niederländische Teilnahme und gegen die Teile der Manöver, die auf niederländischem Boden stattfinden, ankündigten.

Blockaden

Die Manöver sind jetzt zum größten Teil vorbei, eine vorläufige Bilanz kann gezogen werden. Der vielleicht bemerkenswerteste Umstand ist, daß die Aktionen nicht allein von „Onkrut“ getragen wurden. Auch Aktivisten von der Basis der Friedensbewegung und Leute von der Anti-AKW-Bewegung haben am Widerstand teilgenommen. Höhepunkte dieses Widerstands waren die Verhinderung einer Zeitung in jedes Haus der Rotterdammer Hafenarbeiter und ein Dutzend Blockaden insbesondere von US-NATO-Truppen.

Als sehr bemerkenswert kann bezeichnet werden, daß in der den Manövern vorangehenden Zeit über die Medien fast keine Verteidigungspropaganda betrieben worden ist. Einige der üblichen Presskonferenzen wurden sogar im letzten Moment abgesagt. In der rechten Tageszeitung „Telegraaf“ wurde das, und zwar erst am 14. September, von einem Sprecher des Verteidigungsministeriums damit erklärt, daß den antimilitaristischen Aktivisten keine Informationen gegeben werden wollten (Aber der Mann hatte ja auch schlecht zugeben können, daß es von niederländischen Obrkeiten derzeit für klüger gehalten wird, die Bevölkerung nicht allzuweit mit dieser Katastrophalung des Militarismus zu konfrontieren).

Tatsächlich waren die Antimilitaristen aufgrund eigener Untersuchungen

schon Ende August sehr detailliert informiert über Zeitpunkte, Mengen, Orte, Routen usw. Diese Untersuchungen wurden zum größten Teil von Kreisen um „Onkrut“ herum ausgeführt, von der Amsterdamer Autonomenzentrum „bluf“ und der „Anti Militaristies Tijdschrift“ (eine antimilitaristische Theorie-Zeitschrift, in der übrigens derzeit in mehreren Folgen das „Kleine Lexikon der niederländischen Friedensbewegung“ erscheint, das wir im letzten Jahr im AK veröffentlichten — Ann. d. Red.). Informationsquellen waren u.a. Kontakte im Heer und der Einbruch in zwei Heereskommandobunker in Noordwijk und Katwijk durch „Onkrut“ im April 1983. Außer der für die jetzigen Aktionen brauchbaren Materialien enthält die Bunkerbeute auch ausführliche Szenarien der Zivilverteidigung und des 3. Weltkriegs, letzteres in Form der Übung „Winter 81“.

Reforger

Von Anfang an war klar, daß sich der Widerstand um Rotterdam herum und in Ost-Brabant konzentrieren würde. In Rotterdam führte „Onkrut“ in Zusammenarbeit mit Aktivisten aus der Friedensbewegung eine Reihe von Aktionen durch, die der ersten Blockade vorangingen. Es wurden Flugblätter verteilt, der Popcenter Hiverum 3 wurde von einem Sender der Aktivisten „aus dem Äther gedrückt“, und die schon genannte Haus-an-Haus-Zeitung „Diensgeheim“ wurde in einer sehr großen Auflage verbreitet. Diese Zeitung enthält ausführliche Informationen über die Kriegsfunktion des Rotterdammer Hafens.

Nach dem Löschen der Schiffe im Rotterdammer Hafen sollten am 13. September die Transporte über Straße und Schiene in die Aufmarschgebiete in Ost-Brabant beginnen. Einer der ersten Transporte wurde durch eine Sitzblockade von rund hundert Leuten effektiv blockiert. Die Polizei griff schnell und hart zu: 23 Festnahmen erfolgten, ein Aktivist wurde schwer verletzt.

Neu für niederländische Begriffe war hierbei, daß die Polizei die Festgenommenen nicht dadurch identifiziert, daß sie deren Namen feststellte, sondern daß sie sofort und in recht grober Weise die Festgenommenen mit einer Polaroidkamera fotografierte. Die Polizei wollte so das Problem umgehen, daß die Festgenommenen möglicherweise ihren Namen nicht nennen würden (und einen „Personalstatus“, wie ihn der Bundesdeutsche stets mit sich zu führen hat, gibt es in den Niederlanden nicht). Das ganze Polizeiaufgebot war von einer Absicht bestimmt. Es sollte verhindert werden, daß die Amerikaner auch nur etwas von den Blockaden merkten. Obwohl hierzu 1.000 Mann

Marechaussee und Bereitschaftspolizei (ME) bereit standen, ist ihnen das nicht gelungen. Wederholt wurden Transporte anscheinlich verzögert.

Brandy Station & Aqua Marine

Die Übungen „Brandy Station“ und „Aqua Marine“ sind das Verbindungsstück zwischen „Reforger“ („Return of FORces to Germany“) und der eigentlichen Übung „Atlantic Lion“. Die erste besteht in der Gruppierung von US-Truppen auf eine Anzahl militärischer Gebiete in Ost-Brabant (eine gigantische Operation, bei der viele Dutzend Kolonnen und fast hundert Militärlüge bewegt werden); im Verlauf der zweiten werden die Flüsse Maas und Rhein zum Manövergebiet hin überquert. Hier ist es mehrfach zu effektiven Blockaden gekommen. Das Polizeivorgehen war hier merklich verschärft, es wurde schneller und härter zugeschlagen, aber seltener festgenommen.

Es ist sicher, daß die Aktivisten in gewissem Maße auf die Sympathie der Bevölkerung rechnen konnten, die von den enormen Militärtransporten durch ihre Dörfer und Städte aufgeschreckt worden waren.

Allerdings standen auch mehrmals namentlich Ältere an der Route der Amerikaner und jubelten ihnen zu. Es seien schließlich 1945 ihre Befreier gewesen ...

Friedensbewegung

Nach der Demonstration am 21. November 1981 in Amsterdam standen für die Basis der Friedensbewegung direkte Aktionen gegen Atomwaffen und andere Ausdrucksformen des Militarismus an. Nach einer zögernden Diskussion hierüber in den offiziellen Organen der Friedensbewegung wurde schon bald jede praktische Entwicklung in diese Richtung durch die Spitze des Interkirchlichen Friedensrates (IKV), der führenden Kraft der niederländischen Friedensbewegung, unterdrückt. Durch großen Druck auf die Basis ist es der IKV-Spitze gelungen, diese wieder auf den „richtigen Weg“ zu bekommen, sie auf die Mobilisierung von Massendemonstrationen zu beschränken.

Es ist den Aktivisten an der Basis noch immer nicht gelungen, der Notwendigkeit zu drücken und effektive Aktionsformen organisatorischen Ausdruck zu geben. Auch eine strukturierte Zusammenarbeit mit „Onkrut“, Autonomen usw. bleibt aus. Nur gelegentlich gibt es Aktionsformen anlässlich bestimmter Ereignisse, wie z.B. gegen die Munitionstransporte der NATO im Rahmen des Long Term Defence Program, oder bei einem Versuch,



KOMITEE KRUISRAKETEN NEE

PRINSEGRACHT 4, 2512 GA DEN HAAG TEL. 070 224331 OMROEP 3725743

De Nederlandse Federatie van Vredeskrachten (NFV) heeft een oproep gedaan tot een demonstratie tegen kernwapens op 29 oktober 1983 in Den Haag.

Mit über 400.000 Teilnehmer/innen war die Demonstration am 21. November 1981 in Amsterdam die bisher größte Antikriegs-Manifestation seit dem Aufbruch der „neuen Friedensbewegung“. Die Erwartungen, die die Initiatoren dieser Demonstration in ihren Erfolg gesetzt hatten, waren sehr hochgesteckt, wenn nicht schlicht illusionär. Als recht bald nach dieser Demonstration deutlich wurde, daß die niederländische Regierung auf die Forderungen der „Nachfrümmungsgegner/innen nicht einzugehen gedachte, konnten massenhafte Frustration und ein merkliches Abflauen der Friedensbewegung nicht ausbleiben.

Das auf Initiative des Interkirchlichen Friedensrates (IKV) gebildete „Komitee Kruisraketten Nee“ (Komitee Cruise missiles Nein) hat nun unter der Parole „Keine neuen Atomraketen in Europa“ zur erneuten Demonstration am 29.10.1983 nach Den Haag, dem Sitz des Parlaments, aufgerufen. Diese Demonstration werde — so jedenfalls der IKV — die Manifestation vom November 1981 noch übertreffen.

die mit Atomwaffen bestückte Flugbasis Volkel zu blockieren. Jedemal geht namentlich die IKV-Spitze gegen solche Bewegungen vor, zeitweilig hierzu unterstützt von der Führung des (der revisionistischen KP nahestehenden) Komitees gegen die Neutronen-Bombe.

Die Blockaden gegen die Herbstmanöver sind allerdings, wenn auch zögernd, von einer Aktionsreihe verschiedener radikaler Gruppen, darunter „Onkrut“, und Friedensaktivisten, getragen worden. Dieses Mal wurden

die Aktionen von der IKV-Spitze schlicht ignoriert. Es ist zu hoffen, daß aus Aktionen wie diesen Blockaden, aber auch aus dem neuen Friedenslager in Woensdrecht das für die Stationierung der Cruise Missiles „vorsorglich“ bestimmt wurde, organisatorische Konzepte für direkte und effektive Aktionen an der Basis entstehen. Es ist „Fünf vor Zwölf“!

Ein Genosse von der Redaktion der „Anti Militaristies Tijdschrift“

Ca. 1 Million Menschen befinden sich in Eritrea in Hungernot und bedürfen der Hilfe von außen (1). In den nördlichen Provinzen Äthiopien, Tigray, Wollo und Gondar, bedürfen noch über 2 Millionen Menschen sofortiger Hilfe gegen den Hunger (2).

Der Schwerpunkt dieser Dürre und Hungernot liegt in den Gebieten Tigray und Eritrea. In beiden Regionen kämpfen seit Jahren Befreiungsbewegungen gegen die Unterdrückungspolitik des äthiopischen Regimes. Diese Gegenden sind trocken und karg. Doch selbst in dem etwas stärker industrialisierten Eritrea leben über 80% der Menschen von der Landwirtschaft, als selbständige Bauern oder nomadische Viehzüchter (3).

In den Jahren 1981 und 1982 gab es in Eritrea keine ausreichenden Niederschläge. Die Regenfälle kamen in manchen Gebieten zu spät und dauerten kürzere Zeit als sonst. In anderen Gebieten, wo Viehzucht betrieben wird, fiel seit Oktober 1981 kein Regen mehr. Brunnen und Wasserstellen versiegen. Die Vegetation ist weitgehend zerstört. Hunderttausende Stück Vieh starben an Hunger und Durst (4).

Reicht die Ernte in den Ackerbaugebieten schon in normalen Jahren kaum aus, die Menschen zu ernähren, so standen nun nur noch Kakteenfrüchte, wilde Osmundepflanzen und Grassamen als Nahrung zur Verfügung. Die Menschen waren sogar gezwungen, sich von Früchten zu ernähren, die schwere Magenschmerzen hervorrufen können (5). Ähnliche Zustände herrschen im Norden Äthiopien — besonders in Tigray.

Nach den Sommermonaten gibt es keine der wilden Früchte und Pflanzen mehr, so daß die Leute buchstäblich nichts zu essen haben. Schon Ende 1982 nahmen daher Krankheiten erschreckend zu, die direkt auf Hunger zurückzuführen sind, und den Tod für die vom Hunger geschwächten Menschen bedeuten (6). In der Dürre 1973/74 starben in den nordäthiopischen Provinzen Wollo und Tigray 200.000 Menschen an Hunger (6).

Krieg und Hunger

Die Hungersnot hat nicht allein natürliche Ursachen. 1982 führte das äthiopische Militär unter Anleitung sowjetischer Experten eine Großoffensive gegen Ziele in Eritrea. Der Angriff fand in den Monaten Februar bis April statt — in der Zeit der Aussaat. Betroffen waren diesmal die menschenreichsten und landwirtschaftlich produktivsten Provinzen Eritreas (7). Schwere Luftangriffe u.a. mit Napalm zerstörten nicht zuletzt den Ackerbau, der durch die Dürre schon schwer beeinträchtigt war (8).

Schon seit Jahren führt das äthiopische Militär diesen Vernichtungskrieg. Eritreische Bauern können wegen der ständigen Gefahr von Luftangriffen nur nachts auf den Feldern arbeiten.

Jede Offensive der Äthiopier hat bisher, auch wenn sie alle in einem Flakko endeten, große Teile der eritreischen Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht. Schon 1979 lebten nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) 228.000 Flüchtlinge aus Eritrea und 152.000 aus Äthiopien im Sudan (9). Allein die Großoffensive „Roter Stern“ 1982 zwang zehntausende von Menschen, ihr Land zu verlassen. Ohne ihr Hab und Gut sind die Flüchtlinge nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren.

Hinzu kamen 1982 noch die Zwangsrekrutierungen der äthiopischen Militärs in der eritreischen Provinz Seraye. So wurden die jungen Männer gerade zu der Zeit in die Armee gesteckt, als sie dringend für die Aussaat benötigt wurden. Die schwere Feldarbeit muß nun von Frauen, alten Leuten und Kindern geleistet werden (10).

Ähnlich wie Eritrea leiden die umkämpften Provinzen im Norden Äthiopien unter der äthiopischen Kriegsführung, besonders Tigray.

Krieg um Eritrea

Seit langem leidet die Bevölkerung in Eritrea und den nördlichen Teilen Äthiopien nicht allein unter Dürrekatastrophen (In Eritrea gab es seit 1970 insgesamt 7 Dürrekatastrophen). Die UNO beschloß 1952, daß der von den USA unterhaltene „Kaiser Haile Selassie“ neben Äthiopien auch das Nachbarland Eritrea beherrschen sollte. Das Regime des „Kaisers“ begann das industriell weiter entwickelte Eritrea auszuplündern. Polizei und Militär des „Kaisers“ unterdrückten jede eritreische Opposition. Im Kampf gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen, die erstmals 1961 auf den Plan traten, eskalierten die äthiopischen Militärs den Krieg. 1967 lösten sie in einer

Hunger in Eritrea

Die Reihe von Hungerkatastrophen in Afrika bricht nicht ab. Nicht nur die von den Imperialisten beherrschten Regierungen der Sahelzone lassen Menschen verhungern; auch im Einflußbereich der äthiopischen Militärregierung leiden über eine Million Menschen Hunger, hunderttausende droht der Hungertod. Besonders um die Hungersnot in Eritrea ist es bisher still geblieben.



Großoffensive 5.000 Menschen aus der eritreischen Zivilbevölkerung sowie unzählige Tiere. Zehntausende von Eritreern flohen in den Sudan (11).

Auch nach dem Sturz des „Kaisers“ durch Offiziere der äthiopischen Armee kam keine Erleichterung. Statt — wie erhofft — die Unabhängigkeit Eritreas anzuerkennen, nahm der neue Staat den Krieg um Eritrea wieder auf. Hatten die Sowjetunion und Kuba bis dahin mehr oder weniger die Befreiungsbewegungen unterstützt, so stellten sie sich nun hinter die „revolutionären Militärs“ in Äthiopien und unterstützen seitdem deren Krieg gegen Eritrea.

Die äthiopischen Militärs eskalierten den Krieg weiter. Zehntausende von Eritreern starben in diesem Krieg, 600.000 wurden zu Vertriebenen im eigenen Land, 500.000 flohen in andere Länder, besonders in den Sudan (12).

Unter diesen mörderischen Bedingungen entwickelte die Eritrean People's Liberation Front (EPLF) ihren Kampf. Sie löste Mitte der 70er Jahre nach dem Sturz des „Kaisers Haile Selassie“ die ältere ELF ab, aus der sie hervorgegangen war.

Die EPLF setzte im Gegensatz zur ELF auf die Strategie des langwährenden Volkskrieges, auf eine nationaldemokratischen Revolution, wie sie in China von der kommunistischen Partei erfolgreich durchgeführt worden war. Im Gegensatz zur ELF konnte die

EPLF den immer schwereren Angriffen der äthiopischen Militärs widerstehen, trotz massiver Luftangriffe bis hin zum Einsatz von Kampfgasen 1982 (13).

Politisch beeindruckend ist das Programm gesellschaftlicher Reformen, das die EPLF in diesem harten Krieg in Wirklichkeit umsetzt: Alphabetisierung, massenwirksame Gesundheitsversorgung durch Hospitäler und Barfußärzte, kollektive Lebensformen sowohl an der Front als auch in den Stützpunktbereichen und den Flüchtlingslagern, Selbstbefreiung der Frauen und teilweise Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln (14).

In der internationalen Presse wird die EPLF weitgehend übergegangen, da sie sich kaum den internationalen Machtblöcken unterworfen hat. Sie unterhält gute Beziehungen zu anderen Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen.

Äthiopien im Krieg

Da Äthiopien seit langer Zeit ein armütliches Land ist, ist der Krieg, dessen Kosten mit seinem Umfang zunehmen, eine schwere Last für die Bevölkerung. Die äthiopischen Militärs sind auch bei ihrer Kriegsführung weitgehend auf ausländische Hilfe angewiesen. Nach westlichen Schätzungen leistete die

UdSSR von 1976 bis 1982 mind. 3 Mrd. US-Dollar Militärhilfe (14a), von der DDR hat die äthiopische Regierung im Rahmen der Militärhilfe 2 Mrd. US-Dollar Kredite erhalten (14b).

Die äthiopischen Staatsgüter, die die neue Regierung auf verstaatlichtem Boden der Großgrundbesitzer errichtete, produzierten daher heute Kaffee, Mais und Zucker für den Export, womit die Auslandsschulden z.T. bezahlt werden. Obwohl die äthiopische Bevölkerung in den 70er Jahren mehrfach Hungernöten ausgesetzt war (in Nordäthiopien und dem Ogan bzw. Westsomaliland), exportierte der Staat z.B. Rohkaffee, Haare, Felle, Hülsenfrüchte, Ölsamen, Leder und Rohbaumwolle in die DDR und wohl auch in die anderen Glaubigerstaaten (14c). „Auch bleibt die Entwicklung des Landes weiterhin von Weltbank-Krediten abhängig, und für die EG wurde Äthiopien 1980 der größte Geld- und Hilfsempfänger in Afrika“ (14d). Die Hilfe der EG betrug in den Jahren 1979 bis 1981 2 Mrd. DM (14e).

Zudem fordert der Krieg um Eritrea einen ungeheuren Einsatz von Menschenleben. In der Offensive „Roter Stern“ wurden allein 90.000 Mann Kampftruppen an die Front geworfen. Ein großer Teil von ihnen wurde mit Gewalt in die Armee gezwungen. Der Landwirtschaft in Äthiopien gingen dadurch die dringend benötigten Arbeitskräfte verloren. Die vom neuen Staat geschaffenen Basisorganisationen, Dorf- und Stadtteilkollektive (die „kebele“) entwickelten sich zu Zwangsapparaten, die dem Krieg immer neues Menschenmaterial zuzuführen haben (15).

In Äthiopien entwickelte sich immer breiter Widerstand der Bevölkerung gegen den Staat der Militärs. In der Provinz Tigray, die an Eritrea angrenzt, gelang es der Tigray People's Liberation Front, größere Gebiete unter Kontrolle zu bekommen. Die TPLF arbeitet mit der EPLF zusammen und hat ein ähnliches politisches Selbstverständnis wie diese. Im Südosten Äthiopien kämpft die West Somali Liberation Front, und in den letzten Jahren begann auch das größte Volk in Äthiopien, die Oromo, machen ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, mit dem bewaffneten Widerstand; es bildete sich die Oromo Liberation Front.

So spitzt sich die politische Situation in Äthiopien selbst immer weiter zu und wird durch den Krieg in Eritrea weiter verschärft. Auch in der herrschenden Schicht der Amharen wächst der Widerstand gegen die Militärherrschaft.

In weiten Gebieten, besonders im Norden Äthiopien, wo die Hungersnot wütet, kontrollieren die äthiopischen Militärs nur noch Städte und Hauptverkehrswege (16).

Hunger als Waffe

Hunger als Waffe

Der Hunger in den umkämpften Gebieten hat militärische Vorteile für die äthiopischen Militärs. Er zwingt die Menschen vom Land in die Städte, wo sie auf Hilfe vom Staat oder aus dem Ausland hoffen. So kommen die Menschen durch die Hungersnot wieder un-

ter die Kontrolle der Militärs. Der „Vorwärts“ berichtet, „daß weit mehr als eine Million Menschen vom Hunger bedroht, vor Trockenheit in Auffanglagern der Regierung flüchten mußten, wo sie unter miserablen Bedingungen so lange weiter überleben können, wie Nahrungsmittelhilfe des Auslands sie erreicht“ (17). Der Hunger, den das äthiopische Militär durch seine Vernichtungsfeldzüge gegen befreite Gebiete, durch Zwangsrekrutierungen, durch Nahrungsmittelimporte verursachte, erweist sich so als politische Waffe gegen die Befreiungsbewegungen.

Über den Einsatz des Hungers als Waffe berichtete die „Frankfurter Rundschau“ 1976: „Die Äthiopier wiederum setzen ihre Jagdbomber Tag für Tag gegen das von den Befreiungsbewegungen beherrschte Gebiet ein.“

Die erste spürbare Folge dieser Art Krieg ist eine drückende Hungersnot und eine sich ausbreitende Malaria-Epidemie auf beiden Seiten. Die Städte, in denen etwa 15 Prozent der vier Millionen Eritreer leben, sind vom Nachschub aus dem Hinterland abgeschnitten. Die Arme gibt ihre aus Äthiopien angelieferten Nahrungsmittel trotzdem nicht an die Zivilbevölkerung ab — aus Angst, sie könnte dadurch die Guerillas unterstützen (...).

In den von den Guerillas kontrollierten Gebieten klappt die Versorgung teilweise etwas besser. Aber man kommt auch hier in Landstriche, wo zu Skeletten abgemagerte Eritreer im Schatten der spärlichen Sträucher oder in Felshöhlen dahingelegen — neben sich mit aufgequollenen Hungerbäuchen.

Wenn immer nämlich die äthiopischen Truppen aus den großen Städten ausfallen und auf Vorratslager der Bauern stoßen, zünden sie diese Lager an. Viel häufiger noch werden die Felder dieser Bauern von den Jagdflugzeugen aus in Brand geschossen. Immer wieder sieht man in Eritrea dichte Rauchwolken über der verbrannten Erde hängen.

Die Bauern können meist nur nachts auf ihren Feldern arbeiten, was den Ernteertrag auf ein Minimum reduziert hat. Tagsüber müssen sie nämlich damit rechnen, von der äthiopischen Luftwaffe während der Feldarbeit mit Bordkanonen und Bomben gejagt zu werden.

Doch nicht nur auf diese Weise versucht Äthiopien die um Unabhängigkeit kämpfenden Eritreer auszuhungern. Während der Fahrten und Marsche durchs Land stößt man auch häufig auf Tierkadaver. Äthiopische Jagdbomber beschließen nicht nur die als Transportmittel wichtigen Kamels. Sie feuern auch blindlings in die Rinder- und Ziegenherden, die bislang den Fleischreichtum des Landes ausmachten“ (18).

Gerade der äthiopische Staat bittet nun die Weltöffentlichkeit darum, ihm...

Gerade der äthiopische Staat bittet nun die Weltöffentlichkeit darum, ihm Hilfgelder und Spenden für die Hungersnot zukommen zu lassen. Und das „im Namen“ der Menschen in Eritrea und Tigray, gegen die er seit Jahren Krieg führt.

Fortsetzung nächste Seite





aus: Extrem/Dünkelkatastrophe, vgl. Ann. 1)

Durch Chile mit Frau Schulze...

Die Dame Felicitas Schulze, (noch) wohnhaft in Valparaiso, ist die bemerkenswerte Autorin eines Reiseführers „Chile mit Robinson-Crusoe-Insel 'Juan Fernandez' und Osterinsel“, erschienen im Verlag „Volk und Heimat“ (802) Buchenhain vor München. Übrigens bereits in der 3. Auflage (1. Auflage: 1977).

Es sei auch keine Seltenheit, entzückt sich Felician weiter, daß die Besatzung von Polizeiwachen als Geburtshelfer einspringen, wenn verdammte Mütter nicht mehr rechtzeitig ins Krankenhaus gelangen".

Fremde und Einheimische können sich stets „vertrauensvoll um Auskunft an die Carabineros wenden, sie werden

Nobelpreisträger aus Chile zu berichten: „*Gabriela Mistral und Bahia Nera*“ (oder hieß er Flore Neruda?).
Jammerschade, daß dieses Paradies nun auch am Zerfallen ist. Mensch kann aber davon ausgehen, daß bei der ganzen fürsorglichen Sozialarbeit die Carabineros nicht „ihre eigentlichen Aufgaben“ verrichten. Heime können

Kurz und knapp ist dort ein geschichtlicher Abriss zur Einführung zu finden. Ebenso kurz straff Frau Schulze unter der Rubrik „Die geschichtliche Entwicklung seit der Unabhängigkeit das „Experiment des 'chilenischen Weges zum Sozialismus' der Marxisten Salvador Allende 1970 - 1973“ Dieses Experiment bedeutete „ein bis zu dem Zeitpunkt in Chile noch nicht gekanntes, extrem radikales Regierungssystem, das der chilenischen Mentalität und der historischen Überlieferung des chilenischen Bürgertums“ (für die war es eigentlich nicht in erster Linie gedacht gewesen) „nicht nurwiderstand, sondern die Verwirklichung dieser Ungeheuerlichkeiten verbrückte. Nach drei Jahren dieser Demokratie stand der Bürgerkrieg vor der Tür“. Allerdings fanden sich auch Retter: „Angesichts dieser unhaltbaren, für die Mehrheit der Bevölkerung untragbar gewordenen Situation griffen die Streitkräfte ein, um das Land vor größeren Übeln zu bewahren“.

A dark, heavily textured and damaged photograph, possibly of a person, with significant wear and tear. The image is very dark and grainy, with a mottled appearance. There are numerous white specks and streaks, suggesting physical damage to the original print or severe degradation of the scan. The overall shape is rectangular, with a slightly irregular border.

„Stromende“ Jugendliche in Santiago: „Pinochet, ab in die Hölle“

Die darauf folgenden Zeilen zur „deutschen Einwanderung“ sind von einer Kürze, die zum Träumen einlädt; sie enden so um die 50er Jahre des 19. Jahrhunderts. Gleich darauf kann der interessierte Lateinamerika-Tourist erfahren, wo er nun überall deutsche Institutionen, deutsche Schulen und deutsche Burschenschaften antreffen kann, wobei das Wort „Deutsch“ auch stets im Fettdruck zu lesen ist. Die berühmte „Colonia Dignidad“ ist allerdings nicht erwähnt. Bisshen eigenständige Entdeckungslust soll der Reisende schließlich schon mitbringen.

Solche Tugenden kommen natürlich nicht von ungefähr. Dem von Pinochet wieder eingeführten sogenannten Staatsrat gehören eben solche wunderbaren Kreaturen an: „ehrwürdige, ehemalige Politiker, deren durch langjährige Erfahrung erprobter Rat wertvolle Beiträge zur Gesetzesreform leistet“.

Und wenn's nicht klappt: dann wohin, Felicitas?

In Bolivien gab es auch mal schöne deutsche Kneipen. Die sind vorübergehend geschlossen. Die Wirte sitzen hier und dort. Ja, wohin? In Südafrika gibt es immer noch Neger.

Einge Seiten weiter, nach der Abteilung „Klima, Flora, Fauna“, wird dem Touristen ein sorgenfreier Aufenthalt versprochen: „In Chile gibt es schon lange keine Neger mehr“.

Dieser Staat der Weisheit und Güte verfolgt die „Ziele des christlichen Humanismus, die Einheit der Nation, den Rechtsstaat und eine realistische Demokratie“.

Auch politisch ist alles paletti. Da-

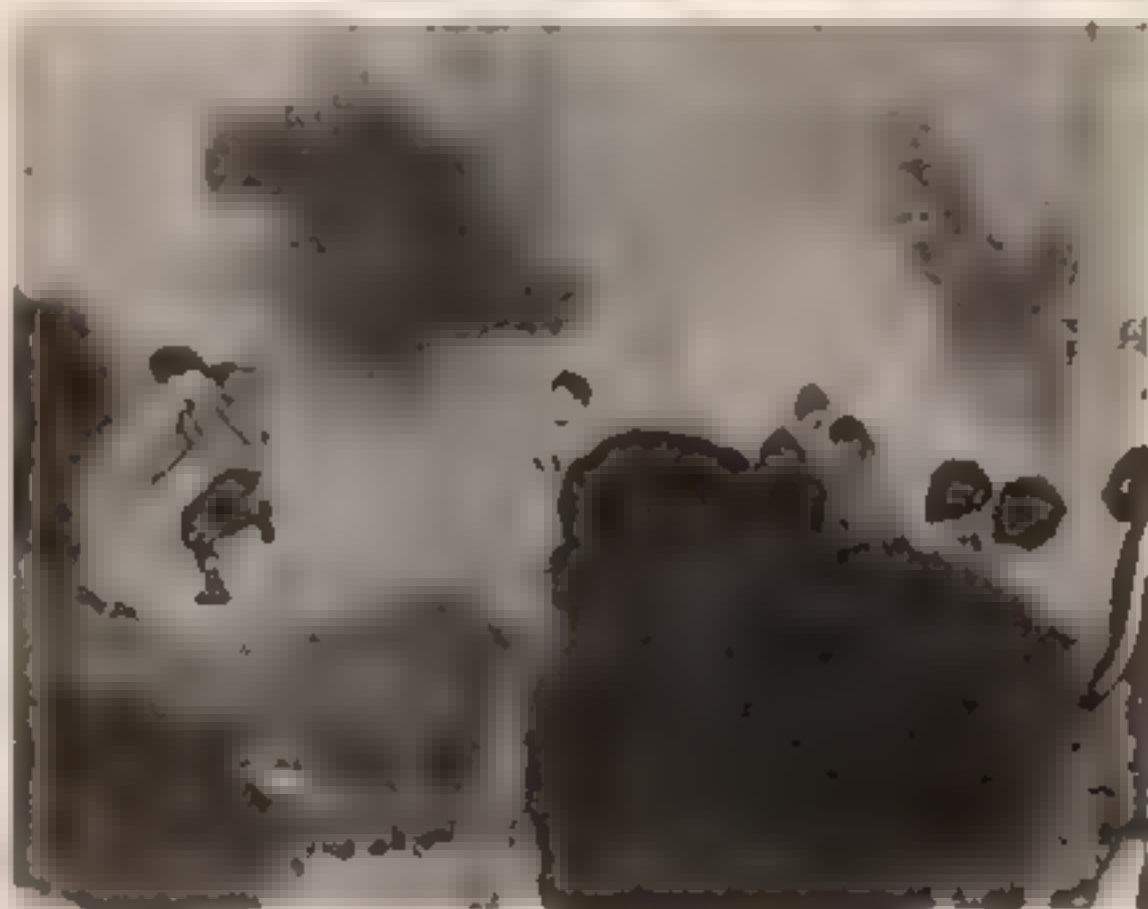
Bestand eine "nützliche Lokomotive".

Auch politisch ist alles perfekt. Da bildet der „Carabineros-Korps“ eine touristische Attraktion besonderer

Besonders streng nimmt es der Staat mit der „Wahrung der Menschenrechte“: „Das Recht der freien persönlichen Entfaltung, die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die Zurückweisung des Klassenkampfes und aller sozialen Antagonismen, die Gleichberechtigung der Männer und Frauen vor dem Gesetz, die Freiheit der Auswahl des Arbeitsplatzes, das Eigentumsrecht und die nationale Souveränität“.

Am liebsten möchte man sich etwas
Souvenir nach Hause mitnehmen.

Kulturell hat Frau Schulze auch Eiges zu bieten. So weiß sie von zwei



Teilnehmer der Beerdigung des von der Polizei erschossenen Buschmachers Miguel Zalava versuchen, sich der Sozialarbeit der Carabineros durch Flucht zu entziehen.

Fortf. von vorheriger Seite

Zwar beställigen internationale Gremien wie das Internationale Rote Kreuz oder der britische Botschafter in Äthiopien, daß die Hilfsgüter in Äthiopien ordnungsgemäß verteilt werden. Aber das kann auch heißen, daß die Güter auf Märkten verkauft werden und so nicht direkt bedürftige Menschen erreichen (19).

Und die Sache hat noch einen weiteren Haken: Die Hungernden leben zur Hälfte in den Gebieten von Tigray und Eritrea, die von Äthiopien aus praktisch nicht zu erreichen sind — ausgenommen die großen Städte. Es ist zu befürchten, daß diese Hilfe den Äthiopiern neue Munition für ihren Hungerkrieg verschafft. Sie erlaubt weitere Auffanglager zu errichten. Langfristig verschärft das noch den Mangel.

Zudem hat die EPLF in Lagern der äthiopischen Armee oft Nahrungsmittel gefunden, die aus Hilfszahlungen an den äthiopischen Staat stammten (20).

tel gefunden, die aus Hilfssendungen an den äthiopischen Staat stammten (20).

Wirkliche Hilfe tut not!

Fast alle Hilfssendungen, die offiziell für die Hungernden bestimmt sind, gehen nach Äthiopien. Deshalb ist direkte Hilfe an die Dürreopfer in Tigray und Eritrea dringend notwendig. In beiden Gebieten arbeiten autonome Hilfsorganisationen der dortigen Bevölkerung: Die Eritrean Relief Association und die äthiopische Hilfsorganisation REST.

Die ERA arbeitet mit eigenem Personal. Sie unterhält Flüchtlingslager im Sudan für Menschen, die aus Eritrea vertrieben wurden. Die ERA unterhält und errichtet Schulen, Krankenhäuser und Wohnhäuser für die Opfer des Krieges. Sie versorgt Menschen in den Gebieten, die von der EPLF befreit sind. Sie widmet sich gerade den Menschen, die am schwersten unter der jetzigen Hungersnot zu leiden haben.

Hilfe an die ERA oder die REST ist ein Akt der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, deren Kampf nicht allein ein Kampf gegen Soldaten, sondern seit Jahren auch ein Kampf gegen den Hunnenerd ist. |

Tigra Hiforrestation s.V. (REST)

Book für Fernstudierende Stuttgart
Kasse für 109 653 5000
BLZ 600 101 11

Erleben-Hilfswerk in Deutschland e.V.

Frederickson Book, Inc., 497-20
ed. Deutsche Bank, New York 17-11

Anmerkungen

- 1) **Eritrea/Äthiopienkatastrophe/Tin** Bericht der Eritrea Relief Association 1983; S. 3
- 2) Der Aufruf von K. Böhm, R. Neudack, F. Duvig, M. Böll, M. L. Beck, Onerdorf, P. Kelly, L. Beckmann, W. Ludwig, Ch. Sodemann und Gültigkeitsverband Bonn zur Hungerhilfe an Äthiopien nennt folgende Zahlen: *Insgesamt sind in Tigray*

schätzungsweise eine Million Menschen, in Wollo 850.000, in Entree über 700.000 und in Gondar fast 500.000 Menschen von dieser jüngsten Hungersnot betroffen" D.h., über die Hälfte der Hungernden befanden sich in Tarry und Entree.

- 3) Er: Ira/Dürrekalastrophe ... S. 41
„Seit 1970 war das Land siebenmal
von Dürreperioden betroffen“
- 4) Er: Ira/Dürrekalastrophe ... S. 7 ff
- 5) abends, S. 8
- 6) „Verhörungen links Afrikaner anders?“ von Peter Lauden im „Vorwärts“, 7 April 83
- 7) Er: Ira/Dürrekalastrophe ... S. 16f
- 8) „Er: Ira/Bestandsaufnahme nach der äthiopischen Offensive/Ein Gespräch mit der EPLF“ in „blätter des 23w“, Nr. 105, Nov. 1982 S. 50
- 9) „In einem erlöschenden Flüchtlingslager im Sudan“ in „Neue Zürcher Zeitung“, 21.7.79
- 10) Er: Ira/Dürrekalastrophe ... S. 76f
- 11) Die Guerrilleros vom „Roten Meer“ von Jean-Louis Penhou, „liberation“, 22. - 28.9.75 zitiert nach „Er: Ira - Die härtnackigste Revolution“ hrsg. v. Gunter Schröder, Gassen 1980

trag. v. Gönner Schröder, Gießen

- 12) Eritrea, "Die hartnäckige ...", S. 10 (Vorwort)
- 13) blätter des Iz3w, Nr. 106, Nov 82, S. 56 Bei einer Auswertung verschiedener Pressequellen verweisen die „blätter“ u.a. auf einen Arzt der Organisation „Medecine du Monde“, der das Gas für Tränengas hält
- 14) Vergleichs Berichte im Arbeiterkampf z.B. AK 118 u. 119 (1977); „Die internationalen Aspekte des eritreischen Befreiungskampfes“; AK 130 (1978); „So sahen wir das!“ (Ein Interview mit der EPLF); AK 137 (1978) Die revolutionären Kinder
- 14a) FR 28 4 82
- 14b) epd. 1/83
- 14c) epd. 1/83, S. 23
- 14d) epd. 1/83, S. 24
- 14e) Iz3w Nr. 105, Nov. 82, S. 54
- 15) Eritrea Bestandsaufnahme S. 49
- 16) Eritrea, Die hartnäckige S. 8f. außerdem z.B. „The Daily Telegraph“, March 28. 1983 unter der Überschrift „Aid for Ethiopia not halted by war, cash claim“; „Ein Sprecher des Save the Children Fund in London sagte, die einzige Gegend, die vielleicht keine Hilfe bekomme, sei Tigrä, das zum Hauptkampfgebiet für den Krieg mit Eritrea geworden sei.“

- 17 wie 6)
18) Vier Millionen wollten ihre Unabhängigkeit" von Harald Imberger, Frankfurter Rundschau, Silverster 1978, Beilage, "Zeit und Bild"
19) The Times, 28. März, 1983: Unter der Überschrift "Aid to Ethiopia still getting through, relief agencies say" (Hilfsorganisationen berichten, die Hilfe komme noch nach Äthiopien durch) heißt es: "Ein Sprecher der EG in Brüssel sagte gestern, daß die 80.000 Tonnen Weizen, die von der EG nach Äthiopien geschickt worden waren als der Beitrag dieses Jahres, auf dem offenen Markt in Addis Abeba verkauft wurden mit der Zustimmung der EG. Das eingenommene Geld wurde benutzt um am Ort angebaute Mais (locally grown maize) zu kaufen um die Hungerigen zu ernähren"
20) Peter Niggl, "Notizen aus Eritrea" 1974/80

Editorial Committee &
All-Subjects Anchor

[illegible]

Fortsetzung nächste Seite

pignon an der schiffbrüchigen Küste
unten die Pyrenäen gebracht.

Im Lager, das 1942/43 von entlassenen Spanienkämpfern zwischen dem Meer und einem Sumpfgebiet errichtet worden war, befanden sich ca. 2000 „feindliche Ausländer“. Es gab weder Lichtungsgegenstände — nur was aus Kisten selbst gefertigt worden war — noch einen festen Boden, man schlief in Sand. Einige der Baracken waren bereits zusammengebrochen und nicht mehr benutzbar. Das Lager war mit doppeltem Stacheldrahtzaun und elektrisch geladenen Draht gesichert.

Unter den Gefangenen in den einzelnen Lagern gab es trotz der sozialen Unterschiede und politischen Spannungen Kontakte. So trafen sich einige, um „Vorlesungen“ abzuhalten und damit die Zeit des Wartens erträglicher zu machen. „Das Gemälde hat mich beeindruckt, es entspricht genau den Tatsachen bis auf die Mandoline ... Die Köpfe entsprechen dem damaligen Aussehen ... In diesem Fall dürfte es sich um eine Vorlesung über Geschichte gehandelt haben.“

„Anfangs behielt man die Schuhe an“ (jeder hatte nur das Paar, das er bei seiner Verhaftung trug), „um die Berührung mit dem heißen Sand zu vermeiden. So fielen diese in wenigen Wochen auseinander.“

In der glühenden Hitze waren „die Leute von einer Apathie befallen und regten sich nur bei der Essensverteilung. Das Essen bestand aus rohem Gemüse, dünner Suppe und verschimmeltem Brot. Das führte nach 14 Tagen Haft bei vielen Häftlingen zu Dysenterie und Typhus“, gegen die keinerlei Medikamente vorhanden waren.

„Die Wachmannschaften waren sehr streng und es kam häufig öfters zu Schlägereien ... natürlich auch Tote.“

Unter dem Schock des Lagers unterschrieb Felix Nussbaum am 3. August 1940 ein Papier der französischen Lagerleitung, in dem er um Rückführung ins Reich nachsuchte. Im Waffenstillstandsvertrag mit Frankreich war festgelegt worden, daß die Vichy-Regierung im unbesetzten Frankreich alle in Kriegs- und Zivilgefangenschaft festgehaltenen Deutschen auszuliefern hatte. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hielt sich eine deutsche Kommission am 12. und 13. August 1940 auch in Saint-Cyprien auf. „Jeder Einzelne von uns wurde verhört. Die Beamten, die ja zum Teil zehn Tage vorher noch als Gefangene unter uns gewesen waren, erkannten fast alle Personen wieder. So gab es dann für viele politische Flüchtlinge Abtransporte sofort in deutsche Konzentrationslager.“

Mit dem zweiten Transport der Rückkehrwilligen wurde Felix Nussbaum in die Kaserne von Bordeaux transportiert. Da aber nur „Arier“ nach Deutschland zurückkehren durften, wurden Juden wieder ins Lager zurückgebracht. Nussbaum gelang es mit Hilfe eines bestochenen Milchmanns aus der Kaserne zu fliehen. Er gelangte von Bordeaux mit einem Rot-Kreuz-Zug nach Paris und von dort weiter bis zum Gare du Midi in Brüssel.

Hier reglementierte das Militärrecht das Leben im besetzten Belgien. Am 28. 10. 1940 erließ der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich die erste „Verordnung über Maßnahmen gegen Juden“, die unter anderem deren Registrierung vorschrieb. Am 24. 12. 1940 unterschrieb Felix Nussbaum das Formular des Judenregisters.

Sofort nach seiner Rückkehr zeichnete und malte Nussbaum mehrere Bilder, die seine Lagererfahrungen wiedergeben. Er muß diese Bilder schon während des Lageraufenthalts vor Augen gehabt haben. „Er glaubte an eine Gerechtigkeit und daß alles, was wir erlebten, ein großer Irrtum sei, trotz seiner Visionen, von denen er sprach, wenn er seine fürchterlichen Depressionen — Angstzustände hatte, ich war deshalb sehr beeindruckt, diese Bilder zu sehen, die er erst später gemalt, aber von denen er mir damals erzählt hat, was man mit uns anstellen und daß man uns umbringen würde.“

Die Wachen waren oft betrunken, „denn auch als hatten eine gewisse Angst“. So ging es bis zum 26. Juni, als nach dem Abschluß des Waffenstillstands zwischen Frankreich und Deutschland die Waffenruhe eintrat.

„Selbstbildnis mit Judenpaß“ — Identifikation mit dem Judentum

Im Juni 1942 berichtet der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich in seinem „Tätigkeitsbericht Nr. 20“ der Militärverwaltung für die Zeit vom 15. März — 1. Juni 1942, daß

„die Judengesetzgebung in Belgien nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden (kann). Die Juden haben nur noch äußerst beschränkte Lebensmöglichkeiten. Der nächste Schritt wäre nunmehr ihre Evakuierung aus Belgien ...“

Am 28. Mai 1942 ist die „Verordnung zur Kennzeichnung der Juden“ erlassen worden. Aufrufe zum Arbeitsersatz im Reich über die Judenverbringung laufen an. Nicht zuletzt ist Felix Nussbaum durch einen Bekannten, den seine Freunde für einen Spitzel der Gestapo halten, von Verrat bedroht.

Mutlosigkeit und Lähmung muß Felix Nussbaum überkommen haben, als er sich im „Selbstbildnis mit Juden-

kenntnis nimmt, daß ihn seine Heimat stadt ausgestoßen hat.

Das Bild ist unerbittlich in seiner fotografischen Schärfe, schonungslos in seinen giftigen Farben (wie das Gelb des Judensterns auf Mantel und Gesicht übergreift) und erstorben im schimmrigen Grau-Grün-Braun der Mauer. Felix Nussbaum realisiert unabweichlich, daß er Jude im rassistischen und rechtlichen Sinn der Nazis ist und daß er deren tödlicher Vernichtungsmaschinerie nicht entkommen kann.

Ringsum nur hohe Mauer und darüber ein schmaler Streifen Zuversicht: Vogel in den Wolken, ein Blütenzweig. Licht noch in einem Fenster. Das Gebäude im Hintergrund, auf dessen Fen-

bel den strikten Beschränkungen der Devisenausfuhr rechtzeitig Geld ins Ausland transferiert zu haben und ohne die Ausreisepapiere verlängern zu können. Dennoch: die Flüchtenden waren froh, wenigstens jenseits des Machtbereichs der Nationalsozialisten in Sicherheit zu sein.

An eine Emigration mit ordnungsgemäßen Papieren, mit Ausreisegenehmigung und Einreisegenehmigung war bereits seit 1934 kaum mehr zu denken, nachdem sich das westliche Ausland mit wenigen Ausnahmen (Verwandte oder Beziehungen zu einflussreichen Personen der Aufnahmeländer) der Einwanderung von Juden versperrt. So blieb nur die illegale Einwanderung,

amtlichen Vermerk: „Le porteur du présent certificat s'engage, sous peine de renvoi immédiat du royaume, à n'occuper en Belgique aucun emploi“ (Der Träger des vorliegenden Ausweises verpflichtet sich, bei Strafe der sofortigen Ausweisung aus dem Königreich, in Belgien keine Arbeit aufzunehmen).

Mit diesem lapidaren Satz ist das Dilemma des Emigrantendaseins umschrieben. Abhängig von dem guten Willen des jeweils zuständigen Kommunalbeamten wurde die Aufenthaltserlaubnis nur dem erteilt, der nachweisen konnte, daß er der Öffentlichkeit nicht zur Last fallen würde: durch Vermögen, Unterstützung oder mindestens



Felix Nussbaum, Gefangene in Saint-Cyprien
(18. Juni 1942, Öl auf Leinwand, 88x138 cm)

Felix Nussbaum, Gefangene in Saint-Cyprien
(18. Juni 1942, Öl auf Leinwand, 88x138 cm)

paß“ dieser Wirklichkeit plötzlich im eigenen Bild gegenübersteht. Der Künstler, seine kausmale präsentierend: Judenpaß und gelben Stern. Den Hut tief in die Stirn gezogen steht er emotionslos starr der Realität seiner Vorstellungen gegenüber. Kräftlos biegt er das Revers seines Mantels um, unter dem der Stern sichtbar wird, den er solange vor sich selbst zu verbergen suchte. Der Mantelkragen, zum Schutz, um unerkannt zu bleiben, hochgeschlagen, bietet ihm keinen Schutz vor der eigenen Erkenntnis. Mit der Linken weist er kraftlos seinen mit „JUIF-FOOD“ gestempelten Fremdenpaß vor. Ausweiskontrolle vor sich selbst. Ein harter Blick voller Fragen, Anklage, Ungewißheit.

Schutz suchend und doch zugleich nutzlos, ohne Rückzugsmöglichkeit, in die Ecke einer isolierten Mauer gedrängt, ist kein Entkommen mehr möglich: er spielt im Selbstbildnis die Entdeckung seiner wahren Identität bei einer nächtlichen Kontrolle durch. Nicht Dokument ist diese Szene, sondern eine Vorstellung, die ihn dauernd verfolgt. Das Bild hat er nicht für einen Betrachter gemalt, nur für sich selbst. Alle Zeugen bestätigen, daß Felix Nussbaum den Judenstern in der Öffentlichkeit nicht getragen hat. Und auch einen Judenpaß hat er nie besessen. Er hat sich zwar am 24. 12. 1940 in das durch § 3 der „Verordnung über Maßnahmen gegen Juden“ vom 22. 10. 1940 von allen belgischen Gemeindebehörden zu führenden Judenregister der Stadt Brüssel eintragen lassen. Sein rückseitig auf den 26. 6. 1942 datiertes Paßbild könnte darauf hindeuten, daß er zeitweilig sogar daran dachte, auch zu dieser Zeit noch seiner amtlichen Meldepflicht nachzukommen und sich den vorgeschriebenen Paß ausstellen zu lassen. Sein deutscher Paß ebenso wie sein Fremdenpaß waren längst abgelaufen. Die Nr. 2985 des Ausweises ist die seines am 16. 11. 1939 (letztmalig) verlängerten Fremdenpasses, den er auch bei seiner Internierung bei sich hatte.

Selbstbildnis und Bild der Zeit. Die Nationalität „allemande“ ist in „jais“ (ohne) abgeändert. Dies entspricht der offiziellen Regelung, daß ein deutscher Jude ohne gültigen Paß staatenlos war. Die Eintragung des Geburtsortes ist bis zur Unkenntlichkeit übermalt, der rote, amtliche Judenstempel „JUIF-FOOD“ ist an seine Stelle getreten. In dieser schmerzhaften Einsicht akzeptiert Felix Nussbaum, — anders als sein Vater, der diese Leistung bis zuletzt nicht vollbringen kann — daß ihm seine Heimat aus Mensch nicht mehr schützt und als Künstler nicht mehr zur

ster noch Licht fällt, ist das Haus in der Rue Archimède 22. Dort, im zweiten Stock, haben Nussbaums seit 1937 gewohnt. Der Baum im Hof des Hauses, dessen Äste im Bild „Gefängnis“ ein Mann klappt, treibt wieder einen dünnen Zweig hinter den dunklen Wolken des Nachthimmels erscheint ein helles Tagblau. Felix Nussbaum gibt die Hoffnung zu überleben nicht auf. Und die Abänderung seines Passes beweist: Nussbaum solidarisiert sich mit den Opfern, den Opfern seines Volkes. Der Maler steht sich, weiß Jude, selbst als Opfer. Die Identifikation mit dem Judentum, dem von ihm so lange verleugneten Glauben seiner Väter, ist endgültig vollzogen.

In der gesamten Kunst des antifaschistischen Widerstands ist kein Werk bekannt, das diesen doch so naheliegenden Gedanken aufgreift, sich selbst mit dem Zeichen der Verfolgung zu befehlen. Das gibt diesem Bild seine entscheidende politische Stoßrichtung.

Im Bild „Die Verdammten“ findet man dieses Selbstbildnis als Eigenzitat wieder, auch hier ausgewogen in eine Ecke gedrängt, eine unter zwölf Figuren (die zwölf Stämme Israels?), auf dem Todeskarren den Abtransport zur Vernichtung erwartend er ist einer der Verdammten.

Am 5. Januar 1944 hat Felix Nussbaum dieses Bild vollendet. Am 31. Juli 1944 geht aus dem Sammlerregister Mechelen der letzte belgische Deportationszettel ab. Die Häftlinge Nummer 284 und 285 heißen Felix und Felka Nussbaum. Am 3. August erreicht der Transport Auschwitz.

sektion mit einem gültigen Touristenvisa, hauptsächlich von Organisationen oder berufsmäßigen Schleppern geführt.

Sicherheit vor der Ausweisung bestand für die Emigranten erst, wenn es gelang, den Aufenthalt im Gastland zu legalisieren. Doch eine Aufenthaltsgenehmigung war seit 1936 im westlichen Ausland kaum noch zu erhalten. Das einzige Land, das Flüchtlingen eine Aufenthaltsgenehmigung erteilte, wenn auch nur auf sechs Monate begrenzt, mit den üblichen schikanösen Behandlungen bei der Verlängerung, war Belgien. Die Flüchtlinge mußten die 15-km-Zone überschritten haben, sonst wurden sie sofort wieder zur Grenze zurückgebracht und ohne Verfahren den deutschen Behörden übergeben.

Neben der Sorge um das tägliche Brot war vor allem die ständige Bemühung um gültige Papiere das zentrale Thema aller derer, die dem Faschismus hatten entkommen können.

Eines der wenigen erhaltenen Dokumente, die den Lebensweg Felix Nussbaums belegen, ist sein von den belgischen Behörden am 8. November 1937 ausgestellter Fremdenpaß, genauer sein „Ausweis der Einschreibung in das Fremdenregister“ (certificat d'inscription au registre des étrangers).

Aus ihm spricht die ganze Mühsal des Emigrantendaseins. Am Rand trägt er in roter Tinte den handschriftlichen

durch Eröffnung eines Kontos bei einer Bank. Eine Arbeitserlaubnis wurde auf keinen Fall erteilt (denn auch Belgien besaß zu dieser Zeit eine hohe Arbeitslosenrate und behielt freie Stellen seinen Staatsangehörigen vor).

Felix Nussbaum und Felka Platok, die 1935 aus Italien kommend über Paris nach Belgien einreisten, waren — wie nur wenige Emigranten — in der glücklichen Lage, beweisen zu können, daß sie ohne Arbeit leben konnten.

Ihre Akte der belgischen Fremdenpolizei (Dossier 146129) ist erhalten. Aus den minutösen Eintragungen läßt sich das Leben Felix Nussbaums und Felka Platok im Exil bis zum Kriegsbeginn lückenlos rekonstruieren.

Am 2. Februar treffen sie mit bis zum September gültigen Visa in Ostende ein. Auf Grund von Referenzen zweier bekannter Persönlichkeiten, des künstlerischen Direktors des Kurmals von Ostende, Dr. Désiré Steyns, und des berühmten Malers James Ensor, verlängern die Behörden am 26. September ohne weiteres die Visa. Am 1. Oktober 1935 ziehen Nussbaums nach Molenbeek Saint Jean (Brüssel) in die rue Jannart 24. Die Gemeindebehörde stellt ihnen am 16. November einen Fremdenpaß aus. Hier leben sie das nächste halbe Jahr, unternehmen einen kurzen Abstecher nach Nivez bei Spa in den Ardennen und ziehen Ende Mai 1936 wieder nach Ostende in eine Pension in der Christina Rump 11. Nach einem weiteren halben Jahr kehren sie nach Brüssel zurück, in die rue Marie de Bourgogne 36 (zwischen dem Molenbeek und der rue de la Woluwe). Dann folgt ein weiteres halbes Jahr in Ostende, bevor sie sich am 9. 9. 1937 endgültig in Brüssel, zuerst in der rue Lippe 27, nach ihrer Heirat am 6. Oktober in der rue Archimède 22 niederlassen.

Beide verfügen nach einer Eintragung in ihrer Akte über 40.000 Francs an Ersparnissen und nach einem anderen Eintrag über eine monatliche Unterstützung von 600 Francs von einem Onkel namens van Dyk in London. So konnten sie leicht die geforderte „Zusage, keine Lohnarbeit anzunehmen“, geben.

„Wir haben nicht gehungert, aber waren dauernd in Geldverlegenheit“, berichtet Irmgard Keun, die wie Joseph Roth, Hermann Kesten, Stefan Zweig und viele andere ebenfalls in Ostende in den „hundert billigen Hotels“ lebte. Nussbaums ging es erheblich besser. Warum haben sie dann halbjährlich Wohnungen und Wohnort gewechselt?

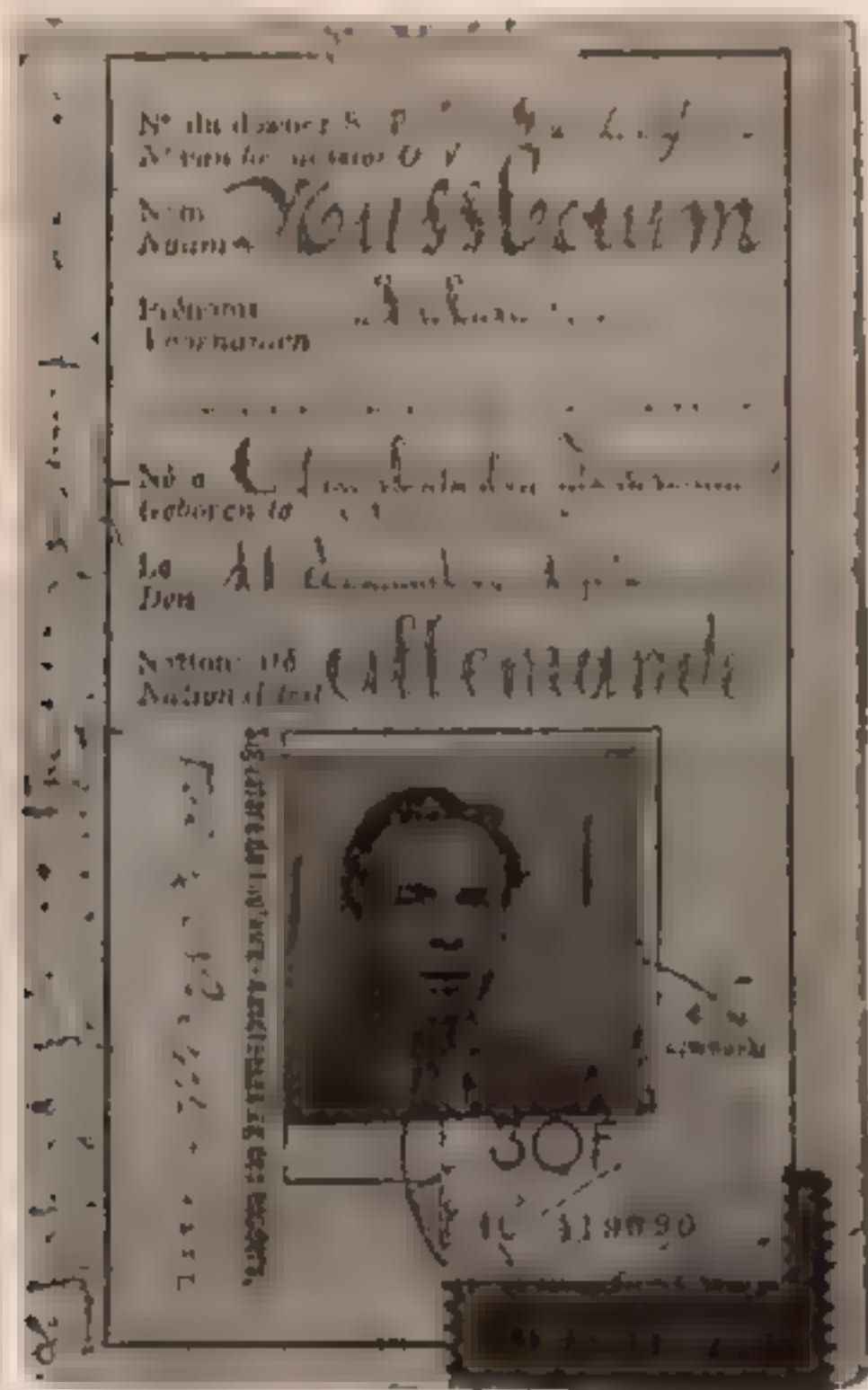
Die Dauerausstellung „Felix Nussbaum und die Zeit 1904 — 1944“

Ist im Kulturgeschichtlichen Museum Osnabrück, Heger Tor Wall 28, zu besichtigen. Das Museum ist von Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr, am Samstag von 10 bis 13 Uhr und am Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

Überleben

Son ihrer überhasteten Abreise aus Rom im Sommer 1933 haben Felix und Felka Nussbaum unter den beschwerlichen Bedingungen des Exils ihr Leben fristen müssen.

Viele traf die Flucht völlig unvorbereitet: ohne Mittel zum Aufbau einer neuen Existenz zu besitzen oder ohne



Belgischer Fremdenpaß Nr. 412 für Felix Nussbaum, ausgestellt am 16. November 1935

Belgischer Fremdenpaß Nr. 412 für Felix Nussbaum, ausgestellt am 16. November 1935

Fortz. von vorheriger Seite

Aufenthaltsbewilligungen wurden von den kleineren Gastländern wie Belgien nicht nur wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten so zurückhaltend ausgestellt — sie waren vielmehr bemüht, alles zu vermeiden, was der mächtige faschistische Nachbar als Verletzung der Neutralität auslegen konnte.

Emigranten erhielten normalerweise eine sogenannte „carte blanche“ (weißer Ausweis). Sie bedeutete die Einschreibung in das Fremdenregister und war 6 Monate gültig. Sie war leichter zu erneuern, wenn man sie an einem neuen Wohnort neu beantragte, statt sie an der alten Adresse zu verlängern. Nur äußerst selten erhielt ein Flüchtling eine sogenannte „carte jaune“ (gelber Ausweis). Sie bedeutete die Einschreibung in das belgische Bevölkerungsregister, beinhaltete eine zweijährige Aufenthaltsbewilligung und stellte den Emigranten dem belgischen Staatsbürger nahezu gleich. Der Besitzer eines solchen Papiers durfte nicht ausgewiesen werden.

Am 11. Juni 1937 wurde der Antrag Felix auf Ausstellung einer „carte jaune“ von den Behörden abgelehnt. In der Hoffnung dadurch den Ausweis zu bekommen, heirateten sie und nahmen eine feste Wohnung in Brüssel. Ihr Antrag vom 8. November 1937 wurde abgelehnt, sie erhielten wieder nur eine „carte blanche“. Die Unsicherheit, ausgewiesen zu werden, blieb weiterhin bestehen.

Untergrund

Spätestens seit 1940, seit der Besetzung Belgiens durch die Deutschen, sei seiner Flucht aus dem Lager, geht es für Felix Nussbaum nicht mehr nur um Mithal und Erschwernisse des Exilalltags, sondern um die Überleben. Anfangs ist er mit seinem Wohnsitz in der Rue Archimède 22, in die er zurückkehrt, den Behörden noch bekannt, ist ins Judenregister eingetragen und kommt noch bis Mitte 1942 der amtlichen Meldepflicht nach — bis auch in Belgien der „Judenstern“ eingeführt wird und die ersten Aufrufe zum „Arbeitseinsatz im Osten“ erfolgen.

Seit Ende Juli 1942 stellt der „Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich — Militärverwaltungsbehörden“ „Arbeitseinsatzbefehle“ zu, auch im Sammellager der Avenue Douvin in Mechelen einzufinden. Der erste Transport mit 1.080 Juden verläßt Mechelen am 4. August 1942 in Richtung Auschwitz. In Flugblättern des belgischen

Widerstands und über den englischen Sender waren die Juden, die den Arbeitsensatzbefehlen freiwillig nachgekommen waren, eindringlich gewarnt und über den wahren Zweck des Einsatzes aufgeklärt worden. Sie gingen wieder in den Untergrund. Verschärft Razzien waren die Folge. Am 19. Januar 1943 geht der 19. Transport nach Auschwitz ab, wieder mit 1.000 Personen.

Auch Nussbaums gehen in den Untergrund. Der befreundete Bildhauer Dolf Ledel nimmt sie für ein halbes Jahr in seiner Wohnung auf. Die Witwe des Bildhauers berichtet: „Seit 1941 waren wir mit Felix Nussbaum in großer Freundschaft verbunden und besuchten uns wechselseitig. Einen Abend trafen wir bei Felix einen gewissen Kern an. Er behauptete, Jude und ein großer Förderer der Emigranten zu sein. Mein Mann fand Kern äußerst unympathisch, mißtraute ihm und war Felix gegenüber äußerst besorgt. Felix jedoch entzog Kern nicht sein Vertrauen. Im Januar 1942 aber kam Felix stumm und voller Entsetzen in unserer Wohnung an, sie seien verloren, die Gestapo suche sie. Daraufhin haben wir sie ca. 6 Monate in uns versteckt. Nur wußte Kern ja genau über uns alle Bescheid. Im Juni 1942 sind wir darum in den Maquis gegangen. Felix und Felka aber sind in ihre Wohnung zurückgekehrt.“ Da auch diese Wohnung der Gestapo bekannt ist, quartieren sie der Vermieter des Hauses, Mitglied des belgischen Widerstands, in der direkt über der Wohnung gelegenen, bisher nie benutzten Mansarde ein. Dort vermutet sie die Gestapo nicht.

Hier, mehr eingesperrt als verborgen, mit einer aus Sicherheitsgründen immer geschlossenen und verhängten Dachluke als einzigem Kontakt zur Außenwelt, verbringen Nussbaums die letzten zwei Jahre. Selten nur lassen sie sich — als letzte Überlebende einer längst „judenreinen“ Straße — außerhalb ihrer vier Wände sehen, zum Einkauf in einem gegenüberliegenden Laden, deren Besitzer sie decken. Freunde versorgen sie mit Geld und Nahrung, der Vermieter mit gefälschten Lebensmittelkarten — und mit Informationen.

In den „Meldungen aus Belgien und Nordfrankreich des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD“ Nr. 12/44 heißt es: „In fast allen Wohnungen der illegal lebenden Juden und Wandkarten vorgefunden worden, auf denen der Frontverlauf eingezeichnet war und zwar stets der, wie er von der Feindseite aus angegeben wird.“ Nussbaums Vermieter bestätigt: „Ich habe Felix stets über alle Neuigkeiten, die ich aus dem englischen Sender wußte, informiert. Über den Stand der alliierten Truppen wußte er genau Bescheid.“

Fines seiner letzten Bilder zeigt Felix Nussbaum in einer Dreiergruppe in kahlem Zimmer vor rissiger Wand mit Jarmuke, der runden Kopfbedeckung der Juden, und Gebetsmanier bekleidet, den Kopf kahlrasiert. Auf dem Tisch vor ihnen liegt eine Zeitung und ein nicht angenähter Judenstern. Felix hebt, wie um die drohende Gefahr zu bannen, die rechte Hand. Groß und drohend fällt ein Schatten auf die Wand und verdunkelt dort eine auf die Wand geheftete Karte. Leben zwischen Hoffnung und Angst, zwischen dem auf der Karte eingezeichneten Vormarsch der Alliierten und der kurzgebrochenen Haarrucht des KZ-Häftlings.

Es ist nur schwer vorstellbar, daß Nussbaum unter diesen Umständen so lange unentdeckt blieb — noch schwerer vorzustellen, daß er in dieser Situation noch die Kraft zu künstlerischer Arbeit fand.

Physisch erschöpft („die Angst war seinem Gesicht abzulesen“, berichten die Nachbarn) und oftmals von Angst gelähmt, malt er, um in der mechanischen Tätigkeit des Malens sich zu beruhigen. Willy Billestradt, der Felix Nussbaum oft beim Malen zuschaute, berichtete: „An manchen Tagen konnte er nicht arbeiten, weil ihm die Hände vor Nervosität und Angst zitterten.“

Vor allem aber malt er, um anzuklagen, um — seine Bilder sind oft tagelang da — ein Tagebuch des Grauens zu hinterlassen, sich selbst in einem Akt der Selbstbehauptung gegen Tod und Gefahr zu sichern.

Die Kunst des antifaschistischen Widerstands ist fast ausnahmslos durch Zeichnungen repräsentiert. Dafür gibt es einen einleuchtenden Grund: Schon der Terpentengeruch der Ölmalerie konnte verrätnisch und damit lebensgefährlich sein. Daß Felix Nussbaum so viele Ölgemälde hinterlassen hat, das allein schon gibt seinem Werk eine einzigartige Bedeutung.

Neben der Mansarde in der Rue Archimède 22 besaßen Nussbaums bei der Familie Billestradt, die sie noch von Ostende her kennen, in der nahe gelegenen Rue General Gratry 23 eine Souterrainwohnung. Eine Ausweichwohnung zu besitzen konnte in dieser Zeit lebensrettend sein. Zwischen diesen beiden heimlichen Asylen sind sie nachts häufig hin und her gewechselt, ohne jemandem etwas davon zu sagen; die Bewohner des Hauses in der Rue Archimède 22 wußten nicht einmal etwas von der zweiten Wohnung. Kenntnis von Adressen bedeutet für den Milizwiderstand in Verhören Gefährdung.

In dieser Ausweichwohnung hatte sich Nussbaum ein Atelier eingerichtet, mit Staffelei und Brennofen. Freunde kauften für ihn billige Kaufhauskaramik, die Nussbaum bemalte, selbst brannte und die seine Freunde unter ihrem eigenen Namen, ja unter den Augen der Gestapo und teilweise sogar an Gestapoangehörige verkauften. So konnte er seinen Lebensunterhalt bestreiten. Seine eigentliche Arbeit aber leistete er in seinen Gemälden, wie unter Zwang — mit Pinseln, Farben und Leinwänden, die ebenfalls Freunde besorgten. Die Malerei hält ihn aufrecht, ist Mittelpunkt seines Daseins. Ihr Zuhilfenahme nimmt er die Gefahr, bei seinen allnächtlichen Wechseln zwischen Wohnung und Atelier einer der vielen Razzien in die Arme zu fallen, bewußt auf sich. Ihr Zuhilfenahme bittet er Freunde, seine Bilder durch das besetzte Brüssel zu einem Fotografen zu tragen, um sie

wenigstens im Foto zu erhalten (tatsächlich sind etliche Bilder nur als Fotokopie auf uns gekommen). Und noch kurz vor seiner Verhaftung gilt seine letzte Sorge seinen Bildern: „Ich bin ein Freund der Kunst. Wenn ich untergehe, laßt meine Bilder nicht sterben!“

...

Der letzte Wunsch des Künstlers ist erfüllt worden. Die Stadt Genabrick hat einen Großteil seiner Bilder angekauft — mithilfe großzügiger Spenden aus weiten Kreisen der Bevölkerung. Ob Felix Nussbaum dies gewollt hätte, bleibt fraglich. Nicht umsonst hat er sich ja im „Selbstbildnis mit Judropaß“ von seiner Geburtsstadt longangelt. Aber wenigstens dieses Eine ist damit abgesichert. Seine Bilder leben. Leben und legen Zeugnis ab von Haß und Terror, von der Zerstörung eines künstlerischen Schaffens, von der Ermordung einer Person und eines ganzen Volkes.

Es liegt an uns, sein Werk nicht ungeschehen zu machen: „Das Gedächtnis ist das Fundament aller Zivilisation. Wer immer uns auffordert, alles zu vergeben und vergessen, misset uns zu, wir sollten solche Barbaren werden, wie es jene Mörder sind, die sich selbst alles vergeben und alle ihre unmenslichen Untaten vergessen.“ Politisch will ich von Vergebung nichts hören! Es darf, was damals geschehen ist, nie wieder geschehen! (Jean Amery)

(1) Peter Junk/Wendelin Zimmer: Felix Nussbaum. Leben und Werk. Köln/Braunschweig: DuMont/Rasch 1982. 264 Seiten, DM 98,—

Entgegnung auf den Leserbrief in AK 237 „Computer können nicht denken“

Entgegnung auf den Leserbrief in AK 237 „Computer können nicht denken“

Computer-Kriegs'spiele' - Bedürfnisse nach Träumen, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten?

Lieber Leserbriefschreiber aus Köln!

Vorsitz: Du schreibst, mein Artikel in AK 232 („Spaß für alle ohne Ende!“) sei „in seinen Sachzusammenhängen, aber auch in seiner Methode recht typisch, wie Linke und solche, die sich dafür halten, sich mit der aktuellen imperialistischen Massenkultur auseinanderzusetzen“. Diese widersprechende Ankündigung ist eine von vielen Behauptungen, die durch wenig Substanz, aber umso mehr durch blöde Polemik glänzen und mit z.T. völlig unberechtigter Kritik untermauert werden. So, wie Du Deine Kritik fährst, kann ich dies nur als arrogante Bekehrungswort bzw. dumme Anspielung, nicht als solidarisches Beitrag verstehen. Es wäre der Bedeutung des Themas wesentlich zugenommen, wenn Du im Forschungsprojekt gewonnene Erfahrungen zum allgemeinen Nutzen und als Ansatz einzubringen, einige Deiner Gedanken konkret weiterzuführen, statt Dich als der Fachmann für „Binar-Logik“ aufzuspielen.

Nun zu einigen Aussagen in Deinem Artikel: Du schreibst, es gäbe einen „erkennbaren Trend“ zu mehr friedlichem Computer-Spielzeug, was allerdings unbestätigt bleibt. Es wäre ja nicht uninteressant, wenn es diesen gäbe, auch die Hintergründe usw. festzustellen. Es würde darüberhinaus nicht eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem „Vergnügen für die ganze Familie“ überflüssig machen, in denen Kindern militärische Propaganda auf dem Stand modernster Kriegstechnik untergejubelt wird: Cruise Missile, Space Hawk, Missile War, Breakout, Lasergeschütze, Angriffsverbände, Stoßtruppe, Materialschlachten, schlagkräftige Verteidigungssysteme — um nur ein paar Fakten zu nennen.

Du kritiserst, bei den Computer-Kriegs'spielen“ ginge es bei allen Dir bekannten Spielen nicht um Städtezerstörung, sondern darum, diese zu verhindern. Diese womöglich „sinnlose Haarspaltereien“ würde von den „Millionen Einwohnern dieser Städte, zu deren Beschützern sich die Kinderkommission aufschwingt“, etwas anders beurteilt werden, wenn es diese Einwohner nur gäbe! Leider hast Du meinen Gedanken aus dem Gesamtzusammenhang gerissen. Ich hatte anhand von Zitaten und Bildern aus Anleitungen- und Werbebrochüren geschildert, daß in diesem „Feierabendvergnügen“ in der sehr effektvollen Kombination von abstrakten Punktbildern, Originalkampferäuschen („...Und lodern und prasseln da nicht

echte Flammen, obwohl das nur aus dem Lautsprecher kommen kann?“) und fadisch militärischer Anleitung, wie sie aus Bundeswehr-Computerlehrgängen bekannt ist, völlig untergeht, daß in Wirklichkeit in diesen abstrakten „Städten, Straßen, Fabriken auch noch lebende Menschen wohnen“.

In der Abstraktion dieser Spiele wird der ganze reale Hintergrund der Kriegsvorbereitungen mit gleichen Inhalten (Autorität, Gehorsam, Befehl, Disziplin, Anpassung, Duckmüserium, Phantasielosigkeit) sozusagen „spielerisch“ indoktriniert. Kinder haben nur die Wahl, diese Spiele und damit diese militärischen Inhalte zu spielen oder nicht. Im übrigen ist es so, daß der Aufbau von Felsbildern, gegen die es gilt, die Städte vor Zerstörung zu verteidigen, ein wesentlicher Bestandteil militärischer Propaganda zur Kriegsvorbereitung (Verteidigung des Vaterlandes) ist, um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das die Durchführung eines Krieges erleichtert. Das gehört die Inhalte, wie sie in den militärischen Computerspielen — von denen wir auch nur die Rede — perfekt und spannend angeboten werden. Da brauchen nur noch die Worte ausgetauscht zu werden. In gewisser Weise erinnert mich Deine Argumentation an die Logik der Militäristen, die die Penkung II-Raketen damit verharmlosen und schmackhaft machen wollen, indem sie erzählen, es seien ja gar keine Angriffswaffen, sondern nur Verteidigungswaffen. Selbst wenn man dieser Logik folgen wollte, würde der Einsatz dieser Waffen bei gegebener militärischer Optionen sowohl von uns als auch von unseren Nachbarn mehr übrig lassen, d.h. auch der Einsatz dieser angeblichen „Verteidigungswaffen“ führt zur totalen Vernichtung. Die ideologischen Absichten bleiben auch auf der abstrakten Ebene dieser „Spiele“ da präsent.

Im Interview mit Teil Deines Beitrags kritisiert Du nicht die Ideologie der „gleichen Spiele“, sondern die immer gleichen „Programme“ bzw. die ihnen zugrunde liegende gleiche „Binar-Logik“ als „in höchstem Maße gewalttätig“, da die Menschen gezwungen würden „sich unter Vorpiegelung realer Ereignisse auf eine unmenschliche Maschinenlogik einzulassen, sich ihr anzupassen“. Und diese Gewöhnung bestimmter Formen „der Wahrnehmung und Analyse der Wirklichkeit“ ginge weit über ihre Brauchbarkeit in den kommenden Produktions- und anderen Schritten hinaus. Sichtlich findet gegenwärtig in viel stärkerem Maße als früher eine Kulturzerstörung in den verschiedenen

Unterhaltungsmedien statt. Aber dies ist m.E. nur eine und nicht zwangsläufige Seite des „Mensch-Maschinen-Dialogs“. Mit der gleichen Binar-Logik könnten ja z.B. auch hochqualifizierte Intelligenz- und Lernspiele etwa für den Unterricht von Vorschulkindern entwickelt werden usw., d.h. nicht die Binar-Logik, sondern die Inhalte, die mittels der „Programme“ auf Grundlage der Binar-Logik vermittelt werden, sind Ursache der Kulturzerstörung. Die Diskussion um die Entmenschlichung und Zerstörung von Arbeitsplätzen durch Computer bzw. Roboter liegt m.E. dort schief, wo überhaupt liegt, daß der Hauptwiderspruch im „Mensch-Maschinen-Dialog“ in dem unmenschlichen Einsatz dieser Technik gemäß den Interessen der Herrschenden liegt und nicht in den Computern als solchen. Millionen Menschen könnten z.B. bei Verwendung dieser Maschinen gemäß den Interessen der Arbeiter ohne Lohnverzicht — die Produktivität sinkt ja durch den Einsatz der Computerelektronik nicht, ganz im Gegenteil wächst der Reichtum der Reichen — sich wissenschaftlich, künstlerisch und ganz nach ihren eigenen Bedürfnissen betätigen und ihr Leben organisieren. Nicht der Computer, sondern die herrschenden Verhältnisse müssen bekämpft werden. Das will allerdings nicht unnötigen Schutzaktionen von Arbeitern und Angestellten gegen Entlassungen durch Einführung der Bildschirmtechnik widersprechen. Dieser Widerspruch prägt m.E. auch in ähnlicher Weise Deine Schlußausagen: „Es-kapismus? — Was denn sonst?“

Sofort ist es überhaupt richtig verstehen konnte, kritisiert Du, daß die Computer-Kriegs'spiele“ ein „verbreitetes Bedürfnis nach diesen anderen Wirklichkeiten“ ist, in die derzeit „Millionen Menschen“ vor der Wirklichkeit fliehen und fern von den realen Anforderungen des Lebens — in einer Scheinwelt (das bedeutet „Es-kapismus“) ihre „Träume, Wünsche, Hoffnungen und Ängste“ austräumen. Das ist mir beim besten Willen so nicht nachvollziehbar. Zur imperialistischen Kulturpolitik gehört neben der Vermittlung allen möglichen ideologischen Drecks zur Erhaltung dieses Systems eben auch ganz konkret militärische Propaganda zu vermitteln: Je spaßiger, umso erfolgreicher. Mit diesen Computer-Kriegs'spielen“ können die Menschen — wenn überhaupt — nur Träume und Hoffnungen „verwirklichen“, die ihren ureigensten Interessen absolut entgegenstehen.

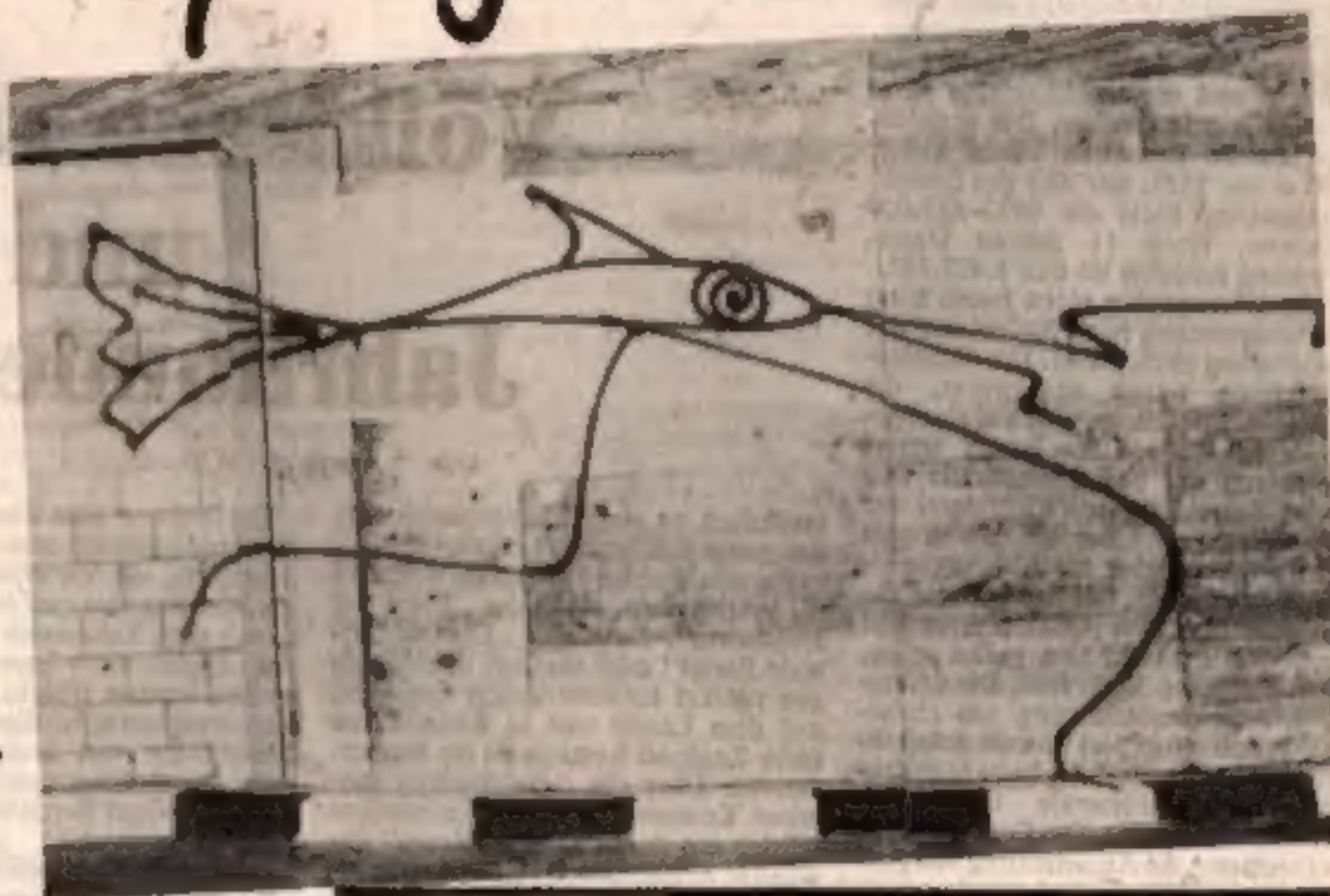
C. Kinderkommission/Hamburg

Sprayheit



„Und eines Tages bin ich sozusagen als kleiner Kunstreisender in ein nahegelegenes Dörflein hineingewandert und wollte den Rokoko-Saal sehen, der hat dem Oberpfarrer gehört. Und der hat mich ganz schroff abgewiesen, der war ganz mürrisch und hat meine Rachlust herausgefordert. Und ich sagte mir: Na warte, ich will dir mal... Das war so ein dickbäuchiger Kaplan, irgend so ein höherer Würdenträger. Dann bin ich nachts um zwei Uhr bei Mondschein losmarschiert und bin bei meiner Residenz angekommen. Es war ein sehr schönes Gebäude, und sein Haus war genau neben der Kirche. Und da habe ich ihm einen unerhört häßlichen, dickbäuchigen Teufel als Türwächter hingeplant — nein, das waren zwei sogar. Die waren so gruselig, sahen so furchtbar aus und saßen da und haben den Pfarrer erwartet. Und dann muß man sich vorstellen, daß am Sonntag morgen all die Leute in die Kirche gehen und das gesehen haben. So hat das begonnen...“ (Der Sprayer himself in: „Spuren“ 1/83)

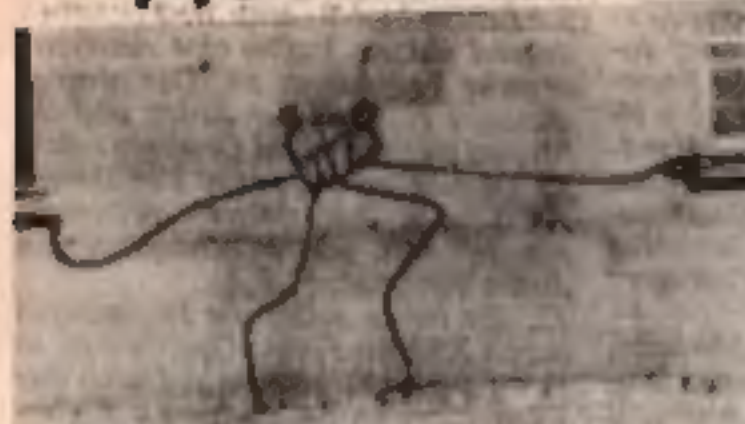
der



Der Beton ist grau, die Betongehwege auch. Der Beton ist viereckig, die Betongehwege auch. Der Beton ist sauber, die Betongehwege auch. Da kommt ein Hund und hebt sein Bein. Dann kommt ein Mann und sprüht auf den Beton ein öffentliches Ärgernis. Das geht ganz schnell.

Aber weil Beton kein öffentlichliches Ärgernis zu sein hat, sondern sauber wie fleißige Beamten dahinter, kommt ein grünes Uniform und nimmt den Mann mit. Und sperrt ihn hinter Beton, ganz ordentlich. Und jetzt ist der Mann ein Fall für die Justiz...

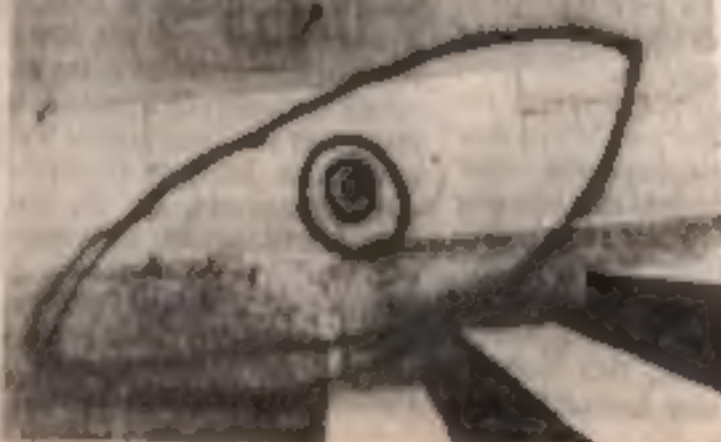
Kunst



L. Kulturkommission



Quellenverzeichnis:
Kunstforum International, Bd. 50, Köln 1983
Merian — Zürich, 38. Jg., Hamburg 1983
„Spuren“ — Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft, Hamburg 1983



Name: Harald Nageli
Staatsangehörigkeit: Schweiz
Beruf: Künstler, seit 1977 Sprayer von Zürich
N. erstmals 1979 verhaftet, in 1. Instanz (1981) verurteilt wegen Sachbeschädigung in 181 Fällen zu sechs Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung + Schadenersatz + Prozeßkosten, in 2. Instanz zu neun Monaten ohne Bewährung, ansonsten a.o., endgültig bestätigt durch Schweizerischen Bundesgerichtshof, seit 1982 per internationalen Haftbefehl gesucht. + + + N. wurde am 27.8.83 an der dänischen Grenze in Haft genommen, entlassen 15.9.83 gegen 40.000 DM Kaution aus der Auslieferungshaft. + + + Der Fall N. ist wegen „grundsätzlicher Bedeutung der Rechtsfrage“ an den Bundesgerichtshof überstellt worden. + + + Gegen die Verhaftung des Sprayers, der bis dahin in der BRD gelebt und gearbeitet hatte, haben J. Beuys und andere Schweizer und deutsche Künstler und angehende Größen des Kulturbetriebes protestiert. Die Fachhochschule Gestaltung Wiesbaden hat dem Sprayer ab WS 83 eine Lehrtätigkeit angeboten. Ein Schweizer Architekt hat die Stadt Zürich auftrag angeboten. Ein Schweizer Architekt hat die Stadt Zürich wegen „Zerstörung von Kunstwerken“ und auf Rücknahme ihrer „Anklage verklagt“. Des Sprayers Schweizer Anwälte haben die „Anwaltstätigkeit“ des Haftbefehls beantragt, seine deutschen Anwälte möhen sich mit den (Wind)möhlen der hiesigen Justiz. + + + Derweil läßt die Stadt Zürich z.B. mit dem Tourismusamt „Merian“ Werbung für sich machen — mit vier Doppelseiten Kunst vom Sprayer. (alle Angaben nach FR, FAZ, „Ist“)

„Harald Nageli hat es verstanden, über Jahre hinweg mit beispielloser Härte, Konsequenz und Rücksichtslosigkeit die Einwohner von Zürich zu verunsichern und ihren auf unserer Rechtsordnung beruhenden Glauben an die Unverletzlichkeit des Eigentum zu erschüttern.“

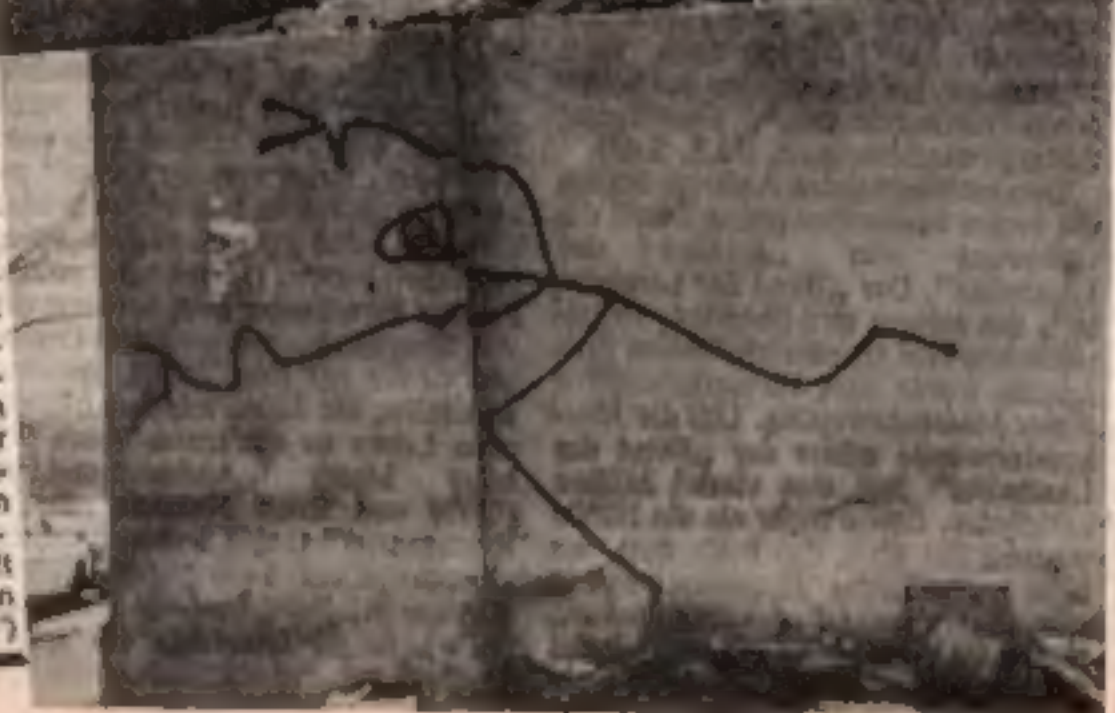
(Urteil des Obergericht Kanton Zürich)

„...hat der Angeklagte selber den entgültigen Beweis erbracht, daß er sich nicht an die geltende Rechtsordnung zu halten gedenkt, sondern tut und läßt, was ihm gerade beliebt. Sechs Monate Gefängnis sind für das, was sich der Angeklagte auf Kosten zahlreicher Geschädigter und auch der Allgemeinheit erlaubt hat, einfach zu wenig. (...) Der Angeklagte ist ein Vorläufer der heutigen Schmierflaken, welche zusehens unsere Stadt verunreinigen, und es gilt nun zu zeigen, daß derartigen Verschandlungstendenzen mit der vollen Härte des Gesetzes begegnet wird.“ (Berufungsantrag der StA gegen 1. Urteil, lt. „Ist“, 3.9.83)

„...sich der Angeklagte offensichtlich mit etwelchem Stolz als 'der zürcher sprayer' bezeichnet (Urk. 22). Dies sowie die Hemmungs- und Rücksichtslosigkeit, mit der er während langer Zeit zahllose fremde Bauten bespritzt hat, sind Umstände, die auch ohne entsprechendes psychiatrisches Gutachten die Annahme einer verminderten Zurechnungsfähigkeit rechtfertigen.“ (2. Urteil, Obergericht Kanton Zürich, S. 29/30)

„...Bezeichnenderweise unterließ er der Angeklagte auch, seine Zeichnungen zu signalieren.“ (ebd., S. 28)

„...Daß der Beschwerdeführer seine Zeichnungen als Alarmbotschaft an die Gesellschaft, (...) als Ausdruck seines inneren Widerstands gegen die fortschreitende Verbetonisierung der Stadt verstanden haben wollte, berücksichtigte die Vorinstanz im Zusammenhang mit der Frage der Zurechnungsfähigkeit.“ (Urteil des Schweizerischen Bundesgerichtshofs, S. 6)



Zur Geschichte des Antisemitismus Teil VIII

Völkische Bewegung und Jahrhundertwende

Bismarcks Rücktritt und die Ernennung des Generals Leo von Caprivi zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten bedeuteten einen Wendepunkt in der Geschichte des Reiches. Insgesamt war die wirtschaftliche Lage schlecht und die amerikanische Konkurrenz wurde spürbar. Die sozialdemokratische Bewegung wuchs immer stärker an. 1878, zur Zeit des Sozialistengesetzes, hatte die SPD 437.000 Stimmen. Nach 11 Jahren Unterdrückung erreichte sie nun 1.427.323.

Caprivi versuchte einen neuen Kurs der Entspannung nach Außen und der Versöhnung nach Innen. Die Sozialgesetzgebung wurde ausgeweitet, die Wirtschaftspolitik beruhte auf einer gemäßigten Zollpolitik, beides unterstützt von der Sozialdemokratie und gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen. Überdies waren die Konservativen über die Ablehnung eines Schulgesetzes, das den Kirchen die Aufsicht über den Religionsunterricht an preußischen Schulen geben sollte, nicht weniger aufgebracht. Die öffentliche Auseinandersetzung um christlich-konservative und liberale Schulpolitik bot naturgemäß die beste Möglichkeit für anti-liberale und antisemitische Angriffe. Die Konservativen befürchteten die Ausschaltung von Aristokratie und Kirche und stattdessen einen immer stärkeren Einfluß der Sozialdemokraten.

Bis zur Ära Caprivi (1890-1894) war die konservative Partei ein loser Haufen und keine durchstrukturierte Partei. Komitees von Standespersonen, meistens Adelige, besorgten alles. Die Rechtstraditionen unter ihnen, geleitet von Wilhelm von Hammerstein (siehe Anm. 1) gewannen großen Einfluß.

Für Hammerstein und Stöcker war es von größter Dringlichkeit, die Partei auf ein offen antisemitisches Programm festzulegen: Die Föhrung des politischen Antisemitismus begann nämlich Stöckers Händen zu entgleiten und drohte, anti-konservativ zu werden.

1887 war Boeckel als erster anti-konservativer Antisemit in den Reichstag gewählt worden. Außerdem hatte 1889 in Bochum ein Antisemiten-Kongreß stattgefunden, ohne daß Stöcker auf ihn Einfluß gewinnen konnte.

Weiterhin brauchten die Konservativen, um die Schlacht im Parlament gegen die Caprivi-Regierung und die Sozialdemokratie auszufechten, nun eine Massenbewegung von rechts.

Nach einigem Hin und Her fand 1892 in Berlin wieder ein konservativer Parteitag mit über 1.000 Delegierten, darunter vielen Angehörigen des Mittelstandes, statt. Ina Parteiprogramm wurde wieder ein aggressiver Antisemitismus aufgenommen: „Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen; ein Zusammenwirken beider ist die notwendige Vorbedingung zur Gesundheit unseres Volkslebens. Die konfessionelle christliche Volksschule erachtet wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgerschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung und für die wichtigste Bürgerschaft gegen die zunehmende Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande. Wir bekämpfen den vielfach sich vordringenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir wollen die Monarchie von Gottesgnaden unangestastet wissen und bekämpfen, bei gesetzlich gesicherter bürgerlicher Freiheit für alle und bei wirksamer Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung, jeden Versuch, die Monarchie zugunsten eines parlamentarischen Regiments zu beschränken.“

Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten, die Hochhaltung von Christentum, Monarchie und Vaterland, Schutz und Förderung jeder redlichen Arbeit, Wahrung berechtigter Autorität, das sind die obersten Grundsätze, welche die Deutsche konservative Partei auf ihre Fahne geschrieben hat“ (zitiert nach Paul W. Massing, „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 8, S. 69).

Den entscheidenden Auftrieb bekam die rechte Massenbewegung durch die Gründung des „Bundes der Landwirte“. Der „Bund der Landwirte“, mit seinem anti-liberalen, antisemitischen und arbeiterfeindlichen Programm wurde zum Hauptorganisator dieser Massenbewegung. Um die Jahrhundertwende zählte der „Bund der Landwirte“ fast eine viertel Million Mitglieder, davon mehr als die Hälfte westlich der Elbe, das heißt dort, wo bisher preußische Konservative nur schwach verankert gewesen waren. Durch die Verbindung mit dem „Bund der Landwirte“ konnten sich die Kon-

servativen zu einer Massenpartei über das ganze Reichsgebiet entwickeln.

Bei den Wahlen 1893 zeigte sich, daß die Antisemiten, sei es der „Bund der Landwirte“, Stöckers „Christlich-sozialer Partei“ oder eine der unabhängigen radikal antisemitischen Gruppen, auf dem Lande und in Kleinstädten mehr Zugkraft besaßen als die Konservativen. Über die Arbeitsteilung zwischen konservativen und Antisemiten schrieb ein durch „Panassieren“ gewählter Abgeordneter: „Die konservative Partei trug die Kosten der Wahlkampagne und die antisemitische Partei stellte die Redner für die Bearbeitung der Ortschaften; sie verfügte nämlich über die eifrige Jugend“ (Massing, S. 74). Eine ähnliche Arbeitsteilung fand später zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten statt. Die größten Erfolge bei der Wahl 1893 erlangten die Sozialdemokraten einerseits, die Antisemiten andererseits: Die Antisemiten gewannen einen Stimmenzuwachs von über 450%, sie zogen mit 16 statt bisher 5 Abgeordneten in den Reichstag und konnten somit erstmals eine eigene Fraktion bilden.

Die Sozialdemokratie erhielt 1.786.700 Stimmen, dreimal soviel wie 1887 und 300.000 Stimmen mehr als 1890.

Angespornt durch die Könige von Sachsen und Württemberg, den preußischen Ministerpräsidenten Eulenburg, durch die Konservativen um Hammerstein, den kurz vorher gegründeten ultra-nationalistischen „Alldeutschen Verband“ und den „Bund der Landwirte“ — die ihren gemeinsamen Feind in Parlamentarismus, Liberalismus und Sozialismus sahen — wurde nun auf die Strategie des Staatsstreiches gesetzt. Eine aufeinanderfolgende Reihe von Wahlen und Reichstagsauflösungen sollte die Nation darauf vorbereiten. Allerdings kamen diese Pläne nie zur Ausführung.

Als im Juni 1894 der französische Präsident Sadi Carnot ermordet wurde, ergriff der Kaiser stattdessen die Gelegenheit beim Schopf, um energische Schritte gegen die unsterklichen Kräfte in Deutschland zu veranlassen.

Zum Nachfolger Caprivi und Eulenburgs (preußischer Ministerpräsident nach Caprivi Rücktritt) wurde der Fürst Chlodwig zu Hohenhausen-Schillingsfürst berufen. Unter seiner Regierung entwickelte sich die Politik der Unterdrückung nach innen und des Abenteuerstums nach außen, die den wilhelminischen Imperialismus kennzeichnet. Die Konservativen und die einstmalige liberale Bourgeoisie trafen sich in ihrem Bestreben nach Vernichtung der jungen sozialistischen Arbeiterbewegung, nach Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und nach Beendigung der sogenannten „sozialen Philantropie“.

Zum Nachfolger Caprivi und Eulenburgs (preußischer Ministerpräsident nach Caprivi Rücktritt) wurde der Fürst Chlodwig zu Hohenhausen-Schillingsfürst berufen. Unter seiner Regierung entwickelte sich die Politik der Unterdrückung nach innen und des Abenteuerstums nach außen, die den wilhelminischen Imperialismus kennzeichnet. Die Konservativen und die einstmalige liberale Bourgeoisie trafen sich in ihrem Bestreben nach Vernichtung der jungen sozialistischen Arbeiterbewegung, nach Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und nach Beendigung der sogenannten „sozialen Philantropie“.

Die völkische Bewegung

Sowohl der konservativ-protestantische also auch der völkische Antisemitismus fanden ihren Ausgangspunkt in Berlin. Zunächst schlechter organisiert, konnten die Völkischen in den neunziger Jahren die Führung der antisemitischen Bewegung an sich reißen. Der erste Propagandist einer politischen Organisation mit einem radikalen Antisemitismus als einzigem Ziel war Moritz Busch.

1880 hatte er in der Zeitschrift „Grenzboten“ eine Artikelserie veröffentlicht, die später in Buchform unter dem Titel „Israel und die Gojim“ publiziert wurde. Busch, der bereits unter Bismarck seine journalistische Karriere begonnen hatte und als dessen publizistischer Handlanger galt, forderte eine von allen Parteien unterstützte Organisation, die nur dem Zweck gewidmet sein sollte, die Juden aus dem öffentlichen Leben zu entfernen. Auch Wilhelm Marrs „Antisemiten-Liga“ (1879) und Ernst Henricis „Soziale Reichspartei“ (1890) hatten Ähnliches versucht, allerdings erfolglos. Henricis Versuch mit der „Sozialen Reichspartei“ kündigte allerdings die spätere Tendenz an:

Er forderte eine Zentralisation der Regierungsgewalt, eine aggressive Außenpolitik, die Versöhnung des liberalen Mittelstandes und der Arbeiterklasse mit dem Kaiserreich im Zeichen eines ungehemmten Imperialismus. Kurze Zeit arbeitete Henrici mit dem ultra-konservativen ehemaligen Offizier Max Liebermann von Sonnenberg zusammen, der später gemeinsam mit Nietzsche Schwager Bernard Förster eine eigene Organisation aufbaute, den „Deutschen Volksverein“. Diesen unterstellte er dem konservativen Zentralkomitee in Berlin.

In Berlin gab es in den Jahren 1884-1885 mehrere Versuche, antisemitische Parteien außerhalb der Stöckerschen Organisation zu gründen, die wenn sie allesamt zu nichts führten, den Antisemitismus doch ideologisch salonfähig machten. Antisemiten galten nicht mehr länger als Konservative, Reaktionäre und Ähnliches, sondern als durchaus fortschrittliche, aufgeklärte, gar revolutionäre Menschen.

Der völkische Antisemitismus breitete sich zunächst in den Provinzen aus, dabei insbesondere in Sachsen, Westfalen und Hessen.

1880 wurde in Dresden die „Deutsche Reformpartei“ gegründet, die eine sozial ähnliche Zusammensetzung wie die Stöcker-Partei aufwies: kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Ladenbesitzer und niedere Beamte. Ihr gelang es mit Hilfe eines Bündnisses mit den Nationalliberalen, 1884 August Bebel in der Wahl zu schlagen. 1886 wurde die „Deutsche Antisemiten-Vereinigung“ gegründet, die sich von der Stöcker-Bewegung distanzierte. Sie forderte eine Sondergesetzgebung, durch welche die Juden zu Fremden gemacht werden sollten.

Einer ihrer Gründer, Boeckel, wurde 1887 in den Reichstag gewählt (s.o.). 1890, als drei weitere Anhänger Mandate errangen, bildete er eine unabhängige antisemitische Reichstagsgruppe, die 1893 stark genug war, um eine Fraktion zu stellen. Boeckel war im oberhessischen Marburg-Frankenberg-Kirchhain gewählt worden, einem industriell und landwirtschaftlich rückständigen Gebiet. Auch die dort ansässigen Juden, Viehhändler, Gastwirte, Hypothekenvermittler, teilten diese Rückständigkeit. Mit seinen Parolen „Bauern! Macht euch frei vom jüdischen Zwischenhändler!“ und „einzigstündigem Gebiet. Auch die dort ansässigen Juden, Viehhändler, Gastwirte, Hypothekenvermittler, teilten diese Rückständigkeit. Mit seinen Parolen „Bauern! Macht euch frei vom jüdischen Zwischenhändler!“ und seiner Propaganda für bäuerliche Kreditgenossenschaften und „judenfreie“ Märkte genoss Boeckel größte Popularität.

Seine Broschüre „Die Juden, die Könige unserer Zeit“ (2) soll eine Auflage von anderthalb Millionen erreicht haben! Seine Zeitung „Der Reichsbote“ vereinte Judenhaß und Antikonservatismus: Boeckel trat für Pressefreiheit und für die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auf Preußen ein; gemeinsam mit den Freisinnigen und den Sozialdemokraten war er für eine Reichseinkommensteuer und gegen die Erhöhung des Militäretats. Ebenso lehnte er alle kirchlichen Ansprüche auf Kontrolle der öffentlichen Erziehung ab. Sowohl die Konservativen als auch den „Bund der Landwirte“ lehnte er ab, als „zu rechts“.

Wichtiger Hintergrund für das Entstehen zweier unterschiedlicher antisemitischer Bewegungen, für die Spaltung des Antisemitismus, war die Landwirtschaftskrise sowie die Zoll- und Finanzpolitik der Regierung.

Während die Stöckersche Bewegung den Junkern bzw. Großagrariern nahe stand, war Boeckel Sprecher der kleinen Bauern. Das Wohlergehen der Getreide- und Futtermittelproduzenten hing von hohen Preisen für ihre Haupternten ab, darum forderten sie Schutzrollen und Regierungssubsidien; die kleinen Bauern hingegen ernährten sich von Milchwirtschaft und Viehzucht und brauchten billiges Futter.

Dieser Gegensatz zwischen Junkern und Bauern zieht sich durch die gesamte Geschichte des Kaiserreichs und der Weimarer Republik durch (siehe Massing, S. 86).

Hinzu kam die Unzufriedenheit des

Mittelstandes, der sich durch die Konservativen verraten fühlte.

1889 einigten sich Boeckel und Liebermann auf dem Antisemiten-Tag in Bochum auf ein Programm, das sowohl die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes wie auch die Verstaatlichung der Hauptindustrien forderte. Dennoch konnten sich die beiden Flogel der antisemitischen Bewegung, der sogenannte „demokratische“ Boeckelscher Art und der sogenannte Antisemitismus „der feinen Leute“, darüber hinaus nicht verständigen.

Liebermann gründete bald seine eigene „Deutschsoziale Partei“ (Bochum) und Boeckel seine „Antisemitische Volkspartei“, die er 1893 in „Deutsche Reformpartei“ umbaute. Wie schon erwähnt, erreichten sie 1893 bei den Wahlen eine viertel Million Stimmen.

Antisemitismus als politische Kraft bedeutet nun eine ernsthafte Drohung für den konservativ-christlichen Staat.

Alle zuvor erschienenen antisemitischen Werke wurden von Hermann Ahlwardts Buch „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“ in den Schatten gestellt.

„Der jüdische Oktopus, behauptete Ahlwardt, streckt seine Fangarme in alle lebenswichtigen Sphären der deutschen Gesellschaft; weder das Heer noch die Regierung noch irgendeine gesellschaftliche Gruppe seien in seinem Umfange nicht abzuschnürrn ... Eine jüdische Verschwörung habe 1878 hinter den Atrien auf den alten Kaiser gestanden; jüdische Banquiers hätten hochgestellte Mitglieder der herrschenden Dynastie finanziell versklavt; Juden übten durch Bestechung der Beamten einen beherrschenden Einfluß in einigen Ministerien aus; mit ihren Handlungen mißbrauchten und untergruben sie die gesunden und stabilen Beziehungen zwischen den sozialen Schichten und beuteten das deutsche Volk aus“ (Massing, S. 89).

Eine weitere Broschüre Ahlwardts, „Judenflinten“, erreichte binnen Wochen 20 verkaufte Auflagen. Ahlwardt fand nicht nur Anhänger im unteren Berliner Mittelstand, sondern auch auf dem Lande. 1892, ohne jede Organisation und ohne Wahlfonds, bekam er in seinem Wahlbezirk (Arnswalde-Friedberg in Pommern) zweimal soviel Stimmen wie der Kandidat der Konservativen. (In der Stichwahl entschlossen sich diese, für ihn zu stimmen, wie sie es auch bei Boeckels Wahl in Westdeutschland getan hatten).

Ahlwardts Schlachtruf „Gegen Junker und Juden!“ richtete sich gegen die beiden Seiten, von denen sich die Bevölkerung unterdrückt sah.

Merkmale des völkischen Antisemitismus

„Untersucht man die deutsche antisemitische Literatur, Bewegung und Agitation des neunzehnten Jahrhunderts, so kann man einige unerwartete und merkwürdige Beobachtungen machen.“

Die unversöhnlichsten Judenhasser kamen aus den Städten, nicht vom Land; sie waren keine christlichen Eiferer, sondern verhielten sich der Kirche gegenüber gleichgültig, wenn nicht direkt feindlich; fast alle gehörten den „gebildeten“ Schichten an. Die bössartigste Sorte von Antisemitismus verbreiteten Lehrer, Studenten, Industrie- und Handelsangestellte, untere Beamte, Freiberufler und Anhänger der verschiedensten Sekten: Mitglieder von Lebensreformbewegungen, Roggenbrat-Enthusiasten, „Zurück-zur-Natur“-Schwärmer und Gegner der Vivisektion.

Aus solchen Gruppen kamen die fanatischsten Judenhasser, nicht von den Bauern, den Rittergutsbesitzern, oder der orthodoxen Geistlichkeit, wie eng der Horizont dieser Kreise auch gewesen sein mag“ (Massing, S. 96).

Der Kirche erschienen die Juden im wesentlichen als eine im Unglauben verharrende Minderheit, den Konservativen waren sie eine kulturelle und

politische Gefahr, den Bauern ein wirtschaftliches Übel.

In den Städten aber hatten die Beziehungen zwischen Juden und neuem wie altem Mittelstand den Charakter des Konkurrenzkampfes.

1871 machten die etwa 500.000 deutschen Juden 1,2% der Gesamtbevölkerung aus. Bis 1914 sank dieser Wert um fast ein Viertel auf 0,9% bei einer Gesamtzahl von 600.000 Juden. Das heißt, der Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug stets durchschnittlich ein Prozent.

Zwei Drittel der Juden lebten in Preußen; sie konzentrierten sich auf die Großstädte. 1914 waren bereits 60% aller Juden Großstädter, aber nur 20% aller Nicht-Juden. Jeder vierte Jude hatte 1914 seinen Wohnsitz in Berlin. In der Einkommenshöhe rangierte die jüdische Minderheit ziemlich über dem Durchschnitt; unter den 100 reichsten Preußen befanden sich 30 Juden.

Das drückt sich auch in der sozialen Schichtung aus: Vier Fünftel der deutschen Juden zählten im 1900 zum oberen und mittleren Bmrgertum, mehr als 50% von ihnen waren Selbständige (doppelt soviel wie in der Gesamtbevölkerung). In den 90er Jahren gab es an machen humanistischen Gymnasien Berlins bis zu 25% jüdische Schüler; im Durchschnitt der höheren Schulen Preußens machten Juden 8% aus, in einzelnen Fächern (insb. Medizin und Naturwissenschaften) lag die Zahl noch erheblich höher. Allerdings blieben sie von Führungspositionen im Staat ausgeschlossen (3).

Während der Antisemitismus eines Treitschkes oder Stöckers einem abendländischen Nationalismus entsprang, wo Assimilation nicht die beste Lösung, sondern die ausgesprochene Pflicht der Juden war, teilte der völkische Antisemitismus so gut wie nichts mit christlichen Traditionen oder Werten. Einig waren sich beide Richtungen darin, daß die Juden Unheil für Wirtschaft und Kultur bedeuteten.

Der „Antisemiten-Katechismus“ (1893) des Theodor Frisch zum Beispiel enthielt genügend Anklagepunkte, die auch Stöcker gepredigt hatte.

„1. Sie haben durch Auswanderung viele Bauern, Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere usw. vollständig ruiniert und ... dem moralischen Untergang preisgegeben.“

9. Alles machen sie käuflich: Ämter, Titel, Namen, Ehre, Liebe und so fort. Sie richten besonders in der weiblichen Jugend unseres Volkes eine unerhörte stitliche Verwüstung an. Das niedrige sinnliche Naturell der Juden und ihr Mangel an Scham und Gewissen macht sie zu den verwegenen Verführern. Auch der berühmte „Mädchen-Handel“ wird fast ausschließlich von Juden betrieben. (...)

11. Sie haben selbst die Regierungen durch schlaue Finanz-Operationen in ihre Fesseln geschlagen. ... Durch ihre internationalen Beziehungen beeinflussen die Juden alle Staats-Cabinette und halten die Regierungen gegenseitig in Schach, so daß kein einzelner Staat wegen kann, gegen die Judenschaft vorzugehen — ohne sofort die Nachbarstaaten auf den Hals gehetzt zu erhalten“ (zit. nach Massing, S. 100, 101).

Bei allen Gemeinsamkeiten unterschied sich der völkische Antisemitismus von demjenigen „der feinen Leute“ durch seine düsteren Visionen von deutscher Tragödie und Untergang. Die Anhänger der Völkischen standen zwischen den alten und neuen Mächten, identifizierten sich weder mit einer starken Gesellschaftsschicht noch mit einer der führenden, etablierten Parteien.

Als sich um 1880 der völkische Antisemitismus in Deutschland entfaltete, waren Rassen-theorien in Europa bereits wohlbekannt. Nicht nur auf deutschem Boden waren sie gewachsen. Gobineau hatte als erster mit seinem Werk über die „Ungleichheit der menschlichen Rassen“ den Versuch einer biologischen Geschichtsschreibung getätigt. In ganz Europa durchwucherten Rassenessentiments die nationalistischen Bewegungen (4a). Überall waren im 19. Jahrhundert Antisemitismus und Nationalismus eng verbunden.

Allerdings trafen in Deutschland die Kräfte, die den Antisemitismus züchteten und benutzten, auf weniger Widerstand als in England oder Frankreich. Während es den Anti-Dreyfusards in Frankreich (4b) um die Wiederherstellung einer bereits 1789 verlorenen Macht ging, hatten in Deutschland die Konservativen und die Klerikalen nie die Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft verloren. In England und Frankreich war die Bourgeoisie Trägerin der nationalen Idee, in Deutschland aber die Aristokratie, die die Nationalidee den Mittelklassen abgenommen und mit konservativ-klerikalen Emblemen ausgestattet hatte (Massing, S. 104).

Zwar war Deutschland um die Jahr-

Fortsetzung nächste Seite

hundertwende ein führender Industriestaat geworden; seine politische Struktur jedoch blieb vorindustriell. Im kaiserlichen Deutschland übten Kleinbürgertum und Mittelklassen so gut wie keinen Einfluß auf die Regierungsgewalt aus. Nicht demokratischer, sondern Kastengeist durchzog die deutsche Gesellschaft. Überdies hatte der Liberalismus in Deutschland nie einen entscheidenden Sieg erringen können. Die Gegner der Juden waren also mächtig, die Verteidiger der Juden denkbar schwach.

In der Gedankenwelt der Völkischen nahm „Die Natur“ einen zentralen Platz ein. „Individuen wie Kulturen sehen sie unabänderlichen Naturgesetzen unterworfen. Ziel des Menschen sollte es sein, sich seines Blutes bewußt zu werden, und damit seines Schicksals, seiner Bestimmung, seiner Pflichten, die die Natur ihm auferlegt hatte. Diese Biologisierung der Geschichte gilt den Völkischen als die höchste Offenbarung der Naturwissenschaft, in deren Namen sie den ihnen gebührenden Platz in der Hierarchie der Menschheitsrassen beanspruchten. Während es sich bei dem christlich-konservativen Kampf gegen die Juden um die Erhaltung einer Gesellschaftsordnung handelte, in der es nach dem Willen Gottes Hohes und Niederes gab, predigte der völkische Antisemitismus den Herrschaftsanspruch der Nation als einer rassenbedingten Gemeinschaft und sah in der Unterdrückung des Juden“, als des Untermenschen, eine naturgegebene Pflicht“ (Massing, S. 106). Die biologisch-sexuellen Aspekte des Rassenmythos faszinierten die Völkischen nicht weniger: immer wieder tauchen Begriffe wie „Blutschande“, „Blutreinheit“ u.ä.m. auf. Eines der „Zehn Deutschen Gebote“ aus Theodor Frischs „Antisemiten-Katechismus“ lautet: „Erachte es als ein Verbrechen, Deines Volkes edle arische Art durch Judenart zu verderben. Denn wisse, das jüdische Blut ist unverwundlich und formt Leib und Seele nach Juden-Art bis in die spätesten Geschlechter“ (ebd.). Die Juden waren für die Völkischen doppelt ruchlos: einerseits hemmungslose Sexualität, andererseits permanente Verschwörer. So formulierte Ahlwardt: „Dasjenige Volk, welches sich zuerst und am gründlichsten seiner Juden entledigt und dadurch die Bahn für seine naturgemäße Kulturentwicklung frei macht, ist zum Kulturträger und folglich auch zum Beherrscher der Welt berufen“ (zitiert nach Massing, S. 107). Später verkündete Hitler: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassenischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Welt werden“. Im völkischen Wortschatz bedeutete „jüdisch“ so gut wie: egoistisch, unsozial, asozial, häßlich, schleimig, sinnlich. Juden wurde ihre sogenannte Unproduktivität vorgeworfen („Raffen statt Schaffen“), die von ihnen betriebene „Zersetzung“ des Staates.

Von den 70 antisemitischen Abgeordneten, die seit Otto Boeckel im Reichstag saßen, bekannten sich alle bis auf zwei Ausnahmen zum Protestantismus, soweit sie sich überhaupt einer Religion zurechneten. Beruflich waren die kleineren Kaufleute, Handwerker, Lehrer, Anwälte, Beamte und Angestellte. Aus der Großindustrie stammte keiner. Ebenso war kein einziger Industriearbeiter unter ihnen. Bei 43 Mitgliedern der Gruppe liegen Angaben über ihre Schulbildung vor: 19 hatten die Universität besucht, nur 13 besaßen lediglich höhere Schulbildung, die übrigen hatten das Abitur bestanden bzw. Kunstgewerbe- oder Fachlehrerexamina bestanden. Keiner der völkischen Abgeordneten konnte sich einen Namen machen, ob auf intellektuellem, künstlerischem oder technischem Gebiet. Insgesamt stellten Lehrer und Oberlehrer ein großes Kontingent der völkischen Führungsschicht: Heinrich, Bernhard Förster, Paul Förster, Dühring, Ahlwardt u.ä. Im Gegensatz zur Stöckers Bewegung litt die völkische an Geldmangel. Vor 1906 erhielten Mitglieder des Reichstags weder Gehalt noch Tagegelder. In der völkischen Führungsschicht traf man vor allem auf Besessene, Fanatiker. Zwar war der Einfluß der Völkischen unter Bauern und Landarbeitern überaus stark (besonders zum Höhepunkt der Agrarkrise); der eigentliche Kern aber des Judenhauses war eine kleine „Elite“, für die die Rassenlehre eine Lebensphilosophie gleichkam. Sie träumte von einer zugleich konkurrenzlosen, solidarischen, machtvollen und expansiven Gesellschaft auf der Grundlage des kleinen, aber „gesicherten“ Privateigentums; der Volksgemeinschaft. Diese völkische Gemeinschaft sollte unabhängig sein von Kirche, Macht und Reichtum, auf zeitlosen, unzerstörbaren Eigenschaften beruhen, jenen ari-

schen Eigenschaften, die dazu bekräftigen würden, Deutschland wiederherzustellen „im unsterblichen Geiste von Ehre, Schönheit, Freundschaft und Profiteure“. Die Völkischen gaben den deklarierten sozialen Klassen Zuversicht, Stolz und Geborgenheit. Reinheit des Blutes sollte das höchste Prinzip der Nation sein — man brauchte folglich weder reich noch vornehm zu sein, um die Führung in Staat und Gesellschaft zu beanspruchen.

In den zwei Jahrzehnten von 1895 bis zum ersten Weltkrieg verlor der politische Antisemitismus an Anziehungskraft. 1903 fiel die Zahl der Mitglieder der Antisemiten-Fraktion im Reichstag auf 11, 1912 waren es nur noch 7. Allerdings hatten sie zwischen 1907, wieder 17 Mandate erringen können. Die verschiedenen antisemitischen „Helden“ zogen sich zurück. Bernhard Förster zum Beispiel und seine Frau Elisabeth (Nietzsches Schwester) wanderten schon 1886 nach Paraguay aus, um dort eine „judenreine“ Kolonie zu gründen. „Neu-Germania“. 1889 beging Förster Selbstmord. Hermann Ahlwardt eröffnete in Berlin einen Zigarrenladen. Otto Boeckel starb 1923 in völliger Vergessenheit.

Die Sozialisten und die Juden-Frage

Die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung lehnte Antisemitismus in Theorie und Praxis ab. 1844 war Marx' Beitrag „Zur Judenfrage“ in „Deutsch-französische Jahrbücher“ veröffentlicht worden (siehe auch Teil VII dieser Serie). Diese Schrift blieb allerdings weitgehend unbekannt, bis Franz Mehring sie 1902 in der Nachdruckausgabe der Marx'schen Schriften nachdruckte (5). Für die Führer der sozialdemokratischen Bewegung war sie dennoch Muster für eine revolutionär-sozialistische Behandlung des Juden-Problems: Innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sei die Lösung der Judenfrage genauso wenig machbar wie die Emanzipation der Frauen oder der Arbeiterklasse. Nur im Sozialismus könne sie gelöst werden.

Die Klassenanalyse bestimmte die Haltung der Sozialisten zum Antisemitismus.

In einer von vielen offiziellen Erklärungen der Partei heißt es: „Der Antisemitismus entspringt der Mißgunst gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervorretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf unbekannt wird: gegen das jüdische Ausbeutertum“ (August Liebel, „Die sozialdemokratische Partei und der Antisemitismus“, in „Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Köln 22.-29. Oktober 1893“, zit. nach Massing, S. 168).

Ebenfalls 1893 formulierte Eduard Bernstein: „Die Stärke des Antisemitismus ist die Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Übel... Bei den Massen des Volkes wird der Antisemitismus nur da Anhang gewinnen, wo die Sozialdemokratie noch nicht Licht in die Köpfe gebracht hat oder wo noch — wie bei Kleinbauern und Kleinbürgern — das falsch verstandene Interesse den Blick trübt“ (Eduard Bernstein, „Das Schlagwort und der Antisemitismus“, in „Neue Zeit“ 1892/93, Bd. XI, Nr. 2, S. 234).

Die Sozialdemokraten sahen einen direkten Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Stellung der Juden und dem Antisemitismus. Sowohl Bebel als auch Liebknecht, Kautsky oder Franz Mehring sahen „eine zentrale Ursache für Antisemitismus in der Tatsache, daß Juden als die Agenten einer durch Undurchsichtigkeit und Anonymität ihrer Ausbeutungsformen charakterisierten Wirtschaftsordnung in Erscheinung traten“ (Massing, S. 171).

Gleichwohl analysierten sie psychologische und soziologische Aspekte des Antisemitismus. Kautsky schrieb dazu: „Der Jude ist der Stadtmensch come il faut geworden; in ihm finden wir gehäuft und bis ins Extrem entwickelt alle die Eigenschaften, die den Stadtbewohner im Guten wie im Bösen auszeichnen, ihm gegenüber ist der Christ ein reiner Bauer, auch der städtische Christ; stammt doch auch der christliche Städter in der Regel direkt oder indirekt von Bauern ab. Was uns als der unüberbrückbare Rassen Gegensatz zwischen dem „Arier“ und dem „Semiten“ erscheint, ist in Wahrheit nur der durch besondere Verhältnisse ins Extrem getriebene Gegensatz zwischen dem Bau-

ern und dem Städter“ (Karl Kautsky, „Das Judentum“, in „Neue Zeit“ 1890, Bd. VIII, S. 27).

Allerdings mußten die deutschen Sozialisten ihre Grundauffassung vom Antisemitismus als Antikapitalismus aufgrund der Wut und Gewalt des russischen Antisemitismus überprüfen. Dort, in Osteuropa, wurden arme jüdische Handwerker, Proletarier und kleine Ladenbesitzer verfolgt (6). Dort waren Juden nicht vorwiegend Kapitalisten oder Intellektuelle, sondern gehörten allen Schichten an, einschließlich Proletariern und Handwerkern.

Als wesentlicher Faktor für den dort wütenden Antisemitismus sah Kautsky die Unterschiede in Sitten, Kleidung, Sprache, die die Juden von ihrer Umgebung absonderten. Die meisten Marxisten, und unter ihnen viele jüdische Sozialisten, sahen die Auflösung der Juden als besonderer Gruppe als die einzige Lösung gegen den Antisemitismus an. Darum müsse der Assimilationsprozeß gefördert werden.

Die Politik der Sozialisten

Sowohl zu Zeiten Stöckers als auch zu Zeiten Ahlwardts bezogen die Sozialisten Stellung zum Antisemitismus in ihrer Praxis.

Am Silvesterabend 1880 hatten Antisemiten in Berlin randalliert. Die Sozialdemokraten riefen zu einer Massenversammlung auf: „Stellung der Arbeiter zur Judenfrage“. Ebenso erfolgreich wie jene war die anschließende Reihe ähnlicher Versammlungen. Oft erschienen auch Arbeiter auf antisemitischen Veranstaltungen und übernahmen dort die Tribüne. Konsequenz: lehnte die Sozialdemokratische Partei auch alle Versuche Stöckers und Bismarcks ab, sie in ein Bündnis gegen die Fortschrittler hineinzumanteln. Diese prinzipielle Position hatte sich in der Auswanderersetzung mit dem antisemitischen Anarchisten Eugen Dühring und dem antisemitischen Kathedersozialisten Adolph Wagner herauskristallisiert.

In den Stadtverordnetenwahlen von Berlin 1883 stellte die Partei einen jüdischen Kandidaten, Paul Singer, auf. Singer war ein sehr erfolgreicher Kleiderfabrikant; er wurde im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt. 1884 wurde er Reichstagsmitglied, 1885 Fraktionsvorsitzender, 1886, unter dem Sozialistengesetz, aus Berlin ausgewiesen. Von seinem illegal gedruckten Abschiedsbrief wurden in Berlin 20.000 Exemplare verteilt. 1887 wurde Singer wieder in den Reichstag gewählt, mit der höchsten Stimmenzahl von allen Berliner Kandidaten. Insgesamt gelang es der Sozialdemokratie trotz der Unterdrückung, ihre Stimmenzahl in Berlin in den Wahlen von 1884 gegenüber 1881 zu verdoppeln und mehr neue Mitglieder zu gewinnen, als die Konservativen und Antisemiten zusammen.

Auf dem völkischen Antisemitismus Anfang der 90er Jahre reagierte die Sozialdemokratische Partei zunächst abwartend. Der völkische Antisemitismus hatte einen ganz anderen Charakter als sein konservativer Gegenpart. In den Völkischen sahen die Sozialisten „wilde, gewundene Kleinbürger“.

Auf den völkischen Antisemitismus Anfang der 90er Jahre reagierte die Sozialdemokratische Partei zunächst abwartend. Der völkische Antisemitismus hatte einen ganz anderen Charakter als sein konservativer Gegenpart. In den Völkischen sahen die Sozialisten „wilde, gewundene Kleinbürger“.

Die Haltung zu den Völkischen wurde — wenn auch indirekt — von der innerparteilichen Debatte um den weiteren Kurs beeinflusst: würde die Partei eine zweite Kraftprobe wie das Sozialistengesetz bestehen können? Engels, formell kein Mitglied, beteiligte sich besonders stark an den Diskussionen der deutschen Sozialisten.

Er rechnete mit der Möglichkeit, daß die 1848 ertrockene bürgerliche Revolution doch noch zum Durchbruch käme. Unter dem Eindruck des Riesenwahlerfolgs von 1890 schrieb er an Karl Liebknecht:

„In drei Jahren können wir die Landerbauer haben, und dann haben wir die Kernregimentier der preußischen Armee“ (zit. nach P. Massing, S. 188). 1891 sagte Engels, „eine mehr und mehr revolutionäre Wendung“ voraus, die ungefähr 1898 eintreten werde.

Doch zurück zur Sozialdemokratie und dem völkischen Antisemitismus: Klar war allen Sozialdemokraten, unabhängig von ihren jeweiligen Positionen, daß die Krise in der Landwirtschaft die ländliche Bevölkerung für den Antisemitismus anfällig mache. Die „Agrarfrage“ wurde ein heiß umstrittenes Thema. Nach einigem Hin und Her fanden 1893 auf dem Kölner Parteitag die Diskussion über den Antisemitismus statt. Über die Ursachen des Antisemitismus war man sich einig, keineswegs aber über den Kampf dagegen. Ein Delegierter in Köln meinte z.B., die Ahlwardt-Boeckel-Bewegung enthielte revolutionäre Elemente. Andere vertraten, ein erfolgreicher Kampf gegen den bäuerlichen Antisemitismus erfordere ein Programm zum Schutze

des kleinen Eigentums. Bebel formulierte den Beschluß des Kölner Parteitages von 1893: „Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihrem Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann“ („Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Köln 22.-28. Oktober 1893“).

Die offizielle Linie besagte also, Antisemitismus sei eine leidenschaftliche Reaktion gegen den Kapitalismus. Die antisemitische Bewegung richte sich ir-

tümlicherweise gegen einzelne Kapitalisten, statt den Kapitalismus insgesamt anzugreifen. Wohl wurde diese Linie von der Hoffnung auf einen baldigen Sieg des Sozialismus und eine unvermeidlich schnelle Proletarisierung der Mittelschichten getragen. Überhaupt, so dachten wohl viele, kündige sich in der antisemitischen Bewegung bereits der Niedergang des Kapitalismus an. Im Widerspruch dazu stand die Realität: um 1893 begann eine Periode industrieller Hochkonjunktur, die alles in allem bis kurz vor den 1. Weltkrieg andauerte. Während dieser Zeit verwandelte sich die Sozialdemokratische Partei in eine legale Reformpartei. Innerhalb derselben Organisation waren (noch) revisionistische Sozialisten und radikale Marxisten. — Die Weimarer Zeit und die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zum sozialistischen Zionismus und zum russischen Antisemitismus im nächsten AK.

E., KB-Frankfurt

Anmerkungen

1) „Kreuzzeitung“: 1848 gegründet, ist ihr eigentlicher Name „Neue Preussische Zeitung“, wegen des Kreuzes über dem Titel nannte man sie allgemein „Kreuzzeitung“. Chefredakteur war Wagner, ein Freund Stöckers und Förderer der antisemitischen „Christlichsozialen Partei“. Ab Juni 1875 veröffentlichte die „Kreuzzeitung“ eine Serie „Ara-Artikel“, die die „verjudete Finanz- und Wirtschaftspolitik des neuen deutschen Reiches“ zum Thema hatte.

2) Der Titel der Boeckelschen Broschüre ist offensichtlich der „Studie“ des französischen Fourieristen A. Toussein „Les Juifs, rôle de l'époque“ (1845) entlehnt. Alphonse Toussein gilt als Vater des französischen Antisemitismus. Toussein war nicht der einzige (utopische) Sozialist, der antisemitische Parolen verlor. Fourier selber meinte: „Das Volk, das den Heiland kreuzigt, soll Volk Satans genannt werden, und nicht Volk Gottes, zumal die Religion unverwundlich aus ihm einen Feind der Menschheit macht“ (zit. nach François Georges Dreyfus, „Antisemitismus in der III. französischen Republik“, dtv 81, S. 232).

Besonders ist sich der „Anarchist“ Proudhon hervor: „Man muß ihre Vertreibung aus... Frankreich verlangen, ausgenommen derjenigen, die mit Französischen verheiratet sind; man muß den Kultus verbieten, denn der Jude ist der Feind der Menschheit, man muß diese Rasse nach Asien zurück-schicken oder sie ausrotten. Heine, Weill und andere sind nur Spione; Rothschild, Cremieux, Marx, Fould sind böse, neidische Wesen, die uns hassen. Der Haß der Juden und auch des Engländer muß als eine konstante politische Glaubenslehre in Rechnung gestellt werden“ (Weill war Schriftsteller, Cremieux Politiker und Fould zeitweise Finanzminister — zit. nach F.G. Dreyfus, e.o., S. 233).

3) Zahlen-Angaben nach Hans-Günter Zmarzik, „Antisemitismus im deutschen Kaiserreich 1871-1918“, in „Die Juden als Minderheit in der Geschichte“, dtv 1981, S. 250-251).

4a) In dieser Periode wurde bzw. war die Einigung Italiens und Deutschlands abgeschlossen, auch erreichte die nationale Bewegung der slawischen Völker (insbesondere auf dem Balkan) teilweise politischen Erfolg. Ebenso entstand in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die jüdische Nationalbewegung, ihr Programm: einerseits bilden alle Juden, an jedem Ort der Welt, eine Nation. Dies nicht nur wegen der gemeinsamen Vergangenheit, sondern auch aus der Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft. Andererseits soll das Wirken für eine Nation autonom vom jüdischen Volk betriebl werden durch die Zusammenfassung der nationalen Kräfte und die Stärkung bzw. Errichtung unabhängiger jüdischer Institutionen.

Parallel dazu begannen Politiker in Europa (insb. in England) mit der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu lobbyieren, als einer Schranke zwischen der Türkei und Ägypten. Einer der ersten, die für einen jüdischen Nationalstaat eintraten, war Emanuel Montefiore Noah in den Vereinigten Staaten. Er propagierte die Gründung eines solchen Staates („Ararat“) in der Nähe von New York. Der deutsche jüdische Sozialist Moses Hess formulierte in seinem Buch „Rom und Jerusalem“ (1862) ähnliche Hoffnungen auf eine staatliche Wiedergeburt in Palästina mit dem Beistand Frankreichs.

Im Sommer 1880 wurde in Bukarest ein „Verein für die Ansiedlung in Palästina“ gegründet, der v.a. Zulauf bekam, nachdem im Frühjahr 1881 die Pogromwelle in Rußland einsetzte. 1881 entstanden zahlreiche jüdische nationalistische Gruppen in Rußland aufgrund dieser Ereignisse. Im Westen fand diese Bewegung zunächst kein breites Echo. 1885 erst wurde der Begriff „Zionismus“ offiziell eingeführt. 1894 trat eine Konferenz zionistischer Vereinigungen in Paris zusammen. Der erste zionistische Kongreß fand 1897 mit 200 Delegierten in Basel statt. Theodor Herzl (1860-1904) hatte zuvor (1896) sein Buch „Der Judenstaat —

Versuch einer modernen Lösung“ veröffentlicht, das in ganz Europa auf größte Begeisterung bei Zionisten stieß. Der 1897er Kongreß nahm das „zionistische“ oder „Basler Programm“ an, dessen Hauptsatz lautete: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“.

4b) Dreyfus-Affäre: Die ersten antisemitischen Anzeichen meldeten sich in Frankreich zu Beginn der achtziger Jahre, bei der Verschärfung des Kampfes zwischen dem republikanisch-radikalen Lager und den monarchisch-klerikalen Elementen.

Unmittelbarer Anlaß für die antisemitische Propaganda war der Zusammenbruch der katholischen Bank „Union Générale“, wofür das „jüdische Kapital“ verantwortlich gemacht wurde. Die Schrift von Edouard Drumont „La France juive“ (1886) wurde in Hunderttausenden Exemplaren verkauft. 1891 verlangte ein antisemitischer Abgeordneter im Parlament, die Juden aus Frankreich zu vertreiben, wobei ihn 32 Abgeordnete unterstützten. Von Beginn des Jahres 1892 an erschien eine antisemitische Tageszeitung „Libre Parole“, deren Chefredakteur Drumont war.

Zum neuerlichen antisemitischen Ausbruch kam es, als Alfred Dreyfus, ein jüdischer Offizier im Generalstab, aufgrund einer Spionageanklage verhaftet wurde. Die Öffentlichkeit war in zwei Lager gespalten: die Dreyfusards und die Anti-Dreyfusards. Im Januar 1896 veröffentlichte die Zeitung „L'Aurore“ den berühmten Artikel des Schriftstellers Emile Zola „J'accuse“, in dem Zola den Generalstab der Rechtsabteilung anklagte und ihn bezichtigte, den wahren Spion zu decken. Es kam daraufhin zu antisemitischen Krawallen in mehreren französischen und algerischen Städten. 1899 wurde Dreyfus begnadigt, erst 1906 wurde er durch einen Freispruch völlig entlastet.

Die Folgen der Dreyfus-Affäre führten zu einem Rückgang des Einflusses militärischer und klerikaler Kreise und zur Stärkung des radikalen Lagers. Kurz darauf wurde ein Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche verabschiedet.

Die Folgen der Dreyfus-Affäre führten zu einem Rückgang des Einflusses militärischer und klerikaler Kreise und zur Stärkung des radikalen Lagers. Kurz darauf wurde ein Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche verabschiedet. Nur in Algerien blieben die Antisemiten einflußreich. Bereits 1882 hatten dort französische Siedler antisemitische Vereinigungen gegründet. Drumont und andere Führer der Bewegung kandidierten in algerischen Distrikten zur Parlamentswahl. Während der Dreyfus-Affäre wurde ein (französischer) Antisemit in Algier Bürgermeister. 1897 kam es in Algerien zu Pogromen.

5) Franz Mehring: Von allen sozialdemokratischen Journalisten und Schriftstellern hat Franz Mehring als Berliner Korrespondent der „Neuen Zeit“ am meisten zur Diskussion über den politischen Antisemitismus (sowie den Philosophismus) beigetragen. Unter anderem schrieb er eine Broschüre über Stöcker. Ab 1886 gab er die „Berliner Volkszeitung“ heraus, 1891 wurde er Mitherausgeber der „Neuen Zeit“ und mit Rosa Luxemburg und Paul Lensch auch der „Leipziger Volkszeitung“, einer der größten Tageszeitungen der Partei.

6) In der kurzen Periode zwischen der Ermordung Alexanders II. und der Ernennung seines Nachfolgers Alexanders III. kam es in zahlreichen ukrainischen Gouvernements zu Pogromen, die „Stürme im Süden“, wie die jüdische Schriftsteller bezeichneten.

Anfang Mai 1881 brach in Odessa ein 3-tägiges Pogrom aus. Im Sommer 1881 wurden über 100 jüdische Gemeinden betroffen. 1882 wurden („provisorische“) anti-jüdische Verordnungen proklamiert. Diese Politik wurde von Nikolaus II. fortgesetzt, der selber anti-jüdische Zeitungen finanzierte. In Kiew (Hauptstadt Bessarabiens) wurde eine geheime antisemitische Organisation ins Leben gerufen: Im April 1903 wurden dort über 50 Menschen getötet, 500 verletzt und hunderte von Wohnungen und Geschäften geplündert. Neben der sozialistischen Bewegung in Rußland nahmen zum Beispiel auch Schriftsteller wie Maxim Gorki gegen den Antisemitismus in Rußland energisch Stellung.

Karl Kraus

Unser Gastautor Karl Kraus (1874 bis 1936) war Journalist und Schriftsteller in Wien. Die meiste Zeit davon als literarischer Einzelgänger, vor allem als Herausgeber und einziger Autor seiner Zeitschrift „Die Fackel“. Der im Rückblick wichtigste Teil seiner Arbeit galt der Polemik gegen dessen Verherrlichung... und Vorbereitung. Wer Kraus nicht kennt und ihn aufgrund dieser kleinen Anerkennung (sowie des oben nachgedruckten Textes, versteht sich) ins Fach „antimilitaristischer fortschrittlicher Schriftsteller“ einsortieren will, hält allerdings kaum mehr als einen Mosaikstein der ganzen Wahrheit in der Hand. Zu entdecken, „wer Karl Kraus wirklich war“, ist ein Abenteuer, zu dem auch der Schreiber dieser Notiz nur wenige kleine Schritte getan hat.

Der moderne Atomkrieg hat dazu geführt, daß der Schlachtfeld-Tourismus alten Stils nicht mehr viel zu besichtigen vorfinden würde, nachdem es erst einmal „geknallt“ hat. Die konsequente Weiterentwicklung ist der Schlachtfeld-Tourismus vor der Schlacht: „Besuchen Sie Europa, solange es noch steht“. Dagegen noch polemisieren zu können, wäre für Karl Kraus sicher ein diabolisches Vergnügen gewesen.

Reklamefahrt zur Hölle

In meiner Hand ist ein Dokument, das, alle Schande dieses Zeitalters überfliegend und besiegelnd, allein hinreichen würde, dem Vakuumbrei, der sich Menschheit nennt, einen Ehrenplatz auf dem kosmischen Schindanger anzuweisen. Hat noch jeder Ausschnitt aus der Zeitung einen Einschnitt in die Schöpfung bedeutet, so steht man diesmal vor der toten Gewißheit, daß einem Geschlecht, dem solches zugemutet werden konnte, kein edleres Gut mehr verletzt werden kann. Nach dem ungeheuren Zusammenbruch ihrer Kulturlüge und nachdem die Völker

durch ihre Taten schlagend bewiesen haben, daß ihre Beziehung zu allem, was je des Geistes war, eine der schamlosesten Gaukeleien ist, vielleicht gut genug zur Hebung des Fremdenverkehrs, aber niemals ausreichend zur Hebung des stillen Niveaus dieser Menschheit, ist ihr nichts geblieben als die hüllenlose Wahrheit ihres Zustands, so daß sie fast auf dem Punkt angelangt ist, nicht mehr lügen zu können, und in keinem Abbild vermöchte sie sich so geradezu zu erkennen wie in diesem:

Schlachtfelder-Rundfahrten im Auto!

veranstaltet durch die Basler Nachrichten.

Reklamefahrten vom 25. Sept. bis 25. Okt. zum ermässigten Preis von Fr. 117.-

Unvergeßl. Eindrücke

Keine Paß-Formalitäten! Anmeldung

bei uns und Ausfüllung eines Fragebogens genügt.

Als Herbstfahrt besonders empfehlenswert

Die folgende sorgfältigste Organisation hat der Reisende von der Abfahrt von Basel bis zur Wiedereinfahrt in Basel nicht mehr das Geringste zuzurechnen.

- Sie fahren im bequemen II. Klasse-Bus von Basel ab.
- Sie werden am Bahnhof in Metz abgeholt und im Hotel im Hotel geführt.
- Sie übernachten in einem erstklassigen Hotel, Beköstigung und Trinkgeld inbegriffen.
- Sie erhalten am Morgen ein reichliches Frühstück.
- Sie fahren in einem bequemen Fortsetzungsbus in Metz ab und durch das Schlachtfeldgebiet von 1870/71 (Gravelotte).
- Sie beschließen in einer unterirdischen Führung des hochinteressanten Schlachtfeldes (Quartier des Kommandanten und Sitz eines grossen deutschen Hauptquartiers).
- Sie fahren durch die veränderten Bäder des Festungsgebietes von Verdun mit den riesigen Friedhöfen mit hunderttausenden von Gefallenen.
- Sie beschließen unter Führung der unterirdischen Katakomben des Forts Vaux.
- Sie besuchen das Museum (Friedhof) von Thiaumont, wo die Überreste der nicht identifizierten Gefallenen fortwährend eingetrennt und aufbewahrt werden.
- Sie haben freien Eintritt ins Fort Douaumont.

Jeder Antragende erhält einen gedruckten Führer mit genaue Reiseprogramm und allen nötigen Anweisungen. Die Fahrten werden jeden Tag durchgeführt. Jeder Teilnehmer ist als bequemer Platz garantiert.

Die Basler Nachrichten veranstalten diese Rundfahrt, um jedem Schweizer zum Preise von 117 Franken Gelegenheit zum Besuche der Schlachtfelder zu geben, in der Weise, dass dem Teilnehmer alle Formalitäten und Reise-Schwierigkeiten abgenommen werden.

800 km Bahnfahrt II. Klasse. Einen ganzen Tag im bequemen Personen-Auto über die Schlachtfelder. Übernachtungen, ersteklassige Verpflegung, Wein, Kaffee, Trinkgelder, Paßformalitäten und Visum von Basel bis wieder zurück nach Basel alles inbegriffen im Preise von 117 Fr. Schweizer Währung.

Die Teilnehmer erhalten nach Einzahlung von Fr. 117 auf Postcheckkonto V 5010 Schlachtfeldfahrten der Basler Nachrichten, Basel, ein Ticket, durch das eine jede weitere Ausgabe folgendes geboten wird:

- Sie besuchen die Tranchée des Bahnen oder des Ensenelle.
- Sie fahren am Ravin de la Mort entlang, an den Cimetière d'Audoumont und am Trésor Sauvage vorbei, am Fosse de la Vierge nach Verdun.
- Sie erhalten im besten Hotel von Verdun ein Mittagessen mit Wein und Kaffee, Trinkgeld inbegriffen.
- Sie haben nach dem Essen Zeit zur Besichtigung des verschönten Verdun, der Vill-Martyrs.
- Sie fahren am Nachmittag zurück durch das schrecklich verwüstete Gebiet von Handoumont und gelangen wieder durch das Kampfgebiet von 1870/71 (Mar-la-Tour, Vionville usw.) nach Gravelotte und Metz.
- Sie schlafen in Ihrem Hotel in Metz ein Dinner mit Wein und Kaffee, Trinkgeld inbegriffen.
- Sie werden nach dem Nachtessen im Auto zur Bahn gebracht.
- Sie fahren in der Nacht zurück nach Basel.

Allen inbegriffen im Preise von 117 Franken bei reichlicher Verpflegung in erstklassigen Gasthäusern.

Anerkennungs- u. Dankschreiben von zahllosen Reiseeteilnehmern liegen in grosser Zahl in unserem Bureau auf.

Arbeiterkampf

Abonnement für Leser, die sich etwas mehr Zeitung zutrauen

Abosender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7925
2000 Hamburg 19

Bitte mit dem Nachschreibenschein ausfüllen

Ich will wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
- ☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-

- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
- ☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsers Girokontos.

BLZ

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen

den (Unterschrift)



Aber was bedeutet wieder jenes Gesamtbild von Grauen und Schrecken, das ein Tag in Verdun offenbart, was bedeutet der schauerlichste Schauplatz des blutigen Deliriums, durch das sich die Völker für nichts und wieder nichts jagen ließen, gegen die Schenswürdigkeit dieser Annoncen! Ist hier die Mission der Presse, zuerst die Menschheit und nachher die Überlebenden auf die Schlachtfelder zu führen, nicht in einer vorbildlichen Art vollendet?

Sie erhalten am Morgen Ihre Zeitung.

Sie lesen, wie bequem Ihnen das Überleben gemacht wird.

Sie erfahren, daß 1 1/2 Millionen eben dort verbluten mußten, wo Wein Kaffee und alles andere inbegriffen ist.

Sie haben von jenen Märtyrern und jenen Toten entschieden den Vorzug einer erstklassigen Verpflegung in der Vill-Martyre und am Ravin de la Mort.

Sie fahren im bequemen Personen-Auto aufs Schlachtfeld, während jene nur im Viehwagen dahin gelangt sind.

Sie hören, was Ihnen da alles zur Entschädigung für die Leiden jener geboten wird und für ein Erlebnis, wovon Sie bis heute Zweck, Sinn und Ursache nicht zu erkennen vermöchten.

Sie begreifen, daß es veranstaltet wurde, damit einmal, wenn von der Glorie nichts geblieben ist als die Plei-

te, wenigstens ein Schlachtfeld par excellence vorhanden sei.

Sie erfahren, daß es doch etwas Neues an der Front gibt und daß es sich heute dort besser leben läßt als ehemals im Hinterland.

Sie erkennen, daß das, was die Konkurrenz bieten kann, die bloß über die Toten der Argonnen- und Sommeschlachten, über die Beinhäuser von Reims und St. Mihiel verfügt, eine Bagatelle ist neben der erstklassigen Darbietung der Basler Nachrichten, denen es unzweifelhaft gelingen wird, mit den Verlusten von Verdun ihre Abonnentenliste aufzufüllen.

Sie verstehen, daß das Ziel der Reklamefahrt und diese den Weltkrieg gelohnt hat.

Sie erhalten, und wenn Rußland verhungert, ein reichliches Frühstück, sobald sie sich entschließen, dazu auch noch die Schlachtfelder von 1870/71 mitzunehmen, es geht in einem.

Sie haben nach dem Mittagessen noch Zeit, die Einlieferung der Überreste der nicht agnoszierten Gefallenen mitzumachen, und nach Absolvierung dieser Programmnummer noch Lust zum Nachessen.

Sie erfahren, daß die Staaten, deren Opfer Sie in Krieg und Frieden sind, Ihnen sogar, und das will viel heißen, die Paßformalitäten ersparen, wenn die Reise aufs Schlachtfeld geht und Sie

sich nur rechtzeitig bei der Zeitung ein Ticket besorgen.

Sie erkennen, daß diese Staaten Strafparagraphen haben, welche das Leben und sogar die Ehre von Preßpiraten ausdrücklich schützen, die aus dem Tod einen Spott und aus der Katastrophe ein Geschäft machen und den Absteher zur Hölle als Herbstfahrt besonders empfehlen.

Sie werden Mühe haben, diese Paragraphen nicht zu überlesen, aber dann den Basler Nachrichten eine Anerkennungs- und Dankschreiben schicken.

Sie bekommen unvergeßliche Eindrücke von einer Welt, in der es keinen Quadratzentimeter Oberfläche gibt, der nicht von Granaten und Inseerten durchwühlt wäre.

Und wenn Sie dann noch nicht erkannt haben, daß Sie durch ihre Geburt in eine Mördergrube geraten sind und daß eine Menschheit, die noch das Blut schändet, das sie vergossen hat, durch und durch aus Schulterei zusammengesetzt ist und daß es vor ihr kein Entrinnen gibt und gegen sie keine Hilfe — dann hol' Sie der Teufel nach einem Schlachtfeld par excellence!

entnommen aus:
Das Karl Kraus Lesebuch
Herausgegeben von
Hans Wollschläger
Diogenes Verlag